10181B
Gas

Die evangelisch-soziale Bewegung

PAUL G. A. SYDOW
HAMBURG

Die evangelisch-soziale Bewegung

ihre Geschichte und ihre Ziele

von

Paul Göhre
Pfarrer zu Frankfurt a. O.

Leipzig
Fr. Wilh. Grunow
1896

Vorwort

Die nachfolgenden Blätter wollen in der Hauptsache eine Geschichte der evangelisch-sozialen Bewegung geben. Soviel mir bekannt ist, ist sie die erste, die erscheint. So weit es ein an der Sache selbst Beteiligter vermag, habe ich versucht, unparteiisch zu sein. Daß mir gleichwohl größere oder kleinere Irrtümer untergelaufen sind, ist möglich. Doch bitte ich, das dann nicht auf bösen Willen, sondern auf die Schwierigkeit zu schieben, aus der Flut der Broschüren- und Zeitungslitteratur, die über die evangelisch-soziale Bewegung vorhanden ist, das Bleibende und Richtige herauszuholen. Was von wichtiger umfangreicherer Litteratur vorhanden und benutzt worden ist, habe ich in einem besondern Verzeichnis angegeben. Vielleicht ist es manchem wertvoll, diese Übersicht über die evangelisch-soziale Hauptlitteratur zu erhalten. Namentlich sei sie auch unsern Gegnern zum eingehenden Studium empfohlen.

Während die zwei letzten Bogen der Schrift im Druck waren, erschien die Nachricht in den Zeitungen, daß Hofprediger Stöcker und sein nächster Anhang nicht nur aus dem Aktionskomitee des Evangelisch-sozialen Kongresses, sondern aus diesem selbst ausgeschieden ist. Die Folgen dieses Schritts für die evangelisch-soziale Sache lassen sich gegenwärtig noch nicht übersehen. Eins aber steht schon jetzt fest: dieser Austritt wird die Entwicklung, die dem

Evangelisch-sozialen Kongreß in dem letzten Kapitel dieser Schrift vorgeschrieben wird, erleichtern, wenn nur die jetzt leitenden Herren im Aktionskomitee den unparteiischen Charakter des Kongresses mit aller Macht wahren und anstatt Stöckers andre politisch und religiös rechts stehende Herren in ihr Komitee hineinwählen wollen.

Frankfurt a. O., am 10. Mai 1896

P. Göhre

Inhalt

Seite

Einleitung 1
Erstes Kapitel: Wichern und die Innere Mission 3
Zweites Kapitel: Viktor Aimé Huber 6
Drittes Kapitel: Rudolf Todt und sein Zentralverein 10
Viertes Kapitel: Adolf Stöcker und seine Christlich-Sozialen 41
Fünftes Kapitel: Die Evangelischen Arbeitervereine 108
Sechstes Kapitel: Der Evangelisch-soziale Kongreß 135
Siebentes Kapitel: Die gegenwärtige Lage 163
Achtes Kapitel: Die Zukunft 173

Verzeichnis der wichtigern, in vorliegender Schrift hauptsächlich benutzten evangelisch-sozialen Litteratur

J. H. Wichern, Die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, eine Denkschrift an die deutsche Nation. 3. Aufl. Hamburg, Rauhes Haus, 1889. VIII u. 278 S.

K. Munding, V. A. Hubers ausgewählte Schriften über Sozialreform und Genossenschaftswesen. Berlin SW, Aktiengesellschaft Pionier. 1894. CXVIII u. 1204 S.

R. Todt, Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft. 2. Aufl. Wittenberg, Herrosé, 1878. XVI u. 514 S.

A. Stöcker, Christlich-sozial. Reden und Aufsätze. 1. Aufl. Bielefeld und Leipzig, 1885; 2. Aufl. Berlin, Stadtmission. LX u. 496 S.

— Dreizehn Jahre Hofprediger und Politiker. Berlin, Stadtmission, 1895. VIII u. 53 S.

M. Schön, Die Geschichte der Berliner Bewegung. Leipzig, Oberdörffer, 1889. VI u. 479 S.

L. Weber, Geschichte der sittlichreligiösen und sozialen Entwicklung Deutschlands in den letzten fünfunddreißig Jahren. Gütersloh, Bertelsmann, 1895. VI u. 487 S.

J. Werner, Soziales Christentum. Dessau, Baumann, 1895. 223 S.

Fr. Naumann, Arbeiterkatechismus. Calw und Stuttgart, Vereinsbuchhandlung, 1889. 68 S.

— Das soziale Programm der Evangelischen Kirche. Erlangen und Leipzig, A. Deichert, 1891. IV u. 171 S.

— Soziale Briefe an reiche Leute. Göttingen, Vandenhoeck und Ruprecht, 1895. 58 S.

Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses 1—6. 1890—1895.

M. von Nathusius, Die Mitarbeit der Kirche an der Lösung der sozialen Frage. I. Band. Leipzig, Hinrichs, 1893. VIII u. 310 S.; II. Band. Ebenda, 1894. VIII u. 470 S.

Einleitung

Die evangelisch-soziale Bewegung hat im Grunde ein einziges Ziel, das schon in ihrem Namen zum Ausdruck kommt. Sie will den sittlichen Gehalt und die religiöse Kraft des evangelischen Christentums ungeschmälert einsetzen zur Hilfe für die Menschenmassen, die nicht sowohl durch eigne, sondern vorwiegend durch die Schuld unsrer sozialen Verhältnisse eine nur unsichre Existenz, ungesunde Wohnungen, ungenügende Ernährung, zu wenig Arbeit, zu geringen Lohn, zu lange Arbeitszeit, unzureichende Arbeitsstätten haben und dadurch auch an ihrer ganzen geistigen und sittlichen Entwicklung dauernden Schaden leiden. Sie will diese Hilfe bringen, indem sie die wirtschaftlichen Zustände in allmählichem Fortschritt, aber so schnell als möglich, ebenso gründlich wie besonnen umgestalten hilft zu Gunsten aller Notleidenden, sodaß alle Gruppen unsers Volks, die wirklich arbeiten, auch vollen Anteil an den Vorteilen unsers wirtschaftlichen Lebens erhalten, jede nach ihrem Beruf und ihrer sozialen Eigenart sowie nach dem jeweiligen Stande der technischen Entwicklung. Es ist ihr Ernst mit der Liebe, die Christus verkündigt hat, und für die er selber starb. Sie will, daß diese Liebe auch für unsre wirtschaftlichen Zustände, die über das Wohl und Wehe von Millionen entscheiden, keine Redensart bleibt, sondern zur That wird. Sie versucht, um dies zu erreichen, alle Gebildeten und Besitzenden, die noch wirkliche und thatfrohe Christen sein wollen, für die Wahrheit und das Recht ihrer Bestrebungen zu überzeugen und deren Wissen und Geld, Einfluß und größere soziale Unabhängigkeit in den Dienst ihrer Sache zu stellen. Noch mehr, sie sucht auch die notleidenden Massen selbst, so weit sie noch lebendigen Glauben an Jesus, die wandelnde Liebe, im Leibe

haben, für dieses Ziel zu begeistern, die Gewonnenen zu organisieren und zu schulen, daß sie, gefördert und getragen von der Unterstützung jener andern Christengruppe, eins mit ihr in der Liebe und im Leben, sich selbst helfen, sich die öffentliche Meinung unterthan machen und schließlich auch den Staat, den christlichen Staat zwingen, ihre Ziele zu verwirklichen. Der unerschütterliche Glaube an den Sieg dieses Christentums der That ist die Kraft aller Evangelisch-Sozialen, und ihr Kampfruf das Vierwort: Selbsthilfe, Bruderhilfe, Staatshilfe, Gotteshilfe!

Aus kleinen Anfängen heraus, durch viele Unklarheiten und Schwierigkeiten hindurch hat die Bewegung ihr Ziel entwickelt. Diese Entwicklung soll im Folgenden kurz dargestellt werden.

Erstes Kapitel

Wichern und die Innere Mission

Wichern, der Schöpfer der Innern Mission, ist auch der Vater des evangelisch-sozialen Gedankens. In dem „tollen" Jahr 1848 rief er ihn zuerst auf dem Kirchentag zu Wittenberg in die Welt hinaus. Er sah, früher als die meisten seiner Zeit- und Gesinnungsgenossen, daß die Stürme dieses Jahres nicht bloß das Werk einiger unruhigen Macher waren, auch nicht bloß politische Beweggründe hatten, sondern daß die wachsende wirtschaftliche Kalamität unsers Volks mit die Hauptursache war, daß, vor allem durch sie hervorgerufen, der ganze soziale und sittliche Boden unsers Volkslebens sumpfig, ungesund und unsicher geworden war, so daß in ihm die Unzufriedenheit, die Gewaltthat, die revolutionäre Gesinnung nur zu gut Wurzeln schlagen konnte. So forderte er, als allein wirksames Gegenmittel gegen diese zersetzenden Störungen, vor allem gründliche Abhilfe aller äußern wirtschaftlichen Not der kleinen Leute und auf dieser Unterlage Durchdringung aller sozialen Verhältnisse mit den sittlichen Kräften des evangelischen Christentums. Mit einem Wort, er verlangte die Erneuerung und Festigung des wirtschaftlichen Lebens unsers Volks durch die Kraft der Liebe Christi. Das aber ist — man vergleiche die eben vorangegangene Einleitung — der Grundgedanke der evangelisch-sozialen Bewegung auch heute noch. *Wichern hat ihn zuerst proklamiert; er ist ihr Vater, den wir dankbar nie vergessen dürfen.*

Aber Wichern gebar den Gedanken nicht nur und rief ihn in die Welt hinaus, er ging auch sofort ans Werk, ihn — wie er meinte — zur That zu machen. Überall, wo Not war, in seiner Vaterstadt Hamburg vor allem, aber auch sonst im deutschen Vaterlande, griff er helfend zu, überall zugleich mit kraftvollem Wort die Liebe und

das Leben Jesu Christi verkündigend. Er gründete in Hamm bei Hamburg in der kleinen Rugeschen Gärtnerei das weltberühmte Rauhe Haus (Ruges Haus), das zur Rettung für Tausende verwahrloster Knaben, zur Bildungsstätte von Hunderten von dienenden Brüdern, zur Hochschule für alle Berufsarbeiter der Innern Mission geworden ist. Er regte die Gründung ähnlicher Anstalten auch in andern Teilen des Reiches an; er faßte alle sonstigen ähnlichen, bisher vereinzelten, vielfach nur in Anfängen bestehenden Werke und Einrichtungen der Innern Mission im deutschen Lande zusammen, zog sie aus ihrer stillen Verborgenheit, und machte ihre Pflege und Förderung zu einer öffentlichen Angelegenheit und zur religiösen Pflicht aller lebendigen evangelischen Christen. Er rief immer von neuem Mitarbeiter auf und fand immer mehr, je länger und lauter er rief; er verdoppelte, vervierfachte, verzehnfachte seine Helferkräfte, seine Gründungen und deren Leistungen, und nach fünfundzwanzig Jahren stand, wie aus der Erde geschossen, der große freigewachsene Baum der „christlichen Liebesthätigkeit," der sogenannten Innern Mission blühend da und ragt, noch heute wachsend und viele beschirmend, über das deutsche Land in den Himmel hinein. Seine Äste und Zweige, seine Blätter und Blüten, seine Früchte sind heute aller Welt bekannt: es sind die ungezählten Krippen, Kindergärten und Kleinkinderbewahranstalten, die Rettungshäuser für gefährdete Knaben und Mädchen, die Asyle für Gefallne und für Trinker, die Anstalten für Epileptische und Idioten. Es sind die mehr als vierhundert Herbergen zur Heimat, die Verpflegungsstationen und Arbeiterkolonien, die Jünglings- und Jungfrauenvereine, die Diakonen- und Diakonissenhäuser. Die letzten vor allem wirken weithin und segensvoll. Heute schon giebt es mehr als fünfzig deutsche Diakonissenanstalten. Rund 8000 Diakonissen, die aus ihnen hervorgegangen waren, waren im Jahre 1894 in unserm Vaterlande thätig auf mehr als 3500 großen und kleinen Arbeitsfeldern. Dazu gehörten allein 680 Krankenhäuser.

Es leuchtet ein: eine Fülle von Liebeskraft und Hilfe kommt in allen diesen Werken jährlich, täglich unter uns zum Ausdruck, kommt fast durchgängig den sogenannten kleinen Leuten unsers Volks, den Krüppeln und Kranken, den Mühseligen und Beladnen zu gute an Leib und Seele. Wer das leugnet, ist entweder blind

oder ein Parteifanatiker. Und doch — prüft man alle diese Werke der Nächstenliebe und Nächstenhilfe an dem letzten Ziel, das Wichern einst in Wittenberg verkündigt hatte, so muß man trotz allem sagen: evangelisch-soziale Arbeit sind sie gleichwohl nicht. Denn wie eine nunmehr vierzigjährige Erfahrung beweist, leisten sie alle nur Hilfe von Fall zu Fall, und fast immer nur Einzelnen. Damit mildern sie wohl viel soziale Not, aber sie verstopfen nicht die wirtschaftlichen Quellen, aus denen diese täglich immer neu und verheerend hervorbricht. Es ist Wohlthätigkeit, nicht soziale Thätigkeit, die sie leisten; Einzelhilfe, nicht Massenhilfe, die allein wirksam ist gegenüber der Massennot unsrer Zeit; Augenblickshilfe, nicht dauernde gründliche Hilfe durch soziale Reform für das ganze Volk. Dieses letzte aber war es gerade gewesen, worauf Wichern selbst einst in Wittenberg als den einzigen Rettungsweg hingewiesen hatte. Er ist ihn selber nachher nicht gegangen, sondern je länger, desto mehr auf die — Abwege dieser Einzelwohlthätigkeit geraten, freilich nicht aus Absicht und pfäffischer Diplomatie, um „das Volk irrezuführen," wie heutzutage bornierte Gegner der Innern Mission und des christlichen Gedankens verdächtigend behaupten, sondern teils aus dem damals noch viel größern Mangel an gangbaren und gründlichen Reformvorschlägen gegen die werdende wirtschaftliche Not, teils weil seine glutvolle, vorwärts drängende, thatendurstige Seele ihn trieb, zu helfen, sofort und soviel, als es eben möglich war. Das war aber damals nur durch solche Einzelhilfe möglich. Und auf diesen neuen gewissermaßen ungewollten Wegen der Hilfe von Fall zu Fall, die Wichern schließlich dauernd ging, entstand so etwas ganz Andres, als er anfangs eigentlich wohl selbst gewollt hatte, das neue, eigenartige, selbständige Gebilde der Innern Mission, die aber nach alledem nun und nimmermehr dasselbe wie die evangelisch-soziale Bewegung, auch nicht deren Anfang ist. So kommen wir zu dem Endergebnis: Wichern ist wohl der Vater des evangelisch-sozialen Gedankens, aber nicht auch zugleich der Schöpfer der evangelisch-sozialen Bewegung, die den Gedanken durch soziale Reform in die That umsetzen möchte.

Gleichwohl hat auch die so gewordne Innere Mission um die heutige evangelisch-soziale Sache ihre großen Verdienste. Denn sie

hat durch die umfassende Hilfsthätigkeit, die sie einzelnen oder augenblicklichen Nöten gegenüber entfaltete, das Feuer der Nächstenliebe immer von neuem entfacht und lohend erhalten und hat dadurch die Verpflichtung, zu helfen namentlich den höhern Kreisen unsers Volks immer wieder in Erinnerung gebracht. Sie hat ferner auf manchem ihrer alle zwei bis drei Jahre abgehaltnen Kongresse seit 1848 bis heute das soziale Problem behandelt oder doch berührt, und dadurch auch der evangelisch-sozialen Gedankenwelt vorgearbeitet und die Bahn geebnet. Sie hat sich sodann früher und mehr als sonst wer in Deutschland, wenn freilich überwiegend ablehnend, auch mit der Sozialdemokratie befaßt und ihre Entwicklung scharf im Auge gehalten, und sie hat in ihren 40000 Mann zählenden Jünglingsvereinen Arbeiterkreise gesammelt, von denen sich heute ein beträchtlicher Teil zu den Evangelisch-sozialen im weitesten Sinne des Wortes zählt. So ist Innere Mission und evangelisch-soziale Bewegung heute wie eine erwachsene reife Schwester und ihr junger, wachsender, kraftvoll in den Kampf hinausdrängender Bruder. Und die Schwester ist des Bruders mütterliche Freundin, die ihn versteht, die seine Entwicklung ahnt und ihm durch freundliche Beratung, aber auch weise Zurückhaltung die zukünftigen, guten und erfolgreichen Bahnen weist. Beider Vater aber ist Wichern, der Held der christlichen Liebe.

Zweites Kapitel

Viktor Aimé Huber

Den ersten Anstoß zur eigentlichen Weiterentwicklung des evangelisch-sozialen Gedankens gab V. A. Huber. Huber war ein Zeit- und Altersgenosse Wicherns und mit ihm befreundet. Er war von 1833 bis 1851 Professor der neuern Philologie und Litteratur in Rostock, Marburg und Berlin; seitdem lebte er als Privatmann in Wernigerode am Harz, wo er im Juli 1869 starb. Seine eigentliche sozialpolitische Wirksamkeit fällt, wie bei Wichern, in das fünfte und sechste Jahrzehnt unsers Jahrhunderts.

Auch Huber steht auf dem Boden der Innern Mission und hofft von ihren Trägern das soziale Heil. Das Ziel, das Wichern 1848 in Wittenberg allen lebendigen Christen seiner Zeit gesteckt hatte, ist auch das seinige. Aber um es zu erreichen, schlägt er zuerst, im Gegensatz zu Wichern, konsequent andre Bahnen ein. Er zum erstenmale hält die persönliche Liebesthätigkeit der Innern Mission, die Einzelwohlthätigkeit, die sie proklamiert, zwar auch für unumgänglich notwendig, aber nicht für ausreichend zur Heilung der sozialen und wirtschaftlichen Schäden. Er verlangt daher neben ihr wirtschaftliche Reformen im großen Stil, im christlich-konservativen Sinne, für das gesamte Vaterland. Als Mittel und Weg dieser Reformen empfiehlt er durch Wort und Schrift, durch That und Beispiel Genossenschaftsbildungen in jeder Form, in jedem Umfange, an jedem Orte, für Berufe und wirtschaftliche Unternehmungen jeglicher Art. Er hält diese genossenschaftliche Organisation gleich heilsam für Handwerk und Handel, Industrie und Landwirtschaft. Er wirbt für Produktivgenossenschaften, Darlehnsgenossenschaften, Wohnungsgenossenschaften, Konsumgenossenschaften, Einkaufsgenossenschaften und alle andern. Die Genossenschaft sans phrase scheint ihm das Rettungsmittel für alle und alles. Außer ihr sieht er kein andres irgendwie brauchbares Mittel der Abhilfe gegenüber den immer wachsenden wirtschaftlichen Schäden und sozialen Nöten. In ihr allein findet er den möglichen Weg, von dem Boden der herrschenden und sich immer mehr verfahrenden wirtschaftlichen Verhältnisse aus in allmählicher organischer Entwicklung zu gänzlich neuen und beglückenden volkswirtschaftlichen Organisationen zu kommen, die, jederzeit weiter entwicklungsfähig, die endliche Überwindung des Manchestersystems und seiner zerrüttenden Folgen für das Volksganze, sowie dessen Ersatz bedeuteten.

Wenn er sich dann mit der Ausführung dieses genossenschaftlichen Zieles beschäftigt, bleiben immer der Staat und dessen Unterstützung für ihn ganz außer Betracht. Das macht, er war bis an sein Ende ein schroffer Gegner des konstitutionellen Staatswesens und hoffte auf dessen Zusammenbruch und auf die Rückkehr zur „absoluten Monarchie von Gottes Gnaden." Er war darum erst recht auch Gegner des allgemeinen geheimen und direkten Wahlrechts und glaubte nie, noch bis 1867 nicht, an seine Verwirklichung.

Aus diesen und andern Gründen ließ er in seinen volkswirtschaftlichen Reformvorschlägen den Staat außer Acht. Er legte vielmehr immer das Hauptgewicht auf die Selbsthilfe der wirtschaftlich schwachen, reformbedürftigen Volkskreise und auf die Mithilfe aller aufrichtig christlich und konservativ gesinnten Gebildeten und Besitzenden, die er seinerseits wieder hauptsächlich in den Kreisen der Innern Mission suchte. Ihnen vor allen stellte er die Anregung, Bildung und Förderung solcher Genossenschaften unermüdlich als soziale Aufgabe vor Augen, kraft ihres christlichen Gewissens und ihrer christlichen Liebesverpflichtung. Die Genossenschaften selber dachte er sich erfüllt vom Geiste der Bruderliebe, der Solidarität, der gegenseitigen Zucht, der gleichlohnenden Gerechtigkeit und des Friedens. Dieser Geist schien ihm das notwendigste und wichtigste Bestandteil jeder Genossenschaftsbildung, ihr Rückgrat und ihre treibende Kraft. Ohne ihn mochte und konnte er sich überhaupt keine Genossenschaft lebensfähig denken. Solcher in den Genossenschaften verkörperter Geist galt ihm als das einzige Mittel zur gründlichen Bekämpfung der Selbstsucht, der Faulheit, des müheloſen Erwerbs in unserm wirtschaftlichen Leben, und zur bessern Erziehung aller. In den Satzungen der Genossenschaften sollte er womöglich zum Ausdruck kommen, und jedenfalls sollten Paragraphen darin enthalten sein, die ihn fördern halfen. Endlich sollte auch der obengenannte Helferkreis aus den „höhern" Schichten der Gesellschaft in demselben Sinne unabläſſig einen sittlich und religiös erzieherischen Einfluß auf den ganzen Kreis der Genossen, zu dem diese Helfer ja selbst gehörten, geltend machen.

Das sind — in gröbsten Umrissen — die genossenschaftlichen Reformgedanken Hubers. Prüfen wir sie auf ihre innerste Art, so müssen wir sagen: ihr treibendes Motiv, aus dem sie entstanden, ist aufrichtige christliche Bruderliebe; der Geist, der sie durchweht, ist der Geist aller sittlichen Kräfte und Ideale des evangelischen Christentums; der Weg, den sie weisen, ist der Weg wirklicher, wirtschaftlicher Neuorganisationen für die Gesamtheit des Volksganzen; und die Wirkung, die sie wollten, war ebenso wirtschaftliche wie sittlich-religiöse Förderung der Genossen. Also keine Wohlthätigkeit, keine Einzel- und Augenblickshilfe, kein Almosen, sondern soziale Reform in christlichem Geiste! Damit aber war der erste Schritt

der Entwicklung des evangelisch-sozialen Gedankens über Wichern hinaus gemacht. Huber ist der erste, der ihn that; er ist der erste Evangelisch-soziale, der sich mit dem Geiste und dem Prinzip Wicherns im Herzen auf das weite, damals noch fremde und gefürchtete Gebiet der Volkswirtschaft begiebt und hier seine Forderungen formuliert im Namen des Christentums: das genossenschaftliche Programm Hubers ist somit das erste eigentlich evangelisch-soziale Programm gewesen. Das ist das Bedeutungsvolle an Hubers Arbeiten, das, was ihnen bleibende Bedeutung sichert.

Andrerseits muß es jedoch ausgesprochen werden, daß Hubers Reformvorschläge an Mängeln und Fehlern leiden, die es erklärlich machen, daß sie nie rechten Anhang, geschweige politische Vertretung, und daß sie bisher nur eine ganz schüchterne praktische Verwertung gefunden haben. Andre — vor allen Schulze-Delitzsch und Raiffeisen — haben neben und kurz nach ihm die Einbürgerung und Verbreitung der Genossenschaften jeglicher Art erreicht. Woran lag es, daß dies Huber nicht vergönnt war? Einmal lag es sicher an der großen Unsicherheit und Schwerfälligkeit, mit der er seine Reformgedanken mühsam, ruckweise und niemals recht klar und allgemeinverständlich entwickelte. Ferner an der Gleichgiltigkeit jener völlig in den Lehren des Manchestertums befangnen Zeit. Es lag weiter daran, daß er jede politische Genossenschaft bekämpfte und damit sich selbst des besten Agitationsmittels, der Vertretung und Verbreitung seiner Ideen durch eine sozialpolitische Gruppe oder Partei von vornherein beraubte. Gerade diese unpolitische Seite seines genossenschaftlichen Programms war ein besondrer Fehler und eben nur erklärlich aus seiner ultrakonservativen Vergangenheit. Auch das war ein großer Fehler, daß sich Huber, wohl aus demselben eben angeführten Grunde, von der patriarchalischen Beurteilung der hilfsbedürftigen Volkskreise nicht freimachen konnte und dem entsprechend die Durchführung seines ganzen genossenschaftlichen Programms von der Beeinflussung und Bevormundung der Notleidenden und genossenschaftlich zu Stützenden durch die „christlichen Gebildeten und Besitzenden“ abhängig machte. Und das zu einer Zeit, wo die Sehnsucht nach Selbständigkeit und Freiheit gerade diese sozial gefährdeten Kreise ebenso fieberhaft zu erfüllen begann wie

der Drang nach dauernder wirtschaftlicher Sicherung und Besserung! Ferner ist auch eine gewisse Planlosigkeit bei der beabsichtigten Verwirklichung nicht zu leugnen: Huber wollte solche Genossenschaften gebildet wissen, sofort, wo immer eine Gruppe von Menschen es irgend wie verlangte. Vor allem aber hing seinem Programm der Fehler der Einseitigkeit an. Gegenüber der Vielheit und Verschiedenheit der wirtschaftlichen Gebilde unsers Erwerbslebens hat er immer nur dies einzige Heilmittel: die Genossenschaft. Wir aber wissen, daß es ein solches Universalheilmittel nicht giebt, daß es, wo es auftritt, auf Einbildung beruht und ihre Anwendung soziale Quacksalberei bedeutet. Diesem Vorwurfe vermag sich auch das ausschließlich genossenschaftliche Programm Hubers so wenig zu entziehn, wie z. B. die Bodenbesitzreformforderungen oder das Dogma der Sozialdemokratie von der Verwandlung alles Privateigentums in Gemeingut.

Der Erfolg der mehr als zwanzigjährigen aufopfernden Wirksamkeit Hubers war dementsprechend auch gering. Selbst die Geistlichkeit blieb ihm kühl und verständnislos gegenüber. Später hat sich in Berlin die „Deutsche Zentralgenossenschaft" gebildet, um Hubers genossenschaftliche Ideale in unsrer Zeit bekannt zu machen und zu verwirklichen. Sie arbeitet wacker und fleißig an ihrem Ziel, aber augenblicklich noch ohne packenden Erfolg und weitreichenden Einfluß. Wie dem allen aber auch sei, — es bleibt Hubers dauerndes Verdienst, als erster den evangelisch-sozialen Gedanken über seine ersten Anfänge hinaus entwickelt, seiner Almosentendenzen entkleidet und ihm die Richtung auf soziale Reform im großen und von Grund aus gegeben zu haben.

Drittes Kapitel

Rudolf Todt und sein Zentralverein

Die nächste Stufe der Entwicklung knüpft sich an den Namen und die Arbeit des Pastors Rudolf Todt. Er war zuerst Pfarrer in Barenthin, später, von 1882—87 Pfarrer und Superintendent in

Brandenburg a. H. Er ist bereits im Jahre 1887, in einem Alter von noch nicht 49 Jahren schnell gestorben. Zehn Jahre früher, im Jahre 1877, schrieb er auf eine gelegentliche Anregung Stöckers hin das Buch: „Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft." Dieses Buch war eine That, durch die Todt die evangelisch-soziale Bewegung um ein großes Stück vorwärtsgebracht hat, ja durch die er der eigentliche — wenigstens theoretische — Bahnbrecher der Bewegung in Deutschland geworden ist.

Todts Absicht ist es, in dem Buche „eine Darstellung des sozialen Gehalts des Christentums und der sozialen Aufgaben der christlichen Gesellschaft auf Grund einer Untersuchung des Neuen Testaments" zu geben. Er nimmt zu diesem Zwecke Gedanken nach Gedanken, Forderung nach Forderung der deutschen Sozialdemokratie vor, schildert sie mit eiserner Wahrhaftigkeit und Gründlichkeit und prüft jede einzelne von ihnen an sozialen Gedanken und Forderungen des Neuen Testaments. Auf Grund der Ergebnisse, zu denen er bei diesem Vergleiche kommt, formuliert er sodann eine Reihe von Reformaufgaben zugleich der Besitzenden wie der Besitzlosen, des christlichen Staates wie der evangelischen Kirche.

Zunächst bestimmt er den Begriff des Sozialismus im allgemeinen:

Der Sozialismus im allgemeinen ist das Streben, den mit lebhaftem Bewußtsein empfundnen Widerspruch zwischen den heutigen volkswirtschaftlichen Verhältnissen und einem gewissen Bevölkerungsschichten vorschwebenden Ideale derselben durch Einführung einer neuen Wirtschaftsordnung zu lösen. Im Vergleich damit ist das Neue Testament ein einziges großes Zeugnis von diesem Widerspruche, der zwischen Ideal und Wirklichkeit besteht. Wir können also vom Standpunkt des Neuen Testaments aus dem Sozialismus nach seinem innersten Wesen die Berechtigung nicht versagen.

Sodann geht Todt zur Erklärung des „radikalen deutschen Sozialismus," des sozialdemokratischen Sozialismus über:

Dieser hat eine dreifache Tendenz. Auf wirtschaftlich-sozialem Gebiete ist er Kommunismus; auf staatlichem Republikanismus; auf religiösem Atheismus. Die Wurzel des Systems ist der Kommunismus. Die drei Grundgedanken desselben sind: Anerkennung des Übels unter den Menschen; Rückführung desselben auf die Selbstsucht; Proklamierung der Interessensolidarität als Heilmittel. Der erste Gedanke findet sich als Grundton in der ganzen heiligen

Schrift; mit dem zweiten Gedanken bleibt der Sozialist ebenfalls in der göttlichen Wahrheit (denn was er Selbstsucht nennt, bezeichnet das Wort Gottes mit Sünde); der dritte Gedanke endlich, die Solidarität der Interessen, ist ein echt neutestamentlicher evangelischer Begriff.... Man kann also vom Standpunkte des Neuen Testaments nur gegen die sozialistische Ausführung des kommunistischen Prinzips polemisieren, nicht gegen das Prinzip selbst.

In Betreff des sozialistischen Republikanismus ist zu sagen, daß das Neue Testament keine bestimmte Staatsform vorschreibt. Daher kann weder die absolute noch die konstitutionelle Monarchie, weder die konservative noch sozialistische Republik ihr Recht auf die heilige Schrift zurückführen. Das Neue Testament hat ebenso wenig etwas gegen die Monarchie wie gegen die Republik anzuführen. Es spricht nur von dem Ursprung und Zweck der Obrigkeit und von der Stellung der Unterthanen zu ihr. Wenn man aber die Frage aufwirft, ob Monarchie oder Republik es sei, die am natürlichsten sich in die Ideale des Evangeliums einreihen läßt, dann antwortet die christliche Spekulation: Die Republik... die sozialistische Idee der Republik als solche hat also durchaus nichts dem Geiste des Neuen Testaments widersprechendes. Nur die gewaltsame Einführung derselben stände in direktem Gegensatz zu demselben.

Endlich der Atheismus. Er gehört nicht zum Wesen des Sozialismus überhaupt. Religion und Christentum sind so wenig Gegenstand sozialistischer Umsturztendenzen, daß vielmehr die älteren deutschen und französischen Sozialisten auf das Christentum zurückgingen, und die neuern dem Christentum wenigstens wesentlich Begriffe entlehnen, freilich ohne jegliche Anerkennung seiner Urheberschaft und ohne allen Dank dafür. Der Atheismus des heutigen radikalen deutschen Sozialismus ist nur ein Accidens desselben, das seine Erklärung ebensowohl in bloßen Nützlichkeitsrücksichten als in der materialistischen Zeitströmung findet.... Derselbe Atheismus ist darum auch anderswo, z. B. beim Liberalismus vorhanden.... Das Neue Testament aber verurteilt natürlich den Atheismus schon durch seine bloße Existenz.

Darnach stellt Todt die treibenden Prinzipien des deutschen radikalen Sozialismus fest. Er nennt ihrer drei: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Das Neue Testament, schon in seiner Totalität nur betrachtet, verkündet die Ideen der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Auch im einzelnen. Zunächst die Gleichheit. Das Neue Testament proklamiert die physische, moralische und religiöse Gleichheit aller Menschen.... Und es lehrt, wie die Geschichte der apostolischen Gemeinde in Jerusalem beweist, auch die ökonomische Darstellung dieser genannten dreifachen Gleichheit, freilich nicht durch Zwang, wie die Sozialisten es wollen, sondern aus dem freiwilligen Triebe des heiligen Geistes der Liebe. Wollen also die Sozialisten diese Ausgleichung im Besitz der irdischen Güter durch Zwang einführen, so steht ihnen das Wort Gottes direkt im Wege.

Sodann die Freiheit. Der Gebundenheit der persönlichen subjektiven Freiheit im Heidentum gegenüber bekundet das Christentum die freie Persönlichkeit auf Grund der Lehre vom göttlichen Ebenbild. ... Es stellt „das eigne Brot essen" überhaupt als sittliche Pflicht hin, proklamiert also auch die ökonomische Unabhängigkeit oder Freiheit. Die politische Freiheit folgt aus dem neutestamentlichen Prinzip der freien Persönlichkeit. ... So läßt sich also das sozialistische Streben nach Verwirklichung der Freiheit vor dem Richterstuhle des Neuen Testaments nicht nur begreifen, sondern auch, im rechten Sinne gefaßt, rechtfertigen.

Endlich die Brüderlichkeit ist ebenfalls ein echt neutestamentlicher Begriff.

Weiter geht Todt sodann zu den rein ökonomischen Grundsätzen der Sozialdemokratie und ihren sozialpolitischen Hauptforderungen über, um auch diese am Inhalte des Evangeliums zu prüfen. Hier kommt er zu folgenden Ergebnissen:

Die Verwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Gesamteigentum betreffend: Das Neue Testament respektiert durchweg die Freiheit, wie sich der Mensch auf Erden einrichten will. Es setzt hierfür nur eine Schranke, die Liebe zu Gott und den Menschen. Unter dieser Voraussetzung acceptiert es jede Form des Eigentums, sei es Privat-, sei es Gesamteigentum. Keine Form kann dann absolut schädlich sein. ... Es ist also unrecht und zeugt von einer Verkennung des neutestamentlichen Geistes, wenn man die sozialistische Idee der Verwandlung des Privat- in Gesamteigentum für verbrecherisch, satanisch erklärt. ... Sie trägt vielmehr den Geist der Gerechtigkeit und brüderlicher Liebe in sich. ... Aber nur unter wahren Christen wird sie Gestalt gewinnen und unerschöpflichen Segen stiften; unter Atheisten wird sie nur äußere Form bleiben, alle Gerechtigkeit, alle Liebe und damit alles Segens bar.

Die genossenschaftliche Produktion betreffend: Das Neue Testament erkennt die Genossenschaft an und ist im Prinzip auch für den Genossenschaftsstaat. ... Aber nur die christliche Genossenschaft und der christliche Genossenschaftsstaat vermögen zu leisten, was sie versprochen, nicht die atheistische Assoziation.

Das eherne Lohngesetz betreffend: Dasselbe ist in seiner ganzen unbarmherzigen Schärfe Wahrheit und Wirklichkeit. Das Neue Testament protestiert gegen dasselbe ebenso wie der Sozialismus. Es will dasselbe vernichten genau wie dieser. Aber der Weg, den dieser dazu einschlagen möchte (Einführung des Kollektiveigentums und des Genossenschaftsstaats), ist zwar an sich dem Neue Testament nicht entgegen, aber seine Begehung ohne Zwang nicht denkbar.

Endlich zum Schluß bespricht Todt noch die praktischen Forderungen, die die Sozialdemokratie im zweiten Teil ihres Programms schon als in der heutigen Gesellschaft durchführbar erhebt

(möglichste Ausdehnung der politischen Rechte; eine einzige progressive Einkommensteuer; unbeschränktes Vereinigungsrecht; Normalarbeitstag u. s. w.). Betreffs dieser kommt Todt zu dem bündigen Resultat:

Sie sind sämtlich Postulate der Gerechtigkeit, Billigkeit und Humanität. Als solche widersprechen sie dem Evangelium durchaus nicht, und auch der Staat, selbst wenn er gar nicht christlich, nur human sein will, kann sich von ihnen nicht emanzipieren.

Nach diesem Resumé geht Todt zu seinen positiven Reformvorschlägen über. Er fordert auf Grund seiner Kritiken und des christlichen Geistes:

1. Von den Besitzenden:
   a) daß sie ihren Eigentumsbegriff modifizieren (sie sollen sich als Haushalter an Gottes Statt fühlen);
   b) daß sie die Arbeit nicht mehr als Ware betrachten, sondern ihr ihren sittlichen Wert, ihre Ehre wiedergeben (Arbeit ist die unmittelbare That der menschlichen Persönlichkeit, ist also von dieser, die nach dem Neuen Testament mehr wert ist als die Welt, untrennbar);
   c) daß sie wieder zum positiven Christentum zurückkehren (nur die dadurch gewonnene Sinnesänderung mache sie fähig, 1a und 1b zu erfüllen).
2. Von den Besitzlosen:
   a) daß sie ihr Glück und höchstes Gut nicht allein im irdischen Besitz und Genuß sehen (sie sollen sich vielmehr den Glauben an die himmlischen Güter, die den innern Menschen befriedigen und das Herz auch mit Wenigem zufrieden machen, nicht rauben lassen);
   b) daß sie die ihnen durch das Gesetz verliehenen Rechte (Wahlrecht und Assoziationsfreiheit) und die durch die christliche und natürliche Vernunft gebotnen Pflichten energisch und treu erfüllen (Sparen und Haushalten, wo es möglich erscheint);
   c) daß sie ihre Klagen und Forderungen vernünftig begründen (dies geschehe, wenn sie durch das Neue Testament motiviert werden).
3. Vom Staat:
   a) Wiedereinführung der Wuchergesetze im weitesten Sinne des Wortes, mit dem Zweck, jedes Kapital, das nicht in der Hand seines Eigentümers arbeitet, auf einen bestimmten Zinsgenuß zu beschränken;
   b) Reform des Aktienwesens;
   c) Errichtung von Rentenbanken für den Grundbesitz;
   d) Errichtung von Darlehnskassen für Arbeiter und Gewerbetreibende;
   e) größtmögliche Verstaatlichung der Eisenbahnen, Wohnungen, des Bank- und Versicherungswesens;
   f) Einrichtung aller Staatsbetriebe in Musterbetriebe;
   g) Einführung eines Normalarbeitstags;

h) Schaffung von Zwangskorporationen aller Gewerbe über das ganze Reich hin;
i) Errichtung von Gewerbegerichten und Einigungsämtern;
k) Gründung von Versicherungskassen gegen Krankheit, Unfall und Alter;
l) Ansässigmachung der Landarbeiter.

4. Von der Kirche:

a) sozialorientierte, gerechte und furchtlose Predigt (um dies zu erreichen, nationalökonomische Vorbildung der angehenden Geistlichen);
b) werkthätige Liebesarbeit in allen Einzelgemeinden (nach dem Vorbild der bisher nur vereinsmäßig organisierten Innern Mission).

Das sind, im Auszug, die Hauptgedanken des über fünfhundert Seiten starken Buches. Faßt man auch sie noch einmal zusammen, so ergeben sich als letztes Resultat folgende Sätze: „Fast alle Anklagen der Sozialdemokratie gegen die heutige Gesellschaftsordnung sind berechtigt. Außer dem Atheismus widerspricht kein einziger ihrer Grundgedanken und keine einzige ihrer Forderungen dem Inhalt des Evangeliums, vielmehr werden alle auch von diesem gefordert. Nur die Art und Weise, wie die sozialdemokratische Partei sie verwirklichen will, ist unevangelisch, zwecklos und unmöglich. Nach alledem muß jeder Christ Sozialist, aber nicht Sozialdemokrat sein. Dem atheistischen Sozialismus der Sozialdemokratie ist ein christlicher Sozialismus gegenüber zu stellen. Dieser muß nicht durch Klassenkampf, wie die Sozialdemokratie will, sondern durch Reformen verwirklicht werden, die der christliche und monarchische Staat, von den Besitzenden, Besitzlosen und der Kirche unterstützt, durchzuführen hat. In diesem Eingreifen des Staats liegt allein das Heil. Nur der Staatssozialismus auf christlicher Grundlage, ohne Kürzungen und Klauseln, ist das wirtschaftliche Prinzip, das schließlich die Rettung gewährleistet."

Mit Recht darf man sagen, daß alle diese Gedanken und Forderungen Todts zusammengenommen das zweite Programm bilden, das die evangelisch-soziale Bewegung eine Zeit lang gehabt hat. Denn sie haben samt und sonders den sittlich-sozialen Gedankengehalt des Christentums, den Geist der Nächstenliebe, das Streben nach Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Freiheit zu ihrem Ausgangsgebiet; sie haben samt und sonders nur ein Ziel, die Herbeiführung eines menschenwürdigen kulturgemäßen Da-

seins aller Armen und Gedrückten; und sie wollen dies Ziel erreichen durch gründliche, mutige, vielseitige Reformarbeit auf dem Felde des Wirtschaftslebens des gesamten Volkes. Damit aber sind wieder die drei grundlegenden Bedingungen für ein wahrhaft evangelisch-soziales Reformprogramm, wie sie sich im Laufe der Zeit seit Wichern ausgebildet haben, erfüllt: die Reformvorschläge Todts bilden in der That ein evangelisch-soziales Programm, das zweite in der Entwicklung der Bewegung.

Vergleicht man nun dies zweite Programm Todts mit dem ersten aus Hubers Feder, so zeigt sich deutlich, welch bedeutsamer Fortschritt darin, trotz mancher großen Mängel und Irrtümer, die auch ihm anhaften, in der Weiterentwicklung der evangelisch-sozialen Gedankenwelt gemacht worden ist. Dieser Fortschritt kommt unsers Erachtens hauptsächlich nach fünf Seiten hin zum Ausdruck.

Zuerst in der absolut veränderten Stellung, die Todt, im Gegensatz zu Wichern, Huber und den meisten seiner theologischen Zeitgenossen, gegenüber der Sozialdemokratie einnimmt. Für Wichern war freilich eine solche Stellung noch völlig ausgeschlossen gewesen, denn der Anfangs- wie Höhepunkt seiner Liebesthätigkeit für das notleidende Volk fällt in eine Zeit, die von Sozialdemokratie überhaupt noch nichts wußte. Aber Huber, der, wie wir sahen, seine ersten Gedanken erst in den sechziger Jahren bis 1869 hinaus entwickelt hat, hätte schon eher Gelegenheit gehabt, zu der seit 1863 erstarkenden Lassalleschen Bewegung Stellung zu nehmen. Er hat das öffentlich kaum jemals in bemerkenswerter Weise und jedenfalls niemals in irgendwie für Evangelisch-soziale vorbildlicher und grundlegender Form gethan. Todt ist der erste unter den Evangelisch-sozialen, der diese wichtige Arbeit leistet, und zwar so, daß sie an Gründlichkeit nicht viel zu wünschen übrig läßt. Er hat sich nicht damit begnügt, sich etwa durch Urteile dritter oder durch kürzere oder längere Auszüge aus sozialdemokratischen Zeitungen oder sonst durch Hörensagen über die ganze Bewegung zu unterrichten. Er hat sie vielmehr wirklich studiert und kennt ihre Schriften schließlich besser als viele der wortführenden Genossen der Partei selbst. Er hat Lassalles große und zahlreiche Arbeiten und Marxs dickbändiges „Kapital“ genau so gründlich durchgearbeitet,

wie die vielen kleinen häufig höchst langweiligen Flugschriften der Partei und die bedeutsamen Artikel ihrer führenden Tagespresse. So hat er nicht eher geruht, als bis er die Bewegung bis in ihre letzten Züge hinein verstand. Das beweist jedes Wort der Darstellung, die er von ihr in seinem Buche giebt, und mit der er mehr als dreihundert Seiten füllt. Da ist nirgends ein Versuch, Nebensächlichkeiten, Extravaganzen, Spezialideechen einzelner Sozialdemokraten für das Wesen der ganzen großen Partei leichtfertig auszugeben. Mit offner Ehrlichkeit und Objektivität schildert er ihre wahre, innerste Art, ihre Grundgedanken, ihre Motive und Ausführungsvorschläge dazu. In faßlichster Form giebt er dabei auch ihre schwerverständlichsten Gedankengänge wieder, so z. B. das eherne Lohngesetz Lassalles und die Mehrwerttheorie von Marx. Ja, in diesem Wiedergeben ist Todt geradezu Meister und darum auch für uns heutige Evangelisch-sozialen noch nützlich und vorbildlich. Nützlich, weil auch wir Heutigen noch durch ihn das Wesen und die alles beherrschenden Hauptgedanken der sozialdemokratischen Dogmatik spielend erfassen, vorbildlich, weil wir von ihm die Kunst gerechter und verständlicher Wiedergabe der sozialdemokratischen Ideen erlernen können.

Freilich ist sein Heißhunger nach Gründlichkeit und Objektivität auch wieder verhängnisvoll für ihn geworden. Er hat sich so blind von ihm fortreißen lassen, und sich so tief in die sozialdemokratische Gedankenwelt verbissen, daß er schließlich überhaupt nicht wieder von ihr loskommt und, wie von ihr hypnotisiert, vielfach alle Kraft verliert, sich kritisch über und neben sie zu stellen. Das geht so weit, daß er sich nicht nur ihre Beurteilung der heutigen wirtschaftlichen Zustände fast völlig aneignet, sondern daß er sich auch von der scheinbar zwingenden Logik und Konsequenz ihrer ökonomischen Dogmatik gänzlich gefangen nehmen läßt und die in ihr formulierten nationalökonomischen Lehrsätze als ewig wahr und unwiderleglich zu den seinigen macht. So glaubt er, um nur einige Hauptsachen anzuführen, z. B. an das Dogma des ehernen Lohngesetzes, an die Theorie von dem Mehrwert, an das Ideal des Genossenschaftsstaats — alles Sachen, die heute sogar für viele geschulte Sozialdemokraten nicht einmal mehr unbedingte Richtigkeit haben. Wirkliche Kritik übt Todt an der Sozial-

demokratie eigentlich nur noch, wo Sittliches und Religiöses in Betracht kommen. Da wird er wieder ihr bewußter Gegner. So weist er ihnen gründlich die psychologische Unmöglichkeit ihres Traumes nach, alles irdische Elend durch ökonomische Verbesserungen beseitigen und die Glückseligkeit aller Menschen heraufführen zu können; so verurteilt er vor allem ihren Atheismus und tadelt nicht minder die materialistische Gesinnung, die als Lebensprinzip in vielen Kreisen ihrer Anhänger herrscht und sich auch öffentlich in dem Tone und der Taktik ihrer Versammlungsreden wie ihrer Zeitungsartikel ausdrückt. Aber das ist eigentlich auch alles, was er Beachtenswertes an ihr auszusetzen hat. Im übrigen hat sie ihn gänzlich für sich gewonnen. Und so muß er schließlich zu einem Urteil über sie gelangen, das zehnmal zustimmender und entgegenkommender gegen sie ist als das, das man neuerdings den Evangelisch-sozialen Naumannscher Richtung zu einem so schweren Vorwurfe zu machen pflegt. Es kommt auf einer der letzten Seiten seines Buches einmal in der folgenden bezeichnenden Weise zum abschließenden Ausdruck:

Wir sind nun einmal überzeugt, daß diese radikal-sozialistische Bewegung die großartigste ist, die wir seit der Reformation gehabt haben. Sie erstrebt eine totale Umwälzung der ganzen heutigen zivilisierten Welt, in allen ihren Grundlagen und Ordnungen, eine Umwälzung, die Geist und Materie berührt. Sie gleicht auch vollkommen der Reformation des sechzehnten Jahrhunderts in der Art und Weise, wie sie von den Gegnern falsch taxiert und unterschätzt wird. Wäre die päpstliche Kurie auf eine energische Reform eingegangen, sie hätte den anfangs noch gut katholischen, konservativen Luther nicht das werden lassen, was er nachher wurde. Aber wer machte etwas aus dem Wittenberger Mönch, dem Armseligen, der Bestie mit den tiefen Augen und den wunderlichen Spekulationen im Kopfe? ... Der Sozialismus gilt heute als „Bestie mit tiefliegenden Augen und wunderlichen Spekulationen im Kopfe." Und diese Anschauung ist eben das Unglück der herrschenden Parteien. Als Luther die 95 Thesen anschlug, kämpfte er zunächst nur gegen den schreienden Mißbrauch, der mit dem Ablaß getrieben wurde. Die wirtschaftlichen Notstände, der mit schmerzlichem Bewußtsein empfundne Widerspruch zwischen der wirtschaftlich-sozialen Wirklichkeit und dem Ideal in dieser Beziehung sind heute, wie wir oben entwickelt, der erste Keim zum Sozialismus. ... Nach dreizehn Jahren wurde Luthers Sache schon vor dem ganzen Reiche verhandelt, und nach abermals fünfzehn Jahren wurde sie mit Blut und Eisen ausgefochten. Jetzt hat es nicht einmal dreizehn Jahre bedurft, um den Sozialismus in den Reichstag zu bringen; wie lange es dauern wird, um

den Strauß mit Blut und Eisen auszufechten, das hängt von dem Verhalten des Staats ab und — weiß Gott allein.

Das heißt deutlich, die Sozialdemokratie überschätzen. Aber diese Überschätzung ward ein Segen, denn sie bewirkte unter allen Evangelisch-sozialen der nachfolgenden Zeit zweierlei. Sie bewirkte erstens, daß seitdem eine gründlichere Würdigung und ein tieferes, etwas objektiveres Verständnis der Sozialdemokratie unter ihnen üblich wurde. Seitdem gilt es für alle, die sich einigermaßen evangelisch-sozial oder christlich-sozial nennen, als ganz selbstverständliche Pflicht, die Sozialdemokratie wirklich kennen zu lernen. Man beurteilt sie vorurteilsloser; man erkennt auch berechtigtes in ihr an; man eignet sich selbst mit Recht große Teile ihrer furchtlosen Kritik an; ja man scheut sich je länger desto weniger, auch sonst das Gute, das sie auch hat, von ihr zu lernen, zu empfangen. Zweitens aber ist durch jene Überschätzung bewirkt worden, daß sich seitdem alle gesunden Strömungen der evangelisch-sozialen Bewegung und ihre Ziele an der Sozialdemokratie orientiert haben. Bis dahin waren die einzigen Orientierungspunkte für die wenigen Evangelisch-sozialen, die es gab, das gute, von christlicher Nächstenliebe erfüllte Herz und die sich immer deutlicher und drohender erhebende vielfältige Not. Das war auch so lange kein besonders schwerer Nachteil, als man das Ziel noch nicht recht erkannt hatte, auf das man los wollte, und durch dessen Erreichung man der Not wirklich zu steuern hoffte. Als dies Ziel sich aber immer deutlicher und notwendiger als ein ebenso ökonomisch-politisches wie religiös-sittliches entpuppte, als man infolgedes gezwungen war, sich in die Flut sozialpolitischer Schriften, in den ganzen Ernst der nationalökonomischen Wissenschaft zu vertiefen und mit den dort gewonnenen Ideen das Ziel öffentlich in eigner Weise zu verkünden und zu vertreten, war auch der Zwang gegeben, die evangelisch-soziale Bewegung bewußte Stellung gegen alle übrigen bedeutendern sozialen und politischen Strömungen nehmen zu lassen. Und da kam alles darauf an, wie das geschah. Todts Verdienst ist es, daß es in richtiger Weise geschah, daß die Sozialdemokratie als die ausschlaggebende Macht erkannt wurde, an der man sich vor allem zu orientieren hatte. Damit wurde — ein unendlicher, jetzt noch gar nicht ab-

zusehender Gewinn — in der Entwicklungsreihe der sozialen Parteien und Systeme die evangelisch-soziale für immer hinter die sozialdemokratische gestellt, ganz ebenso, wie sich einst die sozialdemokratische ihrerseits an der der liberalen Manchesterideen orientiert und sich hinter diese gestellt hatte. Wie die sozialdemokratische Partei und Gedankenwelt erstand und wuchs aus den schlimmen Folgen des manchesterlichen Wirtschaftssystems, aus den Fehlern, die diesem anhafteten, aus der Kritik, die sie hervorriefen, und aus den Verbesserungsvorschlägen, die sich daraus ergaben und eben von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf die Fahne geschrieben wurden, so ersteht jetzt die eigentliche lebensfähige evangelisch-soziale Partei im Gegensatz zur sozialdemokratischen, so wächst sie heute auf dem Felde, das durch die Fehler und Mängel dieses sozialdemokratischen Systems kräftig und fruchtbar gedüngt ist, so erstarkt sie immer mehr durch den starren Dogmatismus, in den diese je länger desto mehr hineintreibt. Wie die Sozialdemokratie sich zum wirtschaftlichen und politischen Manchestertum verhält, so verhält sich die junge evangelisch-soziale Bewegung zur Sozialdemokratie. Sie wird diese ablösen, wie diese jene abgelöst hat. Das alles aber hat Todt angebahnt; dazu hat er den Grund gelegt. Es bildet das erste große dauernde Verdienst, das er sich um die Zukunft unsrer Sache erworben hat.

Der zweite Fortschritt, den Todt über Huber hinausgethan hat, liegt in der systematischen Betonung der heiligen Schrift als Grundlage und Ausgangspunkt aller evangelisch-sozialen Reformarbeit. Auch das war bisher unterlassen worden, auch das hat er nachgeholt und verbessert. Freilich ganz Vorbildliches und Maßgebliches hat auch er auf diesem Gebiete nicht geleistet. Er hat vielmehr gerade hier manche große Fehler gemacht, die bis heute in der gesamten evangelisch-sozialen Bewegung nachwirken. Gleichwohl hat er auch auf diesem Punkte ein unbestreitbares Verdienst.

Schon in der Anlage seines ganzen Buchs kommen diese eben gestreiften Fehler zum überraschenden und bedauerlichen Ausdruck. Nach seinen eignen Worten ist es, wie schon vorher einmal angegeben worden ist, der Zweck seines Buchs, „den sozialen Gehalt des Christentums und die sozialen Aufgaben der christlichen Gesellschaft

auf Grund einer Untersuchung des Neuen Testaments darzustellen." Dementsprechend hätte Todt den Ausgang dieser Untersuchung logisch eben vom Neuen Testament aus nehmen müssen. Er hätte, wenn er korrekt gedacht und gearbeitet hätte, in Verfolg dessen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Wissenschaft die sozialen und wirtschaftlichen Zustände des Volkes Israel zur Zeit Christi und kurz vor dessen Zeit abbilden müssen, hätte dann alle Abschnitte und Stellen des Neuen Testaments, die diese Zustände irgendwie berührten, feststellen und aus ihnen — im Verständnis des Zusammenhangs, in dem sie sich in der ganzen Schrift finden — die sittlich-sozialen und ökonomischen Kerngedanken herausschälen und darstellen müssen, die wirklich in ihnen liegen. Alsdann hätte er untersuchen müssen, ob und welche dieser Grundgedanken als maßgebende Gesetze auf die gänzlich veränderten, mit den zu Christi Zeit herrschenden kaum vergleichbaren sozialen und ökonomischen Zustände der Gegenwart Anwendung finden könnten, und wenn ja, wie diese Anwendung richtig geschehe, und zu welchen Reformforderungen sie notwendig führen müßten. Erst bei diesen letzten Teilen, da wo er zur Exemplifizierung auf die Gegenwart gekommen wäre, hätte er dann Gelegenheit gehabt, sich auch gründlich mit der Sozialdemokratie zu befassen, und volle Freiheit, das Urteil über sie zu fällen, das er gefällt hat. Aber was thut er statt alles dessen? Er geht überhaupt nicht vom Neuen Testament, sondern von der Gegenwart, und zwar ganz ausschließlich von der Sozialdemokratie aus und stellt anstatt den sozialen Gehalt des Christentums den Gehalt und das Wesen dieser auf das ausführlichste in allen ihren Grundsätzen und Forderungen dar. Dann erst sucht er am Schlusse jedes Kapitels aus dem Neuen Testament schnell einige Stellen zusammen, in denen ihm meist nur ähnliche, selten ganz dieselben Gedanken wie in den erörterten Grundsätzen der Sozialdemokratie zu liegen scheinen, setzt diese auseinander, formuliert sie, vergleicht sie mit den dargestellten sozialdemokratischen Ideen und kommt dann meist zu dem Schluß, „daß der und der Grundgedanke des sozialdemokratischen Systems, z. B. das Kollektiveigentum dem Geiste des Neuen Testaments *nicht entgegen ist*." Es ist klar, daß man auf diesem Wege einfach alles in der Welt als recht und „ihr nicht entgegen" aus der Schrift erweisen kann.

Auch das Manchesterſyſtem und die Wirtſchaftsordnung, die es erzeugt hat, und die Todt ſo ſcharf wie nur ein Sozialdemokrat bekämpft. Denn auch dieſes hat ſeine guten, edeln Seiten, wie das ſozialdemokratiſche Syſtem. Und man braucht ſie nur herzunehmen ſo, wie das Todt in ſeinem Optimismus mit den anerkennenswerten Seiten der Sozialdemokratie gethan hat, und im Blick auf ſie dann das Neue Teſtament zu benutzen, ſo wie Todt es im Vergleich mit der Sozialdemokratie benutzt hat — mit Leichtigkeit kann man dann erweiſen, daß Adam Smiths Lehren dem Geiſte des Neuen Teſtaments auch „nicht entgegen“ ſind.

Dazu kommt ein andrer Fehler. Die vorſichtige Formulierung: „dies und dies iſt dem Geiſte des Neuen Teſtaments nicht entgegen,“ zeigt deutlich, wie Todt in faſt allen dieſen Vergleichsfällen ſelbſt nicht einmal findet, daß die ſozialen Gedanken der Sozialdemokratie wirklich genau auch die ſozialen Gedanken des Neuen Teſtaments ſind, und umgekehrt, ſondern eben „ſich nur nicht entgegen ſind.“ Gleichwohl, am Schluſſe ſeiner Darlegungen, bei der Zuſammenfaſſung der Ergebniſſe aller Einzelunterſuchungen in den einzelnen ſich folgenden Kapiteln, proklamiert er gerade dieſes nicht gefundne Reſultat als Geſamtergebnis der ganzen Arbeit: „Ihre, d. h. der Sozialdemokratie Grundprinzipien beſtehen nicht nur vor der Kritik des Neuen Teſtaments, ſondern enthalten geradezu evangeliſche göttliche Wahrheiten“ — mit andern Worten: der ſoziale Gehalt der Sozialdemokratie iſt der ſoziale Gehalt des Neuen Teſtaments! Das alſo iſt ſchließlich ſein auf mehr oder weniger falſchen Pfaden gefundnes Reſultat! Und darum auch ſeine kategoriſche Forderung, daß jeder Chriſt notwendig begeiſterter und konſequenter Sozialiſt ſein müſſe!

Bei dieſer falſchen Beweisführung begeht Todt auch im einzelnen noch einige verhängnisvolle Irrtümer. So fällt es ihm gar nicht ein, alle bei den einzelnen Kapiteln irgendwie in Betracht kommenden Abſchnitte des Neuen Teſtaments zur Ausbeutung und zum Vergleich mit den von ihm zur Prüfung geſtellten ſozialdemokratiſchen Gedanken heranzuziehn — er benutzt dazu einfach nur die, die ihm entweder am beſten für ſeine vorgefaßten Beweisziele geeignet ſcheinen, oder die ihm eben gerade als ſolche aus der Schrift einfallen. Und wenn er ſie dann gebraucht, ſo iſt

die Art und Weise, wie er es thut, meist abermals mehr oder weniger fehlerhaft. Er vergißt völlig, daß fast alle von ihnen ausschließlich religiös-sittliche oder rein religiöse Bedeutung haben. Er vergewaltigt aber diesen einfachen rein religiösen und religiös-sittlichen Sinn, deutet ihn hundertfach sozial und ökonomisch, sogar modern sozial und modern ökonomisch um und gelangt so mittels dieses Mißbrauches zu den Resultaten, die er eben ausführt, und die wir im Auszug an früherer Stelle kennen gelernt haben.

So kommen wir zu dem Schluß: Was Todt aus der heiligen Schrift, vor allem dem Neuen Testamente, hat heraus entwickeln wollen, hat er thatsächlich nicht geleistet. Anstatt eine Darstellung des sozialen Gehalts des Neuen Testaments zu geben, wie er angekündigt hatte, hat er eigentlich nur den sozialen und politischen Gehalt der Sozialdemokratie und, wie wir sahen, auch den zu optimistisch dargestellt, dabei nur allerhand wirkliche oder angebliche soziale Gedanken des Neuen Testaments richtig oder auch falsch mit dargelegt oder doch wenigstens gestreift. Gleichwohl hat auch diese falsche Benutzung der Schrift durch Todt das eine große Gute gehabt, daß seitdem die heilige Schrift bewußt und unbestritten als Ausgangspunkt aller evangelisch-sozialen Reformbestrebungen anerkannt und benutzt wird. Wie das am besten zu geschehen habe, darüber herrschen auch heute noch allerlei Meinungsverschiedenheiten, die an späterer Stelle zu erörtern sind. Hier ist nur die Thatsache zu konstatieren, daß es geschieht, und daß es vorwiegend Todts eingehender, wenn auch in diesem Punkte vorwiegend noch fehlerhafter Vorarbeit zu danken ist. Und darum ist diese bewußte und systematische Betonung des Neuen Testaments und der ganzen heiligen Schrift Todts zweites dauerndes Verdienst, das er sich um die Bereicherung der evangelisch-sozialen Gedankenwelt erworben hat.

Noch einen dritten Fortschritt unsrer Sache verdanken wir Todt. Er zuerst hat der evangelisch-sozialen Bewegung die Richtung aufs Politische gegeben. Auch das fehlte bei Wichern wie bei Huber noch gänzlich. Alle Unternehmungen Wicherns waren durchaus privater Natur, alle seine Vereine unabhängig von jeder öffentlichen oder gar amtlichen Person und Macht. Sie sollten ihre Lebenskraft ausschließlich aus sich selbst, ihr Ansehn und

ihre Bedeutung allein aus ihren Leistungen empfangen. Ja, dieser private Charakter, diese ausschließlich freie Liebesthätigkeit sollte gerade ihre Eigentümlichkeit und ihre Stärke sein. Hubers Genossenschaften waren ganz ähnlich gedacht. Sie sollten frei und ursprünglich aus den Bedürfnissen eines Ortes herauswachsen, sich ganz freiwillig bilden. Und in den wenigen Fällen, wo sie wirklich das Licht des Lebens erblickten, trugen sie auch diesen privaten unpolitischen Charakter, genau wie die Wichernschen Vereine für innre Mission. Das staatliche und politische Leben stand auch für sie außer aller Berechnung. Todt, mit den kritischen Waffen der Sozialdemokratie ausgerüstet und durch die Schule der Kathedersozialisten hindurchgegangen, erkannte zuerst diesen privaten Charakter als unübersteigliche Schranke für eine wirklich durchgreifende, die Allgemeinheit umfassende soziale Reform. Er sah klar, daß eine solche nur möglich war mit Hilfe der Macht, die auf die Allgemeinheit wirklich entscheidenden Einfluß hat, die der Massennot auch Massenhilfe entgegenzusetzen vermag. Und das ist der Staat, der ihm nicht nur ein rechtlicher Begriff mit bloßen Nachtwächterfunktionen war. Diesen Staat zu solchen gründlichen Reformen zu veranlassen, zu verhelfen, ja moralisch zu zwingen, sah er darum als ein Hauptziel aller Evangelisch-sozialen an. Er reklamierte geradezu den christlichen Staat für die evangelisch-soziale Bewegung als ihren Bundesgenossen. Er verlangte von ihm die Unterstützung und Ausführung der Ideen der Evangelisch-sozialen seiner Zeit und versprach als selbstverständliche Gegenleistung die Unterstützung solcher staatlichen Reformen durch seine Gesinnungsgenossen. Er wendet sich auch an sie, fordert sie auf, sich zu organisieren, und stellt offen die Schaffung einer Partei aller Evangelisch-Sozialen als selbstverständliche Notwendigkeit hin:

Obwohl das Evangelium das Prinzip der Staatsintervention anerkennt und sogar fordert, so fragte es sich doch, ob der Christ das Recht habe, seine von der Staatsregierung abweichende Ansicht zur Geltung zu bringen und für sie Propaganda zu machen, d. h. eine politische Partei zu bilden. Wir fanden, daß der Christ allerdings nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht habe, sich mit den gleichgesinnten Brüdern zu einer Partei zu verbinden, um die ihm aufgetragne Salz- und Sauerteigsnatur zur Auswirkung zu bringen. Denn das Evangelium will nicht nur die einzelnen Seelen selig machen, sondern es will auch die diese Seelen umgebende Welt mit ihren staatlichen und

gesellschaftlichen Ordnungen erneuern und zum Reiche Gottes verklären. Der Christ darf also auch mit allen christlichen Mitteln, zu denen voran der Gehorsam gegen die bestehenden christlichen Gesetze gehört, für eine Staatsintervention wirken und muß einem quietistischen laissez faire, laissez passer entsagen.

Das ist in der That die Proklamierung einer christlich-sozialen, politischen Partei. Die bisher unpolitische evangelisch-soziale Bewegung wird mitten in das politische Leben des Staats hineingestellt und erhält das Recht thatkräftiger Anteilnahme an ihm.

Aber auch dieser Fortschritt ist mit einer neuen großen Schwierigkeit erkauft, die zugleich mit ihm in die Bewegung hineinkommt und für die ganze Zukunft verhängnisvoll geworden ist. Sie ist bei Todt freilich nur erst wie im Keim vorhanden; aber schon kurz nachher ist dieser Keim, durch äußere Umstände begünstigt, zu einem die ganze Bewegung bis heute verwirrenden großen innern Widerspruche aufgewachsen. Der Fehler besteht darin, daß die eben gewonnene Richtung der Bewegung ins Politische hinein durch Todt eine Art Doppelgesicht mit völlig verschiedenartigen Zügen, geradezu ein doppeltes Prinzip, das in sich schlechterdings unvereinbar ist, mit auf den Weg bekommt. Sie erhält nämlich einmal ein stark proletarisches, andrerseits wieder ein stark konservatives Gepräge. Ersteres in dem Ziel, das ihr Todt steckt, letzteres in dem Programm, das er ihr zur Erreichung dieses Ziels zu formulieren sucht. Das Ziel ist nichts geringres als die Schaffung eines menschenwürdigen Daseins für alle Notleidenden und Bedrängten! Das Programm dagegen besteht in der Hauptsache in jenen kümmerlichen elf Forderungen, die auf Seite 14 mitgeteilt sind. Durch das Ziel, das der nunmehr politisch gewollten evangelisch-sozialen Bewegung durch Todt gesteckt wird, und das nur die notwendige Konsequenz einer ehrlichen christlichen Nächstenliebe ist, wird sie mutig zu einer Partei aller kleinen Leute, der Proletarier jeder Arbeitsschicht und jeden Standes ausgerufen; allein deren dauerndes Wohl, deren soziale Sicherung im Namen des evangelischen Christentums zu erstreben, soll fortan ihre Aufgabe sein; Sozialpolitik im Interesse behaglich besitzender Christen ist ausgeschlossen; jeder von diesen ist vielmehr seinerseits verpflichtet, die Politik der Besitzlosen kräftig zu unterstützen und im Namen Christi sein Eigentum, seinen Einfluß, seine Bildung in ihren Dienst zu stellen. Mit dem allen ist klar die

Entwicklung der evangelisch-sozialen Bewegung zu einer furchtlosen, konsequenten, von keiner andern Partei abhängigen christlich-sozialen Arbeiterreformpartei mit vorwiegend proletarischem Charakter vorgezeichnet und gegeben. Durch jenes elfstückige Programm dagegen wird diese Entwicklung sofort wieder unterbunden, aufgehoben, in ihr Gegenteil verkehrt. Denn kaum die Hälfte dieser elf Forderungen beschäftigt sich überhaupt direkt mit der Lage derer, die nach einem menschenwürdigen Dasein schreien; die andre Hälfte von ihnen, z. B. die nach Errichtung von Rentenbanken und nach Ansässigmachung von Landarbeitern, vertreten geradezu Interessen besitzender Kreise und kommen höchstens indirekt auch einzelnen Besitzlosen ein wenig zu gute! Und was sich von diesen Forderungen wirklich mit dem Wohl der Besitzlosen beschäftigt, reicht nicht im entferntesten aus, dies gewollte menschenwürdige Dasein für sie zu schaffen. Die meisten dieser Forderungen sind ja heute schon verwirklicht — die Massennot ist dennoch nicht beseitigt, eine menschenwürdige Lebenshaltung den Armen noch immer nicht ermöglicht. So sind alle diese Forderungen Zwergmittel für ein Riesenziel und falsche, sich im Sande und in der Irre verlierende Wege nach einem ebenso hohen als wahren, weil christlich notwendigen Ideal. Aber wie kommt das? Wie ist das möglich bei einem Manne, dem wir in gleicher Weise eine genaue Kenntnis der sozialen Not, rücksichtslosen Wahrheitsdrang, tiefere ökonomische Bildung und ernstestes Streben, wirklich, dauernd und gründlich zu helfen, zugestehn müssen? Das liegt einzig und allein an Todts persönlicher Art. Todt ist von Anfang bis zu Ende ein konservativer Mann gewesen. Als solcher hat er die wissenschaftlichen Werke der klassischen Nationalökonomie, die Schriften der Sozialdemokratie, das Alte und das Neue Testament studiert. Und er bleibt politisch konservativ nach allen diesen Studien, bei allem ökonomischen Wissen, das er sich aneignet, bei aller scharfen Kritik, die er zugleich mit der Sozialdemokratie an dem heutigen Wirtschaftsleben übt, bei aller Glut christlicher Nächstenliebe, die sich ihm aus der heiligen Schrift immer von neuem entfacht. Nur eben, daß sein politischer Konservativismus sich sozial erweitert und vertieft. Das Ideal patriarchalischer Bevormundung der Kleinen durch die Großen ist auch ihm noch nicht geschwunden. Die Überzeugung von der Solidarität der

Interessen von Arbeitern und Arbeitgebern ist ihm noch nicht erschüttert. Der Glaube an die konservative Partei als rettende Macht nicht nur des Staates überhaupt, sondern auch aller Proletarier beseelt ihn noch ganz. Auch wahres, namentlich wahres christlich-soziales Christentum ist ihm nur in konservativem Gewande recht vorstellbar. Und so schaut er, der selbständig neue sozialpolitische Ideen nicht zu produzieren vermag, notwendig nach der konservativen Seite um Hilfe aus, so wird der „Sozialkonservative" Rudolf Meyer vor allem sein Lehrer, dessen Ideen sich ihm zu seinem Programm verdichten und ihm endgiltig den Stempel schwächlicher Vorsicht und konservativer Auffassung aufprägen. So lenkt Todt die ganze evangelisch-soziale Bewegung, nachdem er ihr diese, wenn man so sagen darf, stark proletarische Tendenz eingeflößt hat, doch andrerseits wieder in das Fahrwasser einer durch und durch konservativen Strömung hinein, durchdringt sie mit dem behutsamen, durch allzuviele Rücksichten gegen die herrschenden und besitzenden Kreise gebundnen Geiste eines konservativen christlichen Sozialismus und kettet sie damit geradezu an die bestehende konservative Partei an. Damit aber ist der totale innre Widerspruch dieser von ihm zu einer politischen Wirksamkeit erhobnen evangelisch-sozialen Bewegung perfekt: dort eine von andern Parteien völlig unabhängige, hier eine an die konservative Partei geschmiedete evangelisch-soziale Gruppe; dort als Aufgabe nichts als die Arbeit für das Wohl aller notleidenden Brüder, hier mindestens in gleicher Weise Interessenvertretung der Großen wie der Kleinen; dort ein unendlich hohes, großes und durch und durch originelles Ziel, hier verhältnismäßig kleinliche, bei andern zusammengesuchte, kleisterähnliche Mittel. Und niemals hat dieser innere Widerspruch die evangelisch-soziale Bewegung wieder verlassen bis heute; heute bildet er sogar die Gefahr, die ihre ganze weitere Zukunft in Frage stellt, und die zu beseitigen die Hauptaufgabe aller ihrer Getreuen ist. Aber trotz alledem, der Übergang der Bewegung aus dem rein privaten zu einem öffentlich-politischen Wirken selbst, der diesen schweren innern Widerspruch in ihr erst mit sich brachte, dieser Übergang selbst bleibt ein gewaltiger Fortschritt unsrer Sache, und ihn veranlaßt zu haben ist das dritte große Verdienst, das Todt sich um sie erworben hat.

Ein viertes kommt dazu. Er zum erstenmale entwickelt auch über die soziale Thätigkeit der evangelischen Kirche und ihrer Geistlichen im größern Zusammenhange prinzipielle Gedanken. Zwar erörtert war gerade diese Frage schon zehn Jahre lang vor ihm immer wieder. Namentlich Wichern hatte sie auf seinen Kongressen für Innere Mission, sowie auf der frei berufnen sogenannten Oktoberversammlung im Jahre 1871 zu Berlin teils selbst unermüdlich bearbeitet, teils durch Nationalökonomen wie Nasse und Adolf Wagner behandeln lassen. Aber diese hatten dann eigentlich immer nur ihren ethisch bestimmten, sogenannten Kathedersozialismus vorgetragen und sich damit begnügt, zum Schluß die Geistlichen als die Träger der ethischen Mächte des Christentums aufzufordern, durch deren Pflege in ihren Gemeinden auf ihre ökonomischen Theorien vorzubereiten und ihnen zur allgemeinen Anerkennung und Durchführung zu verhelfen. Wichern selbst aber und seine theologischen Gesinnungsgenossen verstanden unter der Mitarbeit der Kirche an den sozialen Problemen stets nur die Einzelliebesthätigkeit der Innern Mission. Die Beteiligung der Kirche an ihr war ihm die Beteiligung an der Lösung der sozialen Frage. Das wurde und konnte erst anders werden, als die evangelisch-soziale Bewegung anfing, sich als etwas neues Eigenartiges und Selbständiges von der Innern Mission loszulösen, vor allem als sie ihre Richtung auf das Politische, den Anstoß zur Entwicklung in eine öffentliche, sozialpolitische, organisierte Partei erhielt. Da erst wurde die Frage brennend und drängte zur Lösung. Denn da entstand für alle Geistlichen, die ihr aus Gewissensüberzeugung, aus Liebesdrang oder Charakteranlage zugethan waren, der Konflikt der Pflicht gegen die Gemeinde, in der er allen gehörte, weil alle ihr angehörten, und gegen die evangelisch-soziale Sache, die Parteisache wurde und nur durch Kampf zum Sieg gelangen kann. Todt, der zuerst den Anstoß zu dieser Entwicklung gegeben hatte, sah sofort auch diesen Konflikt, dies neue Problem. Und in seiner kräftigen geraden Art suchte er auf Grund von alledem, was in dem vorhergegangnen Jahrzehnt darüber wenigstens andeutungsweise geredet und geschrieben worden war, es auch sofort zu lösen.

Auch für ihn steht von Anfang an fest, daß auch der Geistliche im Amt das Recht, die Pflicht und die Fähigkeit habe, mit

Hand an die Lösung der sozialen Frage zu legen. Er klagt laut, daß die allermeisten seiner Amtsbrüder dies bisher aus Gleichgiltigkeit oder aus Angst vor ihr unterlassen hätte. Er fordert sie alle zur That auf: „die Kirche, die bisher schlief, muß aktiv werden!“ Aber — diese Aktivität soll nach ihm nun und nimmermehr sozialpolitische Thätigkeit sein. Vielmehr verbietet Todt der Kirche und ihren Geistlichen geradezu den Eintritt in den sozialpolitischen Kampf, jede öffentliche Parteinahme für eine nach ökonomischen Zielen ringende Gruppe, auch für die neue, von ihm gewollte, ersehnte, entwickelte christlich-soziale Partei. Diese haben nicht Geistliche, sondern Laien, freilich als Christen, zu gründen, zu bilden, zu führen, zu unterstützen.

Wir wollen nicht, so führt er am Schlusse seines Werkes aus, daß die evangelische Geistlichkeit eine politische Partei bilde. Das ist nicht ihr Beruf. Aber wohl ist es ihre Pflicht, sich selber ein klares, begründetes wirtschaftliches und politisches Urteil zu bilden. Das erfordert nicht bloß ihre Lehrstellung in der Gemeinde, sondern ihre ganze wissenschaftliche Bildung. Und ebenso hat sie die Aufgabe, die öffentliche Meinung bilden zu helfen, selbstverständlich nicht mit den üblichen politischen Agitationsmitteln, sondern mit den ihrem Amte entsprechenden Gaben und zwar innerhalb ihres Gebietes, der Gemeinde, nicht indem sie sich als politischer Lehrmeister da jedem aufdrängt, sondern indem sie Antwort giebt denen, die sie fragen.

Damit verweist Todt klipp und klar den Geistlichen aus dem lauten Parteikampfe in die stillere und sozial versöhnende Arbeit der einzelnen Gemeinde. Hier soll er das Wort von der unsichtbaren und doch wirklichen Welt Gottes im Herzen der Frommen und im Himmel des ewigen Lebens verkündigen; hier soll er die Liebe aller predigen aus dem Geist unsrer Zeit heraus und in taktvoller aber ehrlicher Anwendung auf unsre gegenwärtigen sozialen Verhältnisse und Schwierigkeiten; hier soll er wirtschaftliches Unrecht und soziale Verrohung oben wie unten furchtlos, treffend und besonnen geißeln; hier soll er Gegensätze mildern und Streit und Neid weise zu schlichten suchen; hier soll er alle möglichen Werke der Innern Mission pflanzen und pflegen; hier soll er der Schöpfer und Träger sozial fördernder Wohlfahrtseinrichtungen sein — in allem ein Diener seiner ganzen Gemeinde, nicht ein Parteiführer nur einer sozialen Schicht, vielseitig und gerecht, gründlich, selbstlos und parteilos. So gelangt Todt schließlich zu den

beiden, auf Seite 15 bereits mitgeteilten Grundforderungen, in denen er das Resultat seines Nachdenkens über diese Frage der Beteiligung der Geistlichen an der sozialen Arbeit zusammenfaßt: sozial orientierte gerechte und furchtlose Predigt einerseits, werkthätige Liebesthätigkeit in der Einzelgemeinde andrerseits — in der That im Ganzen eine geschlossene, wohldurchdachte, konsequente Auffassung, die leider im Buch selbst nicht so klar und einheitlich vorgetragen wird, als sie dem darüber Nachdenkenden nachher erscheint.

Freilich einen innern Widerspruch enthält auch dieser Teil der Darlegung Todts. Unter die sozial versöhnende Thätigkeit, die der Geistliche innerhalb seiner Gemeinde zu treiben hat, rechnet er auch die Gründung und Leitung von Arbeiter- und Arbeiterinnen-, Bauern- und Handwerker-, Lehrlings- und Gesellenvereinen, deren Vorbilder er in den katholischen Vereinen dieser Namen sieht, und als deren Aufgaben er, ebenfalls nach katholischem Muster, Pflege des religiösen Lebens, Förderung der allgemeinen Bildung, Geselligkeit und gegenseitige Hilfeleistung in Unglücksfällen hinstellt. Damit aber durchbricht er wieder das Prinzip der sozialpolitischen Neutralität, das er für die Kirche und ihre geistlichen Organe eben noch selbst proklamierte. Denn damit zwingt er die Geistlichen doch wieder in die parteiische Anteilnahme an Standesorganisationen der kleinen Leute hinein, in denen das einseitige soziale Interesse wenn nicht von vornherein schon vorhanden, so doch dann im Laufe der Entwicklung, dem Zuge der Zeit folgend, sicher zum Durchbruch kommen muß. Andrerseits zeigt sich auch an diesem Punkte wieder die Achillesferse des „Patriarchalischen" an Todts evangelisch-sozialen Anschauungen. Denn obwohl er eine ganz selbständige Partei aller Evangelisch-Sozialen, also auch aller noch religiös gerichteten evangelischen „Proletarier" anstrebte, neigt er hier doch wieder dazu, gerade den Proletariern die gleichwertige Beteiligung daran wieder zu verkürzen und sie dafür mit der Mitgliedschaft in kirchlichen Standesvereinen abzuspeisen, die sozial und politisch weder Fisch noch Fleisch sind und deshalb dem Drange der Leute nach gleichberechtigter Teilnahme an den Rechten und Gütern der modernen Kultur entgegentreten, anstatt ihn in geregelten Bahnen nach vorwärts zur Befriedigung zu leiten. Aber trotz dieser deutlichen und nicht bedeutungslosen

Fehler, die wir auch an diesem Punkte Todt wieder nachweisen müssen, bleibt ihm auch hier ein großes Verdienst gewahrt: er zum erstenmale hat im großen Rahmen einer systematischen Gesamtbetrachtung des evangelisch-sozialen Ideengehalts auch eine gründlichere Erörterung über die soziale Thätigkeit der Geistlichen und der Kirche gegeben. Und noch heute bilden die Grundgedanken dieser Erörterung mitsamt ihren Fehlern und Inkonsequenzen die Überzeugung der Mehrzahl der evangelischen Geistlichen, nach der sie predigen und schreiben, Arbeitervereine leiten und sich an evangelisch-sozialen Zusammenkünften beteiligen.

Aber Todt begnügte sich nicht damit, nur Grundlinien für die soziale Arbeit seiner Amtsbrüder und der kirchlichen Organe überhaupt zu ziehen. Er suchte sie sofort auch in die That umzusetzen, ihrer Verwirklichung entgegenzuführen. Noch im Jahre 1877, wo sein Buch erschien, am 5. Dezember, gründete er mit Hilfe seines Amtsgenossen Adolf Stöcker und der Nationalökonomen Adolf Wagner und Rudolf Meyer den Zentralverein für Sozialreform auf religiöser und konstitutionell-monarchischer Grundlage. Damit erwarb er sich sein letztes großes und dauerndes Verdienst: er zuerst machte den Anfang zu einer Organisation der Anhänger des evangelisch-sozialen Gedankens.

Der neue Verein trat nicht sofort mit einem klar ausgearbeiteten Programm hervor. Nur in seinen Satzungen stellte er in großen Umrissen das allgemeine Ziel seiner Bestrebungen auf. Es ist folgendes:

Zweck des Vereins ist die Vorbereitung sozialer Reformen auf religiöser und konstitutionell-monarchischer Grundlage, ausgehend von folgenden Fundamentalsätzen:

a) Das allgemeine und gleiche Stimmrecht in monarchischen Staaten fordert eine Politik durchgreifender sozialer Reformen und, zur Verwirklichung derselben, ein Vertrauensverhältnis zwischen Monarchie und Arbeiterstand, sowie eine starke arbeiterfreundliche Initiative der Regierung.

b) Die Lösung der sozialen Frage ist nicht denkbar ohne die Mitwirkung der sittlich-religiösen Faktoren und ohne das Eintreten der Kirche für die berechtigten Forderungen des vierten Standes.

Der Zentralverein führt seine Zwecke durch Verbreitung geeigneter Schriften und Aussendung von Reiserednern aus.

Man sieht, die Grundgedanken des Todtschen Buches kehren auch in diesen wenigen Sätzen wieder. Hilfe dem Arbeiterstand! ist die Parole. Durch Wahrung des allgemeinen gleichen und geheimen Stimmrechts und durch Anbahnung durchgreifender Reformen für sie soll sie bethätigt werden. Die proletarischen Neigungen Todts finden darin wieder ihren deutlichen und starken Ausdruck. Hinter den wenigen Sätze liegt sogar der Gedanke an ein offnes Bündnis zwischen Staat, Kirche und Arbeiterstand zur gemeinsam durchzuführenden Neuordnung aller wirtschaftlichen Zustände. Todts höchster Wunsch ist, daß die Hohenzollern, wie sie sich in ihrer großdeutschen Politik bisher auf die Junker gestützt, in ihrer sozialen Reformpolitik auf die Arbeiterbataillone stützen möchten. Und die Kirche dachte er sich dann als thatkräftige dritte im Bunde. Freilich der patriarchalisch-konservative Pferdefuß seiner Anschauungen kommt auch bei diesem Plane wieder mit zum Vorschein. Nur unter Führung einer allerdings durch und durch arbeiterfreundlichen Regierung sollen die Arbeiter ihre Rechte suchen, nicht selbständig, auf eignen Wegen, unter eignen Führern, selbstgesteckten Zielen zu wie andre Klassen und Parteien. Der Staatssozialismus einer konstitutionellen Monarchie und der christliche Sozialismus einer von praktischer Liebesthätigkeit erfüllten Kirche sollen allein ihr sozialpolitisches Ideal sein und bleiben, das sie durch die Wucht der Masse namentlich bei Wahlen zur widerspruchslosen Geltung bringen sollen. Von einer selbständigen, frei sich entwickelnden Mitarbeit proletarischer Intelligenzen ist wieder so wenig wie in Todts Buche die Rede. Immerhin, so widerspruchsvoll die ganze Idee dieses politischen Dreibundes bei der Lage der Dinge auch war, Orginalität und Charakter ist ihr jedenfalls nicht abzusprechen.

Charakteristisch ist auch noch ein andres an den obengenannten Satzungen des Vereins. Nämlich die breite religiöse Grundlage, auf die sie den Verein mit all seinen Bestrebungen stellt. Es sind ihm als Gesinnungsgenossen zunächst alle willkommen, die noch auf dem Boden einer göttlichen Weltanschauung stehen, irgendwelche religiöse Bedürfnisse haben und die Bethätigung sittlich-religiöser Mächte auch im öffentlich-wirtschaftlichen Leben für wünschenswert halten. Selbst Juden sind nicht von ihm ausgeschlossen. That-

sächlich haben ihm auch einzelne Juden, so der jüdische national-ökonomische Schriftsteller und Bankier Samter in Königsberg, eine kurze Zeit als Mitglieder angehört.

Endlich ist noch ein letztes Charakteristikum dieser ersten aller evangelisch-sozialen Organisationen hervorzuheben: ihr Arbeitsziel ist immer nur die Vorbereitung sozialer Reformen, nicht ihre Durchführung. Das war schon durch das Prinzip des reinen Staatssozialismus bedingt, das ihr innewohnt, und nach dem sie eben dem Staate die Durchführung der Sozialreform überlassen mußte. Aber auch eine Partei wollte der Zentralverein weder sein noch jemals werden, auch nicht die von Todt geforderte christlich-soziale Partei, höchstens eine erste Vorarbeit für sie. Auch das war von Todt von vornherein so gewollt. Denn Todt, der den Verein ins Leben rief und ihr thatsächlicher Leiter war, vergaß nie, daß er selber einer von den Geistlichen war, denen er in seinem Buche jede direkte Beteiligung am sozialpolitischen Kampfe und erst recht die Führung einer öffentlichen Partei als verhängnisvoll für ihr Amt untersagt hatte. Er durfte keinesfalls die Normen, die er für seine Amtsbrüder gezogen hatte, selbst überschreiten. Andrerseits drängte es den thatkräftigen Mann mit aller Gewalt, etwas zu schaffen, vor allem seine eignen Gedanken zur Verbreitung und Anerkennung zu bringen und sie zu einer treibenden Kraft für die soziale Entwicklung der Gegenwart zu machen. So kam er auf diesen Mittelweg, dieses Provisorium seines Zentralvereins, auf den rein akademischen Zuschnitt, den er ihm gab, auf die rein propagandistischen Ziele, die er ihm steckte. Darum warb er Mitglieder für ihn auch nur in den Kreisen der sogenannten Besitzenden und Gebildeten und hütete sich ängstlich, seine Gedanken in die Massen selbst zu tragen. Er machte es auch Stöcker bei dessen Auftreten eine lange Zeit zum schweren Vorwurf und rechnete es ihm geradezu als verhängnisvollen Fehler an, daß dieser es that. Er meinte, diese Agitation unter den Arbeitermassen sei erst die Aufgabe einer viel spätern Zeit, wo wirklich ein klares, geschlossenes staatssozialistisches Programm und eine genügend große Anzahl intelligenter, nichtgeistlicher Führer einst dafür zur Verfügung stehen würden. Beides, Programm wie Führer zu schaffen, hielt er für die vornehmste und größte Aufgabe seines Zentralvereins. Dieser sollte alles in allem die Schmiede sein, in der das Gedanken-

material seines christlichen Staatssozialismus bis auf das letzte, kleinste, aber logisch notwendige Stück gehämmert und zu einem Ganzen zusammengeschweißt werden sollte, und zugleich die Schule, in der auf Grund des so gewonnenen Programms die Führer der kommenden evangelisch-sozialen Partei gebildet werden sollten.

Beides sollte vorwiegend durch litterarische Wirksamkeit des Vereins erreicht werden. Es wurde eine Zeitung gegründet, der „Staatssozialist," die vom 1. Januar 1878 ab erschien. Sie erschien wöchentlich; ein reicher Freund und Gesinnungsgenosse Todts trug die Kosten für sie und übernahm das Risiko. Das Blatt, durch und durch sozialpolitisch angelegt, sollte vor allem die Neigung für christlich-soziale Reformen wecken, die Anschauung über sie im Sinne des Todtschen Staatssozialismus klären und so in allmählichem Gedankenaustausch, in gegenseitiger Reibung der noch vorhandnen gegensätzlichen Meinungen das christlich- und staatssozialistische Programm der Zukunft entwickeln. Mit ihm, so hoffte man, würde einst auch die noch fehlende Führerschar der neuen Bewegung dasein. Das Blatt war reichhaltig und vielseitig genug angelegt. Es brachte Feuilletons über soziale Gedanken, eine wöchentliche Chronik aller Ereignisse auf sozialem Gebiet, Schilderungen von Wohlfahrtseinrichtungen und Arbeiten der Innern Mission, Untersuchungen über und gegen die materialistische Weltanschauung, Mitteilungen aus der sozialdemokratischen Bewegung, endlich prinzipielle sozialpolitische Aufsätze und Erörterungen. Man hatte gehofft, für die letzten die dauernde Mitarbeit der Nationalökonomen des Vereins für Sozialpolitik zu gewinnen, und manche von ihnen hatten diese Mitarbeit auch wohl zugesagt. Aber nur wenige haben wirklich hie und da einen kurzen Aufsatz eingesandt. Und auch diese blieben bald fast ganz weg. Nur kleinere nationalökonomische Geister schrieben weiter, nicht immer in fesselnder Form, und entwickelten manchmal auch allzu radikale Ideen. So rief z. B. der Vorschlag der Verwandlung des großen Grundbesitzes in kleinen Bauernbesitz Stürme der Erregung und ernste Bedenken bei vielen Lesern und Mitgliedern des Zentralvereins hervor. Um diese Wirren zu beseitigen, entschloß man sich, früher als man es geplant hatte, und früher auch, als man eigentlich recht imstande dazu war, zur Aufstellung eines eignen sozialpolitischen Programms. Es

fiel ungenügend genug aus. Schwülstig in der Form, enthält es nicht viel andre Ideen, als die der oben mitgeteilten paar Sätze aus den Statuten des Vereins. Und auch diese aus Rücksicht gegen die Bedenken vieler ängstlich gewordnen Gesinnungsgenossen in sehr viel zahmerer, abgeschwächter Formulierung. Was neues hinzugesetzt ist, ist womöglich noch schwächlicher und verhüllter. Das Programm erschien bereits ein halbes Jahr nach Gründung des Vereins. Es ist in Nr. 23 des „Staatssozialist" vom 1. Juni 1878 veröffentlicht worden. So langatmig es auch ist, um des ganzen Charakters dieser Schrift willen muß es hier mitgeteilt werden. Es lautete:

1. Der Sozialismus in seinen verschiednen Formen ist nicht ein auf das volkswirtschaftliche Gebiet beschränktes, sondern ein den ganzen Menschen und das ganze Staats- und Gesellschaftsleben umfassendes System, und kann deshalb auch jede einzelne soziale Frage nur in ihrem Zusammenhang und ihre Wechselwirkung mit der Gesamtheit der Zustände der Lösung näher geführt werden.

2. Ebenso ist die gegenwärtige soziale Frage kein bloßes wissenschaftliches Problem, sondern an erster Stelle eine staatliche und gesellschaftliche Machtfrage im vollsten Sinne des Wortes. Die Grundbedingung ihrer Lösung ist eine dem Wohle aller entsprechende Beschränkung der bestehenden Machtverhältnisse, des durch Gesetze und Verkehr begründeten Übergewichts und Privilegiums der herrschenden Gesellschaftsklassen, insbesondre der Geldaristokratie.

3. Einer solchen Aufgabe aber ist nur die bestehende historisch überkommne Staatsgewalt gewachsen, die allein auch Staatssozialismus zu treiben vermag. Unsre eignen Leistungen beschränken sich einerseits darauf, den Staatsorganen, sowie den gesellschaftlich maßgebenden Elementen ihre entsprechenden Pflichten und die Gefahren der Versäumnis rückhaltlos zum Bewußtsein zu bringen, und andrerseits die Möglichkeit eines thatkräftigen Eingreifens des Staates, soviel an uns liegt, vorbereiten zu helfen.

4. Die soziale Frage ist zu inhaltsreich und folgenschwer, um nebenher behandelt werden zu können. Bei einer Fortsetzung ihrer bisherigen Behandlungsweise liegt sogar die Gefahr prinziploser isolierter Konzessionen und willkürlicher Polizeimaßregeln nahe, durch welche der Sozialdemokratie, die man bekämpfen will, der bedenklichste Vorschub geleistet wird. Daher ist die unabweisliche Vorbedingung jeder prinzipiellen durchgreifenden und nachhaltigen Sozialreform die Bildung eines der Bedeutung der Aufgabe entsprechenden Staatsorgans (volkswirtschaftliche Zentralbehörde). Ein solches kann nur so lange entbehrt werden, als man sich über die Bedeutung der ländlichen Bevölkerung täuscht.

5. Die Sozialdemokratie mit ihren Ursachen ist eine höchst gefährliche staatliche und gesellschaftliche Krankheit. Deshalb gilt auch für jenes

Organ der allgemeine Grundsatz, daß jedem Heilungsprozesse eine gründliche Diagnose vorangehen muß. Als solche fordern wir und wollen fördern eine erschöpfende Enquete, insbesondre über das Verhältnis der Arbeit zum Kapital, über die steuerliche wie sonstige Belastung und die Produktivität des Grundbesitzes, sowie über den gewerblichen Betrieb, über die Lebensfähigkeit des noch bestehenden Handwerks und die Konkurrenzfähigkeit unsrer gesamten Produktion.

6. Unser Ausgangspunkt ist die geschichtliche Auffassung, daß der radikale Sozialismus der Gegenwart nichts ist als die Fortsetzung und Vollendung der französischen Revolution, der Reflex ihrer Theorien und Schlagworte in den Köpfen und Herzen der besitzlosen Masse, der Materialismus der Arbeit gegenüber dem Materialismus des Besitzes und der höhern Stände überhaupt. Wir betrachten es demgemäß als den wesentlichsten Kern unsrer Aufgabe, die gottlosen materialistischen Prinzipien der Gegenwart zu bekämpfen, ihrer falschen umstürzenden Praxis, und zwar gleichmäßig auf allen Gebieten des Staates und der Kirche, der Familie und der Schule, kurz der ganzen Gesellschaft, die rechte aufbauende Praxis gegenüber zu stellen und, indem wir die Vertretung des dogmatischen Inhalts des Christentums der Kirche überlassen wollen, wissenschaftlich den Nachweis zu führen, daß die materialistische Weltanschauung, weit entfernt — wie man so gern glauben machen möchte — die Krone des philosophischen Forschens zu sein, vielmehr dessen Bankerott repräsentiert, da sie auf jede die Menschheit beruhigende Erklärung der Geheimnisse der Natur und des Lebens verzichtend, dem Gemüt eine trostlose und entwürdigende Leere zurückläßt.

7. Die gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung mit dem deutschen Kaiser- und Fürstentum ist selbstverständliche Voraussetzung, und die Rechtskontinuität das unbedingte Postulat unsrer Aktion. Nur in der sozialen Monarchie anerkennen wir die Staatsgewalt, deren Wohl und Interesse am meisten mit dem der Gesamtheit identisch, und die, über allen Sonderinteressen stehend, stark genug ist, die gesellschaftlichen Mächte zu beherrschen und die drohende Revolution durch zeitgemäße Reform zu vermeiden. Wir wollen eine in der Masse der Bevölkerung wurzelnde Machtfülle der Fürstengewalt und des auf die Lösung der nationalen Aufgaben angewiesenen Kaisertums. Wir wollen nicht, daß die Minorität des Volkes über seine Majorität durch einen Scheinparlamentarismus herrscht. Wir wollen aber auch nicht das im deutschen Reich eingebürgerte allgemeine gleiche direkte Wahlrecht zu Gunsten einer zu verschärfenden Klassengesetzgebung in Frage gestellt wissen.

8. Was wir in dieser Beziehung erstreben, ist, aus dem gegenwärtigen flüssigen und ungeordneten Zustande der Wähler und des Wahlrechts neue Interessengruppen und Fachgenossenschaften zu kristallisieren, welche geeignet sind, die Träger eines neuen sozialen Wahlrechts zu werden. Wir erstreben gleichzeitig Institutionen, welche die Staatsgewalt in den Stand setzen, die ihr obliegenden wirtschaftlichen Reformen für alle Berufsklassen gleichmäßig auch praktisch zu verwirklichen.

9. Die Institutionen, welche wir hierbei zunächst im Auge haben, sind dieselben, welche sich geschichtlich schon bei der Überführung des feudalen Staates in den modernen bewährt haben, Institutionen, auf deren Einfluß die jüngste Entwicklung unbewußt und wie von selbst hindrängt, und deren charakteristischer Wert darin beruht, die berechtigten Anforderungen des radikalen Sozialismus mit den unabweislichen Ansprüchen der Staatsgewalt in Einklang zu setzen, und die zur Zeit herrschenden Gesellschaftsklassen vor den verhängnisvollen, schließlich alle gleichmäßig verderbenden Konsequenzen des eignen Systems zu bewahren. Wir meinen hier erstlich die Regalien und Monopole (Staatseisenbahnen, Forstwirtschaft, Ausdehnung des Staats- und Kommunaleigentums, Tabaksmonopol, Versicherungswesen u. s. w.), bei denen Arbeiterfreundlichkeit des Betriebes allerdings unsre Voraussetzung ist. Zweitens meinen wir die Taxen (Zoll- und Tariffragen, Zinstaxen, Normalarbeitstag mit Fixierung der Werkstunden, vollkommnere Regelung der Produktion und Konsumtion u. s. w.).

10. Daß dieser unser Zielpunkt nicht von Hause aus das wünschenswerte Verständnis und Entgegenkommen finden wird, kann uns nicht irre machen, um so weniger, als die neuesten Reformprojekte im Schoße der Regierung sich unverkennbar innerhalb dieser von uns gesteckten Grenzen bewegen und auf ein System hindrängen, welches die gesetzgeberische Funktion des Staates durch eine entsprechende Verwaltungsthätigkeit ergänzt. Was wir wollen, mag zwar den Zielen der Sozialdemokratie ähnlich erscheinen. Es ist aber niemals dasselbe, es ist sogar der gesündeste Gegensatz gegen die sozialdemokratische Doktrin.

11. Wenn wir dabei das Grundeigentum als die unbewegliche Grundlage des gesamten Volkslebens und das Landvolk als die feste Basis der sozialen Pyramide besonders hervorheben, so geschieht dies nicht in Vertretung eines Sonderinteresses, sondern in der Überzeugung, daß sich dort vorzugsweise noch religiöse, moralische und sonstige Anknüpfungspunkte für eine heilsame Lösung der sozialen Frage finden, und daß mit dem ökonomischen Verschwinden des Landvolks vollends aller Halt der bestehenden Gesellschaft und ihrer ruhigen Entwicklung verloren gehen würde. Auf diesem Gebiete das man bisher so völlig beiseite gelassen, muß deshalb auch der Prozeß der Heilung und zwar an erster Stelle mit der Beseitigung der Wucherfreiheit, der Veränderung der Hypotheken- und Steuergesetzgebung, Modifikation der Subhastationsordnung, Regulierung des Pacht- und Erbrechts, und was damit zusammenhängt, seinen Anfang nehmen.

12. Je fester wir in der Überzeugung stehen, daß erst die weiterführende Arbeit der Geschichte die zum sozialen Frieden führenden Institutionen auszeitigen wird, und je weniger wir deshalb uns versucht fühlen, den zweiten Schritt vor dem ersten zu thun, um so mehr halten wir uns für verpflichtet, schließlich offen auszusprechen, daß, wie das Wasser allen Wünschen zum Trotz bergab läuft, auch die soziale Strömung der Gegenwart unbeirrt durch Aus-

nahmegesetze und Zwangsmaßregeln sich weiterentwickeln wird, bis sie das rechte, durch den Staat gesicherte Bett gefunden hat.

Das Programm schlug natürlich nicht durch. Es war und blieb darum zwar formell vorhanden, aber fast nicht beachtet. Nicht einmal im „Staatssozialisten" erfuhr es eine viel bessere Behandlung. Einige wenige schüchterne Ansätze wurden gemacht, es den Gesinnungsgenossen zu interpretieren. Dann ward es auch da mit Stillschweigen übergangen. Dafür wendete man sein Interesse immer mehr dem von Stöcker und Wagner verfaßten Programm der anfangs Januar 1878 gegründeten christlich-sozialen Arbeiterpartei zu und machte dessen Gedanken auch zu den Grundideen des Zentralvereins. Noch in demselben ersten Halbjahr, in dem dies Programm veröffentlicht wurde, wurde es einmal im „Staatssozialisten" geradezu ausgesprochen, „daß man sich an dies Programm halten müsse, um den ökonomischen Standpunkt, die eigentlichen Ziele des Zentralvereins kennen zu lernen." Zwar in der zweiten Hälfte des Jahres 1878 bis in den Herbst 1879 hinein macht sich dann eine erhebliche Entfremdung zwischen Zentralverein und christlich-sozialer Partei, zwischen Todt und Stöcker bemerkbar, aber Ende 1879 ist auch sie wieder überwunden, und nur um so kräftiger macht man nun im Zentralverein und im „Staatssozialisten" die Stöckerschen sozialpolitischen Programmpunkte wieder zu den seinigen. Man interpretiert sie, verteidigt sie, ergänzt sie fast in jeder Nummer des Blattes. Man bringt mit Beginn des dritten Jahrgangs 1880 wöchentlich ausführliche Berichte über die Thätigkeit Stöckers, die Versammlungen seiner Partei, ihr Wachsen auch außerhalb Berlins. Der „Staatssozialist" wird geradezu „Organ für alle christlich-sozialen Bestrebungen." Namentlich die Forderungen der Handwerker nach neuen Zünften vertritt man; selbst den Antisemitismus Stöckers macht man sich zu eigen in demselben Blatt, das bei seinem ersten Erscheinen jüdische Volkswirte mit Erfolg zu Mitarbeitern gebeten hatte. Immer mehr verließ der Verein wie das Blatt durch das alles seine weitherzige unparteiische Art, immer mehr neigte er sich nach rechts. Mit der Generalversammlung des Jahres 1879 wird in den Statuten der auch oben mitgeteilte Satz: „Zweck des Vereins ist die Vorbereitung sozialer Reformen auf religiöser und konstitutionell-monarchischer Grundlage" umgewandelt in: „auf

christlicher und konstitutionell-monarchischer Grundlage." Und diese Statutenänderung besagt — wie es in einer Kontroverse des „Staatssozialisten" zweiten Jahrgangs von der Schriftleitung rückhaltlos zugestanden wird — nicht nur den Übergang zum Antisemitismus, sondern auch zu „positiv christlichen" und konservativen Anschauungen.

Daneben machten sich Blatt wie Verein auch zu Helfershelfern der Sozialpolitik Bismarcks, die er nach den Attentaten im Namen eines „praktischen Christentums" durchzuführen begann. Seine Gesetzentwürfe wurden im „Staatssozialisten" aufrichtig befürwortet und vertreten. Schließlich glaubte man geradezu, daß Bismarck den Staatssozialismus verwirklicht habe, den der Zentralverein bei seiner Gründung erstrebt hatte, und schon 1880 hielt man darum die eigentliche Aufgabe des Vereins für erfüllt. Auf der Generalversammlung des Vereins in diesem Jahre 1880, die übrigens von nur fünfzig Herren, wovon nicht einmal die Hälfte Mitglieder waren, besucht wurde, sprach man dies offen aus und debattierte darum ernstlich über die eventuelle Auflösung des Vereins. Sie wurde nicht beschlossen, weil nur das erste Ziel des Vereins die Vorbereitung des Staatssozialismus, nicht aber auch das zweite die Vorbereitung des christlichen Sozialismus und die „Umwandlung der christlichen Kirche in eine soziale Volkskirche" schon erreicht sei. Auf die Verfolgung dieses Ziels warf man sich denn seit Ende 1880 auch hauptsächlich und glaubte es namentlich dadurch verwirklichen zu können, daß man die Geistlichen zu sogenannter „sozialer Lokalthätigkeit" anspornte. Unter dieser verstand man wieder entweder Werke der Innern Mission oder aber Arbeiten wie Einführung von Schulsparkassen, Gründung von Obstbaugenossenschaften und dem ähnlichen. Der Empfehlung und Darlegung solcher Unternehmungen und der Berichterstattung darüber war demzufolge immer ausschließlicher der letzte Jahrgang des „Staatssozialisten", und damit überhaupt die ganze Thätigkeit des Zentralvereins gewidmet, der dadurch fast nichts mehr von dem alten staatssozialistischen Charakter behielt und nur noch den Anstrich einer allerdings sozial angehauchten Innern Mission empfing.

So viel über die innere Entwicklung des Zentralvereins. Noch weniger ist über seine äußern Schicksale zu sagen. Im ersten Jahre seines Bestehens entwickelte er sich ziemlich rasch. Außer in Berlin

wurde auch in der Provinz für ihn geworben. Zwei Reiseredner, die im Sommer 1878 in seine Dienste traten, von denen man aber in den folgenden Jahren nichts mehr hört, gründeten sogenannte Mitgliedschaften, der eine in Rheinland-Westfalen, der andre in der Provinz Brandenburg und im Königreich Sachsen. Die in Westfalen waren ziemlich zahlreich, wenn auch kleiner; nach genauester Berechnung bestanden ihrer in zweiundzwanzig Orten. In Sachsen kamen nur drei (Meißen, Riesa, Lommatzsch) zustande, in der Provinz Brandenburg nur acht. Unter ihnen war die an Zahl und Lebensdauer bedeutendste die zu Brandenburg a. H., die in ihren besten Zeiten hundertfünfzig Mitglieder zählte. Der ganze Zentralverein, seine Mitgliedschaften im Reiche einbegriffen, betrug Ende 1878 rund neunhundert Mitglieder, fast ausschließlich aus den Kreisen der Lehrer, Beamten, auch Fabrikanten, vorwiegend aber der Geistlichen. Viel größer ist die Mitgliederzahl niemals geworden; jedenfalls ist die Zahl tausend in den Listen nie überschritten worden. Dementsprechend war auch die Abonnentenmenge des Staatssozialisten; in seiner begehrtesten Zeit hatte er rund 1500 Abonnenten. Im Jahre 1880 geht dann die Mitgliederzahl des Vereins und die Abonnentenzahl des Blattes schnell zurück. Am 14. Oktober 1880, bei der schon obengenannten Generalversammlung, werden nur noch 400 Vereinsmitglieder und 450 Abonnenten des Vereinsorgans angegeben. Seitdem lichten sich beide Scharen noch mehr. Man hält sich noch ein Jahr lang notdürftig über Wasser, um dann im Frühjahr 1881 gänzlich in der Bewegung Stöckers auf- und unterzugehen. Mit Schluß des ersten Quartals 1881 stellte der „Staatssozialist“ sein Erscheinen ein, formell — und für die Entwicklung des ganzen Vereins und seines Blattes höchst charakteristisch — übernahm die „Konservative Monatsschrift“ die Fortführung seines Berufs, indem sie versprach, der Erörterung sozialer Probleme unter christlicher Beleuchtung und gemäß den Grundsätzen des eingehenden Blattes mehr Raum in ihren Heften zu gewähren. Der Verein selbst aber, der in jüngster Zeit — abermals höchst charakteristisch — sich nur noch „Zentralverein für christlich-soziale Reform“ nannte, wurde als „christlich-sozialer Zentralverein“ ein einfaches Glied seiner glücklichern, erfolgreichern, größern Schwester, der christlich-sozialen Partei.

Viertes Kapitel

Adolf Stöcker und seine Christlich-sozialen

Nach Todt kam Stöcker, der Gründer der ersten christlich-sozialen Partei.

Adolf Stöcker ist am 11. Dezember 1835 in Halberstadt als Sohn eines Unteroffiziers geboren. Als Student gehörte er einem Korps an. Nach Beendigung seiner Universitätsstudien lebte er drei Jahre in Rußland, wurde 1863 Pfarrer in Seggerda bei Halberstadt, 1866 in Hamersleben, 1871 Divisionspfarrer in Metz und von da 1874 von Kaiser Wilhelm I. zum Hof- und Domprediger nach Berlin berufen. Als solcher ist er, obgleich er sich nach seinen gelegentlichen Äußerungen schon seit 1870 intensiver mit sozialen Fragen beschäftigt hatte und namentlich bei den Staatssozialisten in die Schule gegangen war, 1877 zum erstenmale öffentlich sozialpolitisch aufgetreten. In diesem Jahre beteiligt er sich lebhaft an der von Todt eingeleiteten Gründung des Zentralvereins für Sozialreform. Aber schon vier Wochen nachher greift er auch selbständig und fast unabhängig von Todt in die sich entwickelnde evangelisch-soziale Bewegung ein und schafft das praktische Pendant zu dem, wie wir sahen, mehr theoretischen Zentralverein Todts in seiner christlich-sozialen Arbeiterpartei. Sie ist zugleich die erste Verwirklichung des proletarischen Prinzips, das Todt durch sein Buch der Bewegung eingeimpft hatte. Aber sie bleibt das nicht. Sie wandelt sich bald und wird durch diese Wandlung unter dem Namen der christlich-sozialen Partei schlechthin zur Vertreterin des zweiten konservativen Prinzips, das ihr Todt einst auch gegeben hatte. Als solche bildet sie für Stöcker das Ausgangsgebiet einer weiten kühngedachten gesamtkonservativen Politik, die, erst erfolgreich, nachher an Bismarcks Kartellpolitik scheiterte, Stöcker 1890 sein Hofpredigeramt und neuerdings einen großen Teil des früher fast unumschränkten Einflusses auf die antisemitische sowie die evangelisch-soziale Bewegung und die konservative Partei gekostet hat.

Diese Entwicklung Stöckers und seiner Christlich-Sozialen soll im folgenden in drei zeitlich genau bestimmbaren Abschnitten im einzelnen dargelegt werden. Der erste Abschnitt umfaßt das Jahr 1878:

die Entstehung und Geschichte der christlich-sozialen Arbeiterpartei; der zweite umschließt die Jahre 1879—1884: die Umbildung der Arbeiterpartei in eine christlich-soziale Partei schlechthin; endlich der dritte Abschnitt reicht von 1885 bis zur Gegenwart und schildert die gesamte konservative Politik Stöckers und seiner Anhänger.

1878

Wir beginnen mit einer Darstellung der Gründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei. Diese kann nicht besser und um der Bedeutung willen, die diese freilich kurzlebige Partei in der Geschichte der gesamten evangelisch-sozialen Bewegung gewonnen hat, auch nicht kürzer dargestellt werden, als sie Stöcker selbst im Vorwort zu seinen christlich-sozialen Reden, zum Teil an der Hand von Berichten dritter, gegeben hat. Die Gründung beginnt am 3. Januar 1878 im „Eiskeller" zu Berlin.

Am Tage vorher hatte im Norden von Berlin, wo das Eiskelleretablissement liegt, an den Litfaßsäulen ein Plakat gestanden: Volksversammlung zur Begründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei. Dasselbe Plakat stand am Tage der Versammlung an den Anschlagsäulen der ganzen Stadt und führte am Abend einige tausend Sozialdemokraten in die Versammlung.

Der sozialdemokratische Generalstab, mit Most an der Spitze, war nur unvollständig erschienen; man hatte gegenüber dem Versuche, den man nicht genau kannte und gar nicht fürchtete, nur teilweise mobil gemacht. Selbstverständlich rissen die Sozialdemokraten die Büreauwahl an sich, ließen aber Grünberg, einen Schneider und frühern Sozialdemokraten, der sich Stöcker zu Diensten gestellt hatte, und anfangs auch treulich für die neue Partei eintrat, sie aber nachher verriet und elend unterging, wenn auch unter vielfachem Gelächter und Widerspruch reden. Er sprach unrichtig, unsicher und unzusammenhängend; der Vorsitzende sagte am Schlusse der Rede nicht ohne Grund: Wenn der Abend nichts weiter gebracht hätte, so wäre das Ganze nur eine Posse. Stöcker hatte ursprünglich nicht beabsichtigt, zu reden. In diesem kritischen Augenblicke schickte er seine Karte dem Präsidium hinauf und bat ums Wort. Mit einem male änderte sich die Lage.... Ein andrer Geist kam in die Versammlung, als Grottkau, der Präsident der Versammlung, mit nachdrücklicher Betonung folgendes erklärte: „Seither mußte man meinen, man wolle mit der Versammlung Komödie spielen. Jetzt aber hat sich ein Vertreter der theologischen Wissenschaft, Herr Hofprediger Stöcker, zum Wort gemeldet. Die Ehre der sozialdemokratischen Partei erfordert es, daß Sie diesen Gegner lautlos anhören. Ich werde als Vorsitzender meine Funktion rücksichtslos zur Geltung bringen — wonach sich zu achten!" Und Grottkau verstand, Wort zu halten. Unter lautloser Stille und gespanntester Auf-

merksamkeit seitens der Versammlung bestieg Stöcker das Podium. Sein Blick überflog die Versammlung — dann begann er zu sprechen, etwas bebend anfangs zwar, aber mit klarer und bald völlig sicherer Stimme. Er sprach einfach, mild, aber ernst und eindringlich vom Herzen zum Herzen, jedem verständlich — und nicht lange dauerte es, und er hatte manche dieser Herzen, die unter dem Arbeitskittel und einer rauhen äußern Hülle oft weicher und für alles Rechte und Gute empfindlicher klopfen, als man wohl manchmal meint, erreicht, gefangen. Die Versammlung lauschte anfangs den Geboten Grottkaus folgend und wohl noch mehr wirklich gefesselt lautlos den Worten des Redners — bald aber schlugen viele Herzen höher, und fast unbemerkt hüpfte manchen ein Zeichen des Beifalls aus dem Herzen über die Zunge und Lippen — sie dachten ja nur laut: Bravo! Sehr wahr! u. s. f. Aber Ruhe! tönte es diesen lauten Denkern vom Vorstandstisch und aus der Versammlung entgegen, und ein energisches Zischen andrerseits stellte die Ehre der sozialdemokratischen Partei zeitweilig wieder her — bis sie ein Loch nach dem andern und zeitweilig sogar ein sehr großes Loch erhielt, der Beifall schließlich ein fast allgemeiner und überwog jedenfalls die Mißfallsäußerungen. „Ich meine es treu, ehrlich und gut mit dem Arbeiterstande, so wahr mir Gott helfe!“ — mit dieser feierlichen Versicherung hatte Hofprediger Stöcker seine Rede geschlossen.

Grottkau stand wie eine eherne Bildsäule am Vorstandstisch, die Hand fest um den Knauf der Präsidialglocke gedrückt, Most rückte ungeduldig auf seinem Stuhle hin und her, Dentler aber spitzte merkwürdig oft den Bleistift und warf seine Augen bald hierher, bald dorthin. Aber Wort hielten sie, die sozialdemokratischen Führer, sie behielten Ruhe, bis der Hofprediger mit seiner Rede zu Ende war und das Podium verließ — es wäre ihnen ein leichtes gewesen, den Mann, der hier schutzlos mitten im feindlichen Lager stand, einfach auspfeifen und gar nicht zu Worte kommen zu lassen. Sie haben es nicht gethan, sie trauten sich das Zeug zu, dem Gegner in offnen Kampfe entgegen zu treten, und hielten den Kampf mit solchem Gegner für eine Ehre. Die Epigonen könnten hier von ihren Vorgängern etwas lernen.

Wie Quecksilber schnellte dann aber Most von seinem Sitze auf und nahm, mit stürmischem Jubel von seinen Parteigenossen begrüßt, das Wort. Die Hände in den Hosentaschen, sich mühsam zur Gelassenheit zwingend, oder vielmehr diese affektierend, trat er dicht vor die Rampe und „vernichtete“ zunächst mit wenigen Hieben moralisch den unglücklichen Grünberg, der sinnloses Zeug geredet und mit seinem Auftreten nur an den „Bruder Miericke“ erinnert habe. Dagegen anerkannte Most, daß Hofprediger Stöcker „Klarheit in die Situation“ gebracht habe. Man vermöge doch nun zu erkennen, daß hier die „Staatssozialisten“ einen Fühler ausstrecken wollten. Daß Stöcker hier so offen und mannhaft aufgetreten, sei ja anzuerkennen, er möge aber auch in den Kreisen, in denen er sich bewege, für die Not des Volkes Verständnis und Teilnahme erwecken. Stöcker habe hier ein Lied vom braven

Manne hören lassen, sogar vom zufriednen armen Manne, und das müsse entschieden zurückgewiesen werden.

Hierauf rekapitulierte der wilde Most Satz für Satz die Rede des Hofpredigers, glossierte dieselbe mit der ihm eignen ätzenden Schärfe der Dialektik und redete sich dabei nach und nach in eine förmliche Wut gegen die bestehenden Gesellschaftseinrichtungen, gegen das Christentum und die „Pfaffen," insbesondre auch gegen Luther und Calvin hinein, die jedes Maß vernünftiger Kritik überstieg. Most war von einer „furchtbaren Beredsamkeit" und riß die vielfach urteilslose Menge wie im Wirbelwind mit sich fort, sodaß diese selbst kaum wußte, wie ihr geschah. „Selbst wenn das gesamte Pfaffentum die Sonne verfinstern und wie ein Heuschreckenschwarm heranstürmen sollte," rief er zum Schluß in förmlicher Ekstase aus, „so würden sich die sozialdemokratischen Arbeiter nicht von ihren Wegen und Zielen abbringen lassen. Die Tage des Christentums seien gezählt, und den Priestern könne man nur zurufen: Macht eure Rechnung mit dem Himmel, eure Uhr ist abgelaufen!" Frenetischer Beifall folgte diesen mit stets wachsender Leidenschaft vorgetragnen Tiraden Mosts, die die Versammlung in einen wahren Taumel versetzt hatten. Most selbst stürzte mehr als er ging vom Podium herab in die Mitte seiner ihn beglückwünschenden Freunde. Die allgemeine Erregung war eine so hochgradige, daß an eine sachliche ruhige Diskussion nicht mehr zu denken war. Dentler verlas eine von ihm inzwischen entworfne Resolution gegen die Bildung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei, die mit großer Majorität angenommen wurde. Grottkau schloß hierauf die Versammlung mit dreifachem Hochruf auf die Sozialdemokratie. Beim Auseinandergehn sangen die Sozialdemokraten die Arbeitermarseillaise.

Das war der Geburtstag der christlich-sozialen Partei.

In einer zweiten geheimen und geschlossenen Versammlung, die kurz darauf folgte, wurde mit den ersten fünfzig, die in jener Eiskellerversammlung von Stöcker überzeugt und gewonnen worden waren, die Begründung der Partei wirklich vollzogen.

Bald folgten dann ähnliche oder noch stürmischere Versammlungen, als die im Eiskeller gewesene. In allen kämpfte Stöcker, fest und gemäßigt zugleich, mit überlegner Beredsamkeit und immer wachsendem Erfolge. Fast immer aber allein. Es ist ein Verhängnis gewesen, daß Stöcker damals so wenige wirklich leistungsfähige Mitstreiter von einiger geistiger Begabung und höherer Bildung fand. Unter ihnen tritt der Missionsdirektor Wangemann besonders rühmlich hervor. Er hat, manchmal sogar allein, auch die ärgsten Stürme gegen die Sozialdemokraten mutig mit bestanden. Als man nämlich im sozialdemokratischen Lager sah, daß die Gründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei eine unumstößliche Thatsache

blieb, daß ihre Mitgliederzahl von Woche zu Woche wuchs, daß gerade auch bisherige Genossen zur neuen bessern Fahne abschwenkten, war das Maß Mosts, des Berliner Führers, voll. Er und seine Getreuen schnaubten Wut. Und nun beschloß man, alles daran zu setzen, um die neue Bildung zu vernichten. Man glaubte endlich das beste Mittel darin gefunden zu haben, daß man zum Massenaustritt aus der Kirche trieb. Man glaubte damit den Pfaffen und der Pfaffenpartei, wie sie hieß, den schlimmsten und empfindlichsten Streich zu spielen. Denn man hoffte auf den Austritt tausender. Alles wurde daran gesetzt, das Ziel zu erreichen. Große Volksversammlungen wurden einberufen, in denen Most seine ganze „furchtbare Beredsamkeit" einsetzte und die Massen fanatisierte. Selbst die sozialdemokratisch gesinnten Frauen Berlins rief man zusammen, gegen die Pfaffen auszusagen und den Austritt auch ihrerseits mit zu vollziehen. Diese Frauenversammlung soll nach der Aussage aller, die sie erlebt haben, das entsetzlichste gewesen sein, was Berlin je an derartigen Versammlungen gesehen hat. Und in all diesen Versammlungen hat gerade Wangemann fest und unerschrocken ausgehalten, alle die furchtbaren Anklagen an sich vorüberrauschen hören und so gut, als er konnte, geantwortet. Waren seine Erwiderungen — was ja unmöglich war — auch keine Siege, so waren sie doch auch andrerseits nicht ganz ohne Wirkung und zeugen jedenfalls vom Mute des Mannes und seiner Treue zu Stöcker. Übrigens war das Ergebnis all dieser wutschnaubenden Veranstaltungen Mosts doch nur ein neues Fiasko der damaligen Berliner Sozialdemokratie. „Mit dem Massenaustritt wurde es nichts; nur wenige hundert Leute ließen sich dazu einschreiben; und auch von diesen kamen in den nächsten Tagen viele in das christlich-soziale Büreau und baten, daß man ihnen helfen solle, ihre Austrittserklärung zurückzunehmen."

Bei alledem wuchs die neue Partei. Aus den ersten fünfzig waren nach vierzehn Tagen, am 18. Januar, schon mehr als 400 geworden. Kaisers Geburtstag, damals noch den 22. März, feierten schon über 1000 Christlich-Soziale, und wieder ein paar Monate später zählte die Partei mehr als das Doppelte dieser Zahl. So wuchs sie stetig weiter, sodaß sie gegen Ende des Jahres 1878 zeitweilig an 3000 Mitglieder in Berlin gezählt haben soll.

Auch ins Reich sprang die Bewegung schon im Frühjahr 1878 über, teils durch Reden erzeugt, die Stöcker damals auf seinen Reisen hielt, teils ganz von selbst, indem sie sich aus der Thatkraft einiger Gesinnungsgenossen Stöckers bildete. Stöcker ist damals z. B. in Magdeburg, Dresden, Köln und Bielefeld gewesen. Jedenfalls sind schon im Sommer 1878 christlich-soziale Vereine in Frankfurt a. O., Triebel, Forst, Sorau, Sommerfeld, Stettin, Brandenburg a. H., Gießen, Dresden und Bielefeld nachweisbar.

Neben den Agitationsreisen, die Stöcker im Reiche machte, und neben den oben geschilderten öffentlichen Versammlungen, die er in Berlin hielt, und von denen fast jede einen erbitterten Kampf mit der Sozialdemokratie brachte, gingen auch geschlossene Parteiversammlungen her, die vor allem den Zweck hatten, die Mitglieder einander näher zu bringen und im christlich-sozialen Geiste zu schulen. In solchen Versammlungen wurden dann bunt durcheinander soziale und politische, sittliche, religiöse oder sonst allgemeine Bildungsfragen in Vorträgen und Diskussionen erörtert; oder es wurde, wie gleich am Anfang, das Programm der Partei beraten und endgiltig festgesetzt; oder es wurden patriotische und kirchliche Gedenktage gefeiert. Unter den in solchen Versammlungen vorgetragnen Stoffen sind etwa folgende hervorzuheben: Der Haß der Sozialdemokratie gegen das Christentum; Über die Angriffe auf das Programm der christlich-sozialen Arbeiterpartei; Über die Liebe zu König und Vaterland; Des Handwerks Not und Hilfe; Die persönliche Aufgabe in der sozialen Frage; Die schlechte Presse; Giebt es eine Seele?; Die Beweise für das Dasein Gottes u. s. f. Vorwiegend war auch in diesen Versammlungen Stöcker der Vortragende. Die eben genannten Themata sind die Überschriften der Reden, die er damals gehalten hat. Aber auch andre sprachen, aus den verschiedensten, hohen und niederen Ständen. Eine Einheitlichkeit der Überzeugung trat in all diesen Vorträgen und Diskussionen noch nicht durchweg zu Tage, war auch gar nicht zu erwarten bei der Jugend der Partei und der Neuheit ihrer leitenden Idee. Aber Christenglaube, Vaterlandsliebe und Begeisterung, der Wunsch, sozial zu helfen und zu heilen, war allen gemeinsam.

Bei den offiziellen und großen Parteien und ihrer Presse fand Stöckers Unternehmen keineswegs überwiegende Zustimmung. Neben

der Sozialdemokratie stand die Fortschrittspartei der neuen Bildung in schroffer Ablehnung gegenüber. Auch unter den Liberalen war die Gegnerschaft viel größer als die Zustimmung. Unter den nationalliberalen Blättern von Bedeutung zählt Stöcker selbst nur vier als ihm damals wohlwollend gesinnt auf: die Deutsche Union, die Schlesische Warte, die Nationalzeitung und die Kölnische Zeitung, die allerdings nachher in erbitterte Gegnerschaft umschlugen und, von ihrem Standpunkt aus, umschlagen mußten. Auch unter den Konservativen hatte kaum die Hälfte von vornherein einige Teilnahme für Stöckers Bestrebungen, und unter dieser Hälfte war wieder der größere Teil ziemlich lau und höchstens abwartend. Wir werden auf diese bedeutsame Thatsache später noch nachdrücklich hinzuweisen haben. Eigentlich warm traten für Stöcker unter den konservativen Blättern von Anfang an nur ein die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, der Reichsbote, die Reichspost in Frankfurt a. M., die Rheinisch-Westfälische und die Düsseldorfer Zeitung. Kreuzzeitung und Post waren damals gegen ihn. Wie hat sich da bis heute so manches der Blätter gewendet und gedreht! Die protestantisch-kirchliche Presse spiegelte die Stimmung der politischen Kreise wieder, die den kirchenpolitischen Strömungen entsprechend und parallel sind, und führte damals schon den heute gänzlich unnötig gewordnen Beweis, daß die preußische Kirchenpolitik der Behörden sowohl wie der kirchlichen Parteien der schablonenhafte Abklatsch der preußischen Staats- und Parteipolitik ist. Die katholischen Blätter dagegen schauten weiter, sahen gründlicher, urteilten sachlicher. Die Katholisch-sozialen, begrüßten trotz der Erinnerungen an den erst vergangnen Kulturkampf die neuen Evangelisch-Sozialen freundlich und ermutigend.

Unter solchem geringen Beifall und solcher starken Mißbilligung der gesamten deutschen Öffentlichkeit entwickelte sich die christlich-soziale Arbeiterpartei vorwiegend in Berlin bis in den Sommer hinein glücklich, wenn auch stürmisch weiter, wie es oben kurz geschildert wurde. Da, im Mai, kamen die ersten schweren Tage der Partei. Hödel schoß am 11. Mai auf den alten Kaiser. Und der Attentäter wurde vielfach — der christlich-sozialen Arbeiterpartei an die Rockschöße gehängt. Es war selbstverständlich eine Verleumdung und als solche bald entlarvt; nur soviel war richtig, daß der Mann

in den letzten Tagen vor dem Attentat Mitglied der christlich-sozialen Partei geworden war, um durch Austragen christlich-sozialer Flugblätter Geld zu verdienen. Er war dabei auch gleichzeitig Mitglied sozialdemokratischer Vereine geblieben und hatte daneben auch noch Zeit gefunden, für das liberale Leipziger Tageblatt Artikel zu fabrizieren. Also ein sehr vielseitiger Mensch, der aber von der christlich-sozialen Partei am allerwenigsten hielt. Er hat dann im Gefängnis erklärt, was deren Flugblätter enthielten, sei alles dummes Zeug. Damit war die obige Verleumdung als solche klar erwiesen, gleichwohl blieb in den Augen mancher doch etwas von dem blöden Verdachte gegen die Christlich-sozialen hängen, und selbst im Reichstag konnte ein Mitglied der Reichspartei kühnlich behaupten, daß die Christlich-Sozialen schlimmer seien als die Sozialdemokraten. Aber alle diese thörichten Anklagen wurden mit einem male stumm gemacht, als drei Wochen später ganz Deutschland durch den neuen Mordversuch „in Mark und Bein erschüttert, mit Zorn und Scham erfüllt ward. Nobiling stand an Hödels Stelle, und diesmal mit Erfolg. Hödel war Anarchist, Nobiling war es auch; er erklärte, daß er Genossen habe. Ein Zittern des Entsetzens ging durch alle deutschen Herzen."

Die Ereignisse drängten sich. Der Kronprinz übernahm die Regierungsgeschäfte; der Reichstag wurde aufgelöst, ein Gesetz zur Unterdrückung der Sozialdemokratie wurde entworfen. Die Vorbereitungen zu den Wahlen begannen, und auch die junge christlich-soziale Arbeiterpartei, kaum ein halbes Jahr alt, hatte den Mut, sich für sie zu rüsten, sich selbständig an ihnen zu beteiligen. Mit vielen Opfern begründete sie eine Zeitung, die Deutsche Volkswacht, deren sie dringend bedurfte, um sich der vielen auftauchenden, „jedes Maß übersteigenden" Angriffe zu erwehren. Wahlflugblätter wurden verbreitet, und drei eigne Kandidaten, Stöcker und zwei Arbeiter, in den drei aussichtsreichsten Wahlkreisen Berlins aufgestellt. Auch in Sorau und, wenn der Schreiber dieser Blätter sich recht erinnert, in Dresden wurden Kandidaten aufgestellt. Keiner von den fünf Kandidaten ward gewählt. Ja, in Berlin war das Wahlresultat für die Partei geradezu kläglich. Es wurden beträchtlich weniger Stimmen für sie abgegeben, als sie bis dahin Mitglieder zählte. Stöcker erhielt 822 Stimmen, die ganze Partei nur 1422.

„Dennoch zeigte sich die beachtenswerte Thatsache, daß im 4. Berliner Wahlkreis die 317 Stimmen der Christlich-Sozialen den sofortigen Sieg eines Sozialdemokraten gehindert, und in Sorau ging durch die christlich-soziale Wahlagitation (?) die Stimmenzahl der Sozialdemokraten von 598 auf 273 zurück." Das war aber auch der ganze Erfolg. Sonst wurde die Wahl nur zum Anlaß einer ernsten Krisis in der Partei. Viele fielen ab. Dann trat der Reichstag zusammen und beschloß das Sozialistengesetz. Es wurde am 21. Oktober desselben Jahres proklamiert und schon am selben Tage rücksichtslos angewandt. Mit einem Schlage brach die darauf nicht vorbereitete Sozialdemokratie zusammen. Ihre Zentralleitung in Hamburg ging ein, ihre Vereine lösten sich auf, ihre Zeitungen stellten fast alle ihr Erscheinen ein. Nur wenige suchten mit zahmerem Inhalt weiter zu vegetieren. In geheimen Organisationen schlossen sich die treuesten Genossen zusammen, die offne Agitation der Sozialdemokratie erloschen gänzlich, und „damit auch die offne Bekämpfung derselben durch die Christlich-Sozialen."

Es ist schon oben einmal beiläufig erwähnt worden, daß die christlich-soziale Arbeiterpartei diese ganze Entwicklung des Jahres 1878 nicht ohne ein Programm auf ihrer Fahne zu haben durchmachte. Schon Ende Januar war es fertig geworden und auch angenommen. Es war kurz, klar und bündig. Außer von Adolf Stöcker stammte es vor allem von Adolf Wagner, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin. Wagner war sofort nach den ersten Versammlungen Stöckers an dessen Seite getreten. Er hatte schon 1871 auf der kirchlichen Kreisen bekannten Oktoberversammlung mit Wichern zusammen „die Aufgaben der evangelischen Kirche gegenüber der sozialen Frage" neu und eigenartig behandelt und damit die ersten wirklich wirksamen Anregungen zur Beschäftigung mit sozialen Fragen unter die evangelischen Geistlichen gebracht. Dann hatte er mit Todt gemeinsame Sache gemacht und gleich im Probeblatt des „Staatssozialist" den ersten Leitartikel unter der Überschrift: „Was ist Sozialismus?" geschrieben. Auch dieser Leitartikel hatte wie eine Bombe gewirkt. Nun stellte er sich, fortgerissen von dem Mute Stöckers und von denselben Idealen, bedingungslos an dessen Seite, wurde sein und der neuen unerfahrenen Partei weiser nationalökonomischer Berater, der ihr den

gesamten Apparat seiner Wissenschaft zur Verfügung stellte, und ist seitdem Stöcker in unwandelbarer, echt deutscher Treue ergeben geblieben bis in diese Tage hinein. Nicht daß er ihm blindlings folgte. Er hat, an sich sehr zur Kritik geneigt, sie auch Stöcker gegenüber nie gespart, häufig seine von ihm abweichende Meinung gehabt und auch ausgesprochen und sich dann zuzeiten auch von ihm und seinem Treiben etwas ferner gehalten. Aber immer, wenn Not am Mann war, sprang er dem Freunde wieder bedingungslos bei, hieb ihn mit Freude aus Bedrängnis und Feindschaft heraus, war sein unermüdlichster Anwalt. So hat er mit Stöcker die Berliner Bewegung wenigstens zeitweilig geleitet, hat mit ihm zusammen in Berlin kandidiert, hat mit ihm den Evangelisch-sozialen Kongreß ins Leben gerufen und ist heute noch dessen ständiger umhuldigter Ehrenpräsident. Obwohl Gelehrter vom Scheitel bis zur Sohle, eine Autorität in seiner Wissenschaft, ist er doch mit Leib und Seele zugleich Evangelisch-sozialer. Wo immer es nötig ist, steht und kämpft er für die evangelisch-soziale Sache. Noch neuestens hat ja Stumm seine wuchtigsten Hiebe gefühlt, sodaß er hilflos zur Ausflucht des Duells griff. Obgleich weit entfernt, mit den „Jungen" unsrer Bewegung gemeinsame Sache zu machen, tritt er, ein unparteiischer Beurteiler ihrer Ziele, auch für sie ein, wo er sie verunglimpft findet, immer und überall gerecht und warm, scharfsinnig und schneidig. Und darum ist er heute wohl die populärste Persönlichkeit aller Evangelisch-sozialen, die nur aufrichtigste Freunde und Verehrer, keinen Feind und Neider unter ihnen hat.

Er neben Stöcker hat nun auch das christlich-soziale Programm von 1878 mit verfaßt. Es lautet wörtlich folgendermaßen:

Allgemeine Grundsätze

1. Die christlich-soziale Arbeiterpartei steht auf dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu König und Vaterland.
2. Sie verwirft die gegenwärtige Sozialdemokratie als unpraktisch, unchristlich und unpatriotisch.
3. Sie erstrebt eine friedliche Organisation der Arbeiter, um in Gemeinschaft mit den andern Faktoren des Staatslebens die notwendigen praktischen Reformen anzubahnen.
4. Sie verfolgt als Ziel die Verringerung der Kluft zwischen Reich und Arm und die Herbeiführung einer größern ökonomischen Sicherheit.

Einzelne Forderungen

I. An die Staatshilfe

A. Arbeiterorganisation

1. Herbeiführung obligatorischer, fachlich geschiedner, aber durch das gesamte Reich hindurchgehender Fachgenossenschaften, mit ihnen zusammenhängend Regelung des Lehrlingswesens.
2. Einsetzung obligatorischer Schiedsgerichte.
3. Errichtung von obligatorischen Witwen- und Waisen-, sowie Invaliden- und Altersversorgungsrentenkassen.
4. Autorisation der Fachgenossenschaften zur Vertretung der Interessen und Rechte der Arbeiter ihren Arbeitgebern gegenüber.
5. Verpflichtung der Fachgenossenschaften zur Haftung für die von den Arbeitern etwa zu übernehmenden kontraktlichen Verbindlichkeiten.
6. Staatliche Kontrolle des fachgenossenschaftlichen Kassenwesens.

B. Arbeiterschutz

1. Verbot der Sonntagsarbeit. Abschaffung der Arbeit von Kindern und verheirateten Frauen in Fabriken.
2. Normalarbeitstag, modifiziert nach Fachgenossenschaften.
3. Energische Anstrebung der Internationalität dieser Arbeiterschutzgesetze; bis zur Erreichung dieses Ziels ausreichender Schutz der nationalen Arbeit.
4. Schutz der Arbeiterbevölkerung gegen gesundheitswidrige Zustände in den Arbeitslokalen und Wohnungen.
5. Wiederherstellung der Wuchergesetze.

C. Staatsbetrieb

Arbeiterfreundlicher Betrieb des vorhandnen Staats- und Kommunaleigentums und Ausdehnung desselben, soweit es ökonomisch ratsam und technisch zulässig ist.

D. Besteuerung

1. Progressive Einkommensteuer als ausgleichendes Gegengewicht gegen bestehende oder zu schaffende indirekte Besteuerung.
2. Progressive Erbschaftssteuer bei größern Vermögen und entferntern Verwandtschaftsgraden.
3. Börsensteuer.
4. Hohe Luxussteuern.

II. An die Geistlichkeit.

Die liebevolle und thätige Anteilnahme an allen Bestrebungen, welche auf eine Erhöhung des leiblichen und geistigen Wohles, sowie auf die sittlich-religiöse Haltung des gesamten Volkes gerichtet sind.

III. An die besitzenden Klassen

Ein bereitwilliges Entgegenkommen gegen die berechtigten Forderungen der Nichtbesitzenden, speziell durch Einwirkung auf die Gesetzgebung, durch thunlichste Erhöhung der Löhne und Abkürzung der Arbeitszeit.

IV. Von der Selbsthilfe

1. Freudige Unterstützung der fachgenossenschaftlichen Organisation als eines Ersatzes dessen, was in den Zünften gut und brauchbar war.
2. Hochhaltung der persönlichen und Berufsehre, Verbannung aller Roheit aus den Vergnügungen und Pflege des Familienlebens in christlichem Geiste.

Dieses Programm ist das vierte, das die evangelisch-soziale Bewegung im Laufe ihrer Entwicklung empfing. Es ist auch bisher ihr bestes gewesen. Es ist besser als das, was Stöcker 1895 in Eisenach für seine Christlich-sozialen beschließen ließ, besser, geschlossener, konsequenter als das, was die evangelischen Arbeitervereine seit 1893 haben, erst recht besser als die drei frühern, die die Bewegung bis dahin hatte. Im Verhältnis zu diesen, und namentlich zu dem Todtschen, ist dies christlich-soziale Programm Stöckers und Wagners die geradlinige Fortsetzung über sie hinaus, ihre Ergänzung, ja ihr Ersatz. In diesem vierten Programm der christlich-sozialen Partei sind die Programmentwürfe der frühern Zeit geradezu vergessen. Niemals haben sie mehr praktische Bedeutung gewonnen.

Ganz natürlich. Was jene Gutes enthalten, hat es auch. Was sie aber noch Fehlerhaftes an sich haben, sucht es treulich auszumerzen und zu verbessern. Es proklamiert auch: Gotteshilfe, Bruderhilfe, Selbsthilfe, Staatshilfe. Aber es legt mit Recht noch mehr Wert als jene auf die letzte der vier. Und was es an einzelnen Forderungen unter dieser Rubrik aufstellt, ist wieder unendlich viel abgeklärter, in sich geschlossener und geordneter als bei Todt. Das liegt wohl einfach schon daran, daß einer der bedeutendsten und zielbewußtesten Vertreter des Staatssozialismus, Adolf Wagner, der Mitverfasser dieses neuen Programms war. Es ist auch, wie Todts programmartige Gedankengänge, an der Sozialdemokratie und ihrem Ideeninhalt orientiert und reiht damit — ein wirklich großer Gewinn, den wir schon bei Todt gewürdigt haben — die nun thatsächlich entstandene neue Arbeiterpartei, die ihm anhängt, hinter, nach der Sozialdemokratie ein, die abzulösen die evangelisch-

soziale Bewegung berufen ist. Aber weder Stöcker noch Wagner haben sich von der Sozialdemokratie so imponieren und umspinnen lassen wie Todt, und ohne einen Augenblick die Kraft der Kritik an ihr zu verlieren, übernehmen sie aus ihrem Programm nur das, was ihnen daran wirklich praktisch durchführbar erscheint. Forderungen wie Normalarbeitstag, Verbot der Sonntagsarbeit, Abschaffung der Kinder- und Frauenarbeit in Fabriken, Schutz der Arbeiterbevölkerung gegen gesundheitswidrige Zustände in den Arbeitslokalen und Wohnungen, Internationalität aller Schutzgesetze, Fachorganisationen und progressive Einkommensteuer sind so, zum Teil völlig unverändert, zum Teil nur wenig abgeschwächt, dem sozialdemokratischen Programm entlehnt. Stöcker hat aus dieser Thatsache auch nie einen Hehl gemacht, sie vielmehr gleich in seiner ersten Rede über das Programm noch im Januar 1878 selbst ausdrücklich betont.

In zwei besonders wichtigen Punkten aber bedeutet das Stöckersche Programm für die ganze Bewegung geradezu einen Ideenfortschritt über Todt hinaus. Der erste Punkt ist bereits oben angedeutet worden: er betrifft die Frage nach dem Verhältnis von Christentum und Volkswirtschaft, Kirche und Sozialpolitik. Hier hat Stöcker unsers Erachtens für immer wenigstens prinzipielle Klarheit geschaffen. Im Programm kommt diese Klarheit allerdings und mit Recht nur durch ein Vakuum, ein Negatives zum Ausdruck. Nämlich darin, daß jeder Versuch wie bei Todt fehlt, das neue Programm direkt aus dem sittlich-religiösen sowie sozialen Inhalt der Bibel zu entwickeln. Vielmehr ist es aus rein politischen, sozialen und moralischen Erwägungen, auf Grund der ökonomischen Wissenschaft entstanden. Jeder direkte Ausgangsversuch von der Schrift her ist glatt vermieden. Daß dabei trotzdem das evangelische Christentum in der neuen Partei nach der Absicht ihrer Begründer eine Macht, sogar die oberste Macht sein sollte, daß als der Boden, auf den man sie stellte, gleich im ersten Satz „der christliche Glaube“ genannt wird, daß die christliche Bruderliebe, wie sie Jesus gelehrt und gelebt, das heiligste Gut der Partei bilden und die unversiegliche Triebkraft ihres gesamten sozialen und politischen Handelns für alle Zeiten werden sollte, steht damit nicht im geringsten in Widerspruch. Das Christentum sollte eben nur die Luft sein, in der die junge

Partei atmen, wachsen und Thaten thun sollte, nicht aber die Quelle ihrer sozialpolitischen Überzeugungen und Ziele.

Diese Grundsätze hat Stöcker unsers Wissens im Zusammenhange eigentlich nur einmal ausgeführt: in einer am 22. Dezember 1879 im evangelischen Arbeiterverein zu Nürnberg gehaltnen Rede über „Die Bibel und die soziale Frage." Darin kommt er ungefähr zu folgendem Resultat:

Die Mißstände, die die heutige soziale Frage gezeitigt haben, äußern sich vor allem als drei Hauptübel: erstens, der Besitz häuft sich in immer wenigern Händen an, und die Kluft zwischen Reich und Arm vertieft und verbreitert sich; zweitens, die Arbeit ist in ihrem Ertrage gegenüber dem Kapital weder richtig gelohnt, noch recht gesichert; drittens, für die Not, die aus Armut, Krankheit, Alter, Invalidität und Tod entspringt, ist nicht genügend gesorgt. . . . Wie verhält sich nun die Bibel zu diesen Notständen? Wir können nicht erwarten, daß sie moderne Industrieverhältnisse im einzelnen vorausgesehen und berücksichtigt hat. . . . Das Neue Testament ist außerdem nicht für ein einzelnes Volk, sondern für die ganze Welt, nicht einer einzelnen Epoche, sondern allen Jahrhunderten gegeben. Eine soziale Gesetzgebung finden wir nicht, aber . . . menschen- und weltbeherrschende Prinzipien. Nämlich solche: der Mensch mit seinem Hab und Gut ist nicht Eigentümer, sondern Haushalter; das bloße Sammeln irdischer Schätze ist keine des Christen würdige Arbeit. Bruderliebe, Barmherzigkeit ist höchste Pflicht, ohne deren Erfüllung man nicht selig wird. . . . Aber damit sind doch nur erst die am meisten ins Auge fallenden Elemente der sozialen Frage berührt. Dringen wir tiefer, wie vieles hat noch das Neue Testament, was mit den wirtschaftlichen Dingen eng, aber feiner zusammenhängt: die gewissenhafte Persönlichkeit, die aus dem Glauben heraus wahrhaftig und getreulich ihr Leben gestaltet; das christliche Familienleben, wo jede Arbeit erst die Stätte findet, wo sie des Morgens frisch entspringt und des Abends gesegnet ausruht; der Kreis der Gemeinde, in dem die Unterschiede vor dem Angesichte Gottes aufgehoben sind. . . . . Die ganze Atmosphäre der Bibel ist von Ideen durchzogen, die als fruchtbare Keime in der sozialen Welt ihre Kraft beweisen. Selbst die innerlichsten Empfindungen des Glaubens wirken hinein in die Lebensaufgabe des Einzelnen und der Gesamtheit: wer an einen Vater im Himmel glaubt, der weiß, auch sein soziales Geschick ruht an Gottes Herzen . . .; an Christum glauben und in ihm einen Erlöser haben, macht ein frohes, friedliches Herz. . . . Vor dieser Herrlichkeit einer Weltanschauung, die auf dem Glauben an den lebendigen Gott ruht und sich in der Liebe zu den Brüdern bewährt, muß doch der lügenhafte Vorwurf verstummen, das Christentum habe zur Lösung der sozialen Frage nichts gethan und könne nichts thun. Das Evangelium ist die größte soziale Macht, die je auf Erden gewirkt hat, und es ist nicht wahr, daß seine Mission vorüber ist. . . .

Aber gegen den großen Notstand, der unser Volksleben im innersten Mark zerfrißt, gegen die Zerrüttung der sozialen Verhältnisse, für die Versöhnung von Großindustrie und Handwerk, von Kapital und Arbeit, für die Beseitigung der Krisen, für die Hebung und Sicherung der Arbeiterexistenz — was kann da die Bibel, die Kirche helfen? Nun, indem die Bibel jedem das Gewissen schärft, und die Kirche den Reichen wie den Armen die Mahnung zuruft, ihre Pflicht zu thun, indem so in den Seelen der böse Wille bekämpft, der gute Wille geweckt wird, geschieht schon das Wichtigste und Notwendigste. Aber ich glaube auch, daß sich die Kirche, besonders die evangelische, mehr hineinstellen kann und muß in das soziale Leben, daß sie das Sittlich-religiöse nicht loslösen darf von den leiblichen und materiellen Bedingungen, an die es für gewöhnlich geknüpft ist. . . .

Und wenn Sie mich nun fragen, wie denn das die Kirche thun soll, so sage ich: Ein Vereinsleben schaffen, pflegen, fördern, das nicht bloß religiös, sondern auch sozial arbeitet, das nicht hinter Schloß und Riegel tagt, sondern seine Mitglieder dazu erzieht, die christliche Idee öffentlich zu vertreten; der Unordnung und Atomisierung wehren und jeder gesunden Organisation hilfreich zur Seite stehen; das Innungs-, Genossenschafts- und Versicherungswesen mit ihrem Geiste unterstützen und Gottes Odem hinein hauchen; der Anwalt der Bedrängten und Elenden werden in diesem Kampf ums Dasein, der die Schwachen noch schwächer macht; den Mammonskultus furchtlos strafen und die Pflichten der Liebe verkündigen; in allem das Gewissen und das Herz des Volkes sein: das ist die Aufgabe, deren sich die Kirche . . . annehmen muß. Nur so genügt sie der Bibel in der sozialen Frage.

Das ist Stöckers klare Ansicht über das Verhältnis von Bibel und Christentum zur sozialen Frage und Volkswirtschaft. Sie gipfelt in den Sätzen: Das Neue Testament enthält keine soziale Gesetzgebung für unsre Zeit, sondern nur die sittlich-religiösen Prinzipien wie für das Leben der Einzelnen, so auch der Gesamtheit, das Wirtschaftsleben mit inbegriffen. Die Kirche, der Geistliche hat auf die Aneignung und Anwendung dieser Prinzipien bei Einzelnen wie bei der Gesamtheit, im Privat- wie im Wirtschaftsleben zu dringen. Und er hat dazu alle Gesinnungsgenossen, organisiert oder nicht, als Helfershelfer zu begrüßen. Die soziale Arbeit der Kirche ist sittlich religiöse Arbeit ihrer Getreuen. Nur der Schlußabschnitt des vorstehenden Zitats scheint auf eine andre Auffassung Stöckers zu deuten. Aber es ist wohl nur Schein. Was Stöcker da über das Vereinsleben sagt, deckt sich mit den richtigen, auch von uns anerkannten und von Stöcker zum erstenmale mutvoll angewandten Gedanken einer christlich-sozialen Partei. Davon aber, daß diese

sich ihre wirtschaftlichen Ansichten und sozialpolitischen Ziele aus der Schrift entwickeln oder gar aus ihr einfach herübernehmen soll, ist darin mit keiner Silbe die Rede. Diesen Todtschen Irrtum hat Stöcker für seine Person wenigstens damals gründlich überwunden.

Entsprechend dieser Anschauung hat Stöcker gleich 1878 schon auf Einwendungen der kirchlichen und politischen Presse, dahingehend, daß die Kirche keinen Beruf habe, wirtschaftliche Programme aufzustellen, geantwortet. In den Versammlungen der Partei ist einmal über das andre von ihm und andern versichert worden, daß das richtig sei, aber die Christlich-Sozialen gar nicht träfe. „Denn nicht im Namen der Kirche seien die einzelnen Punkte des Programms aufgestellt; die Kirche könne, da es im Wirtschaftlichen wie Politischen je nach Stand und Beruf verschieden berechtigte Standpunkte gäbe, selber keine Entscheidung fällen. Aber es sei dem Geistlichen nicht zu verübeln, falls seine Überzeugung ihn treibe, nach einer bestimmten Richtung hin sozial zu wirken. Warum solle er sich nicht auch einer Arbeiterpartei anschließen können, wenn er nur die notwendigen Bedingungen innehalte, daß er dem Klassenkampfe keinen Vorschub leiste, sondern zum Frieden mahne und auch dem Standpunkte des Gegners gerecht werde?“ Ähnliches spricht Stöcker in der Rede aus, die er bei Vorlage des Programmentwurfs seinen Parteigenossen noch im Januar des Jahres 1878 hielt: „Was ich heute Abend zur Begründung unsers Programms sage, das sage ich nicht als Vertreter der Kirche. Die Kirche hat nicht den Beruf, wirtschaftliche Programme im einzelnen aufzustellen; sie hat vielmehr alle Klassen an ihre Pflicht zu mahnen und überall die Ungerechtigkeit zu strafen. Ich rede aus eigner Überzeugung. So wie sich mir persönlich die soziale Frage darstellt, so behandle ich sie hier und bitte um Ihre Nachsicht.“ Und dementsprechend fiel denn auch das Programm aus: es enthält kein Wort von der heiligen Schrift als Quell und Stätte der christlich-sozialen Forderungen, nur das Bekenntnis der Partei zum Gottesglauben, zur Jesusliebe, zur christlichen Sittlichkeit für das einzelne Parteimitglied wie für die ganze Partei.

Es ist nach alledem verwunderlich, daß diese klare Stellung

Stöckers später und je länger desto mehr wieder in Vergessenheit geriet, daß man schon in dem Programm der evangelischen Arbeitervereine von 1893 wieder, wie wir sehen werden, in den alten Todtschen Fehler zurückfallen konnte, daß dieser Todtsche Irrtum, vielleicht etwas modifiziert, heutzutage als neues Problem in allen christlich-sozialen Kreisen wieder auflebt, daß er wie ein Gespenst namentlich Männer, die in führenden Kirchenbehörden und in allmächtigen Fraktionsvorständen sitzen, zu plagen scheint und so, als Wahrheit und Wirklichkeit genommen, mit schuld gewesen ist an der ganzen Unklarheit der gegenwärtigen evangelisch-sozialen Situation und der Verfolgung mancher Evangelisch-Sozialen. Woher kommt das? An wem liegt das? Mir scheint, in diesem Falle an Stöcker selber. Stöcker hat nie Bücher geschrieben, nur Predigten und Agitationsreden gehalten. Agitationsreden sind Gelegenheitsreden. Nie aber hat Stöcker, soviel wir seine Schriften auch darnach durchgesucht haben, seit Anfang der achtziger Jahre wieder Gelegenheit gefunden, eingehend, prinzipiell und im Zusammenhange seinen wichtigen Standpunkt von 1878 und 1879 wieder zu betonen. So geriet dieser vor den andern Ideen, die er ins Volk warf, in den Hintergrund. Ein zweites kommt hinzu: Stöcker hat wohl theoretisch den richtigen Standpunkt in dieser ganzen Angelegenheit gehabt, aber daraus nicht die rechte praktische Konsequenz gezogen. Wollte er Führer der Christlich-Sozialen sein und bleiben, so war die Konsequenz seines Standpunktes, daß er — sein kirchliches Amt aufgab. Geistlicher, Theologe blieb er darum noch immer. Stöcker aber sucht sich einen andern Ausweg; er erklärt: was ich als Politiker thue, thue ich nicht als Geistlicher; so oft ich jenes bin, hänge ich dies an den Nagel, und umgekehrt. Das ist aber ein ganz unmöglicher Ausweg. Ich kann mein Wesen, meine Person nicht wechseln mit dieser abwechselnden doppelten öffentlichen Thätigkeit. Immer wird man, wenn ich als sozialpolitischer Volksredner und christlich-sozialer Parteiführer auf der Tribüne der Volksversammlung stehe, zugleich im Geiste den Talar sehen; immer wird man sich, wenn ich des Sonntags in der Kirche auf der Kanzel stehe, meiner Parteiversammlung der letzten Woche erinnern, und beide Erscheinungen fließen in der einen Person unzertrennlich zusammen. Und dann noch etwas andres: eine soziale Partei, auch eine

christlich-soziale, ist in der heutigen Zeit, wenn sie keine bloße Form sein soll, eine Klassenkampfpartei. Die Klassen der Arbeitgeber und Arbeiter stehen sich eben einmal gegenüber in entgegengesetzten Interessenbestrebungen. Sie werden, wie alle Geschichte beweist, den Gegensatz nur ausgleichen durch langwierigen Kampf. An diesem Kampfe muß sich auch eine christlich-soziale Arbeiterpartei beteiligen, wenn sie ernst genommen sein will, mit ihr ihre Führer erst recht. Und mögen Führer und Partei dann auch in edlerm Sinne den sozialen Kampf auszutragen sich bemühen, so kämpfen sie doch gegen die andern, die von kirchlicher Anschauung aus ebenfalls „einen für sie berechtigten Standpunkt" einnehmen. So kämpft der Geistliche, der der Führer einer christlich-sozialen, politisch auftretenden Partei ist, mag er wollen oder nicht, gegen kirchlich und religiös Gleichberechtigte und verliert Liebe und Vertrauen und Einfluß auf die, die aus anderm Lager vielleicht seiner Seelsorge anvertraut sind. Auch an Stöcker hat sich das alles bewahrheitet, und schließlich, in der spätern Zeit seines Auftretens, hat er wohl auch zuweilen selbst jenes oben gefundnen prinzipiellen Standpunktes nicht mehr gedacht und die Sache seiner Partei mit dem Namen des allein rechten sozialen Christentums umhüllt und gedeckt. Da haben denn auch die andern seine frühere richtigere Anschauung darüber vergessen, vergessen müssen; da ist er selbst schuldig an dieser Vergessenheit geworden. Sein Programm von 1878 aber ist frei von dieser spätern Schuld — das sei noch einmal als sein bedeutsamster Wert gegenüber dem Todtschen an dieser Stelle ihm nachgerühmt.

Der andre Fortschritt des Programms Stöckers über das Todtsche hinaus beruht in seiner bewußten Einseitigkeit. Todts Programm war noch ein Sammelsurium von allerhand Reformforderungen. Stöckers Programm vertritt und verfolgt von Anfang bis zu Ende nur die Interessen des kleinen Mannes. Wer das leugnet, leugnet die Wahrheit. Es ist nur vom Arbeiterstand und seiner Hilfe die Rede. Jede der aufgestellten Einzelforderungen enthält nur, durchgeführt, eine größere oder geringere Förderung des vierten Standes, und der Appell an die Geistlichen, die besitzende Klasse, an die Selbsthilfe der Arbeiter selbst — auch er ist nichts wie ein schallender Ruf zur Hilfe dem Ar-

beiterstande. Das Stöckersche Programm von 1878 ist ein durch und durch arbeiterparteiliches Programm.

Freilich, das ist richtig, es ist, im Vergleich mit dem der Sozialdemokratie, nicht im geringsten irgendwie radikal, geschweige denn utopistisch. Aber das entsprang klarer Erkenntnis. In seiner ersten schon erwähnten Rede über das Programm spricht Stöcker selbst das vor allem andern aus: „Bei der Aufstellung unsers Programms sind wir sehr einfach verfahren. Wir konnten uns ja auf früheres, das in der Sache gearbeitet worden ist, zurückbeziehen. Wir haben vor uns die Forderungen der Sozialdemokratie und der katholisch-sozialen Partei. Diese Forderungen haben wir geprüft und gefragt: welche können wir annehmen, welche müssen wir verwerfen? Dazu haben wir die nötigen Ergänzungen hinzugefügt. Aber wir haben nicht daran gedacht, etwa ein großes System zu entwerfen, wodurch die ganze Welt umgekehrt werden soll." Und zu dem vierten Punkte der allgemeinen Forderungen äußert er sich ähnlich: „Für das wirtschaftliche Leben haben wir uns ein klares, einfaches und durchgreifendes Ziel vor Augen gestellt: wir verfolgen die Herbeiführung einer größeren ökonomischen Sicherheit und Gleichheit, damit die Kluft zwischen Reich und Arm verringert werde. Ich wollte, daß ich sagen könnte, ganz und gar ausgefüllt werde. Aber wir haben es uns ausdrücklich vorgenommen, daß wir keinen Ausdruck brauchen wollten, der ans Unmögliche streift: wir wollen nur Dinge anstreben, von denen wir wahrhaft glauben, daß sie praktisch durchführbar sind, auch vonseiten der Regierung und der übrigen Faktoren des Staatslebens. . . . Scheinbar bietet Ihnen die Sozialdemokratie mehr als wir; aber im Grunde bieten wir Ihnen viel mehr, denn wir bieten Ihnen erreichbare Dinge." Dementsprechend enthält das Programm auch nicht das Geringste von religiös-sozialen Schwärmereien oder chiliastischen Ideen; kein Wort vom Zukunftsstaat, Verwandlung des Privateigentums in Kollektiveigentum und Abschaffung des Lohnsystems; auch keinen Ansatz zu irgend welcher nationalökonomischen Theorie, wie sie auch das Manchestersystem war mit ihrem Grundsatz vom laissez faire, laissez aller. Nüchtern und klar sind einfach eine Reihe einzelner Forderungen rein

praktischer Art an einander gereiht — das ist das ganze Programm.

Andrerseits sind diese Forderungen doch wieder auch nicht bloße gedankenlose Redensarten, schöne Worte ohne Ernst und Inhalt, sondern mit nur wenigen Ausnahmen samt und sonders gewichtig, gründlich und weitgehend genug. Namentlich für die damalige Zeit. Man darf bei der Beurteilung dieses Programms niemals vergessen, daß es noch unter der allmächtigen Herrschaft des angebeteten Manchestersystems entstanden war, und daß es einen der ersten praktischen Versuche aus den Kreisen der herrschenden Klassen heraus bedeutete, allerdings mit Hilfe der Arbeitermassen diese Allmacht zu brechen. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnen das ganze Programm und seine einzelnen Forderungen auch in den Augen derer, die es heute vielleicht sehr gering anzuschlagen geneigt sind, Bedeutung und Wert. Es war damals noch viel mehr als heute eine That, die moderne Arbeiterbewegung in ihrem Kern als durch und durch berechtigt anzuerkennen, und als Folge davon mit rücksichtslosem Ernst auf die Durchführung sozialer Reformen zu Gunsten der Ziele dieser Bewegung zu drängen. Es war damals ebenso neu wie kühn, eine selbständige Organisation der Arbeiterschaft zu verlangen, wie es in diesem Programm durch die Forderung von „Fachgenossenschaften über das ganze Reich hin" geschieht. Es war damals noch etwas Großes, den allerdings schon in der Luft schwebenden Gedanken allgemeiner Kranken-, Alters- und Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung für alle versicherungsbedürftigen kleinen Leute im Reich zu dem seinigen zu machen und zu vertreten. Und es galt in den Augen noch ganz andrer Leute als heute geradezu unerhört, ernstlich von Normalarbeitstag und internationalen Arbeitsschutzbestimmungen, von Börsen- und progressiver Einkommensteuer zu reden. Das alles thut das Programm; es geht damit der damals noch unerschütterten Allmacht des manchesterlichen Kapitalismus mutig zuleibe und führt so in der That den Beweis, daß es nicht schwächliche Scheinforderungen, sondern fast durchweg ernsthafte, gründliche und weitgehende Forderungen enthält.

Und noch etwas Andres, das Wichtigste von allem geht auch daraus hervor: daß es alle diese Maßregeln ausschließlich zu Gunsten der kleinen Leute verlangt. Das dem Leser im

einzelnen zu beweisen, ist nicht mehr nötig. Jeder Satz des Programms ist ein unverhüllter, deutlicher Beweis dafür. Selbst der zweite der allgemeinen Grundsätze, der sich gegen die Sozialdemokratie wendet, ist davon nicht auszuschließen. Auch der darin ausgesprochne Gegensatz gegen die Sozialdemokraten ist bei Stöcker, wenigstens damals, aus reiner Liebe und Neigung für den Arbeiterstand geboren, dem er damit wirklich helfen, gründlich helfen wollte, und den er nach seiner innersten Überzeugung gerade durch die Sozialdemokratie in immer größere Hilfsbedürftigkeit hineingeführt, jedenfalls nicht wirklich gefördert sah. Auch die Forderungen an die Geistlichkeit und die besitzenden Klassen haben nur diesen Sinn und keinen geheimen Nebengedanken: sie alle sollen aufgerufen werden, mit aller möglichen Kraft dem kleinen Manne zu helfen, sein Streben nach größerer ökonomischer Sicherheit und geistiger Bildung zu stützen und zu fördern. Es muß freilich dabei anerkannt werden, daß Stöcker den kleinen Mann auf dem Lande, d. h. vorzüglich den Landarbeiter, sowie auch die kleinen Beamten, Handlungsgehilfen u. s. w. einfach übersieht. Das ist wohl eine Lücke, aber keinesfalls darf man darin bewußte Absicht und somit Gleichgiltigkeit oder gar Feindseligkeit gegen sie wenigstens damals bei ihm sehen. Man würde dann vergessen, daß dieses Programm, aus dem Bedürfnis des Augenblicks geboren, auf den Leib einer Berliner Arbeiterpartei, also auf durch und durch städtische, großindustrielle Verhältnisse zugeschnitten werden mußte. Und für diese sucht es wirklich Besserung zu schaffen oder doch vorzubereiten. So ist das Programm in der That ein Arbeiterprogramm, das wohl nüchtern und besonnen, aber ernsthaft, gründlich und weitgehend genug, einseitig und ausschließlich proletarische Interessen vertreten will. Und das ist in unsern Augen der größte Ruhmestitel für das Programm selbst, wie erst recht für seinen Schöpfer, Stöcker. Zugleich aber ein schlagender Beweis dafür, daß die christlich-soziale Partei von 1878 wirklich und ernsthaft eine Arbeiterpartei war und immer mehr werden wollte, allerdings nicht mit revolutionären, aber energisch reformerischen Zielen.

Dies geht auch sonst aus dem Charakter der Partei in jenem ersten Jahre, wie selbst aus ihrer Gründungsgeschichte hervor. Aus

dem sozialdemokratischen Heerlager holte Stöcker seine ersten paar hundert Anhänger mutig heraus; die Arbeiter, ihre Interessen, Neigungen, Ideale bildeten die Themata und Stoffe seiner Reden im ersten Jahre; und als die Reichstagswahlen jenes Jahres kamen, waren unter den drei für Berlin aufgestellten Kandidaten zwei Arbeiter. Auch die Freunde Stöckers und noch mehr seine Gegner faßten die neue kleine Partei so auf. Die Gegner, die in den Attentatswirren diese Christlich-sozialen als die Brüder der Sozialdemokraten proklamierten, die Freunde, die wie Todt im „Staatssozialist" immer und immer wieder erklärten: was ihr Zentralverein für Sozialreform auf religiöser und konstitutionell-monarchischer Grundlage ungefähr für die Gebildeten sein wolle, solle Stöckers Partei für die Arbeiter sein, sie solle deren Interessen vertreten, deren beste Bestandteile organisieren. Und Stöcker selber hatte damals keine andern Absichten. In der Einleitung zu seinem Buche: „Christlich-sozial" spricht er an mehreren Stellen diese Absicht klipp und klar aus: „Der dauernden Organisation des sozialen Umsturzes eine dauernde Organisation der sozialen Hilfe . . ., der atheistischen Koalition der Sozialdemokratie eine christliche Koalition der Arbeiter entgegenzustellen — das war die Aufgabe; eine dauernde Organisation zu schaffen, damit dem weitern Vordringen der Sozialdemokratie ein Damm entgegengebaut, dem Sammeln der guten und tüchtigen Elemente in der Arbeiterwelt eine Stätte bereitet werde — das war die Arbeit." Und man hat kein Recht, den damaligen Thatsachen gegenüber, Stöcker darin nicht Glauben zu schenken. Die christlich-soziale Arbeiterpartei von 1878 war wirklich der Anfang einer ehrlichen ausschließlichen Arbeiterpartei.

Nur ein Verdacht von Bedeutung könnte noch entstehen: daß sie wohl Arbeiterpartei, aber nicht selbständig, sondern von Parteien der besitzenden Klasse, im besondern von der damaligen konservativen Partei abhängig und in deren Auftrag durch Stöcker gegründet sei. Aber auch dieser Verdacht ist unsers Erachtens ungerechtfertigt. Damals war ihr Gründer noch kein konservativer Mann; er hat es selbst gesagt, nicht als Konservativer, erst recht nicht als Mitglied der konservativen Partei habe er die neue Partei ins Leben gerufen. Die Arbeiter brauchten eine öffentliche selbständige Vertretung. Auf einer Versammlung des konservativen Vereins in Magde-

burg, die ebenfalls im Frühjahr 1878 stattfand, stand diese Frage, ob nicht die konservative Partei die ganze christlich-soziale Sache in die Hand nehmen und einfach zu der ihrigen machen sollte, offen zur Erörterung. Stöcker beantwortete sie dahin, daß es allerdings nicht zweifelhaft sein könne, daß bei dem herrschenden allgemeinen Stimmrecht die konservative Partei nur als Volkspartei ihre Auferstehung feiern und nur in der sozialen Frage ihre Stärke gewinnen könne. Doch sei es nicht ratsam, daß die christlich-soziale Partei nur als Bruchstück der konservativen Parteien auftrete. Die Arbeiter bedürften einer eignen Vertretung ihrer Interessen und müßten sich selbständig formieren, wobei natürlich eine Bundesgenossenschaft mit den Konservativen nicht ausgeschlossen, sondern dringend geboten sei. Auch das Programm der Partei enthält nur wenig eigentlich konservative Bestandteile. Es ist vielmehr — und das stimmt wieder mit Stöckers Aussagen in seinen ersten damaligen Programmreden — teils aus sozialdemokratischen, teils aus katholisch-sozialen, teils aus katheder-sozialistischen Forderungen zusammengeschweißt. Auch die damalige feindliche, aber doch abwartende Haltung der Hälfte der konservativen Tagespresse mit der „Kreuzzeitung" an der Spitze, sowie die gewichtige Thatsache, daß bei den Wahlen von 1878 die Konservativen in Berlin zwei eigne Kandidaten neben den dreien der Christlich-sozialen aufstellten, sind schlagende Beweise gegen jenen Verdacht. Jedenfalls kann man soviel sagen, daß die christlich-soziale Partei von 1878 keine Gründung und kein Bestandteil der damals kraftlos darniederliegenden konservativen Partei war, sondern eine selbständige Schöpfung und der ehrliche Versuch, eine gemäßigte deutsche Arbeiterpartei neben der durch und durch revolutionären Sozialdemokratie zu schaffen, ohne Nebenzwecke, mit rein proletarischen Interessen speziell großindustrieller Arbeiterkreise. Und wäre an politischen Ereignissen nicht eingetreten, was Ende 1878 wirklich eintrat, so hätte sich vielleicht die Partei in derselben proletarischen Richtung weiterentwickelt und wäre vielleicht zu dauernder politischer und sozialer Selbständigkeit und Eigenart gelangt. Es kam freilich bald anders. Aber für die Partei von 1878 bleibt es fest bestehen: sie ist der ehrliche und ernstliche Versuch einer selbständigen Partei des großindustriellen Arbeiters auf

christlicher Grundlage, die vielfach noch fehlerhafte aber thatsächliche Verwirklichung der proletarischen Tendenz, die Todt einst der evangelisch-sozialen Bewegung als das eine Hauptbestandteil eingeimpft hatte. Was Todt nur erst als Keim in sie hineintrug, kam durch Stöcker zum erstenmal zur Entfaltung; und dieser proletarische Charakter ist der evangelisch-sozialen Bewegung seitdem nie wieder ganz verloren gegangen.

1878—1884

Aber dieser proletarische Zug trat leider nur allzubald mit dem andern, dem konservativen, in schroffsten Widerspruch. Denn auch diesen hat Stöcker wie den proletarischen aus dem Zustande des Keims, der bloßen Tendenz, den ihm Todt noch gelassen hatte, befreit und zur Entwicklung gebracht. Und zwar, indem er seit Ende 1878 seine Partei gänzlich umbildete. Auf die proletarische Pflanze pfropfte er ein konservativ-reaktionäres Reis. Und ein Zwittergewächs ohne selbständige Lebenskraft war die Folge.

Freilich vollzog sich diese Verwandlung nicht schnell und plötzlich. Leise, ganz allmählich, im Laufe von Jahren, aber schließlich gründlich wie nur etwas ging sie von statten. Sie begann schon mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes. Der Tag, da dieses in Kraft trat, ist der Anfang der Umbildung, das Sozialistengesetz selbst der erste gewichtige Anlaß dazu. Denn dieses schlug, wie schon oben angedeutet worden ist, die ganze damalige sozialdemokratische Organisation und Thätigkeit zusammen. Die Partei schrumpfte auf ihre getreuesten Glieder zusammen, die Masse der Anhänger lebte für sich ohne politische Bethätigung weiter. Öffentliche Versammlungen, bei denen die Partei frei und rücksichtslos ihre damals noch massiv revolutionäre Meinung sagen konnte, gab es nicht mehr; andre zahmere zogen für die Masse der Berliner „Proletarier“ nicht. So zog politische Gleichgiltigkeit und Schlafsucht in die Berliner Arbeiterkreise ein, aus der auch Stöcker und seine Christlich-sozialen sie nicht zu befreien vermochten. In seine Versammlungen, die nebenbei bemerkt aller acht Tage stattfanden und übrigens auch größtenteils nur Mitglieder-, keine öffentlichen Versammlungen waren, kamen sie erst recht nicht. Die geheime Erbitterung gegen alles, was nicht zum revolutionären Proletariat gehörte, der stille, aber verachtungsvolle

Argwohn gegen alle von Nichtsozialdemokraten ausgehende Arbeiterfreundlichkeit war viel zu übermächtig in ihnen und klopfte als dumpfe, verhaltne, unklare Wut selbst in dem sonst politisch gedankenlos dahinlebenden Arbeitsmann. So löste sich mit einer Art innerer Notwendigkeit die eben erst geknüpfte Verbindung Stöckers mit der Masse der Berliner Arbeiterschaft ganz von selbst. Vielleicht wollte es Stöcker von da an auch gar nicht viel anders, teils weil er sich dem verhängnisvollen Irrtum aller anschloß, daß nunmehr durch das Ausnahmegesetz die Kraft der sozialdemokratischen Bewegung für immer gebrochen sei, teils weil ihn ein politisches Anstandsgefühl daran hinderte, auf einen geknebelten Gegner loszuschlagen. Doch sei dem, wie ihm wolle, die Thatsache steht fest: im Herbst 1878, nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes, hörte der bisherige Zuwachs der christlich-sozialen Arbeiterpartei aus den industriellen Arbeiterkreisen auf.

Ja, noch mehr. Auch die Zahl der der neuen Partei schon angehörenden Mitglieder aus diesem Stande verminderte sich zu dieser Zeit um ein beträchtliches. Die allgemeine Lethargie der deutschen Arbeiterschaft hatte auch sie erfaßt; sie trugen, ohnehin noch nicht ganz frei geworden von den sozialdemokratischen Gedanken und Empfindungen, die sie einst in sich aufgesogen hatten, ebenfalls noch etwas von dem stillen Ingrimm gegen die eiserne Hand der Bourgeoisie und ihres Anwalts Bismarck in sich, wie ihre sozialdemokratischen Brüder: so zog sich einer von ihnen nach dem andern von der neuen christlich-sozialen Fahne zurück, auf die sie noch vor kurzem geschworen hatten.

Gleichwohl trat in der zahlenmäßigen Entwicklung der Stöckerschen Partei kein Rückschritt ein. Vielmehr hob sich nach dem einmaligen plötzlichen großen Rückschlag während der Wahlen die Mitgliederzahl der Partei bald nicht nur auf die alte Höhe, sondern wuchs noch etwas über sie hinaus. Aber es waren nun andre, ganz andre Kreise, die sich der Partei zugesellten. An Stelle des großindustriellen Berliner Arbeiters jeder Art und Branche trat der Berliner Handwerker, kleine Kaufmann und kleine Beamte. Und in ihrer Begleitung auch Angehörige der sogenannten höhern Stände: Studierte und Studenten aller Fakultäten, Offiziere a. D., sogar Aristokraten. Aber diese

letzten Gruppen waren nicht in der Mehrzahl. Die Majorität bildeten die obengenannten kleinen Handwerker, Kaufleute und Beamten. Nun leuchtet es ein, daß diese Majorität auch bald in ihrer Weise in der neuen sozialen Partei die Vertretung ihrer Interessen suchte und forderte. Sie wurde gefunden und acceptiert im Antisemitismus. Er war bald das eigentliche Programm der Partei.

Für den, der diese Entwicklung von damals rein unparteiisch und geschichtlich prüft, hat sie nicht das geringste Überraschende. Sie war einfach eine psychologische Notwendigkeit, die glatte Folge aus dem fast gänzlichen Zurücktreten des Berliner Arbeiterstandes und seiner Interessen hinter den kleinen Berliner Mittelstand und dessen Interessen in der Partei. Die Interessen des Mittelstandes sind aber durchweg andre als die der Arbeiter. Der Arbeiter, der im Dienste der Großindustrie jeder Form steht, ringt erst um seine Emanzipation, um die Anerkennung auch seiner wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung neben der rein persönlichen und rechtlichen, die ihm einst der Liberalismus als ein noch ungefülltes Gefäß geschenkt hatte. Der kleine Handwerker und Kaufmann aber kämpft nur noch um die Erhaltung der letzten Reste seiner frühern günstigen und bequemen wirtschaftlichen und sozialen Lage und wehrt sich mühsam gegen ein gewaltsames Herabgedrücktwerden ins Proletariat. Er sieht darum auch seinen Feind anderswo als der industrielle Arbeiter. Was ihn zu ruinieren scheint, sind vor allem die Bazare und großen Kaufhäuser, in denen man alle Waren viel billiger und häufig nicht schlechter zu kaufen bekommt, als er sie zu produzieren oder zu verkaufen vermag. Diese Bazare und Kaufhäuser entziehen ihm einen Kunden nach dem andern und überlassen ihm allerhöchstens jämmerliche Flickarbeiten an den Dingen, die einmal in Großkaufläden erstanden wurden, oder den Verkauf solcher Kleinigkeiten, die im Haushalt der Leute plötzlich vermißt und schnell gebraucht werden. Immer mißlicher wird dadurch seine Lage, immer unerschwinglicher die Miete für das Lädchen und die Werkstatt, die nun auch, klein, eng, halb verwahrlost, die Käufer und Besteller eher vom Eintritt abschrecken als dazu einladen. An alledem aber scheinen den Armen eben diese Bazare und Großkaufhäuser Schuld zu haben. Gegen sie, gegen ihre Besitzer und Leiter richtet sich

ihre Erbitterung, ihr Haß, ihr Kampf. Und da diese Besitzer und Leiter in den siebziger Jahren noch mehr als heute Juden waren, die mit kaltem Geschäftssinn nur ihre Interessen verfolgten, nur ihre Häuser immer glänzender, anziehender, konkurrenzloser zu machen suchten, so wurden Haß und Kampf gegen diese Juden für sie wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Beseitigung dieser Juden war für sie gleichbedeutend mit der Beseitigung ihrer übermächtigen Konkurrenten, der Bazare und Kaufhäuser. Die Judenfrage war *ihre* soziale Frage, der Antisemitismus mithin *ihr* wirtschaftliches Programm, dem sie immer lauter auch in der christlich-sozialen Arbeiterpartei Geltung zu verschaffen suchten.

Wie aber stellte sich ihr Führer Stöcker dazu? Konnte er diese Motive, diese Empfindungen, diese Ansichten teilen? Sah er, der kluge Schüler der staatssozialistischen Nationalökonomie, nicht weiter als die Armen, die um ihre Existenz rangen? Wußte er nicht, daß, wenn jene Juden die Bazare nicht errichteten, andre, Juden oder Christen, kommen würden, es an ihrer Stelle zu thun? Wußte er nicht, daß nicht jene Einzelnen, sondern die Übermacht des unpersönlichen, unfaßbaren Kapitalismus schuld an seiner Getreuen wie an vieler andrer, auch der Arbeitermasse Not und Elend war? Gewiß, das wußte er. Eben weil er es wußte, wurde *er* Antisemit. Stöcker war Staatssozialist, wie Todt, und als solcher schon theoretisch Gegner des Manchestertums, dieser schablonenhaften Lehre, daß das wirtschaftliche Glück aller in der wirtschaftlichen Freiheit aller liege. Und nun sah er mit dem glühenden Patriotismus, den er hatte und wahrhaftig auch heute noch hat, mit der Fülle aufrichtiger sozialer Liebe, die ihm niemand absprechen darf, die jammervollen Folgen dieser rücksichtslosen Theorie in seinem Vaterlande. Auch die Sozialdemokratie, dieses Gemisch von Berechtigung und Übertreibung, von Wahrheit und Irrtum, von Haß und Liebe, von Fortschritt und Rückschritt, erschien ihm mit Recht nur als die Frucht dieses angewandten Manchestertums. Nur in der Korrektur, in der Einschränkung dieses Systems erschien ihm darum auch der Anfang einer gründlichen Besserung, die dauernde Beseitigung auch der sozialdemokratischen Welt- und Wirtschaftsanschauung möglich; und der Staatssozialismus eines Rodbertus, Wagner und andrer wies ihm den Weg dieser Hilfe. So, mit der Raschheit, die ihm

immer eigen war, betrat er diesen Weg in der That, begann er, mit dem Programm seiner Arbeiterpartei von 1878, den Kampf gegen dieses Manchestertum. Dieses, nicht die Sozialdemokratie, war für ihn also der eigentliche Feind. Auch 1878 schon. Und wenn er trotzdem damals den ersten Strauß mit der Berliner Mostschen Sozialdemokratie ausfocht, so waren es teils nichtwirtschaftliche Gründe, die ihn dazu trieben, der Atheismus, die Vaterlandslosigkeit, die republikanische Gesinnung, die Stimmung des tiefen objektiven Hasses gegen alles Nichtproletarische unter der damaligen Sozialdemokratie, teils war es die Absicht, sich aus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft eine sturmerprobte, weitausschauende Kämpferschar zu sammeln, die mit ihm die Hochburg des Manchestertums stürmen und den bessern Bau wirtschaftlicher Reformen aufführen sollte. Das Manchestertum — das war sein Feind.

Freilich hat Stöcker in seiner populären Art zu reden und zu schreiben selten oder nie dies dem Volke schwer verständliche Fremdwort in den Mund oder in die Feder genommen. Er gebrauchte dafür fast stets die gebräuchlichere Bezeichnung: der Liberalismus. Und immer wieder, namentlich in den ersten Jahren, spricht er es aus, daß er damit nur den wirtschaftlichen Liberalismus meine, jene Strömung, die durch schrankenlose wirtschaftliche Freiheit das Glück an die deutsche Menschheit fesseln wolle, eben das — Manchestertum. So heißt es z. B. in einer schon am 29. März 1878 gehaltnen Rede über „des Handwerks Not und Hilfe“:

Die Not des Handwerks schreit um Hilfe; aber der Arzt, der sich anbietet, kann nicht helfen. Dieser Arzt heißt Liberalismus, seine Kur heißt Hungerkur. Heute weiß es jeder, daß er nicht der rechte Arzt, daß er ein Quacksalber ist, der mit seiner Universalmedizin „Freiheit“ unser Vaterland in den wirtschaftlichen und sittlichen Ruin gestürzt hat. Gleich von vornherein will ich bemerken, daß, wenn ich den Liberalismus angreife, ich nicht den edeln, vernünftigen Liberalismus meine, den jetzt eigentlich jedermann hat: die Freiheit des Gewissens, die Gleichheit des Rechtes, die ungehinderte Bewegung der Persönlichkeit. Was ich meine, ist dieser moderne falsche Liberalismus, der liberal ist mit fremdem Recht, der nur den Wert der Freiheit kennt, aber nicht den Wert der Ordnung, der in der Religion, wo doch die größte Freiheit herrschen muß, Zwang und Ketten fordert, und da, wo die strengste Ordnung nötig ist, in dem Gewerbeleben die volle Ungebundenheit walten läßt. Die Menschen sind von Natur gut, stark, weise — das ist der

Grundsatz dieser falschen Weltanschauung —, man lasse sie nur machen, so wird alles ganz von selbst vortrefflich. Meine Herren, das ist ein kindischer Grundsatz. Die Menschen sind einander nicht gleich, sondern sind an Kraft, Klugheit, Reichtum ungemein verschieden. Darum ist es die heilige Pflicht des Staates, die Schwachheit, die Einfalt, die Armut zu schützen, damit nicht der Arme ein Opfer werde des übermäßigen Kapitals und der Arglose eine Beute des geriebnen gewissenlosen Geschäftsmannes. Jeder ist sich selbst der Nächste, so steht im Katechismus des liberalen Wirtschaftssystems; du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst, so lautet unser Katechismus, und den wollen wir behalten. Wir wollen wieder Liebe in dem Gewerbeleben haben, und es sind so viele, die wollen nur den Egoismus. Die schrankenlose Konkurrenz ist nichts andres als schrankenloser Eigennutz; die letzte Folge davon ist, daß der Lohn heruntergedrückt, die Arbeit verschlechtert, der Arbeiter demoralisiert wird; die allgemeine Konkurrenz endigt mit dem allgemeinen Konkurs. Das Wort „Freiheit“ . . . bedeutet eigentlich, daß jeder thun kann, was recht ist; heute aber versteht man es häufig so, daß jeder thun kann, was er will. . . . . So sind wir durch alle die Freiheiten, die der Liberalismus aus seinem Füllhorn über unser Volk ausgegossen hat, an die letzte Freiheit angelangt, an die Vogelfreiheit, die uns verdirbt.

Es ist klar, daß der manchesterliche Liberalismus diesen ausgesprochnen Gegensatz nicht ruhig passieren ließ. Bald trat er gegen den staatssozialistischen Hofprediger auf den Plan. Seine Presse, vor allem in Berlin und vor allem die des linken Liberalismus, des „falschen, modernen, übertriebnen,“ wie ihn Stöcker genannt hat, begann schnell und rücksichtslos den Kampf. Bald warf man die christlich-sozialen Arbeiterführer mit den sozialdemokratischen Führern in einen Topf und nannte die christlich-soziale Partei eine Abart der Sozialdemokratie, die gleicher Vernichtung wert sei. Als die Attentate kamen, wurde die junge Partei von linksliberaler Seite für den Schuß Hödels mitverantwortlich zu machen gesucht; — wurde durch feine Umschreibungen und dunkle Andeutungen die Bibel, über der Nobiling mehrfach lesend gefunden worden war, als letztes Motiv zu dessen Unthat verdächtigt. Als der Plan des Ausnahmegesetzes, eben noch von der Mehrzahl der Liberalen zurückgewiesen, wieder auftauchte und eingebracht wurde, waren — nach Stöckers Angabe — diese Liberalen die dienstbeflissensten, der Regierung bei allen Maßregeln gegen jede Form von Sozialismus ihre Unterstützung zu versprechen. „Jede Kundgebung sozialistischer Meinungen, auch staatssozialistischer und christlich-sozialer —

— das letzte fügte man mit besonderm Nachdruck hinzu —, sollte unter Maßregelung gestellt, die Lehrfreiheit der Kathedersozialisten beschränkt werden."

Diese linksliberale Presse Berlins war aber damals wie heute fast völlig in Judenhänden. Juden waren ihre Besitzer, Juden ihre Leiter, Juden ihre Redakteure. Und — es kann auch von den unparteiischsten judenfreundlichsten Menschen nicht geleugnet werden — je mehr jüdische Federn für diese Zeitungen schrieben, desto schärfer war damals die Spitze gegen Stöcker und seine Christlich-sozialen, desto giftiger und verletzender waren die Artikel, die gegen sie erschienen. So schrieb das jüdisch-manchesterliche Berliner Tageblatt, schon damals dasselbe wie heute, gleich über Stöckers erstes Auftreten in der Eiskellerversammlung folgenden für Stöcker recht ermutigenden Artikel:

Ein nachträgliches vergnügtes Neujahrsfest haben unsre Sozialdemokraten gefeiert, als sie am Donnerstag die Vorkämpfer des neuen christlich-staatssozialistischen Vereins zu Boden schmetterten. Den letztern Herren mag, trotzdem die Versammlung im Eiskeller stattfand, bei den Verhandlungen brühsiedeheiß geworden sein. Ich kann gerade nicht dazu sagen, daß ich sie darob bemitleide. Wenngleich meine unmaßgebliche Meinung dahin geht, daß es um die sozialistische Lehre weit besser stände, wenn es keine Sozialdemokraten, wenigstens vom Genre der heutigen, gäbe, so sind mir doch diese, wenn auch etwas ungezognen, aber doch ihre Meinung, ihre Pläne und Ziele frei herausfagenden Männer immer noch lieber als jene Herren, die durch Augenverdrehen und frömmelnde Salbadereien das Volk zu ködern suchen. Ihr Fiasko war ein wohlverdientes. Ich wünsche ihnen ein recht fröhliches Mittelalter.

Aus solchen Zitaten wird es verständlich, daß Stöckers prinzipieller Gegensatz gegen den wirtschaftlichen Liberalismus nicht unpersönlich blieb, wenigstens bei Stöckers leidenschaftlicher Natur nicht unpersönlich bleiben konnte. Er lernte bald in dieser seinen christlichen Staatssozialismus so rücksichtslos anfeindenden Berliner Fortschrittspresse die schrankenloseste Vertreterin des verhängnisvollen Manchestersystems erkennen, und in den Juden, die hinter ihr standen, dessen bewußteste, interessierteste Stützen. So lernte er mit jenen auch diese bekämpfen; so wurde aus dem staatssozialistischen Gegner der Übergriffe des Manchestertums allmählich der Fortschrittsfeind und — Antisemit. Sein Gegensatz gegen das Manchestertum wurde die Brücke zu seinem Antisemitismus.

Ein zweiter Beweggrund kommt bei ihm dazu. Er ist schon aus dem zuletzt hergesetzten Zitat des Berliner Tageblatts ersichtlich. Er liegt auf religiösem Gebiet. Dieselbe jüdische Presse, die Stöckers Staatssozialismus so bitter bekämpfte, griff auch sein positives Christentum vielfach in der verletzendsten Weise an, ohne daß Stöcker vorher seinerseits die jüdische Religion irgendwie angetastet oder gegen das Judentum überhaupt gehetzt hätte. Denn auch diese Angriffe begannen, wie ebenfalls die obige Stelle aus dem Berliner Tageblatt beweist, sogleich mit Stöckers erstem Auftreten. Die materialistisch gerichtete Aufklärung war gerade damals auf der Höhe ihrer Entwicklung. Sie glaubte, die ewige Wahrheit, die echte, unverfälschte Weltanschauung gefunden zu haben; sie fühlte sich allmächtig und hoch über allem, was Glauben hieß, erst recht hoch über jedem Stückchen des sogenannten Orthodoxismus erhaben. Auch in Stöcker erkannte man einen Vertreter dieses „positiven" orthodoxen Christentums. Und sofort — auf diesem sofort liegt der Nachdruck — machte man auch dieses zum Zielpunkt schamloser Angriffe. Und auch das geschah wiederum durch jene linksliberale, fortschrittliche Presse, die meist in Judenhänden war. Den Schreiber dieser Zeilen trennt auf manchen Gebieten, vor allem aber auf dem religiösen, theologischen, kirchlichen eine tiefe Kluft von Stöcker und seinen Anschauungen. Aber hier stellt er sich an Stöckers Seite: niemand, geschweige diese nicht einmal christliche, ganz materialistische Presse hatte das Recht, die persönliche Glaubensüberzeugung dieses Mannes, mochte sie sein, welche sie wollte, in der Weise zu verunglimpfen, wie es damals gleich bei seinem ersten Auftreten durch das Berliner Tageblatt geschah. Und dieses stand keineswegs allein damit. Neben ihm urteilten z. B. die „Tribüne" und die „Volkszeitung" gleich höhnisch und bitter über das „evangelische Pfaffentum." Der „Börsenkurier" schrieb:

Jahrhunderte lang herrschte das Christentum und strebte nach Macht, Einfluß und Reichtum. Wohin kam es mit der erhabnen Idee seines Stifters? Und dieses Christentum in seiner modernen Entwicklung, so bar des idealen Gehalts, mit dem es einst erfüllt war, und durch den es die Macht der alten Welt besiegte, dieses Christentum sollte heute die Macht haben, die sozialistische Propaganda erfolgreich zu bekämpfen und denen, die Brot verlangen, die nach politischem Einfluß streben, durch den Hinweis auf das ihrer im Jenseits harrende Himmelreich mit der Not und dem Elend zu versöhnen, die

sie im Diesseits zu tragen haben? Es giebt in der That Leute, die das glauben, und die den Mut gehabt haben, zur Bekämpfung der sozialdemokratischen eine christlich-soziale Arbeiterpartei zu bilden, die bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten in Berlin freilich ein klägliches Fiasko gemacht hat.

Auch dies Zitat ist nur ein Beispiel für viele, und noch dazu ein sehr mildes. Damals ist es möglich gewesen, daß die „Berliner Zeitung" eines jüdischen Herrn Ullstein die evangelische Generalsynode als eine Versammlung der „Glattgescheitelten" mit „glattrasierten bläulichgrauen Gesichtern" schilderte, die voraussichtlich bald die „Budike" schließen müßten, und deren Versammlungsort (das preußische Herrenhaus) vor der Wiederbenutzung durch die Abgeordneten eigentlich erst „desinfiziert" werden müßte. Das „Tageblatt" verhöhnt die christliche Bußtagsfeier in halb heuchlerisch frommem, halb spöttischem Jargon. Die lutherische Konferenz, die sogenannte Augustkonferenz, wurde in folgender gehässigen Weise geschildert:

Nun saß die erlesene Streiterschar des Himmels auf den Rohrstühlen — eine stattliche Zahl, sie ging in die Hunderte. Welche Fülle salbungsvoller, scheindemütiger, kampflustsprühender theologischer Gesichter! Neben der ländlich zugeschnittnen Figur des simpeln Dorfpastors der schlankgebaute Streber, neben dem korpulenten, gutmütig dreinschauenden Superintendenten aus Hinterpommern der finsterblickende Zelot, dazu ein kleines Kontingent von der heiligen Sache zugethanen Laien.

Und an einer andern Stelle:

Duster im Innern, und duster im Äußern — das war die Signatur der Verhandlungen der Augustkonferenz. Während des larmoyanten Vortrags des Pastors Teuscher ... senkte sich eine ägyptische Finsternis auf die Häupter der frommen Herren.... Der schöne Saal der Reichshallen ... hatte nämlich die Eigentümlichkeit, daß seine Lichter den Dienst versagten. Und wie schön paßte diese Lichtentziehung zu dem Charakter der ganzen Versammlung.

Ähnliches und noch schlimmeres könnte hier aufgezählt werden; selbst Verhöhnungen der Person Christi und seines Weihnachtsfestes würden nicht fehlen. Und alles beweist die Verachtung dieser jüdisch und fortschrittlich zugleich gesinnten Manchesterpresse Berlins gegen alles, was Christentum, namentlich positives Christentum hieß oder darnach aussah, zeigt die Kühnheit, mit der man dieser Verachtung Ausdruck gab. Das alles war nicht mehr erlaubte Kritik an andrer Meinung, das war Verhöhnung von andrer Überzeugungen. Was

Wunder, daß Stöcker bei seiner Leidenschaftlichkeit, zumal da er außerdem auch noch persönlich angegriffen wurde, in aufrichtigem Zorne dagegen losfuhr, daß er auf die Urheberin dieser Verunglimpfungen, die jüdische Presse, losschlug, daß er schließlich auch als Christ, als „positiver" Christ und „orthodoxer" Theologe Antisemit wurde? Der Angriff auf sein Christentum war das zweite Motiv zu seinem Antisemitismus.

Und dazu das immer stärkere Drängen des größern Teils der Mitglieder seiner Partei, die immer häufiger und lauter wiederkehrenden Hinweise auf die Juden in den Diskussionen der wöchentlichen Parteiversammlungen — es war schließlich für Stöcker einfach unmöglich, die Judenfrage weiter zu umgehen, seine und seiner Anhänger lange verhaltne Leidenschaft noch länger zu unterdrücken. So griff er denn, nachdem er schon seit dem Herbst 1878 die Sache mehrfach gestreift hatte, in der ersten nach den Sommerferien des Jahres 1879, und zwar am 19. September stattfindenden Versammlung seiner Partei die Judenfrage auf und behandelte sie, unter dem Thema: „Unsre Forderungen an das moderne Judentum," damals zum ersten Male zusammenhängend und prinzipiell vor der Öffentlichkeit.

Es sind freilich keine überraschenden oder himmelstürmenden Forderungen, die er in der nicht allzu langen Rede formulierte. Im ganzen eigentlich nur drei bis vier. Aus einer Reihe von Zitaten weist er auf den noch heute von den jüdischen Idealisten allenthalben erhobnen Anspruch ihrer Religion hin, die Wahrheit schlechthin, die Weltreligion der Zukunft zu sein, und auf die damit verbundne Einbildung, „daß schließlich allein das Judentum einen Gedankeninhalt darbietet, der mit der Geschichte der Menschheit, mit dem Verstande und dem Herzen übereinstimmt." Diesem Anspruch und dieser Einbildung setzt er seine erste Forderung entgegen: Etwas bescheidner! Dann folgen abermals Zitate, aus der niedern jüdischen Presse. Stellen, wie sie oben erwähnt worden sind, sind darunter. Sie zeigen die praktische Anwendung eines übermäßigen jüdischen Selbstbewußtseins aufs tägliche Leben, im Munde und durch die Feder der jüdischen Materialisten. In ihnen erscheint — immer nach Stöcker — jenes Selbstbewußtsein als direkter Angriff auf das Christentum, als jüdische Herrschsucht und Unduldsamkeit. Ihr setzt

Stöcker seine zweite Forderung entgegen: Etwas toleranter! Dann folgen statistische Angaben, und aus ihnen der Beweis, daß die Juden sich mit aller Macht und mit allen möglichen Mitteln in die höhern geistigen Berufe drängen, daß sie aber sorgfältig vermeiden, sowohl an den niedern, den Handarbeiten, als auch an den eigentlichen produktiven Arbeiten teilzunehmen. „Noch mehr als früher kultivieren sie die Erwerbszweige, bei denen leicht und viel verdient wird. Seit kurzem drängen sie sich auch, nicht zum Heile der Rechtsprechung, in die Richterkollegien. An der Arbeit der Handwerker sind sie fast gar nicht, an der Fabrikation wenig beteiligt. Daraus folgt, daß sie an der Arbeit keine Freude, für die deutsche Arbeitsehre keine Sympathie haben. Die Devise: Billig und schlecht! kommt zum guten Teil auf ihre Rechnung. Sie sind überall da, wo es Not und Spekulationslust zu benutzen gilt. Gründen, wuchern sind Geschäfte, die sie unleugbar mit Vorliebe treiben. Sie ernten gern, wo sie nicht gesäet haben." Auf Grund dieser Ausführungen erhebt dann Stöcker seine dritte Forderung an die Juden: Etwas mehr Gleichheit! Mit einer Aufstellung wirtschaftlicher Reformvorschläge schließt er dann kurz die Rede ab. In der Durchführung dieser Vorschläge sieht er den praktischen und erfolgreichen Weg, die Judenfrage und, die sie hervorrief, die Judennot dauernd zu beseitigen. Auf diese Vorschläge kommen wir nachher noch zurück; sie enthalten das eigentliche antisemitische Programm Stöckers.

Wichtiger und folgenreicher als der eben skizzierte Inhalt dieser ersten größern antisemitischen Rede war der Ton, in der sie Stöcker hielt. Zwar ruft er gleich zu Anfang, nachdem er den immer wachsenden Gegensatz zwischen Christen und Juden festgestellt und anerkannt hat, zur Mäßigung, beteuert seinerseits seine Leidenschaftslosigkeit und rät zu allgemeiner Versöhnlichkeit. „Christen wie Juden muß es eine ernstliche Sorge sein, daß aus der Gegnerschaft kein Haß werde. Denn schon zuckt es hie und da wie das Wetterleuchten eines fernen Gewitters." Gleichwohl ist auch seine Tonart scharf und schneidig, seine ganze Rede eher geeignet, das Gewitter herbeizuziehen als zu bannen. Und schon in ihr macht sich die später bei ihm geradezu zur Virtuosität ausgebildete Neigung geltend, durch glänzende Formulierungen und dialektische Kombinierungen einzelne Thatsachen zu allgemeinen Grundsätzen zu er-

weitern, zu scheinbar unwiderleglichen allgemeingiltigen Prinzipien zu erheben, auf die er dann seine Politik aufbaut. Die auf der vorhergehenden Seite wiedergegebne Stelle aus seiner Rede ist dafür ein trefflicher Beweis. Was er da ausführt, ist richtig und übertrieben zugleich, mit einem berechtigten Kern und doch in dieser Darstellung wohl anfechtbar. Und so wie diese finden sich noch andre Stellen schon in dieser ersten antisemitischen Rede. In den spätern aber häufen sich sich je länger desto mehr und geben ihnen schließlich geradezu das charakteristische Gepräge.

Es ist klar, daß die jüdische und freisinnige Berliner Presse und ihr starker Anhang, bisher schon so feindselig gegen Stöcker, diesen Angriff nicht unerwidert ließ. Ein Gegenangriff auf der ganzen Front war die sofortige Antwort schon am nächsten Tage. Und diese Antwort fiel derb, rücksichtslos, unbarmherzig genug aus. War Stöckers Rede trotz aller versöhnlichen Absichten schon scharf gewesen, die Berichte und Artikel darüber waren zehnmal schärfer und wollten keine Versöhnung. Der antisemitische Krieg, schon längst durch Plänkeleien eingeleitet, war nun im Großen eröffnet. Acht Tage darauf hielt Stöcker eine neue große öffentliche Versammlung ab über „Notwehr gegen das moderne Judentum," schärfer im Ton, energischer in seinen Forderungen, grimmiger in seinen Anklagen. Dann hielt er sich eine kurze Zeit zurück, um im Januar und Februar des folgenden Jahres wieder zwei große antisemitische Reden zu halten. Damals war der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt und wogte nun jahrelang in bald zu- bald abnehmender Heftigkeit auf und nieder. Und immer rücksichtsloser wurde die Kriegführung auf beiden Seiten, immer leidenschaftlicher kämpften auch Stöcker und seine Unterführer, immer mehr verallgemeinerte man auf beiden Seiten seine Anschuldigungen. Aus dem Jahre 1882 ist eine Rede Stöckers veröffentlicht („Das Judentum im öffentlichen Leben, eine Gefahr für das deutsche Reich"), die ihn auf der Höhe seiner antisemitischen Leidenschaft zeigt.

Gleichwohl ist sich Stöcker, soweit das aus den von ihm herausgegebnen Reden heute noch zu erkennen ist, im Inhalt seiner antisemitischen Forderungen stets gleich geblieben. So sehr sich seine antisemitischen Empfindungen später ins Leidenschaftliche hinein gesteigert haben, seine antisemitischen Ziele hat er kaum je gesteigert oder ver-

ändert. Im Verhältnis zu dem Antisemitismus der litterarischen Antisemiten wie Glagau und Marr und der sogenannten Rassenantisemiten wie Henrici und Liebermann von Sonnenberg ist der Stöckers nach Inhalt und Ziel stets gemäßigt und besonnen geblieben.

Man kann sagen, daß Stöcker die „Übermacht des Judentums" (nicht die Existenz des deutschen Judentums) im großen und ganzen durch zweierlei Maßnahmen brechen zu können hoffte. Erstens indem er das christliche und deutsche Selbstbewußtsein im ganzen Volke erwecken, stärken und stählen wollte bis zu einer alles überwältigenden Macht, und zweitens indem er durch die Verwirklichung einer Anzahl von rein wirtschaftlichen Reformen Juden wie „verjudeten" Christen überhaupt die Möglichkeit irgend welcher ungerechten wirtschaftlichen Ausbeutung Schwacher oder Gutmütiger nehmen wollte, wie sie nach seiner Meinung bisher eben vorwiegend von Juden geübt worden war. Beides aber hoffte er durch eine kraftvolle und zähe, aber sachliche und besonnene Agitation zu erreichen. Eine antisemitische Volksbewegung sollte entstehen, die im Sturme die Hilfe brächte. Demgemäß kann man den Antisemitismus Stöckers einerseits als sozialethisch, andrerseits als sozialpolitisch bestimmt bezeichnen. Auch er selbst bezeichnet ihn so:

Der eine will die Judenfrage nur als Rassenfrage, der andre nur als religiöse Frage behandelt haben; wieder andre halten sie für eine religiöse und Rassenfrage zugleich. . . . . Wir Christlich-sozialen aber dürfen das nicht. Wir dürfen sie nur als sozialethische und sozialpolitische Frage ansehen; . . . . und viele schließen sich unserm Standpunkte an.

Diese sozialethische Aufgabe seines Antisemitismus beschreibt er genauer in folgenden Worten:

Wir meinen: das beste muß aus dem Wiedererwachen des lebendigen Christentums kommen. Wenn das deutsche Volk wieder ein christliches wird, gläubig an Jesum, frei von Geldgier, voll Ehrfurcht für seine Kirche, dann wird das moderne Judentum mit seinem Mammonsgeist, seiner schnöden Presse, seinem Haß gegen die Kirche nichts ausrichten. Vielmehr wird das lebendige Christentum eine mächtige und unwiderstehliche Mission treiben an dem altgläubigen, wie an dem modernen Judentum. . . . . Einen andern Weg giebt es nicht . . . . Israel muß den Anspruch aufgeben, der Herr Deutschlands werden zu wollen. Es entsage der Anmaßung, daß das Judentum die Religion der Zukunft sein werde, da dasselbe doch so ganz die der Vergangenheit ist. Möchten thörichte Christen nicht fortfahren, das Volk in seinem Dünkel zu bestärken. Die jüdische Orthodoxie mit ihrer Beschneidung ist ver-

lebt, das Reformjudentum ist gar keine jüdische Religion. Wenn Israel dies erkannt hat, wird es seine vergebliche Mission hübsch beiseite lassen und aufhören, den Völkern, die ihm Gast- und Bürgerrecht gewähren, ihr Christentum rauben zu wollen. Die jüdische Presse muß toleranter werden — das ist die erste Bedingung besserer Verhältnisse.

Und die sozialpolitischen Ziele seines Antisemitismus schließt er dann sofort daran:

Die sozialen Übelstände, welche das Judentum mit sich bringt, müssen auf dem Wege einer weisen Gesetzgebung geheilt werden. Es wird nicht leicht sein, dem jüdischen Kapital den nötigen Zaum anzulegen. Nur eine organische Gesetzgebung vermag das zu erreichen. Beseitigung des Hypothekenwesens im Grundbesitz, der unverkäuflich und unverschuldbar gemacht werden muß; eine Änderung des Kreditsystems, welche den Geschäftsmann vor der Willkür des großen Kapitals befreit; Änderung des Börsen- und Aktienwesens; Wiedereinführung der konfessionellen Statistik, damit das Mißverhältnis zwischen jüdischen Vermögen und christlicher Arbeit festgestellt werden kann; Einschränkung der Anstellung jüdischer Richter auf die Verhältniszahl der Bevölkerung; Entfernung der jüdischen Lehrer aus unsern Volksschulen — das sind die Mittel, um dem Überwuchern des Judentums im germanischen Leben, diesem schlimmsten Wucher, entgegenzutreten.

Wir sehen aus den Zitaten: so sehr Stöcker, der Geistliche, das Christentum und die christliche Sitte auch in der Judenfrage betont, die Judenfrage als religiöse Frage weist er doch zurück:

Sie wissen, wie eifrig ich bestrebt gewesen bin, der Frage den religiösen Charakter zu nehmen. Mag die Judenmission die Israeliten von ihrem alttestamentlichen Wege abbringen und mit dem Evangelium vor sie treten; als Christen sollen wir treulich daran helfen. Aber die Judenfrage, wie sie gegenwärtig im öffentlichen Leben von uns an die Juden gestellt wird, ist keine religiöse Frage, sondern eine soziale Frage im geistigen und wirtschaftlichen Sinne. Und wenn „gute Leute und schlechte Musikanten" die Frage auf das religiöse Gebiet zerren, so thun sie durchaus unrecht. Ich erkläre hier feierlich, daß mir in den christlich-sozialen Versammlungen nichts ferner liegt, als die Juden in ihren religiösen Überzeugungen anzugreifen.

Auch den Rassenantisemitismus, der die Juden womöglich zum Lande hinaus haben will, weist er nachdrücklich zurück. Er stellt sich vielmehr auf den Boden der geschichtlichen Thatsachen. Er anerkennt auch die Emanzipation, die Befreiung der Juden aus ihrem gefesselten mittelalterlichen Ausnahmezustand als zu Recht bestehend an. Sie sind ihm gleichberechtigte Glieder des modernen deutschen Rechtsstaates. Jeden neuen Ausnahmezustand, jedes Judengesetz verbannt er, wenn auch ungern:

Die Emanzipation ist eine Thatsache, nicht bloß bei uns, sondern bei allen Kulturvölkern, mit der wir rechnen müssen. Wir halten solche Politiker für unbrauchbar, die über den Prinzipien die Thatsachen vergessen, und glauben allerdings, daß die Emanzipation eine so schwerwiegende Thatsache ist, daß sie nicht schon nach zwanzig, dreißig Jahren zurückgenommen werden kann. Mag die Thatsache vor der Hand bleiben; aber hüten wir uns mit aller Macht vor ihren schädlichen Folgen! Das ist mein Standpunkt. Ich kann mir nicht vorstellen, auf welche Weise unter den heutigen Verhältnissen die Emanzipation als Prinzip unter uns aufgehoben werden könnte; keine Regierung würde sich dazu finden, kein Parlament.

Charakteristisch für seinen Antisemitismus ist noch ein Absatz seiner zweiten Rede, wo er ausführt, was er unter dem „modernen Judentum" versteht. Es ist auch so eine begrifflich-dehnbare Stelle, wie sie oben geschildert worden sind. Und doch hat er auf den Begriff, den er hier entwickelt, seinen ganzen verhängnisschweren Angriff gebaut! Er sagt:

Was ich vom modernen Judentum sage, will ich wahrlich nicht auf die einzelnen Individuen angewandt wissen. Es giebt viele Juden, die Respekt vor unserm Glauben, Achtung vor dem germanischen Charakter, Teilnahme an unserm Volkswohl haben; es giebt viele Juden, die wahr im Wort, treu im Versprechen, redlich im Geschäft, gar keinen Anlaß zur Anklage bieten — ich selbst kenne solche, achte und liebe sie. Aber der Begriff „modernes Judentum" bedeutet eben die Summe der hervorstechenden Züge, nicht die Vorzüge einzelner Persönlichkeiten; es ist mir unverständlich, wie man jenes Wort hat anders auffassen können. Man redet doch von „Germanentum" und weiß, daß manche Germanen keine Spur davon an sich tragen; man spricht von dem „heutigen Christentum" und denkt nicht an alle einzelnen Christen. Nur in diesem Sinne habe ich das moderne Judentum verstanden; aber in diesem Sinne ist es in der That jene Erscheinung, wie ich sie gezeichnet habe, ohne Bescheidenheit, ohne Toleranz, ohne soziale Gleichheit.

Abschließend kann man den Antisemitismus Stöckers wohl kurz folgendermaßen charakterisieren. Die radikalen Antisemiten sagen: Die soziale Frage ist wesentlich Judenfrage. Stöcker sagt: Die Judenfrage ist eine soziale Frage.

Der Antisemitismus Stöckers war natürlich auch der seiner christlich-sozialen Parteigenossen. Jubelnd waren sie ihm in den ersten Kampf gefolgt, dankbar hatten sie seine antisemitischen Ideen in sich aufgesogen, mutig und leidenschaftlich trugen sie sie weiter. Schon im Anfang des Jahres 1880 war dieser Antisemitismus

für die Partei alles. Und schon damals war der Satz eine Wahrheit und vollendete Thatsache: Christlich-sozial ist gleich mild-antisemitisch.

Zwar das alte Programm behielt man ruhig und stillschweigend bei. Aber eben auch stillschweigend. Es wurde mehr und mehr beiseite geschoben. Die neuern antisemitischen Ideen überstrahlten es ganz. Wo man aber darauf zurückkam — erfuhr es eine völlige Veränderung. Teils erklärte man es angesichts der beginnenden Bismarckischen Sozial- und Steuerpolitik für erfüllt oder in der Erfüllung begriffen: so die Punkte, die die Arbeiterversicherung, die größtmögliche Ausdehnung der Staatsbetriebe, Verbesserung des Steuersystems forderten. Teils deutete man es zu Gunsten und in dem Sinne der Mehrzahl der damaligen Handwerkerparteigenossen um: so z. B. die Forderung von obligatorischen Fachgenossenschaften, die man im ersten Jahre hauptsächlich als Organisation der Industriearbeiter zu staatlich anerkannten Fachverbänden verstanden hatte, jetzt aber vorwiegend als Wiedereinführung der Zunftordnung für das Handwerk, als Wiedererrichtung obligatorischer, freilich modernisierter, vor allem genossenschaftlich organisierter Innungen auffaßte. Teils füllte man schließlich die alten Forderungen, wo es ging, gleich mit dem neuen antisemitischen Inhalte und stellte diese gänzlich in den Vordergrund, z. B. die Börsen- und Luxussteuer. Mit einem Wort: der neue Antisemitismus war die Hauptsache, der alte christliche Sozialismus nur noch Nebensache.

Und dies war wieder nur der geistige Ausdruck und Beweis für die eine politische Thatsache, die wir schon früher konstatiert haben: die Verwandlung der christlich-sozialen Partei aus einer Arbeiterpartei in eine kleinbürgerliche Partei von Handwerkern, Kaufleuten und subalternen Beamten. Im Sommer des Jahres 1880 war sie vollzogen und ward am Schlusse desselben Jahres auch offiziell und feierlich bestätigt dadurch, daß die Partei auch einen neuen Namen annahm: sie nannte sich seitdem nicht mehr christlich-soziale Arbeiterpartei, sondern nur noch christlich-soziale Partei schlechthin.

Von hier aus war es für die so umgestaltete Partei nur noch ein Schritt bis ganz ins konservative Lager hinüber. Die

Brücke bildete eben ihr Antisemitismus; die Form aber, unter der der Schritt sich vollzog, war die sogenannte Berliner Bewegung.

Auch sie ist ein Kind Stöckers, die unmittelbare Wirkung seiner bisherigen christlich-sozialen antisemitischen Agitation in Berlin. Im Herbst 1880 nahm sie ihren Anfang. Sie entstand, indem einer der alten Berliner Bürgervereine, seinen Traditionen nach konservativ, damals jedoch ohne eigenartiges, kraftvolles Leben und jedenfalls nicht stark genug, der Allmacht des Berliner fortschrittlichen Liberalismus und der Sozialdemokratie irgend welchen Abbruch zu thun, eine öffentliche Volksversammlung einberief und Stöcker zum Referenten in ihr gewann. Stöcker sprach in seinem christlich-sozialen und antisemitischen Sinne, leidenschaftlich und formvollendet, wie nur er es vermag, mit glänzendstem Erfolge. Der Funke zündete, der Verein war erweckt, fortgerissen, für die Stöckerschen Ideen gewonnen. Andre Vereine folgten. Neben den wiedererwachten alten konservativen Bürgervereinen entstanden neue, mit jugendlicher Kraft im neuen Fahrwasser segelnd. Auch Organisationen von etwas andrer, doch immer verwandter Färbung bildeten sich bald. Der Frühling des Jahres 1881 zeigte ein hoffnungsreiches Erblühen und Sprießen solcher Vereine. Schon im Januar 1881 entstand der Verein deutscher Studenten, christlich und national gerichtet, und darum von vornherein auch christlich-sozial und antisemitisch prädestiniert. Was in dieser Beziehung noch fehlte, dem half schon Stöcker nach, der bald der beliebteste und einflußreichste Gast und Freund der Vereine wurde. Wenige Wochen nachher gründete ein Dr. Henrici den sozialen Reichsverein, der den Liberalismus gegen das Judentum mobil zu machen versuchte, dann Fiasko machte, aber doch dadurch die damals erst entstehende Bewegung stärken half. Um dieselbe Zeit entstand der noch stärkere antisemitische „Deutsche Volksverein," eine Schöpfung des Oberlehrers Dr. Förster und des jetzigen deutsch-sozialen Reichstagsabgeordneten Liebermann von Sonnenberg. In ausgesprochen innungsfreundlichen Handwerkerkreisen bildete sich ein „Verein zum Schutze des Handwerks" in Stöckerschem Geiste; selbst ein neuer Arbeiterverein entstand, der „soziale Arbeiterverein" unter Leitung zweier ehemaligen Sozialdemokraten. Nicht alle diese Bildungen hatten Bestand; aber immer neue traten an ihre Stelle, um dann gelegentlich dasselbe Schicksal

des Vergehens zu erleiden. Den festen und immer erstarkenden Kern bildeten die Berliner Bürgervereine. Nach einem Jahre waren 40 bis 50 über ganz Berlin zerstreut; später gab es sogar noch eine besondre Zusammenfassung von ihnen in der sogenannten Bürgerpartei. Auch auf die Vororte dehnte sich diese Entwicklung aus; auch sie erhielten zum Teil recht rührige Bürgervereine. So hatte z. B. allein der Kreis Teltow ihrer siebzehn.

Alle diese einzelnen Vereine waren unter einem Komitee, dem C. C. C., d. h. dem Conservativen Central-Comitee, zusammengefaßt. Dieses hatte die Leitung bei allen Aktionen. Auch eine eigne Zeitung stand der Bewegung schon Ende 1881 zur Verfügung, das „Deutsche Tageblatt“ und später noch der „Vorwärts,“ das Organ des C. C. C. Die Aktionen der Bewegung bestanden vorwiegend in Wahlpolitik. Es war das Ziel des C. C. C., eine übermächtige Volksströmung in Berlin hervorzurufen, um die Macht des Judentums und der in gleicher Weise verjudeten Freisinnigen und Sozialdemokraten für immer zu brechen und Kandidaten der Berliner Bewegung als Abgeordnete Berlins im deutschen Reichstag und preußischen Abgeordnetenhaus, in der Stadtverordnetenversammlung wie in den kirchlichen Gemeindekörperschaften Berlins durchzubringen. Gesinnungstreue Kapitalisten, vor allem Rudolf Hertzog, brachten das Kapital zusammen, um das Ziel zu verwirklichen. Denn Wahlen kosten Geld. Schon im Sommer 1881 begann die Thätigkeit für die im September bevorstehenden Reichstagswahlen. Und schon sie hatte Erfolg. Zwar brachte man keinen Kandidaten durch, aber man erhielt mehr als 40000 Stimmen, gegen 6500 christlich-soziale und konservative Stimmen im Jahre 1878. Bei den Reichstagswahlen von 1884 war ein neuer Fortschritt in der Stimmenzahl zu verzeichnen. Damals vereinigte die Berliner Bewegung rund 53000 Stimmen auf ihre Kandidaten, ohne freilich auch damals einen von ihnen durchzubringen. Die Wahlen zum Abgeordnetenhause 1882 zeigten ebenfalls das Wachsen der Bewegung; von 213 Wahlmännern des Jahres 1879 stieg die Zahl auf 950, doch gewann man auch mit ihnen noch keine Abgeordnetensitze. Solche erkämpfte man nur für die Stadtverordnetenversammlung, in der man sich als eine neue Partei, die „Deutsche Bürgerpartei“ konstituieren konnte. Am erfolgreichsten

war man wohl auf dem Gebiete der kirchlichen Wahlen. Hier erreichte man die völlige Verschiebung der Machtverhältnisse in der Berliner Stadtsynode. An Stelle der bisherigen liberalen trat eine Majorität der „positiven Richtung." Im Jahre 1884 war die Bewegung auf der Höhe ihres Glücks und ihrer Ausbreitung angelangt.

Diese Berliner Bewegung war in erster Linie konservativ, in zweiter antisemitisch gerichtet. Für uns kommt hier nur die erstere Thatsache in Betracht. Diese aber wird schon aus den Anfängen der ganzen Bewegung erwiesen. Der Verein, durch den sie entstand, der „Bürgerverein in der Luisenstadt," war ein konservativer Verein; die nächsten, die sich ihm anschlossen, waren es gleicherweise; und die neuen Bürgervereine, die sich bildeten, entstanden nach dem Muster dieser neubelebten alten und nannten sich wie diese, z. T. ausdrücklich, konservativ. Gerade in diesen konservativen Bürgervereinen lag aber nach einem Ausspruch Stöckers die Kraft der Bewegung. Ihre Leitung lag in den Händen des C. C. C., des konservativen Zentralkomitees, ihr Programm führt den Titel: Programm der Konservativen in Berlin. Dieses selbst hierher zu setzen verbieten Raum und Zweck dieser Schrift, die keine Geschichte der Berliner Bewegung geben kann. Prüft man aber seinen Inhalt mit dem der bekannten andern konservativen Programme, so ist die geistige, die Gesinnungsübereinstimmung sofort festgestellt. Nur die Form des Programms weicht ab, sowie einige Einzelforderungen: die Berliner Verhältnisse, auf deren Leib allein es zugeschnitten war, verlangten das so. Das Organ der Bewegung, das „Deutsche Tageblatt," vertrat zugleich auch die agrarischen Interessenkreise in der üblichen ostelbisch konservativen Art. Die ganze Bewegung selbst hatte in den beiden konservativsten Blättern Preußens und Berlins, dem „Reichsboten" und der „Kreuzzeitung," ihre bedeutendsten Freunde und Fürsprecher; deren Redakteure erschienen sogar manchmal als Redner in den Volksversammlungen der Bewegung. Noch häufiger und nachdrücklicher als diese beteiligten sich aber Glieder der konservativen Fraktionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses aktiv an diesen Zusammenkünften, durch Wort und That so die Einheit der Konservativen des Landes mit denen Berlins bezeugend. Die oben ge-

schilderten Wahlen wurden von der Berliner Bewegung ausschließlich unter der Firma der Konservativen mitgemacht. Am Geburtstag Bismarcks 1883 übersandte das C. C. C. dem Reichskanzler eine Adresse, die von sämtlichen Mitgliedern des C. C. C. und den Vorsitzenden aller Bürgervereine unterzeichnet war und die Gesinnungen des konservativen Berlin dem Geburtstagskinde, auf das man damals sehr für sich rechnete, zum Ausdruck bringen wollte. Das Schreiben beginnt folgendermaßen:

In der unabsehbaren Reihe derer, welche Ew. Durchlaucht von nah und fern zum heutigen Tage ihre Glück- und Segenswünsche darbringen, darf das konservative Berlin nicht fehlen. Zwar fiel letzthin aus gegnerischem Munde das Wort, es gäbe nur ein fortschrittliches Berlin; wir aber erbringen Ew. Durchlaucht den Gegenbeweis.

Das konservative Berlin ist vorhanden; es wächst und erstarkt von Tag zu Tag, und es hat sich zur Aufgabe gesetzt, durch die eifrige, unablässige Pflege aller patriotischen Tugenden und die möglichste Förderung aller wahrhaft deutschen Ziele sich der hohen Auszeichnung würdig zu erweisen, den erhabnen Thron des deutschen Kaisers in seiner Mitte zu besitzen.

Und so fort. Auch der Chronist der Berliner Bewegung, Max Schön, beweist auf jeder Seite seines dicken, breit geschriebnen Buches, worin er viel Material über die Bewegung rein chronistisch neben einander gestapelt hat, diesen ausschließlich konservativen Charakter der Bewegung. Die Worte „Berliner Konservative“ und „Berliner Bewegung“ gelten bei ihm von Anfang bis zu Ende einfach als Bezeichnungen für ein und dieselbe Sache. Auch Stöcker huldigt in dem Vorworte zur zweiten Auflage seiner christlich-sozialen Reden, da, wo er eine ganz kurze Geschichte der Berliner Bewegung giebt, diesem auch für ihn ganz selbstverständlichen Gebrauche, den er mit allen Gesinnungsgenossen von damals teilte. Derselbe eben erwähnte Schön charakterisiert ferner im Anfang seiner Mitteilungen die Bewegung mit folgenden unzweideutigen Worten:

Aus den geschilderten Verhältnissen ... entwickelte sich für ... eine immer wachsende Zahl von königstreuen und einsichtsvollen Berliner Bürgern das Bedürfnis ..., festgefügte politische Gruppen zu bilden, durch die sie dem nivellierenden Liberalismus in der Hauptstadt entgegentreten und ihn sach- und ordnungsgemäß bekämpfen konnten. Der strikte Gegensatz der bei diesen Bürgern vorhandnen politischen Anschauungsweise zu der bisher in Berlin alleinherrschenden liberaldemokratischen Gesinnung zeigte sich in allem und jedem Punkte so scharf, daß es nicht Wunder nehmen darf, wenn die da-

malige Reaktion — im guten und eigentlichen Sinne des Worts — den denkbar größten Abstand zwischen sich und der Gegnerschaft legte, indem sie sich im allgemeinen und im Hinblick auf die Parteistellung der hervorragendsten damaligen Führer der Bewegung der deutsch-konservativen Partei anschloß. Freilich geschah dieser Anschluß nicht etwa derartig, daß die konservative Parteileitung das Neugeborne nun ohne weiteres an ihre Mutterbrüste nahm; dazu waren die Berliner lokalen Verhältnisse doch zu eigenartig, und das deutschkonservative Programm konnte den letztern gegenüber nicht so Platz greifen, wie dies notwendig gewesen wäre, wenn die Oberleitung der konservativen Partei im Lande sich der Berliner Bewegung offiziell angenommen hätte. Es war außerdem zu berücksichtigen, daß, obwohl der christliche und der Staatssozialismus die Berliner Bewegung naturgemäß in den deutschen Konservatismus getrieben hatte, eine Menge von Elementen dieser Bewegung doch auch andern politischen Parteiauffassungen huldigte, die, wenn auch im nationalen und antimanchesterlichen Sinne verwandt, doch nicht mit dem Deutsch-Konservatismus ohne weiteres zu identifizieren waren. . . . So war es denn von selbst gegeben, daß die konservative Partei im Lande bei aller Sympathie für die Sache selbst, welch letztere auch thunlichst von ihr unterstützt wurde, sich doch offiziell zurückhielt, und daß zur Leitung der Geschäfte wie der Agitation in Berlin ein besondres Organ in Funktion treten mußte, nämlich das Konservative Zentralkomitee, das von den Gegnern so vielfach als reaktionäres Schreckgespenst verschrieene C. C. C.

Nach dieser kompetenten Charakteristik eines Gesinnungsgenossen und Anhängers der Bewegung bedarf es weiterer Beweise nicht mehr. Auch dem bisher Unkundigen ist damit klar, was dem in der jüngsten politischen Geschichte Bewanderten längst etwas Selbstverständliches ist: Die Berliner Bewegung war von ihren Anfängen an konservativ und wurde es je länger desto mehr, obwohl sie äußerlich in ihrer Organisation einigermaßen selbständig blieb.

Und dieser durch und durch konservativen Lokalpartei gehörte nun die christlich-soziale Partei als eines ihrer treuesten, wichtigsten und wertvollsten Glieder an. Ja, sie war die Wurzel dieser konservativen Bewegung gewesen: aus ihrem Schoße war sie entsprungen, damals als Stöcker, ihr Führer, den ersten zündenden antisemitischen Vortrag im Luisenstädtischen Bürgerverein gehalten hatte. Als sich dann die vielen neuen konservativen Bürgervereine in allen Bezirken der Riesenstadt bildeten, „halfen," wie Stöcker selber berichtet, „die Christlich-Sozialen in jedem einzelnen gern und kräftig mit," ja sie

bildeten meist die Stammannschaft, die erste Kerntruppe der neuen Organisationen. Auch in der Schilderung der Anfänge der Berliner Bewegung bei Schön wird diese Thatsache ausdrücklich bestätigt und es wird hinzugefügt, daß „der christlich-soziale Standpunkt durch dessen hervorragendsten Vertreter, Stöcker, sozusagen als integrierender Bestandteil in die Bewegung hineingetragen worden sei." In den ersten öffentlichen Volksversammlungen, die die junge Bewegung schon im Frühsommer 1881 überall in Berlin veranstaltete, und zu denen Tausende zusammenströmten, waren Christlich-Soziale die Hauptakteure. Gleich in der zweiten z. B., die von dem konservativen Verein des zweiten Reichstagswahlkreises veranstaltet worden war, führte der christlich-soziale Pastor Hapke, der auch sonst in der Berliner Bewegung eine Rolle gespielt hat, den Vorsitz und traten als Redner Stöcker und der konservative Abgeordnete von Schöning auf. Schöning wies dabei in längerer Rede die positive Übereinstimmung des Deutsch-Konservativismus mit der christlich-sozialen Auffassung nach. Im C. C. C. saßen als die alles beherrschenden Leiter die Christlich-sozialen Professoren Adolf Wagner und Adolf Stöcker. Überall in Schöns Darstellung werden diese zwei Christlich-Sozialen auch sonst als „die hervorragendsten Führer der Berliner Bewegung" bezeichnet, neben dem Abgeordneten Cremer, einem ehemaligen Zentrumsmanne, dem katholisch-sozialen Gegenstück von Stöcker. Unter den Kandidaten, die man zu den Reichstags- und Abgeordnetenhauswahlen aufstellte, waren immer Stöcker und Wagner, meist auch noch einige andre christlich-soziale Parteigenossen, während die christlich-soziale Partei ihrerseits seit 1878 darauf verzichtet hatte, eigne Kandidaten aufzustellen. Sie wußte ihre Sache durch die Kandidaten der Berliner Bewegung am besten vertreten. Auch das Programm der Berliner Bewegung ist außer von Cremer von zwei Christlich-Sozialen, Adolf Wagner und Prediger Diestelkamp verfaßt worden. Als die Reichstagswahlen von 1881 mit ihrer vielen Arbeit und ihren Erfolgen vorüber waren, gaben die konservativen Führer des zweiten Wahlkreises dem Christlich-Sozialen Stöcker, dem Kandidaten des Wahlkreises ein „fröhliches Fest, an dem das konservative C.C.C., Vertreter andrer Wahlkreise und auch viele Abgeordnete, wie die Herren von Minnigerode, Göler, Perrot, Graf Dönhoff u. a. m. teilnahmen."

Diese Abgeordneten aber waren alle konservativ. Dadurch wird abermals erwiesen, erstens, daß die Berliner Bewegung konservativ, und zweitens, daß die christlich-soziale Partei dieser konservativen Bewegung wertvollstes Bestandteil war. Auch Schön bestätigt das seinerseits mehrfach und ausdrücklich; er sagt einmal: „Hatten sich die Christlich-Sozialen auf dem Gebiete der Berliner konservativen Politik nicht stets außerordentlich bewährt?“ Und Stöcker selbst zerstreut mit seinen zwar nur gelegentlichen, aber häufigen und deutlichen Aussprachen über diese Thatsache auch die letzten Zweifel. Eine Rede aus dem Jahre 1884 oder 1885 beginnt er mit diesen Worten: „Die Pflicht, weiter zu kämpfen, ist die Pflicht aller, die auf christlich-sozialem und konservativem Boden stehen.“ In einer andern Rede, „Zur Handwerkerfrage,“ die er schon Ende März des Jahres 1880 in Breslau hielt, erklärt er, der christlich-soziale Führer, sich einfach für konservativ. Dasselbe thut er in einem Vortrage, den er ein Jahr später in Stuttgart hielt. Hier ist schon der Titel des Vortrags dafür bezeichnend und besagt eigentlich alles: „Christlich-konservative Ziele für die Gegenwart.“ Den ganzen Vortrag durchziehen die Worte: Wir Christlich-Sozialen, wir Christlich-Konservativen. An einer Stelle stellt er geradezu die Gleichung christlich-sozial = christlich-konservativ auf, und an einer andern Stelle sagt er: „Als vor drei Jahren die christlich-soziale Bewegung begann, die christlich-konservativ ist, nur daß sie das Element der sozialen Reform stärker betont, da u. s. w.“ Noch ein Jahr später aber, im Juni 1882, steht er wieder in Breslau, auf dem konservativen Parteitag Schlesiens, um in glänzendster Weise seine christlich-sozial-antisemitisch-konservativen Ziele unter dem Beifall von Hunderten und Tausenden, darunter der schlesischen Agrarier und Landmagnaten, zu entwickeln. Da spricht er die Worte: „Wir sind unter der konservativen Fahne hier versammelt.“ Da bezeichnet er auch jene oben genannte Handwerkerversammlung, die er zwei Jahre vorher ebenda gehalten hatte, ungeschminkt als konservativ. Und um nun einen letzten unter den vielen Beweisen noch herzusetzen: Als Stöcker 1881 als Abgeordneter des Siegener Kreises in den Reichstag einzieht, da setzt er sich zu den Rechten und bezeichnet sich im Reichstagsverzeichnis ausdrücklich und in erster Linie als deutsch-konservativ. Nur in Klammern fügt er bei: christlich-sozial. Der

vormals ausschließlich christlich-soziale Mann, der Gründer der proletarisch geneigten christlich-sozialen Arbeiterpartei blieb seitdem als Konservativer bei den eingefleischtesten Konservativen, Seite an Seite mit allen Feudalen und Aristokraten, allen ostelbischen Großagrariern. Diese alle, nicht die Arbeiter Berlins mehr, waren seine politischen Nächsten geworden.

Was aber Stöcker war, wurden seine Parteigenossen auch. Es giebt wenige Parteien und parteiähnliche Vereinsbildungen, die so auf die zwei Augen, auf den Kopf und das Herz ihres Führers aufgebaut sind, wie dieser Partei genannte christlich-soziale Verein Stöckers. Stöckers Geist, seine Gesinnung, seine politische Überzeugung beherrscht alle; alle folgen ihm bedingungslos und hingerissen von seinen glänzenden Reden; alle zwingt er, seine Entwicklung mitzumachen. Wie der christlich-soziale Stöcker schon 1881 konservativ geworden war bis auf die Knochen, so war es fast um dieselbe Zeit in gleicher Gründlichkeit seine kleine Partei. Jedenfalls darf man das von der Partei seit den Jahren 1882 und 1883 ohne Zögern sagen. Und seitdem bedeutet christlich-sozial nicht nur antisemitisch, sondern zugleich auch konservativ.

Allerdings muß eine Einschränkung bei dieser Gleichung gemacht werden. Es ist nicht ganz der überlieferte Konservativismus, zu dem sich Stöcker und die Seinen entwickelten. Er selber und seine Anhänger hatten ihn in einigen Punkten ergänzt. Und zwar indem sie die paar sozialpolitischen Hauptsätze ihres umgedeuteten christlich-sozialen Programms von 1878 einerseits und ihre antisemitischen Ziele und Gedanken andrerseits mit für Bestandteile ihrer konservativen Gesinnung erklärten. Aber — und darauf kommt es an — ohne, damals wenigstens, den Anspruch zu machen, daß diese auch in das konservative Programm aufgenommen würden. Vielmehr ließen sie dieses unangetastet stehen und machten es widerspruchslos zu dem ihrigen; sie beugten sich ihm und handelten politisch nach ihm. Es war auch für sie die Hauptsache geworden, ihre wenigen christlich-sozialen und antisemitischen Forderungen waren nur noch Nebensachen, eine Art Privatmeinung, die sie sich reservierten, eine nur geringwertige Abweichung vom konservativen Gesamtprogramm, die aber auch als solche ihnen für etwas durch und durch konserva-

tives galt. Sie waren in erster Linie konservativ, erst in zweiter und dritter antisemitisch und christlich-sozial. Als solche bildeten sie nur eine neue deutsch-konservative Nüance, wie es deren schon manche im Reich gab und heute noch giebt. Sie unterschieden sich von den übrigen einfach nur durch ihre Berliner Lokalfarbe. In ganz ähnlicher Weise, wie sich die Konservativen des Westens von denen des Ostens, die Konservativen Süddeutschlands von denen in Schleswig-Holstein, die Konservativen aus Handwerker- oder Pastorenkreisen von denen des großen Grundbesitzes unterscheiden. Sie alle aber sind konservativ, sind zusammengefaßt in die deutsche konservative Gesamtpartei, geschart unter ein Parteiprogramm, das der Ausdruck ihrer gemeinschaftlichen politischen Überzeugungen ist. Auch von den Christlich-sozialen seit 1882 gilt nichts andres als dies. Sie sind als Christlich-soziale konservativ vom Scheitel bis zur Sohle.

Damit aber ist auch das zweite Prinzip der evangelisch-sozialen Bewegung, das Todt ihr einst als Keim eingeimpft hatte, das konservative, zur Entfaltung und Verwirklichung gebracht.

1884—1896

Mit dem Vorstehenden kann die christlich-soziale Entwicklung Stöckers und seiner Partei als abgeschlossen betrachtet werden. Seitdem sind sie geblieben, was sie damals geworden waren: Konservative, und als solche ein Glied in der Kette der gesamten evangelisch-sozialen Bewegung.

Auch was die rein äußern Schicksale der christlich-sozialen Partei anbelangt, ist seitdem fast keine Veränderung, höchstens ein Rückgang zu verzeichnen. Ihre Organisation blieb dieselbe, die sie sich schon 1881 gegeben hatte: sie war in Berlin entsprechend den Reichstagswahlkreisen in sechs Bezirksverbände eingeteilt worden, denen je ein Bezirksrat von elf bis fünfzehn Vertrauensmännern vorstand. Delegierte der Vertrauensmänner bildeten den Parteirat, an dessen Spitze Stöcker dauernd als Parteipräsident stand. Am 1. Januar 1889 erhielt die Partei ein neues Parteiblatt, „Das Volk," neuerdings durch seine Opposition gegen den Elferausschuß der konservativen Partei viel genannt, aber konservativ wie diese selbst. Auch ein Partei-

haus besitzt die Partei seit ungefähr 1882 im Südwesten Berlins, am Johannistisch, ein ehemaliges Theater, das damals für rund 225000 Mark gekauft worden war und heute zugleich Sitz der von Stöcker geleiteten Berliner Stadtmission ist. Trotz alledem aber hat die Partei in dem neuen Zeitabschnitt seit 1884 an Umfang nicht zu-, sondern eher abgenommen. Jedenfalls sind von den ursprünglichen Organisationen und Gruppen, die sie damals auch im Reiche hie und da hatte, heute nur noch drei in Frische und Thätigkeit erhalten geblieben: die christlich-soziale Partei in Berlin und die christlich-sozialen Vereine in Dresden und Barmen. Erst in der neuesten Zeit, seit Ende 1893, haben sich namentlich im Großherzogtum Hessen wieder eine ganze Anzahl neuer christlich-sozialer Vereine auch auf dem Lande gebildet und der Berliner Partei teils fester teils loser angegliedert.

Für Stöcker selbst war diese Berliner Partei damals schon nur noch Mittel zu seinen weitern Zwecken. Über das ganze Reich hin reichten diese jetzt. Er hatte den Plan, jetzt für das ganze Reich zu schaffen, was ihm für die Reichshauptstadt in der Berliner Bewegung gelungen war. Er wollte alle Konservativen jeder Färbung, alle gemäßigten Antisemiten, alle ernst christlichen Elemente, alle besonnen sozial denkenden deutschen Männer an allen Orten aufrufen, sammeln, organisieren. Keiner, aus welchem Stande und welcher Schicht er auch war, sollte unwillkommen sein, wenn sich nur alle scharen wollten um die Fahnen: Christentum, Monarchie und soziale Reform. Allen, die in wirklicher Not wären, sollte die Reform dauernde Hilfe bringen: dem Industriearbeiter und dem Landarbeiter, dem Handwerker und dem Bauern, dem kleinen Beamten und dem großen Grundbesitzer. Aber nicht durch sozialen Krieg, sondern durch sozialversöhnende Arbeit aller sollten die Reformen durchgeführt werden. Nicht der Klassenkampf, sondern die Solidarität aller Stände war sein Gedanke. Auch sozial sollte das deutsche Vaterland geeinigt werden, wie es 1870 national geeint ward.

Die Hauptmacht, auf die er sich dabei stützen wollte, sollte die konservative Partei sein. Wie sie ihm bisher in Berlin ganz von selber, ganz naturnotwendig entgegengekommen, entgegengewachsen war bis zur engsten, innersten Vereinigung und Kampfgenossenschaft,

so rechnete er jetzt auch für seine Arbeit im Reiche ganz auf sie. Sie selber sollte dabei nicht am schlechtesten fahren. Gerade weil er selbst ein Konservativer vom reinsten Wasser geworden war und seine neue politische Mutter innig und aufrichtig liebte, sah er damals ihre vielen Mängel und Schwächen. Er sah sie wie im politischen Halbschlaf liegen, halb entkräftet, mit manchen veralteten Anschauungen beschwert und belastet. Durch seine neue Agitation wollte er sie von dem Ballast befreien, sie aus dem Schlafe wecken, sie zu neuen Großthaten fortreißen, sie gedankenstärker, moderner, zeitgemäßer machen, ihr, die den Boden im Volk schon halb verloren hatte, neue Massen zuführen. Er wollte es thun, indem er diesen neuen wie ihren bisherigen Anhängern seine neuen christlich-sozialen Ideen und antisemitischen Leidenschaften einflößte. So wollte er aus der alten eine große neukonservative, christlich-sozial konservative Partei schaffen, die alles umfassen sollte, was nur irgendwie konservativ, positiv christlich, gemäßigt antisemitisch und besonnen sozial war.

Seine kleine christlich-soziale Partei aber sollte bei alledem seine treueste Arbeitsgenossin sein, sollte ihm ebenso wacker mithelfen, wie sie ihm einst bei der Schaffung der Berliner Bewegung mitgeholfen hatte. Sie sollte wie damals die Leibgarde sein, die ihn Tag und Nacht umgab, die auf seine Worte schwur, die ihm durch Dick und Dünn folgte, die ihm Pionierarbeit und Kleinarbeit in gleicher Weise leistete, auf die er sich stets verlassen und in Fällen der Niederlage als letzte Macht zurückziehen konnte. Ihre Mitglieder im Reiche sollten die kleinen aber festen und zielbewußten Krystallisationspunkte bilden, an die sich die übrige Bewegung ansetzen sollte, sollten die Adern und Äderchen werden, durch die seine Ideen in dem großen Organismus der neuen konservativen Gesamtbewegung lebenschaffend zirkulieren sollten.

Und wenn diese auf solche Weise kraftvoll und kampfstark genug geworden war, dann war nach seiner Meinung die Stunde da, um mit wuchtigen, unfehlbaren Schlägen über die „verjudeten“ Parteien des Freisinns und der Sozialdemokratie, diesen Vater mit seiner Tochter, wie er sie gern bezeichnete, herzufallen und sie in einem übermächtigen Ansturm für immer zu besiegen und — zu vernichten. Dann war auch der gemäßigtere, nationale Liberalismus

seines Rückhalts beraubt, isoliert, machtlos geworden, dann mußte der neukonservative Gedanke auch in seinen Reihen noch seine Siege feiern und Anhänger gewinnen, die neue christlich-soziale konservative Partei allmächtig sein, regierungsfähig, regierungsstark, regierungsnotwendig; und durch die Minister, die sie dann stellte, sollte sie im Verein mit dem deutschen Kaiser in der Fortführung der schon begonnenen kaiserlichen Sozialreform dem deutschen Vaterlande die Erlösung aus den Banden des wirtschaftlichen und politischen Manchestertums und gründliche Hilfe durch soziale Neuorganisation nach dem Ideal des alten und des neuen Konservativismus zugleich für alle Zeiten bringen. Dieser konservative Gedanke, diese konservative Partei nach Stöckers Wunsch und Willen sollte die Rettung des Vaterlandes werden. Das war sein Ziel, an das er glaubte; der neue kühne, großangelegte Plan, an dem er glühend hing.

Und mit aller Kraft, die ihm zur Verfügung stand, versuchte er ihn nun auch zu verwirklichen. Schon seit 1879 war er Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, seit 1881 auch des deutschen Reichstags: in beiden Häusern setzte er nun alles ein, um immer stärkeren Einfluß in den konservativen Fraktionen beider Häuser, immer mehr eine beherrschende Führerrolle in ihnen zu gewinnen. Unermüdlich unternahm er Agitationsreise auf Agitationsreise, mit einer körperlichen und geistigen Elastizität, die ebenso bewunderungswert wie selten ist. Bald war er allenthalben im Reich, bis in dessen letzten Winkel hinein bekannt, beliebt, verhaßt. Überall übte seine glänzende Beredsamkeit namentlich auf den kleinen Mann des Mittelstandes hinreißende Wirkungen aus. Selbst seine kirchenpolitische Thätigkeit stellte er mit in den Dienst der Verwirklichung seiner sozialkonservativen Idee; seine Berliner Stadtmission brachte und hielt ihn in engster Fühlung mit den höchsten Kreisen und ermutigte ihn sogar zu dem allerdings mißglückten Versuche, auf der bekannten Walderseeversammlung den Prinzen Wilhelm, den jetzigen Kaiser, für sie und seine christlich-sozialen und konservativen Ideen zu gewinnen. Auch mit Zentrumsmännern hat er verhandelt und namentlich in dem von einem Freiherrn von Fechenbach geführten großen Kreise sozial und konservativ gleich angeregter Katholiken auch Anklang und Anhang gefunden. Selbst mit den radikalen Antisemiten verlor er nicht jede Verbindung, immer von

neuem auf Einfluß auch in ihrem Kreise rechnend, immer voll neuer Hoffnung, sie noch unter seine konservative Fahne zurückzuzwingen. Nimmt man zu alle dem die immer wachsenden Erfolge der Bewegung in Berlin, die um die Mitte der achtziger Jahre Stöcker auf die höchste Höhe politischer Macht in der Hauptstadt und allgemeinen öffentlichen Ansehens im Reiche erhoben, war es ein Wunder, daß sich seine neue Idee wirklich zu erfüllen begann? Daß sie seit 1885 wirklich allmählich in die Erscheinung trat und für die Zukunft die Erreichung auch der letzten kühnsten Hoffnungen verhieß, die Stöcker auf sie setzte? Alle günstigen Winde schienen ja seine politischen Segel zu schwellen. Und immer neue, freilich auch immer buntfarbigere und vielgestaltigere Segel setzte er auf. Immer kühner ward seine Fahrt, immer zahlreicher, freilich auch immer verworrner wurden die Fäden, die ihn mit allerhand oft ganz wundersamen und fernstehenden Machtgrößen in Staat und Kirche, bei Hofe und im Volke verbanden, durch die er aber sie alle in den Kreis seiner politischen Berechnungen und seines mächtigen persönlichen Einflusses ziehn zu können hoffte. Immer näher erschienen schon seine hochfliegenden Pläne der Verwirklichung, da — kommt ein Mächtigerer über ihn, den Mächtigen. Bismarck beginnt 1887, ja schon 1886 seine bekannte Kartellpolitik, setzt sie durch und wirft damit schnell und sicher Stöckers einseitig konservative Politik über den Haufen. Bismarck erkannte die Achillesferse der Stöckerschen Ideen. Er sah, daß es unmöglich sei, die liberale Partei Deutschlands in ihrer Gesamtheit so leicht über den Haufen zu blasen, so unfehlbar zwischen Sozialdemokratie und Konservativismus zu zermalmen, wie das Stöcker geträumt und geplant hatte. Und wenn es auch möglich gewesen wäre, er wollte das gar nicht. Er wollte keine bloß konservative Macht im Staate. Und er wollte ferner nicht, daß in einem modernen paritätischen Staat, in dem Religions- und Gewissensfreiheit zur Wahrheit geworden ist, eine ausschließlich konfessionell christliche Sozialpolitik getrieben würde. Er wollte nicht auch noch ein „evangelisches Zentrum." So schob der Reichskanzler den Hofprediger, den er unter andern Verhältnissen vielleicht als genialen Mitarbeiter begrüßt hätte, als Hindernis beiseite und stellte dem Stöckerschen Kartell aller Konservativen sein Kartell aller „staatserhaltenden" Parteien, das den politischen Machtverhältnissen that-

sächlich mehr entsprach, entgegen. Die Liberalen, Freikonservativen und die größere Hälfte auch der Deutschkonservativen folgten dem Bann des willensstarken Kanzlers. Nur die äußerste Rechte der Deutschkonservativen unter Stöcker thaten nicht mit und wurden dadurch, Stöcker an ihrer Spitze, zur politischen Einflußlosigkeit verdammt. Selbst auf seine Berliner Kandidatur verzichtete Stöcker damals, in der Hoffnung auf ein baldiges Fiasko des ganzen „Kartellrummels." Aber das Fiasko kam nicht. Die Septemberwahlen von 1887 brachten vielmehr einen glänzenden Erfolg; und auch nachdem blieb das Kartell in Macht. Als Kaiser Wilhelm II. auf den Thron kam, eignete auch er es sich an. Stöcker fiel dieser Thatsache zum zweiten mal zum Opfer. Schon seit Jahresfrist durch den Kaiser zum Verzicht auf den „öffentlichen Kampf gegen den politischen, sozialen und religiösen Umsturz" gezwungen und auf Vorträge rein religiöser, patriotischer oder religiös sozialer Stoffe beschränkt, erhielt er 1890 seine formell allerdings aus pfarramtlichen Gründen erbetene Entlassung aus dem Hofpredigeramte.

Aber diese Entlassung gab ihm auch seine ganze sozialpolitische Freiheit wieder. Nachdem die kaiserlichen sozialen Erlasse aus demselben Jahre ihre Wirkung gethan, und Bismarck sich grollend in den Sachsenwald zurückgezogen hatte, trat auch Stöcker wieder auf den Plan und nahm die frühere Arbeit und die alten Hoffnungen mit neuer Frische und Thatkraft, nur in etwas andrer Form wieder auf. Er gründete noch 1890 den Evangelisch-sozialen Kongreß, um seine konservativ-christlich-sozialen Bestrebungen auch in ihm bisher unzugänglich gewesene Kreise hineinzutragen; er rief eine sogenannte sozialmonarchische Vereinigung ins Leben, um die Neugewonnenen allmählich auch zu politischer Thätigkeit in seinem Sinne hinüberzuziehn; er knüpfte abermals mit den Antisemiten ein Verhältnis an, um auch sie nicht ganz aus der Hand zu verlieren, und arbeitete rastlos vor allem an seiner alten, nun ihm wieder zugänglicher gewordnen konservativen Partei, bald mit beinah dem alten Einfluß und jedenfalls solchem Erfolg, daß die Partei sich im Dezember 1892 ein neues ausführlicheres Programm gab und in dieses die hauptsächlichsten christlich-sozialen, kirchenpolitischen und antisemitischen Ideen und Grundsätze Stöckers als nunmehr auch konservative Forderungen endgiltig aufnahm. So schien

alles für Stöckers Pläne wieder gut, ja besser als früher zu werden, alles nach seinem alten Willen zu gehen. Da aber kam abermals der Gegenschlag. Schritt für Schritt verlor er das eben gewonnene Terrain wieder, Schritt für Schritt folgte in den paar letzten Jahren Enttäuschung auf Enttäuschung. Es war Stöcker nicht möglich, auch nicht mit Gewalt, mit glühendster Beredsamkeit, mit geschmeidigster Diplomatie, die verschiedenartigen Elemente, die er für immer zu einer einzigen großen, konservativsozialen Masse zusammenballen wollte, in der Hand zu behalten. Sie drängten, fielen auseinander und wurden zu immer selbständigern, von ihm immer unabhängigern Gebilden. Der Evangelisch-soziale Kongreß wuchs sich zu einer eignen Größe aus, mit eigenartigen, selbstgesteckten Zielen; die sozialmonarchische Vereinigung verging in ihren Ansätzen und blieb ein Traum; die Antisemiten trennten sich in Haß und Streit und Bitterkeit für immer von den Konservativen; und unter den Christlich-sozialen drängten die „Jungen" immer energischer auf Konsequenz, Klärung und Verselbständigung des evangelisch-sozialen Gedankens, und lösten sich schließlich ganz von ihrem geistigen Vater. So blieb für Stöcker eine Zeit lang nur noch die konservative Partei, bis er endlich auch in ihr die alte Macht verlor. Der Tag auf Tivoli, der der konservativen Partei das neue Programm nach Stöckers Wunsch und Willen schenkte, brachte ihm selber auch seine letzten großen unbedingten Triumphe in ihr. Seitdem begann die Opposition gegen ihn zu erstarken, wuchs größer und größer und ließ sich auch durch seine Meisterhand nicht mehr dauernd dämmen. Sie blieb, als Stöcker seinerseits selbst Konzessionen machte. Und sie blieb, als er, schon mißtrauisch, mit seinem Austritt aus ihr zu drohen begann, bis sie ihn im Februar dieses Jahres undankbar, mitleidlos, unter jämmerlichen Vorwänden gänzlich abschüttelte. Nun steht er wieder allein mit seinen Getreusten aus der guten alten christlich-sozialen Zeit, allein wie damals, als er seine politische Laufbahn begann.

Und nun hat er auch seinerseits die Scheidung von den Konservativen vollzogen: am 26. Februar d. J. ist auf einem nach Frankfurt a. M. einberufnen Parteitage die alte christlich-soziale Partei in früherer Selbständigkeit und Unabhängigkeit wieder erstanden. Nicht alle seine Anhänger freilich haben den neuen Schritt

mitgethan. Mancher, der auch in Stöckers Augen als gut christlich-sozial galt, ist in den konservativen Verbänden geblieben, vor allem eine große Menge von Pastoren. Die aber mit Stöcker gegangen sind, haben auch die letzte Probe ihrer unwandelbaren Anhänglichkeit an ihn bestanden. Sie sind wirklich seine Getreuen.

Die Organisation der neuen Partei ist im großen und ganzen so geblieben wie bisher. Adolf Wagner steht als Ehrenpräsident, Adolf Stöcker als eigentlicher Präsident an ihrer Spitze; ein Gesamtvorstand ist den beiden zur Seite gegeben. Die Berliner Organisation ist daneben geblieben. Ein Parteibüreau in Berlin soll den Verkehr der Parteigenossen im Reiche untereinander, sowie die Gesamtagitation leiten; Parteiorgan ist und bleibt „Das Volk." Alljährlich soll ein Parteitag die Fortschritte der Partei feststellen, zu neuer Thätigkeit anspornen, die Ideen der Partei klären und fortentwickeln.

Auch ein neues Programm hat die neue Partei. Aber es stammt nicht erst von dem jüngsten Parteitag in Frankfurt a. M. Es ist bereits im Juni vorigen Jahres auf einer Parteiversammlung in Eisenach beraten und angenommen worden. Das geschah damals, teils um dadurch die Gesinnung der alten Christlich-sozialen Stöckers von der der „Jungen" gründlich abzugrenzen, teils weil Stöcker und seine Allernächsten schon damals die Möglichkeit einer Trennung von der konservativen Partei voraussahen und in den Bereich ihrer Berechnungen zogen.

Dieses Programm lautet wörtlich folgendermaßen:

A. Grundlagen

1. Die christlich-soziale Partei erstrebt auf dem Grunde des Christentums und der Vaterlandsliebe die Sammlung der vom christlich-sozialen Geiste durchdrungnen Volkskreise aller Schichten und Berufe. Indem sie, gemäß der dringenden Aufgabe der Zeit, ihre Aufmerksamkeit und Fürsorge besonders der Kräftigung des Mittelstandes und der Hebung der arbeitenden Klassen zuwendet, will sie doch allen schaffenden Ständen in Stadt und Land, der Landwirtschaft wie der Industrie und dem Handwerk, mit gleicher Freudigkeit dienen und auch für die gerechten Forderungen der Angestellten, besonders der mittlern und kleinern, in Staats-, Kommunal- und Privatbetrieben kräftig eintreten.
2. Die christlich-soziale Partei bekämpft deshalb alle unchristlichen und undeutschen Einrichtungen, welche den innern Zusammenbruch und den

äußern Umsturz herbeiführen müssen; insbesondre richtet sie ihre Waffen gegen den falschen Liberalismus und die drückende Kapitalsherrschaft, gegen das übergreifende Judentum und die revolutionäre Sozialdemokratie. Indem sie eine auf der Solidarität der Gesellschaft beruhende Wirtschaftsordnung anstrebt, verwirft sie ebenso die Forderung staatlicher Maßnahmen im einseitigen Interesse des Besitzes, die Ausgestaltung der sozialen Bewegung zu einer Kampforganisation gegen den Besitz und die Besitzenden.

3. Die christlich-soziale Partei erblickt die vornehmste Hilfe für die Schäden unsers Volkes in der Geltendmachung der Lebenskräfte des Evangeliums auf allen Gebieten. Sie will Staat und Gesellschaft, Haus und Persönlichkeit unter den Einfluß des lebendigen und praktischen Christentums zurückführen und dadurch für die Erneuerung des deutschen Geistes die allein wirsame Grundlage schaffen helfen. Als eine der ersten Bedingungen dazu fordert sie die Besetzung der Beamtenstellen, besonders der hervorragenden und autoritativen, mit sittlich tüchtigen Persönlichkeiten.
4. Die christlich-soziale Partei sieht in dem korporativen Aufbau des Volkes unter Festhaltung seiner politischen Rechte das unbedingt notwendige Mittel wider den gewaltsamen Umsturz des Bestehenden. Sie erstrebt eine mit Pflichten und Rechten ausgestattete Berufsorganisation für alle Stände und die Übertragung politischer Rechte auf diese korporativen Genossenschaften.
5. Die christlich-soziale Partei verfolgt als Ziel die friedliche Lösung der sozialen Schwierigkeiten auf dem Wege einer starken Sozialreform durch die Verringerung der Kluft zwischen Reich und Arm und das ehrliche Zusammenwirken aller Stände an der Einheit, Freiheit, Ehre und Größe des Vaterlandes unter der Führung eines volkstümlichen Kaisertums.

B. Einzelforderungen

I. An die Staatspolitik.

1. Eine starke Monarchie als Trägerin der sozialen Reform im Reich wie in den Einzelstaaten.
2. Volle Selbständigkeit der Kirche. Leitung des Religionsunterrichts durch die Kirche.
3. Konfessionalität der Schule. Möglichste Durchführung einer einheitlichen Volkserziehung in den ersten Schuljahren. Gesetzliche Zulassung freier Schulen unter staatlicher Aufsicht. Ausreichende Staatsbeihilfe zum Besuch höherer Schulen für begabte Kinder der unbemittelten Stände.
4. Gesetzliche Neuordnung des Verhältnisses von Kirche und Schule. Fachliche Schulaufsicht.
5. Einrichtung der Staatsbetriebe zu arbeiterfreundlichen Musterbetrieben.

6. Verstaatlichung geeigneter Berufszweige und Betriebe da, wo es das Interesse des Gemeinwohls erfordert.
7. Verminderung der Prozeß- und Anwaltskosten und dadurch Erleichterung der Prozeßführung für die ärmere Bevölkerung.
8. Reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts.

II. An die Wirtschafts- und Gewerbepolitik.

1. Staatliche Maßregeln zur Erhaltung eines gesunden und zur Einschränkung eines übergroßen Grundbesitzes.
2. Reform des Hypothekenwesens im ländlichen Grundbesitz. Festsetzung der Verschuldungsgrenze. Ansässigmachung der ländlichen Arbeiter. Innere Kolonisation. Herstellung eines gerechtern Verhältnisses in der Besteuerung der Geschäfte über Mobilien und Immobilien.
3. Obligatorische Fachgenossenschaften, beziehungsweise Innungen, gemäß dem Bedürfnis des Handwerks. Befähigungsnachweis. Errichtung von Handwerkerkammern. Sicherung der Bauhandwerker in ihren Forderungen. Einschränkung der Konkurrenz durch die Gefängnisarbeit.
4. Beseitigung des unlautern Wettbewerbs.
5. Reform der Börse. Einschränkung des Differenzgeschäfts und Verbot desselben in Produkten.

III. An die Sozialpolitik.

1. Staatlich anerkannte Berufsvereine als Übergang zu obligatorischen Genossenschaften.
2. Staatliche Förderung genossenschaftlicher Produktion.
3. Festsetzung der Arbeitszeit nach Fachgenossenschaften.
4. Schutz der Arbeiterbevölkerung gegen gesundheitswidrige Zustände in den Arbeitslokalen.
5. Zweckmäßigere und gerechtere Regelung der bestehenden Versicherungsgesetzgebung und Ergreifung von Maßregeln zur Sicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit.
6. Unentgeltlicher Arbeitsnachweis.
7. Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie.
8. Thunlichste Durchführung der 36stündigen Sonntagsruhe.
9. Ausdehnung der Sonntagsruhe auf die Angestellten des Verkehrs- und Schankgewerbes.
10. Weibliche Assistenten der Fabrikinspektoren.
11. Staatliche Regelung und Beaufsichtigung der Wohnungsverhältnisse.

IV. An die Steuerpolitik.

1. Progression der Einkommen- und Vermögenssteuer unter Berücksichtigung des Familienstandes.

2. Ausbildung der Erbschaftssteuer.
3. Luxussteuern.

V. Energische Kolonialpolitik.

VI. In der Judenfrage.
1. Ausschluß der Juden aus allen obrigkeitlichen Ämtern.
2. Zulassung der Juden zu andern Ämtern und zur Advokatur nach dem Bevölkerungsverhältnis.
3. Verhinderung des Überwucherns der Juden an den christlichen höhern Knaben- und Mädchenschulen und der jüdischen Lehrkräfte an den Universitäten.
4. Verbot der Judeneinwanderung.

VII. In der Frauenfrage.
1. Ausdehnung der weiblichen Berufsarten.
2. Einschränkung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen.

Eine eingehende Besprechung dieses Programms ist im Rahmen dieser kurz gehaltnen Schrift weder möglich noch auch nötig. Das Programm versteht sich eigentlich von selbst. Vergleicht man seinen Inhalt mit den vorangegangnen Darlegungen, so ist das Urteil darüber gefaßt: es ist das glänzend formulierte Ergebnis der gesamten politischen und sozialen Entwicklung Stöckers und seiner Christlich-sozialen seit Beginn seines öffentlichen Auftretens. Alle seine im Laufe dieser Zeit gewonnenen christlich-sozialen, staatssozialistischen, antisemitischen und konservativen Anschauungen, Grundsätze, Forderungen kehren Punkt für Punkt in diesem Programm wieder, in glücklichster Fassung, zu einem scheinbar organischen Ganzen zusammengeschmiedet. Vergleicht man es speziell mit seinem ersten Programm von 1878, so zeigt sich, daß eigentlich alle bedeutenden Punkte jenes ersten in dieses wieder aufgenommen sind. Aber dieses ist zehnmal umfassender als jenes. Jenes war ein Programm nur für großstädtische Industriearbeiter, dieses ist für alle Stände und Schichten aufgestellt und versucht zu den meisten öffentlichen Fragen und Problemen Stellung zu nehmen. Jenes war infolgedessen, wie wir sahen, proletarisch gerichtet, dieses erscheint trotz aller Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft, die es für jeden kleinen Mann besonders zum Ausdruck bringt, doch in konservativem Rahmen, atmet im Grunde konservative Gesinnung, wächst aus politisch wie sozial konservativem Boden heraus. Der alte konservative Gegensatz gegen das Liberale, „den falschen Libe-

ralismus," wie Stöcker es im Programm geschickt nennt, kehrt in ihm wieder, die alte konservative Auffassung des Staates und der Monarchie, des Handwerks und ländlichen Grundbesitzes kommt in ihm zum klaren Ausdruck. Mit einem Wort, so wenig auch die eigentliche konservative Partei dieses Programm je zu dem ihrigen machen würde, so vielfach bereichert es durch anderweitige moderne Gedanken ist, es ist doch seinem Charakter, seinem Geist nach konservativ wie — die neue Partei selber, der es in Zukunft als Fahne dienen soll.

Denn das ist unsers Erachtens das interessanteste und charakteristischste an der jüngsten Gründung Stöckers: es hat wohl eine Trennung der christlich-sozialen Partei von der konservativen stattgefunden, aber noch keine innere Umwandlung, kein Gesinnungswechsel. Stöcker selbst hat das in seinen Reden, die er nach seinem Ausscheiden aus dem Elferausschuß der deutsch-konservativen Partei gehalten hat, immer wieder und wieder ausgesprochen: er und die Seinen dächten gar nicht daran, ihren Konservativismus aufzugeben, sie würden vielmehr noch „rechtser" gehn als bisher, wenn das überhaupt noch möglich sei. Und auf dem Parteitag in Frankfurt ist derselbe Grundsatz nicht nur von ihm ausgesprochen, sondern auch als leitend und bindend für den Grundcharakter der neuen Partei festgelegt worden. Die Christlich-sozialen haben nur ihre Selbständigkeit, Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit von den Deutschkonservativen wiedergewonnen, nicht aber zugleich auch einen neuen politischen und sozialen Charakter bekommen. Nur ihre äußere Stellung, nicht aber ihr inneres Wesen hat sich geändert. Aus einer konservativen Gruppe innerhalb der deutschkonservativen Partei, die sie bisher ausgesprochnermaßen nur sein wollten, sind sie jetzt einfach eine konservative Gruppe außerhalb dieser geworden. Das ist eigentlich bisher der ganze Unterschied, die ganze Wirkung der Trennung, die sich so als eine Auseinandersetzung zweier konservativen Richtungen charakterisiert, von denen jede behauptet, den wahren und wirklichen Konservativismus zu haben. Das gegenwärtige Verhältnis der neuen christlich-sozialen zur deutsch-konservativen Partei kann man auch mit dem bekanntern Verhältnis der sogenannten Freikonservativen zu den Deutschkonservativen in Parallele setzen. Nur daß das Trennende nicht wie zwischen Freikonservativen und Deutschkonser-

vativen auf politischem und allgemein geistigem, sondern bei ihnen vorwiegend auf dem sozialen und sozialpolitischen Gebiete liegt. Aber konservativ — sind sie trotzdem alle, und die Christlich-sozialen Stöckers, wenigstens zunächst, noch mehr als die Freikonservativen.

Ergebnisse

Es erübrigt nun noch der Versuch, aus den vorstehenden Darlegungen ein unparteiisches und abschließendes Urteil über Stöcker und seine Christlich-sozialen, über die Wirkungen, die sie hervorgerufen, die Bedeutung, die sie gehabt haben und noch haben, die Stellung, die sie infolgedessen im Rahmen der gesamten evangelisch-sozialen Bewegung einnehmen, zu gewinnen.

Stöckers größtes und unvergängliches Verdienst besteht wohl darin, daß er die evangelisch-soziale Bewegung in weitesten Kreisen bekannt und zu einer öffentlichen Angelegenheit ganz Deutschlands gemacht hat. Gleich durch sein erstes Auftreten 1878 in Berlin hat er das eigentlich schon erreicht. Soviel es damals bemäkelt, begeifert, bekämpft wurde — noch mehr wurde es beachtet und bewundert. Mit einem Schlage war dadurch der christlich-soziale Name in aller Mund gekommen; es war eine That, die größte und mutigste von allen, die Stöcker gethan hat. Keiner hat sie ihm vor, wenige haben sie mit ähnlichem Erfolge nachgemacht. Dabei muß man sich klarmachen, daß das politische Berlin von 1878 noch ein ganz andres, wüsteres Gesicht als heute hatte. Damals war es in der That ausschließlich beherrscht vom jüdischen Freisinn einerseits und einer revolutionären Sozialdemokratie andrerseits. Keine andre Partei wagte damals diesen beiden Mächten den Rang streitig zu machen, kein Einzelner der höhern Stände ihren Führern entgegenzutreten. Allein der Christlich-soziale Stöcker hat es gewagt, ihren Bann zu brechen. Er ging in die Höhlen der beiden Berliner politischen Bären und rang mit ihnen mit Erfolg. Stöcker hätte die Sache für sich viel ungefährlicher anfangen können. Er hätte nur zunächst in der Stille einen kleinen Kreis von Arbeitern um sich sammeln, sie begeistern und schulen und dann sie als Werbeunteroffiziere in die Massen hineinschicken können an seiner Statt, auf ihre eigne Gefahr hin. Er hat es nicht gethan. Er hat sich selbst allen Angriffen preisgegeben, indem er selbst alle Angriffe

unternahm, voll Mut und Kraft, voll Selbstvertrauen und Glauben an den Sieg seiner christlich-sozialen Sache. So ist der Stöcker von 1878 ein Vorbild geworden für die nachwachsende evangelisch-soziale Jugend. Sie stärken sich noch heute an dieser seiner hinreißenden That von 1878.

Und ganz in derselben Weise wie damals hat sich Stöcker eigentlich immer bis heute für seine christlich-soziale Sache eingesetzt, hat für sie geworben und gebeten, gerungen und gekämpft, geopfert und gelitten, mit seiner ganzen eigenartigen bald eckig harten, bald unendlich schmiegsamen, weitausschauenden und wieder oft allzu rasch, allzu kurzsichtig handelnden Persönlichkeit. Selten wohl hat er bloß an sich, immer zugleich an sein christlich-soziales Ideal gedacht. Und so sehr sich dieses auch, wie wir sahen, im Laufe der Jahre änderte, seine Treue ihm gegenüber, seine Hingebung daran, sein Glaube an seine Zukunft hat sich nie gewandelt. Wohin man ihn auch rief, da ging er hin, von ihm zu reden, um Menschen dafür zu gewinnen. Die allerverschiedenartigsten politischen und sozialen Gruppen suchte er in seinem Sinne zu beeinflussen. Mit allen knüpfte er an, um sie alle in seine Hand zu bekommen, in den Bann seiner christlich-sozialen Sache zu zwingen. Seine Verbindungen reichten bis hinauf in die Nähe des Throns und hinunter in die Hütten des Landarbeiters. Der erlauchte Graf war ihm so gut Agitationsobjekt wie der kleine Handwerksmeister, der nahe am sozialen Versinken ist. Alle, alle sollten und sollen noch heute unter seinem politischen Meißel lebensvolle christlich-soziale Figuren werden. Vor sie alle tritt er hin mit seiner glühenden Beredsamkeit, die — auch seine Gegner können das nicht leugnen — aus dem Glauben an die Sache, mit der er seine ganze Person fürs Leben vermählt hat, hervorquillt. In dieser Beredsamkeit, mit der er für den evangelisch-sozialen Gedanken wirkt, sind ihm wenige gleich, ist ihm keiner über. Unter den Parlamentariern steht er mit Bennigsen, Richter, Bebel u. a. als Redner noch heute in der vordersten Reihe; in Volksversammlungen bannt er die Geister, auch die einer Sache fremden und entgegengesetzten; auf alle Evangelisch-sozialen aber hatte er stets und hat er zum großen Teil noch heute den tiefgehendsten, nachhaltigsten Einfluß. Auch die sogenannten „Jungen“ unter ihnen haben ihn einst stark an sich erfahren und danken ihm

heute noch dafür. Er hat auch ihnen zwar nicht so sehr seine sozialpolitischen Anschauungen und christlich-sozialen Ideen, wohl aber, was noch mehr ist, sein evangelisch-soziales Wollen, seinen evangelisch-sozialen Enthusiasmus für immer eingeimpft. So ist Stöcker bisher der größte und wirkungsvollste Agitator der evangelisch-sozialen Sache gewesen. Er hat den Nachwuchs geschaffen, der ihn heute schon abzulösen bereit ist; er hat es dahin gebracht, daß die ganze deutsche Welt die christlich-soziale Sache kennt; daß Hunderttausende ihr schon zugethan sind; daß sie mit Sicherheit auf eine größere Zukunft rechnen kann. Er hat sie bis in den letzten Winkel des Vaterlandes getragen, sie wirklich — zu einer öffentlichen Angelegenheit Deutschlands erhoben.

Bei alledem aber hat er diese christlich-soziale Sache selbst innerlich, prinzipiell kaum erheblich weiter gefördert. Neues Ideenmaterial hat er ihr kaum beigebracht. Nur an einem einzigen, allerdings wichtigen Punkte hat er die evangelisch-soziale Gedankenwelt wirklich dauernd vertieft und bereichert. In der oben bereits ausführlich dargelegten Frage des Verhältnisses von Bibel, Christentum und sozialem Problem der Gegenwart. Hier hat er die Utopien Todts beiseite geschoben, seine falschen Ausgangspunkte berichtigt, seine schiefen Folgerungen verbessert. Sonst aber hat er sich darauf beschränkt, die von Wichern, Huber, Todt entwickelten evangelisch-sozialen Anschauungen in sich aufzunehmen und mit allen möglichen Mitteln populär zu machen. Er folgte damit einfach seiner Natur. Denn er ist seinen ganzen Anlagen nach Praktiker, nicht Theoretiker; ein Mann der That, des politischen Handelns, Herrscher- und Agitatorennatur zugleich.

Aber ein weiteres großes Verdienst Stöckers besteht darin, daß er zuerst die evangelisch-soziale Gedankenbewegung zu einer Parteibewegung fortentwickelt hat. Er hat nicht nur die evangelisch-sozialen Ideen bekannt, populär gemacht, er ist auch der erste gewesen, der die gewonnenen Anhänger zu praktisch und politisch wirksamen Organisationen zusammenfaßte. Er hat die bloßen Anhänger der christlich-sozialen Sache in christlich-soziale Parteigenossen verwandelt. Auch das hat vor ihm keiner der Evangelisch-sozialen fertig gebracht. Wicherns Vereine der Innern Mission waren, wie wir sahen, rein kirchliche Gründungen.

Huber hat es überhaupt zu keinen Verbänden gebracht; und Todts Verein für Sozialreform war eine aus Gebildeten zusammengesetzte Gesellschaft zur vorwiegend theoretisch-wissenschaftlichen Erörterung sozialreformerischer Ideen. Erst Stöckers christlich-soziale Vereine waren praktisch-politische, sozialpolitische Organisationen. Sie hatten ihr Programm, ihre übliche politische Organisation, sie nahmen mit Kämpfen und Paktieren am öffentlich-politischen Leben regen Anteil; bei den Wahlen stellten sie ihre oder andrer Kandidaten auf, sie wählten und ließen sich wählen, mit einem Wort, sie waren Partei, obgleich sie es nur dann und wann zu einigen wenigen parlamentarischen Vertretern, niemals aber auch nur zu einer kleinen Fraktion in den Parlamenten gebracht haben. Stöcker hat damit den für alle Zukunft wichtigen Beweis geführt, daß es jedenfalls möglich ist, aus den evangelisch-sozialen Instinkten heraus zu selbständigem politischen Handeln zu gelangen.

Auch bei diesem Verdienst Stöckers aber zeigt sich als das allein Eigenartige, das von ihm stammt, die That, die es vollbrachte. Die Anregung auch dazu, die Gedanken hatte zuerst Todt; sie stammen von diesem. Denn dieser zuerst hat, wie wir sahen, der evangelisch-sozialen Bewegung ihre Richtung aufs Politische gegeben. Stöcker, der Mann der That, ging einfach die Richtung, die jener zaghaft gewiesen hatte. Er verwirklichte, was jener vor ihm nur erst zu planen, kaum klar auszusprechen gewagt hatte. Leider hat Stöcker aber dabei auch den schweren Gedankenfehler, den großen innern Widerspruch, der in der Verquickung des Proletarischen und Konservativen liegt, und den wir bei Todt aufdecken mußten, nicht vermieden. Stöcker hat eigentlich nicht eine, sondern zwei völlig verschieden geartete christlich-soziale Parteien geschaffen: eben die Arbeiterpartei von 1878 mit dem überwiegend Arbeiterinteressen vertretenden, proletarischen Charakter, und die christlich-soziale Partei seit 1881 mit ihren verschwommnen, in vorwiegend konservativem Fahrwasser segelnden Ideen und Thaten. Welche von beiden ist nun die richtige, die wirkliche evangelisch-soziale Partei? Denn sicherlich kann es nur eine von beiden sein. Unsrer schon ausgesprochnen Meinung nach ist es allein die christlich-soziale Arbeiterpartei, die Vertreterin der Arbeiterinteressen, die Vertreterin aller Proletarier jeder Art, die wirklich Not leiden. Denn eine

christlich-soziale Partei muß immer eine Partei des notleidenden kleinen Mannes sein. Die unbedingte Liebe, die der Christ von Christus gelernt und empfangen hat, und die er als lebensvoller Christ der Gegenwart auch in dem modernen sozialen und politischen Leben mit aller Kraft zur Geltung und Anwendung bringen muß, stellt ihn mit unwiderstehlichem Drange allein an die Seite derer, die in materiellen, geistigen und sittlichen Nöten sind, zwingt ihn, politisch einer der ihrigen zu werden, ihre eignen politischen Organisationsversuche zu stützen und zu stärken, Schulter an Schulter mit ihnen und ausschließlich für sie zu kämpfen. Jede christlich-soziale oder evangelisch-soziale Partei muß — neben andern hier nicht zu erörternden Zügen, die sie zu tragen hat — eben die Interessen aller wirklich notleidenden kleinen Leute ebenso besonnen als gründlich und parteiisch vertreten, einfach kraft der christlichen Liebe, die der Grund ihrer Entstehung ist. Die evangelisch-soziale Partei muß immer proletarischen Charakter haben, wie die Liebe Christi einen ausgeprägt proletarischen Zug hatte, obgleich sie sich in ihrer Bethätigung nicht nur auf Liebesthaten gegen „Proletarier" beschränkte. Jedenfalls kann eine wirklich christlich-soziale Partei nun und nimmermehr konservativ, eine Gruppe der konservativen Partei sein. Denn auch diese ist eine Interessenpartei, wie jede, auch wie eine Arbeiterpartei. Sie ist es immer schon im innersten Kern gewesen, mehr sogar wie manche andre. Sie war immer schon, und ist es heute erst recht, die Partei der Junker, des großen Grundbesitzes. Sie suchte deren Zwecke und Interessen, deren Glück und Förderung. Sie vertrat daneben zwar immer auch die Interessen andrer Stände, der Handwerker, Bauern, Landarbeiter, Pastoren. Aber immer nur nebenbei, und immer nur war ihr diese Vertretung zugleich Mittel zu ihrem letzten politischen Zweck, zur Interessenvertretung des großen Grundbesitzes. Sie umkleidete sich auch mit dem Anspruch auf christliche Gesinnung, kirchliches Christentum. Aber auch die Geltendmachung dieses im öffentlich-politischen Leben war nicht die letzte höchste Triebkraft für ihre Parteiziele, sowenig wie die Vertretung der Interessen des Handwerker-, Bauern- und Pastorenstandes. Auch das Christentum war und ist für sie Mittel zu ihren andern Zwecken, zur Interessenvertretung des Großgrundbesitzes. Es ist ihr — neben der persön-

lichen Bedeutung, die es selbstverständlich für eine große Anzahl einzelner Konservativen auch hat — ein Machtmittel wie Monarchie, Schule und ähnliches zur Erreichung der Interessen des großen Grundbesitzerstandes. Also einer Volksschicht, die auf eine jahrhundertlange glänzende, soziale Vergangenheit zurückblickt, deren Angehörige sich ökonomisch wohl befanden durch die Mühen und die Arbeit, ja durch die oft sogar skrupellose Ausbeutung andrer, sozial Schwächerer. Wie kann eine solche Partei Mächtiger sich wirklich, wirksam und ausschließlich identifizieren mit der Vertretung der Interessen der Notleidenden? Sie muß diese viel mehr bekämpfen als unterstützen. Denn jede wirkliche, dauernde und gründliche soziale Hilfe der Kleinen, der Notleidenden kann bei der jetzigen Gesamtlage der Nation sich nur vollziehen auf Kosten der bisher Großen, Wohlhabenden, die auch den Kleinen Platz machen sollen und müssen an dem großen Tisch des wirtschaftlichen Lebens, auf dem die ökonomischen Güter dieser Welt konsumtionsbereit stehen. Und darum — man kann nicht christlich-sozial und konservativ zugleich sein. Die Wirklichkeit des politischen Lebens hat diesem Satze auch die vollste Bestätigung zu teil werden lassen. Die konservative Partei selbst hat den Beweis für seine Richtigkeit auch mit der That geführt. Nachdem sie schon längst evangelisch-soziale Bestrebungen verfolgt, evangelisch-soziale Pastoren gebrandmarkt, verunglimpft, denunziert, den Evangelisch-sozialen Kongreß, der sich redlich müht, der Unwissenheit und Gleichgiltigkeit in sozialen Dingen zu steuern, als Quelle alles Übels hingestellt hat, hat sie nun auch Stöcker aus ihrem Rahmen hinausgedrängt, den Mann, der ihr die besten Dienste gethan, der an ihr gehangen mit aller Kraft und Zähigkeit, der die leibhaftige Verwirklichung des Wortes sein wollte: Man kann christlich-sozial und konservativ zugleich sein. Sie haben ihm das verneint und damit den obigen prinzipiellen Ausführungen bis auf den Punkt über dem i Recht gegeben. Nur der Mann selber und seine Allergetreusten wollen es noch immer nicht glauben, noch immer beides zugleich sein — hoffentlich nicht mehr auf lange. Denn sie haben damit nun Unheil genug angerichtet. Diese Verquickung ist das Verhängnis der evangelisch-sozialen Bewegung geworden seit nunmehr anderthalb Jahren und wird, auch nachdem sie nun abgethan ist, auch in Zukunft noch

manche schlimme Wirkungen haben. Hier liegt neben den großen Diensten, die Stöcker der evangelisch-sozialen Bewegung für alle Zeiten gethan hat, der gleich große Schaden, den er ihr zugefügt hat.

Zwar das muß zugestanden und immer wieder hervorgehoben werden: es ist nicht Stöckers Absicht gewesen, solche Zustände zu schaffen, die evangelisch-soziale Sache etwa gar zu verraten und zu verkaufen, als er sie und sich selbst an die konservative Partei auslieferte. Vielmehr glaubte er — sein evangelisch-sozialer Antisemitismus, seine Opferfreudigkeit, seine ganze öffentliche Thätigkeit sind dafür Zeugen —, ihr damit den allergrößten Dienst zu thun. Er hoffte nichts Geringeres, als die ganze damalige konservative Partei durch und durch christlich-sozial zu machen und so mit einem Schlage eine große politisch leistungsfähige christlich-soziale Partei zu schaffen. Aber das Umgekehrte war die Folge. In Wirklichkeit wurde die christlich-soziale Sache konservativ, die konservative Partei aber nicht christlich-sozial.

Die Folgen dieser Entwicklung liegen heute auf der Hand. Zuerst wurde damit der eben erst bekannt, populär und selbständig gewordnen Bewegung von 1878 diese ihre mühsam errungne Selbständigkeit wieder genommen. Seit 1880 bis 1893 gab es keine christlich-sozialen Wahlkandidaten mehr. Wo sich Christlich-Soziale aufstellen ließen, thaten sie es im Auftrag andrer, vorwiegend der konservativen Partei. Und die Christlich-Sozialen, die 1893 als solche gewählt wurden, entpuppten sich nach der Wahl als „Stockkonservative ohne jeden christlich-sozialen Zusatz.“ Seit derselben Zeit (ungefähr 1880) hörte die christlich-soziale Partei auf, eigne Vereine zu gründen: ihre Anhänger fanden ja in den konservativen Vereinen angeblich ganz dasselbe, was sie in eigentlich christlich-sozialen Vereinen finden konnten, und als Stöcker im vorigen Jahre begann, neue eigne christlich-soziale Vereine zu bilden, machte man ihm konservativerseits die schwersten Vorwürfe. So sehr galt die konservative Partei als die Mutter, die christlich-soziale als das unmündige Töchterlein; nur am Schürzenband dieser Mutter sollte ihr dauernder Platz sein, den sie nicht verlassen durfte. Und anstatt dieser Selbständigkeit gab man ihr den unseligen Doppelcharakter des verdünnt Proletarischen und verzogen

Konservativen, ein politisches Zwitterwesen, das weder Fisch noch Fleisch war, das jeglichem jede beliebige Deutung zuließ, das jedem Beliebigen den Eintritt bei ihr ermöglichte, das damit alle gewinnen wollte und doch gerade fast alle Charaktervollen, fast alle, die Klarheit lieben, abstieß. Aus diesem Zwittercharakter floß die Freudigkeit, die besten, auch treugemeintesten arbeiterfreundlichen Versicherungen abzugeben, und zugleich die verhängnisvolle Unfähigkeit, sie auch nur in ihren ersten Anfängen zu verwirklichen; floß und fließt noch heute die ganze Freiheit der Christlich-sozialen im Wort und die Gebundenheit in der That. Ihr Programm, ihre Ideen, ihre Ziele sind noch heute ein Gemisch von Modernem und Unmodernem, Reaktionärem und Radikalem, das sich immer wieder in seinen Kraftwirkungen ausgleicht und aufhebt. Dieser Zwittercharakter ist die Ursache, daß heute so Ungezählte das Vertrauen zu der überlieferten Form der christlich-sozialen Sache überhaupt verloren haben, er ist der eigentliche Anlaß zu der Spaltung in „Alte," d. h. Konservativgerichtete, und „Junge," d. h. Proletarischgerichtete. Auch die meisten andern Schwierigkeiten, die die Bewegung bisher, namentlich im Schoße des Evangelisch-sozialen Kongresses, durchzumachen gehabt hat, der Mangel eines wirklich einheitlichen, wirksamen und packenden Programms, die eigenartige Erscheinung, daß man die Christlich- oder Evangelisch-sozialen bald als Ultrareaktionäre mit den altertümlichsten Konservativen zusammenwerfen, bald als Ultraradikale für gefährlichere Gesellen als selbst die „roten" Sozialdemokraten erklären kann, hat in diesem durch Todt und namentlich Stöcker ihr aufgeprägten unnatürlichen Doppelgesicht ihren Grund. Auch die ganze Entwicklung der Evangelischen Arbeitervereine ist nur aus diesem Gesichtspunkte zu verstehen und die auch da vorhandne Doppelströmung richtig und erfolgreich zu begreifen. Und alle Kämpfe des letzten Jahres, die Hatz der Konservativen von Manteuffel bis Stumm gegen die „Jungen," die Angriffe dieser gegen Agrarier und Kohlenbarone u. s. w. sind nur der von jedem ehrlichen Evangelisch-Sozialen mit Jubel begrüßte erste Anfang einer endgiltigen Vernichtung dieses unwahren Zwitterwesens der Bewegung. Und noch mehr ist Stöcker selbst, der Vater dieser unglückseligen Bildung, nur verständlich aus dieser Thatsache heraus. Seine vorübergehenden Triumphe in der ersten Hälfte der achtziger und im Anfang der

neunziger Jahre ruhten auf dieser seiner kunstvollen Vermischung des konservativen Prinzips mit proletarischen Instinkten und Idealen. Seine Niederlage erwuchs aus der Unmöglichkeit, dieses vorübergehende Kunstprodukt zu einem dauerhaften, natürlichen, politischen Gewächs umzuwandeln. Die ganze eigentümliche, auffällige, abweichende Beurteilung, die seine Person im Vergleich zu den meisten andern parlamentarischen und öffentlichen Persönlichkeiten noch heute erfährt, hat ebenfalls in diesem Doppelgesicht seiner Partei, das zu seinem eignen politischen Gesicht geworden ist, ihre Ursache. Ja, selbst der Vorwurf der allzu großen politischen Geschmeidigkeit, der Heuchelei, der Zweizüngigkeit, der Unzuverlässigkeit, den man ihm namentlich im Laufe des letzten Jahres von vielen Seiten machen zu müssen geglaubt hat, er wird, wenn auch nicht damit bewiesen, doch erklärt aus dem schließlich geradezu angstvollen Bemühen Stöckers, die unmögliche Ehe zwischen Konservativen und Proletarischen aufrecht zu erhalten. So hat sich auch an Stöcker selbst diese ganze Entwicklung als Verhängnis erwiesen. Sie war eben ein Unheil nach allen Seiten. In der ganzen nachfolgenden Geschichte unsrer Bewegung werden wir ihren traurigen Spuren immer von neuem begegnen.

Fünftes Kapitel

Die Evangelischen Arbeitervereine

Was die christlich-soziale Arbeiterpartei Stöckers nicht ward, versprachen eine Zeit lang die Evangelischen Arbeitervereine zu werden. Sie sind vier Jahre später und auf die gerade entgegengesetzte Weise als jene entstanden. Während jene gleich von vornherein so, wie sie nachher wirklich ins Leben trat, von Stöcker gewollt und geplant war, sind diese ganz allmählich, aus den kleinsten, fast zufälligen, jedenfalls nicht allzu zielbewußten Anfängen heraus gewachsen, um sich dann kurz darauf in größerer Kraft und Schnelligkeit auszu-

breiten und zu einer dauerhaften und immer wertvolleren öffentlichen Größe zu entwickeln.

Man kann ihre nunmehr vierzehnjährige Geschichte in zwei Perioden teilen: in die Zeit ihrer Gründung und Ausbreitung in Rheinland und Westfalen 1882—1888; und in die Zeit ihrer Ausdehnung über das ganze Reich hin von 1888 bis zur Gegenwart. In dieser zweiten Periode machen die Vereine auch eine starke innere Wandlung durch, die noch heute nicht zum Abschluß gekommen ist.

1882—1888

Der erste Evangelische Arbeiterverein ist Ende Mai des Jahres 1882 zu Gelsenkirchen in Westfalen durch einen Bergmann, Fischer, und einen Lehrer, Bischof, ins Leben gerufen worden. Seine Entstehungsgeschichte wird folgendermaßen erzählt:

Es war Ende April oder Anfang Mai 1882 in Gelsenkirchen, als ein einfacher, aber intelligenter Bergmann, Ludwig Fischer mit Namen, zu dem dortigen Pfarrer kam. Er klagte bitter über das Vorgehen des katholischen Arbeitervereins, der wie überall auch in Gelsenkirchen zuerst unter dem Rufe der Toleranz auch zahlreiche evangelische Arbeiter in seine Reihen geladen und nunmehr immer offner und erfolgreicher unter diesen für Rom Propaganda machte. Das Vereinsorgan sei katholisch, die Kandidaten, die die Vereinsmitglieder bei den Reichstagswahlen wählen müßten, seien meist die der Zentrumspartei. So würden die Evangelischen immer mehr ihrem Bekenntnis entfremdet, und trete solch einer in eine gemischte Ehe (was sehr häufig vorkommt), so lasse er sich fast immer überreden, seine Kinder katholisch taufen und erziehen zu lassen. Das alles sei nicht mehr mit anzusehn. Warum dem nicht ein Ende machen? Warum nicht einen evangelischen Arbeiterverein gründen, der Roms Proselytenmacherei eine Schranke setze und für die Arbeiter eine Stätte zu freundlicher Geselligkeit, zu treuer Wahrung ihres Bekenntnisses, zur gegenseitigen Hilfeleistung und zum offnen Meinungsaustausch auch über die soziale Frage werde? Der Pastor fand den Plan wohl beachtenswert, hatte aber seine Bedenken. Noch mehr Vereine? Und auf wie lange? Würden sie Dauer haben? Würden Sie Erfolg haben? Würden sie wirklich den gut organisierten katholischen die Wage halten? Das waren seine Bedenken und zwangen ihn zu zögern. Aber Bergmann Fischer hatte keine und zögerte nicht. Er fand in dem Gelsenkirchner Lehrer Bischof einen Meinungsgenossen und Gehilfen der That. Sie beide verfaßten einen Statutenentwurf und besprachen ihn mit einigen Gesinnungsgenossen. Als sie deren Zustimmung sicher waren, beriefen sie am 29. Mai eine öffentliche Versammlung. 57 Mann, Bergleute und Arbeiter erschienen;

die Statuten wurden angenommen, der erste Evangelische Arbeiterverein war gegründet.

Aus dem halben hundert Mitgliedern wurden bald mehrere ganze Hundert, aus dem einen Verein in Gelsenkirchen bald mehrere in der Nachbarschaft. Und nun ließen auch die Pastoren ihre letzten Bedenken fahren und nahmen, noch im Herbst desselben Jahres, sich immer herzhafter der neuen mutigen Bewegung an, die sich immer glücklicher und weiter ausbreitete. Bald war ganz Rheinland und Westfalen mit einem Netz von Vereinen überzogen.

1885 gab es bereits 25 Vereine mit 11700 Mitgliedern,
1887 schon 44 „ „ 17000 „

Bereits 1885 sind diese Vereine auch zu einem gemeinsamen Verbande zusammengeschlossen, der sich einige Jahre später wieder in Kreisunterverbände gliedert. Doch haben die Verbandsvorstände damals noch sehr geringe Befugnisse; die Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit aller einzelnen Vereine gilt noch als höchster Wunsch und oberstes Ziel.

Trotzdem haben alle Vereine von Anfang an ein gemeinsames Vereinsstatut. Es ist dasselbe, das einst Bergmann Fischer mit seinen Kameraden ausgearbeitet hatte, nur um einen einzigen, den letzten der aufgezählten Punkte vermehrt. Es lautet wie folgt:

Der Evangelische Arbeiterverein steht auf dem Boden des evangelischen Bekenntnisses und hat den Zweck:

a) unter den Glaubensgenossen das evangelische Bewußtsein zu wecken und zu fördern;
b) sittliche Hebung und allgemeine Bildung seiner Mitglieder zu erstreben;
c) ein friedliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu wahren und zu pflegen;
d) seine Mitglieder in Krankheits- und Todesfällen zu unterstützen;
e) Treue zu halten gegen Kaiser und Reich.

Dieses Statut war zugleich das Programm der Vereine bis 1892. Als solches erscheint es freilich mehr als kurz und unzulänglich. Ein religiöser, ein ethischer, ein patriotischer und zwei soziale Gedanken — das ist alles. Und eigentlich enthält kein einziger von ihnen etwas neues originelles, sondern lauter alte Selbstverständlichkeiten. Aber freilich, in Arbeiterkreisen waren sie nichts selbstverständliches mehr; dafür hatte Rom und die Sozialdemokratie

auch in Rheinland und Westfalen schon gesorgt. Und das erkannte der gesunde Instinkt des einfachen Gründers der Vereine als den größten Notstand. Er sah, daß die Wiederherstellung dieser grundlegenden Anschauungen die erste Vorbedingung zur Herbeiführung reiferer und erfolgreicherer politischer und sozialer Bestrebungen in den Arbeiterkreisen und für sie war, und darum schrieb man sie kurz und bündig aufs neue Panier, machte man sie zu seinem schlichten und doch wuchtigen, lakonischen und doch vielsagenden Programm. Und nichts hat sich so heilsam, so glückbringend erwiesen als diese scheinbar so simple That. Ihr ist einfach die ganze nachfolgende glückliche Entwicklung der Evangelischen Arbeitervereinssache zu danken. Auch früher hatte man von andern Seiten her Arbeitervereine auf nichtsozialdemokratischer Grundlage zu bilden versucht — sie waren immer nur zarte Gewächse geblieben, die bald wieder eingegangen waren. Die letzte Ursache hiervon war aber stets das Programm gewesen, das, zu künstlich und vielgestaltig, das rechte Sammelwort für alle die verschiedenartig denkenden und interessierten nichtsozialdemokratischen Arbeiterkreise nicht hatte finden können. Hier in diesen fünf Sätzen war es, wenigstens für einen großen Teil der bewußten nichtsozialdemokratischen Arbeiter, gefunden, in dem einfachen, kernigen Appell an die evangelische, sittliche und patriotische Gesinnung, an den Geist der Kameradschaft und an die Pflichttreue der Leute. Und die Unbestimmtheit und Weite der Fassung, in der dieser Appell zum Ausdruck kommt, erhöhte noch obendrein ihre werbende Kraft. Diesen Sätzen konnte sich jeder Arbeitsmann beugen, der das Bedürfnis und die Notwendigkeit der Organisierung seiner Standesgenossen fühlte, und der sie durchführen helfen wollte, ohne doch seine heiligsten Gefühle aufgeben, ohne sich an die ihm innerlich fremde abstoßende Weltanschauung der Sozialdemokratie verkaufen zu müssen. So fanden sich die allerverschiedenartigsten Naturen, Lebensalter, Berufe in den neuen Vereinen ein, kamen sich näher, wuchsen in Kameradschaft zusammen und gaben ihrem Verein ihr spezielles lokales Gepräge. Die Folge davon war freilich, daß die einzelnen Vereine namentlich anfangs nicht viel gemeinsames, gleichartiges unter einander aufzuweisen hatten. Dennoch gingen und fielen sie nicht auseinander, dank abermals dem weitherzigen, kurzen, glücklichen Programm, das sie zusammenhielt ohne

Zwang, jedem seine Eigenart ließ und doch den Schutz der Gemeinsamkeit, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und damit ein gewisses Gefühl von Macht gewährte, bis die immer häufiger werdenden gegenseitigen Berührungen die größten und auffälligsten Abweichungen voneinander beseitigten und alle immer fester verbanden zu einer immer wachsenden, immer ernster zunehmenden Gesamtbewegung. So sind jene scheinbar bedeutungslosen fünf Sätze gerade infolge ihrer Schlichtheit für die Arbeitervereine und damit auch für die gesamte evangelisch-soziale Sache von der allergrößten Tragweite geworden. Sie dürfen mit Fug und Recht in der Reihe der Programme, die sich die evangelisch-soziale Bewegung im Laufe ihrer Entwicklung geschaffen hatte, ihre Stelle beanspruchen, in ihrer Art gleichwertig neben den beiden der Stöckerschen Christlich-sozialen.

Diesen Satzungen entsprechend gestaltete sich nun auch die Arbeit und das Leben in den Vereinen. Sie hielten in regelmäßiger Zeitfolge meist aller vierzehn Tage oder vier Wochen Vereinsversammlungen ab, zu denen Gäste Zutritt hatten. Meist wechselten dabei Männerversammlungen und sogenannte Familienabende miteinander; nicht selten fanden jedoch auch nur Familienabende statt. Immer wurden dann von einem Freund und Mitglied des Vereins aus den gebildeten Ständen, am häufigsten von Geistlichen, die in sehr vielen Vereinen sogar den Vorsitz führten, Vorträge gehalten. Die Themata waren von der allerverschiedensten Art. Ein sehr starker Prozentsatz der Vorträge behandelte religiöse und kirchengeschichtliche Stoffe; ein andrer großer Teil betraf vaterländische Geschichte; auch Fragen aus dem praktischen Leben, die den Arbeiter besonders interessierten, sittliche Fragen, sittliche Schäden wie Trunksucht, Familienlosigkeit u. s. w. wurden ernstlich und mahnend erörtert. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Vorträge dagegen beschäftigte sich damals schon mit eigentlich sozialen und sozialpolitischen Dingen, und auch dann nur meist schüchtern, ohne tieferes Eingehen auf den innern Zusammenhang der ökonomischen Fragen, und ohne die Folgerungen aus den Erörterungen zu ziehen. Mit Vorliebe wurden kirchliche und vaterländische Feiertage von den Vereinen festlich begangen. Bald wurde es auch in ganz Rheinland und Westfalen Sitte, alljährlich Stiftungs-, Kreis- und

Provinzialverbandsfeste durch Gottesdienste, festliche Umzüge, Posaunenblasen und Reden zu feiern. Sonntägliche Vereinsspaziergänge und Waldfeste wurden beliebt. Dann gründete man allerhand mehr oder weniger leistungsfähige Hilfskassen zu allerhand kameradschaftlichen und Unterstützungszwecken. Eine allgemeinere Bedeutung gewann die Hilfskranken- und Begräbniskasse in München-Gladbach, die für Mitglieder aller Vereine eingerichtet wurde und bei Sterbefällen von Mitgliedern und deren Frauen Summen von fünfzig und dreißig Mark als Beihilfen auszahlt. An manchen Orten hat man ferner etwas ähnliches wie Konsumvereine gebildet zur billigern gemeinschaftlichen Beschaffung von Lebensmitteln und Feuerungsmaterial für die Mitglieder. Man schuf Sparkassen, gründete Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften und errichtete Auskunftsstellen für Mitglieder in Fragen der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung, bei Lohndifferenzen und Arbeitslosigkeit. Noch mehr, nach einigen Jahren ging man hie und da an die Erbauung eigner Vereinshäuser, so in Gelsenkirchen, Dortmund und Bochum; selbst ein Feierabendhaus für alte, invalide alleinstehende Arbeiter und Arbeiterinnen Rheinlands und Westfalens wurde — nebenbei bemerkt durch einen Schwager Todts, den Pfarrer Arndt in Volmarstein — erbaut. Manche Vereine richteten sich Bibliotheken ein; man schuf sich ein gemeinsames, wenn auch nicht sehr eigenartiges Liederbuch, einen gemeinsamen Kalender, eine gemeinsame Zeitung, den „Evangelischen Arbeiterboten," der als das Verbandsorgan auch jetzt noch in Hattingen erscheint und nächst dem „Volk" der christlich-sozialen Partei Stöckers das erste evangelisch-soziale Arbeiterblatt ist. Schließlich stellte man den Begründer der Vereine, Bergmann Fischer, als Reise- und Verbandsagenten an — also eine Fülle achtungswerter praktischer Leistungen der jungen, fast zufällig entstandnen Vereine.

Und aus allem ergiebt sich eine Reihe wertvoller Thatsachen zur Charakteristik dieser Vereine der ersten Periode. Aus der Gründungsgeschichte geht zunächst hervor, daß die Vereine nicht künstlich von oben her gemacht, sondern freiwillig, selbständig aus Kreisen von Arbeitern heraus entstanden sind. Kein Arbeitgeber, kein Regierungsbeamter, keine bürgerliche Partei, auch kein Pfarrer sind die Väter oder Mütter dieser neuen

kleinen Arbeiterorganisation; auch die sogenannten evangelischen Männer- und Jünglingsvereine oder die christlich-soziale Bewegung Stöckers haben kein Verdienst, nicht einmal ein indirektes, an ihrer Entstehung, wenn auch bald nachher, ungefähr seit Mitte der achtziger Jahre, der Geist der letztern namentlich ihre Führer stark beeinflußt hat. Aber an der Gründung der Vereine hat sie keinen Anteil; sie sind frei aus der Mitte der Arbeiter selbst heraus geboren.

Aus der Gründungsgeschichte ist noch eine zweite, beachtenswerte Thatsache zu erkennen, nämlich der Anlaß, der innerste Beweggrund, aus dem die Vereine entstanden sind. Er ist ein ausschließlich religiöser, besser gesagt konfessioneller: der Gegensatz gegen den römischen Katholizismus. Und dieser Gegensatz ist so stark, so dauernd, so die Gesinnung der Vereinsmitglieder jener Zeit beherrschend, daß man sagen darf, er giebt den Vereinen von damals bis 1888 vor allem ihr charakteristisches Gepräge. Darum war auch der erste Punkt im Statut damals der Hauptpunkt, auf den es vor allem auch den Vereinsgründern angekommen war; alle vier andern Punkte kommen erst in zweiter Linie, sind erst die sich nach ihrer Meinung notwendig daraus ergebenden Folgerungen, zum Teil auch Nachahmungen des katholischen Arbeitervereinsstatuts, dessen Erfolge und Erfahrungen man sich überhaupt zu nutze machte. Damit stimmt auch das ganze Gebahren der Vereine sonst, ihr Geist und ihre Lebensbethätigung zusammen. Die gehaltnen Vorträge haben, wie wir schon sahen, zur größern Hälfte religiösen Inhalt und erörterten vor allem auch den Gegensatz von Evangelisch und Katholisch. Die praktischen Fragen, die zur Behandlung kamen, drehten sich vielfach um das Verhalten der Mitglieder gegenüber den Mischehen und um die Erziehung der Kinder aus solchen. Das einzige Vergehen, das, außer unsittlichem Lebenswandel und dauernder Unterlassung der Zahlung des Mitgliederbeitrags, zum Ausschluß aus dem Verein führte, war das Versprechen eines Mitgliedes, seine Kinder der katholischen Kirche zu überlassen. Daher auch der enge Zusammenhang dieser Vereine in jener Zeit mit dem Evangelischen Bunde, der sich bekanntlich die „Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen gegen die Übergriffe der römisch-katholischen Kirche“ zur Aufgabe gemacht hat. Er unterstützte die Vereine in dieser Zeit nicht nur moralisch, sondern mit der That, durch Geldbeiträge.

Auch das gehört hierher, daß damals solche Vereine überhaupt nur in gemischt konfessionellen Gegenden entstanden: der Gegensatz gegen Rom ist die Vorbedingung ihrer Existenz, das Religiöse überhaupt der Grundzug ihres Wesens. Sie sind, keiner kanns leugnen, in erster Linie religiöse, konfessionell-erbauliche Vereine gewesen.

Andrerseits darf man sie mit Recht auch unter die Arbeiterbildungsvereine zählen. Ein Hauptziel ihrer Thätigkeit war in der That die Belehrung ihrer Mitglieder. Ein großer Teil der Vorträge, die gehalten wurden, diente nur diesem Zwecke, desgleichen die Bibliotheken, die man sich oft mühsam, unvollkommen und kritiklos genug zusammentrug, und die Zeitung, die man sich geschaffen hat. Freilich eine sehr moderne oder sehr allgemeine Bildung wurde in diesen Vereinen nicht verbreitet. Sie ist — nebenbei ein neuer Beweis für den religiös-erbaulichen Charakter der Vereine — stark religiös gefärbt, sehr populär verwässert, sorgsam darauf angesehen, daß niemand durch sie in irgend welche starke seelische Zweifel und Erregung geriet. Aber wie immer diese Bildung auch geartet war, wie wenig sie dem Bildungsideal, auch dem Arbeiterbildungsideal mancher nahe kommen mag — das ernsthafte Bestreben und unermüdliche Bemühn, die Mitglieder zu bilden und geistig zu fördern, war wirklich vorhanden; und auch Erfolge sind auf diesem Arbeitsgebiet errungen worden. Und darum, das ist der zweite Grundzug jener Vereine der ersten Periode: sie sind außer religiös-kirchlichen zugleich auch Bildungsvereine.

Erst in dritter Linie kann, aber muß man sie auch soziale Vereine nennen. Darauf haben sie Anspruch nach der Thätigkeit, die sie auf dem Gebiete des Kassen- und Unterstützungswesens, durch ihre Spar- und Banbemühungen u. s. w. entfaltet haben. Sie haben durch das alles in der That ihren Mitgliedern kameradschaftlich beigestanden in Not und Tod und haben damit viele male die soziale Lage einzelner unter ihnen dauernd oder vorübergehend gebessert oder doch wenigstens über Wasser erhalten. Und auch das sind Thaten von sozialer Wirkung gewesen, daß sie mit Erfolg an der sittlichen Hebung und allgemeinen Bildung ihrer Mitglieder gearbeitet, in ihnen die fromme evangelische Gesinnung geschärft, das Bewußtsein von dem Adel jeder in Treue und Fleiß

vollbrachten Arbeit, auch wenn sie schlecht gelohnt und ungedankt geblieben war, genährt, daß sie Familiensinn und edle Charakterbildung unter ihnen gefördert haben. Sie haben wirklich sozial versöhnend gewirkt wie wenig andre Vereineen, sozial versöhnend auch wie wenig Arbeitgeber, indem sie treulich und rührend, mit deutscher evangelischer Innigkeit und Zähigkeit auch den dritten Punkt ihres Programms zu erfüllen suchten, Frieden hielten zwischen sich und ihren Arbeitgebern selbst da, wo kein Friede eigentlich mehr möglich war, an die gute Meinung und eine anständige Gesinnung ihrer Herren und „Brotgeber" noch glaubten, selbst wo sie wirklich nicht mehr zu finden waren, und immerdar still, bescheiden, demütig, entsagend und gehorsam blieben. So haben sie in der That sozial und vor allem sozialversöhnend gewirkt, sie sind — das ist ihr dritter charakteristischer Zug — auch wirklich soziale Vereine gewesen.

Aber keine sozialpolitischen. Eine eigentlich sozialpolitische Thätigkeit in dem Sinne, daß sie selbständig, eigentümlich und dauernd Einfluß zu üben versuchten auf die Neugestaltung und Weiterentwicklung unsers Wirtschaftslebens zu Gunsten ihrer Arbeitermitglieder und des ganzen Arbeiterstandes überhaupt — eine solche Thätigkeit ist bei ihnen in dieser ersten Periode ihrer Geschichte nirgendwo zu entdecken. Sie war auch gar nicht möglich. Dazu waren sie viel zu abhängig von den Herren, die aus höhern Ständen in ihren Vereinen als „Mitgenossen" waren. Es waren das vorwiegend Pastoren und Oberlehrer, höhere Beamte und größere Arbeitgeber, die ungefähr den vierten Teil aller Vereinsmitglieder stellten. Zwar nützten diese Herren aus den sogenannten gebildeten und besitzenden Kreisen den Vereinen auch. Sie unterstützten sie teils geistig durch Vorträge, die sie ihnen hielten, teils finanziell durch mehr oder weniger hohe Beitragssummen, die sie zahlten. Aber im Vergleich dazu ist auch der Schaden, den sie den Vereinen durch ihre Zugehörigkeit und Mitarbeit zufügten, nicht gering. Denn nicht alle leisteten beides, Mitgliedschaft und Mitarbeit, ganz uneigennützig. Manche unter ihnen, namentlich wohl manche Arbeitgeber und Beamte, hatten ihre Hintergedanken dabei, verfolgten auch eigne Ziele damit, verlangten Gegendienste von den Arbeitermitgliedern dafür. Und diese bestanden vorwiegend darin, daß sie als Arbeiter

sich nie unbotmäßig und unzufrieden, nie zu selbständig und wanderlustig zeigen, als Wähler aber der Fahne ihrer Kandidaten folgen, diesen ihre Stimmen geben sollten. Und da das meist konservative und höchstens nationalliberale Kandidaten waren, so war das Opfer der eignen politischen und sozialen Gesinnung und Bethätigung die Gegenleistung, die sie von ihren „Genossen“ aus den Evangelischen Arbeitervereinen für die ihnen geleisteten oft nicht einmal sehr großen Dienste heischten. Und die Pastoren, die wohl den größten Einfluß in der Mehrzahl der Vereine hatten, fanden das ganz selbstverständlich und gaben ihre Zustimmung dazu. Gehörten sie doch selbst meist dieser konservativen, höchstens der nationalliberalen Partei an, handelte es sich für sie alle doch ganz ehrlich und uneigennützig um die Bekämpfung des ihnen konfessionell feindlichen Zentrums und der „gott- und vaterlandslosen Sozialdemokratie.“ Sie hätten es aus ehrlichster Überzeugung für ganz unmöglich und unerträglich gehalten, daß ihre Leute aus den Arbeitervereinen einem Kandidaten dieser Parteien ihre Stimme gaben — um das zu verhindern, waren sie ja gegründet. Dann aber blieb nach ihrer Meinung gar nichts andres möglich, als daß die Leute aus den Vereinen vorwiegend konservativen Kandidaten ihre Stimmen gaben. Denn alle Kräfte daran zu setzen, womöglich eigne Kandidaten aufzustellen und aus den Vereinen eine eigne, selbständige Arbeiterpartei, als besonnene Vertreterin der deutschen Arbeiterinteressen, zu bilden, daran wagte man damals wohl noch nirgends im Ernste zu denken. Dazu kam, daß sich um diese Zeit, seit ungefähr 1884, die Wirkungen der Stöckerschen Berliner Agitation auch im Reiche, namentlich unter den Pastoren, geltend machten, daß dessen christlich-soziale Anschauungen unter ihnen vielfach Gemeingut und sozialpolitisches Evangelium zu werden begannen — und was anders predigen diese denn, als die engste Verknüpfung aller evangelisch-sozialen Bethätigung mit der Macht der großen konservativen Partei? Da sollte das Heil für sie sein; Stöcker, die Autorität, hatte es so verkündigt; also that man darnach auch in den rheinisch-westfälischen Evangelischen Arbeitervereinen jener ersten Zeit. Zwar wahrte man sich dabei insofern seine Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit auch von Stöcker, daß man durchaus nicht formell in sein christlich-soziales Lager einschwenkte und in dessen Partei einfach

aufging — daran hinderte wohl ebenso sehr die Vergangenheit der Vereine, als die Eigenart der rheinisch-westfälischen Verhältnisse überhaupt und eine gewisse Eifersucht unter einer Anzahl führender Personen auf die eigne, erst mühsam geschaffne öffentliche soziale Position; aber das verhinderte die thatsächliche und geistige Abhängigkeit von Stöcker und seinen Ideen so wenig wie eine Arbeitsverbindung im einzelnen Fall und geradezu enge persönliche Freundschaften vieler mit ihm. Wohl das beste Beispiel einer solchen engen Verbindung rheinisch-westfälischer Arbeitervereinsführer mit Stöcker giebt der bekannte Pfarrer Lic. Weber in M.-Gladbach, der, obwohl er die Selbständigkeit der Evangelischen Arbeitervereine Stöcker gegenüber bis auf den heutigen Tag strengstens gewahrt hat, doch zusammen mit einem Christlich-sozialen Stöckerscher Farbe in Barmen der Leiter der konservativen Bewegung in den beiden genannten Provinzen und als solcher ein engverbundner Freund und Gesinnungsgenosse Stöckers ist, so sehr, daß er neuerdings selbst in den Vorstand der in Frankfurt a. M. neugegründeten christlich-sozialen Partei gewählt worden ist. Dementsprechend hat denn auch immer, wenn Wahlen oder sonstige öffentliche politische Akte zu vollziehen waren, die Mehrzahl der Mitglieder jener Vereine des ersten Zeitraums in Rheinland und Westfalen konservativ, höchstens einmal, wenn es gerade genehm war, nationalliberal gewählt. Alles aber beweist, was schon vorhin kurz ausgesprochen wurde: die Vereine jener Zeit haben nicht die geringste politische Selbständigkeit und sozialpolitische Eigenart entfaltet, entfalten können. Sie sind vielmehr — von dieser Seite aus betrachtet — nichts wie Anhängselvereine vorwiegend der konservativen, seltner der nationalliberalen Partei. Genau ebenso also wie die christlich-soziale Partei Stöckers, nur mit dem Unterschiede, daß diese das offen sagte, die rheinisch-westfälischen Arbeitervereine dagegen oder wenigstens ihre Führer es ängstlich auszusprechen vermieden.

Zu ganz denselben Ergebnissen gelangt man übrigens auch, wenn man sich den sozialen und geistigen Charakter des Dreiviertels der Vereinsmitglieder ansieht, das sich aus den Kreisen der sogenannten kleinen Leute rekrutierte. Ihrem Berufe nach waren es in absteigender Anzahl Berg-, Hütten- und Tagearbeiter, Handwerks-

meister, Handwerksgesellen, Beamte der untersten Rangstufen und Fabrikarbeiter. Aber nur die wenigsten von ihnen verspürten etwas Lust an den sozialen Fragen der Zeit. Die meisten von ihnen waren schlichte Menschen, mit echtem festen evangelischen Bergmannsglauben, die zufrieden waren mit dem bescheidnen Auskommen, das sie hatten, es sich durch stille treue Arbeit erhalten und im übrigen am liebsten Ruhe vor den heraufziehenden politisch-sozialen und religiösen Problemen haben wollten. Das alles glaubten sie, und gemäß dem Programm, das diese sich gegeben hatten, auch mit Recht, in den Evangelischen Arbeitervereinen zu finden, und so waren oder wurden die meisten dieser Vereine von selbst gleichsam Zufluchts- und Bewahrungsstätten für alle, denen es mitten in dem Gewoge der wirtschaftlichen und geistigen Kämpfe unsrer Zeit angst und bange war, und die vor ihnen Schutz und Sicherheit suchten.

1888 bis zur Gegenwart

In dem zweiten Zeitraum beginnt der bisherige Charakter der Vereine allmählich zu verblassen und einem andern selbständigern, energischern Platz zu machen. Der Anstoß dazu wird hauptsächlich dadurch gegeben, daß die Bewegung der Evangelischen Arbeitervereine um 1888 von Rheinland und Westfalen auch auf die übrigen Gebiete des deutschen Reiches überspringt. Kaum ist dazu der Anfang gemacht, so geht die Ausbreitung auch rapid von statten. Vor allem ist dies der ungemein rührigen Agitation des Führers der rheinisch-westfälischen Vereine, des Pfarrers Lic. Weber und seines Gehilfen, des Verbandsagenten Fischer, zu danken. Sie haben damals Jahre hindurch unermüdlich korrespondiert, gereist, geredet, geschrieben. Infolgedessen gab es

1889	schon	70	Vereine	mit rund	20000	Mitgliedern
1890		140	„	„ „	40000	„
1991		220	„	„ „	63000	„
1893		230	„	„ „	73000	„
1896		350	„	„ „	80000	„

Diese Vereine haben sich in den einzelnen deutschen Provinzen und zusammengehörigen Landesteilen zu Provinzialverbänden zu-

sammengeschlossen. Es giebt deren gegenwärtig neun an der Zahl. Und zwar den rheinisch-westfälischen, der am stärksten ist, den mittelrheinischen, den an der Saar, den in der Pfalz, die in Hessen, Baden, Württemberg, Mitteldeutschland (Thüringen und Provinz Sachsen) und Schleswig-Holstein. In der Bildung begriffen sind ein schlesischer, ein märkisch-pommerscher und einer im Königreich Sachsen. Der Schaffung des sächsischen Verbandes stehen durch die Engigkeit des sächsischen Vereinsgesetzes besondre Schwierigkeiten entgegen, die aber neuerdings wenigstens zum Teil überwunden zu sein scheinen. Außerdem giebt es eine große Anzahl blühender Vereine im Königreich Bayern, die aber vielfach andern Charakter als die übrigen haben, mehr den Evangelischen Männer- und Jünglingsvereinen gleichen und sich auch von den übrigen in den andern deutschen Landesteilen bisher streng abgeschlossen haben. Und endlich sind noch eine ganze Anzahl vereinzelter und zerstreuter Vereine bis Königsberg in Ostpreußen hinauf zu erwähnen, die ihrer isolierten Lage wegen keinen Verband bilden oder einem solchen angehören können. Aber sie alle sind wie die einzelnen Provinzialverbände dem Gesamtverbande der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands angeschlossen, der seit 1890 besteht und seinen Sitz in Rheinland-Westfalen hat. Sein Vorstand setzt sich zusammen aus Delegierten fast aller Provinzialverbände und wird von einem Vorsitzenden, Schriftführer und Kassierer geleitet, die allesamt dem rheinisch-westfälischen Verbande angehören. Schriftführer ist Pfarrer Lic. Weber in M.-Gladbach, Vorsitzender war bisher Pfarrer Werth in Schalke. Er ist am 24. Januar d. J. schnell gestorben, von allen Evangelischen Arbeitervereinen hoch geehrt und betrauert. Er war ein biedrer, kerndeutscher Mann, schweigsam und doch rege, markig, zäh, zielbewußt, besonnen und gerecht. Dem Vorstande zur Seite steht noch ein besonders gewählter, doch nicht allzuthätiger Preßausschuß. Jährlich bei Gelegenheit der Evangelisch-sozialen Kongresse findet die Delegiertenversammlung des Gesamtverbandes statt.

In diesem zweiten Zeitabschnitt hat sich wie die Vereins- und Mitgliederzahl, so auch das Gebiet der praktischen Thätigkeit der Vereine erheblich vergrößert und vertieft. Nicht nur, daß alle die einzelnen Arbeiten, die vorhin bei Schilderung der ersten Zeit der Vereine aufgezählt werden konnten, weiter gefördert und

ausgedehnt wurden, man ist in dieser zweiten Zeit auch dazu übergegangen, Jugend- und Konfirmandensparkassen zu gründen, Wanderunterstützungen für reisende Vereinsmitglieder zu zahlen, Unterrichtsstunden in Deutsch, Rechnen und Buchführung, sowie zur Besprechung religiöser Fragen zu veranstalten, alljährlich wiederkehrende mehrtägige soziale Kurse (Rheinland-Westfalen) abzuhalten, Arbeitsvermittlungsstellen und Volksbüreaus einzurichten u. s. w. Weiterhin beteiligten sich die Vereine neuerdings auch an den Gewerbegerichtswahlen, an lokalen Bewegungen für Einführung eines möglichst strengen Ortsstatuts über die Sonntagsruhe, wie überhaupt immer lebendiger an dem kommunalen Leben ihres Orts zur Erreichung wirtschaftlicher und sozialer Vorteile für die kleinen Leute. In Rheinland-Westfalen ist es im Verein mit den katholisch-sozialen Arbeitervereinen sogar zur Bildung eines Verbands christlicher Bergleute gekommen, der den entsprechenden sozialdemokratischen an Mitgliederzahl bereits überflügelt hat. Aus der einen Zeitung, die die Vereine in der ersten Periode hatten, sind jetzt sechs geworden: der Evangelische Arbeiterbote in Hattingen, die Erfurter Christlich-soziale Volkszeitung, die Württembergische Arbeiterzeitung, die Badische Arbeiterzeitung, die Hilfe und der Frankfurter Volksbote. Eine siebente Zeitung, das Hamburger Volksblatt, ist vor kurzem nach mehrjährigem Bestehen wieder eingegangen; auch die märkisch-pommerschen Vereine haben ein allerdings noch unbedeutendes Blättchen, den Nordostdeutschen Arbeiterfreund. Die jüngsten litterarischen Unternehmungen für die Vereinsmitglieder sind die Göttinger Arbeiterbibliothek und die rheinisch-westfälische Arbeiterbibliothek, beide bestehend in Zehnpfennigbroschüren, die in zwangloser Reihenfolge erscheinen und sozialpolitische oder damit zusammenhängende Fragen zu behandeln suchen. Die Göttinger ist von Naumann und seinen Freunden gegründet, im Gegensatz zu der Berliner Arbeiterbibliothek der Sozialdemokraten, um dieser ein nach Inhalt und Form gleichbedeutendes und wirkungsvolles Gegengewicht zu bieten; die rheinisch-westfälische ist geschaffen wieder im Gegensatz zur Göttinger und atmet den Geist der Führer der rheinisch-westfälischen Vereine.

Mit dieser äußern geht nun auch eine innere Entwicklung und Umbildung der Vereine Hand in Hand. Die innere Entwicklung der rheinisch-westfälischen Vereine ist in erster Linie durch das

seit 1888 erfolgte, vor allem seit dem großen Bergarbeiterstreik von 1889 bemerkte stärkere Hervortreten der sozialdemokratischen Agitation in jenen beiden Provinzen veranlaßt. Es rief eine zwar allmählich vor sich gehende, doch gründliche und endgiltige Frontveränderung der Vereine hervor. Der Gegensatz gegen Rom trat immer mehr zurück, der Gegensatz gegen die Sozialdemokratie immer mehr in den Vordergrund. Am deutlichsten zeigt sich das in der schon oben erwähnten Gründung des „Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter", dem sowohl evangelisch- als katholisch-soziale Bergleute angehören, und der gegründet worden ist und wächst unter Schutz und thatkräftiger Teilnahme wie der Katholischen, so auch der Evangelischen Arbeitervereine und deren Führer in Rheinland und Westfalen. Aus den Erbfeinden, den katholischen Bergarbeitern, sind Bundesgenossen geworden, angesichts der gemeinsamen wirtschaftlichen Nöte, der gemeinsamen Interessen, des gemeinsamen neuen Feindes, der Sozialdemokratie. Allerdings kommt der Gegensatz gegen diese erst ganz neuerdings zu so thatkräftigem und zielbewußtem Ausdruck wie in der Gründung des Verbands christlicher Bergarbeiter. Noch zu Anfang dieser zweiten Zeit begnügte man sich in den Evangelischen Arbeitervereinen meist damit, gegen sie, die Sozialdemokraten, einfach zu protestieren. Man lehnte mit Nachdruck und Entrüstung alles ab, was irgendwie mit Sozialdemokratie zusammenhing, und gab sich wohl nicht einmal recht die Mühe, die Gründe ihres raschen Wachstums und die Ursachen, die sie zu dem gemacht haben, was sie jetzt ist, zu verstehen, geschweige die Wahrheiten in ihrem System und in ihrer Arbeit, deren sie thatsächlich viele hat, anzuerkennen. Aber dieses bloße Protestieren und Verneinen war schon 1889 zu langweilig und unausführbar. Die Berührungen der Vereine und ihrer Mitglieder mit sozialdemokratischen Vereinen und „Genossen" wurden immer häufiger, der Ehrgeiz, bei diesen Berührungen und Auseinandersetzungen mit ihnen ihren Mann zu stehen, der Eifer, es in wirklicher Arbeiterfreundlichkeit und Arbeiterhilfe ihnen womöglich überzuthun, wurde immer stärker und alles drängte die Vereine ganz von selbst zu immer eingehenderer Beschäftigung mit allerhand sozialen Ideen, zur Aufstellung positiver sozialer Gedanken und Forderungen. Sie blieben freilich dabei ebenso vorsichtig wie un-

selbständig. Zu einem eignen Programm kam es in ihren Kreisen nicht. Das Bewußtsein, Arbeiterinteressen wirksam nur durch Arbeiterunterstützung und Arbeiterorganisationen vertreten zu können, kam nicht recht zum Durchbruch; die Hoffnung auf die Hilfe mächtiger Freunde aus den höhern und höchsten Kreisen und die Rücksicht auf deren Wünsche und politische Vorstellungen blieben zu stark; die Erkenntnis des wirtschaftlichen Lebens und seiner treibenden Kräfte wurde nicht gründlich und umfassend genug. Das alles lähmte natürlich den Drang und hinderte den Übergang zu eignen selbständigen evangelisch-sozialen Forderungen für die Genossen in den Evangelischen Arbeitervereinen. So gewöhnte man sich schließlich, den Inhalt der kaiserlichen Sozialreform für die Industriearbeiter, die üblichen Handwerkerforderungen der konservativen Partei, Innungszwang und Befähigungsnachweis für die Vereinsmitglieder aus Handwerkerkreisen und daneben noch allerhand mild antisemitische oder sonstige aus lokalen Verhältnissen oder Anregungen einzelner Persönlichkeiten entstandne, oft recht eigentümliche soziale Gedanken als die soziale Position der Vereine Rheinlands und Westfalens anzusehen und zu vertreten. Im übrigen blieb der Geist, das „sozialversöhnende" Prinzip der Vereine, der alte, ihre öffentliche Stellung die alte, blieben ihre Führer die alten. Diese waren, wie das Vorstehende beweist, womöglich noch mehr in das Fahrwasser Stöckerscher Gedanken und Stöckerscher Politik geraten; ihre sozialpolitischen Gedanken deckten sich mit den seinen noch mehr, noch ausgesprochner wie in der ersten Zeit der Vereine — sie hatten sich mit einem Worte das konservative Prinzip der evangelisch-sozialen Strömung eben auch zu eigen gemacht, das Todt formuliert und Stöcker zur politischen Gestaltung gebracht hatte. Sie waren in der evangelisch-sozialen Gesamtbewegung einfach das Pendant zu den Stöckerschen Christlich-sozialen geworden. Was Stöcker für diese war, war und ist Lic. Weber für jene. Die Bedeutung der ganzen innern Wandlung dieser rheinisch-westfälischen Vereine in dieser ganzen Zeit liegt demnach allein darin, daß sie nicht mehr vorwiegend konfessionell-religiöse, sondern nun vorwiegend religiös-soziale, eben evangelisch-soziale Vereine geworden sind. Der religiöse Geist ist ihnen auch in dieser zweiten

Zeit gleich stark geblieben. Aber er sucht sein hauptsächlichstes Bethätigungsfeld nicht mehr im Gegensatz gegen Rom und in feindlicher Konkurrenz mit den katholisch-sozialen Vereinen, sondern in dem Eintreten für die religiös-sittlichen Güter gegen die sie bekämpfende Sozialdemokratie und in der Einsetzung der in ihnen liegenden Kraft auf dem Gebiete des öffentlich-wirtschaftlichen Lebens zu Gunsten der kleinen Leute. Allerdings eben gemäß ihrem eignen alten Ideal, in durchaus sozialversöhnendem Sinne, und gemäß dem acceptierten Stöckerschen Ideal in zwar nicht offizieller, aber doch thatsächlicher, mehr oder weniger starker Anlehnung an die soziale Thätigkeit der konservativen Partei.

Ganz dieselbe oder doch wenigstens eine sehr ähnliche Entwicklung nahmen übrigens in dieser zweiten Zeit und haben noch heute die Vereine in der Pfalz, im Königreich Sachsen und in der Provinz Schlesien.

Die Mehrzahl der übrigen Vereine aber, namentlich im mittelrheinischen, württembergischen und badischen Verbande, entwickelten sich von vornherein radikaler und legten gleich von Anfang ihres Bestehens an das Schwergewicht auf die soziale Aufgabe, vor die sie sich gestellt sahen. Das war freilich kein besondres Verdienst von ihnen, sondern einfach Zwang der Notwendigkeit. Denn da sie in vorwiegend oder rein protestantischen Gegenden entstanden, so fiel für sie der konfessionelle Gegensatz gegen Rom ganz von selbst weg, und es blieb ihnen gar keine andre Aufgabe als die soziale. Infolgedessen traten aber auch gleich anfangs vielfach anders geartete Naturen als Mitglieder in die Vereine ein und als Führer an deren Spitze. Es waren weniger als in den bisher genannten Provinzen Mitglieder aus den sogenannten höhern Ständen und mehr als früher wirkliche sogenannte kleine Leute. Und diese suchten wenigstens in bedeutend größerer Anzahl als vorher in den Vereinen nicht bloß eine Zufluchts- und Schutzstätte vor dem sie erdrückenden sozialen Problem, sondern gerade die geeignete Stelle, wo sie ihm gemeinschaftlich zuleibe gehen und sich mit ihm nüchtern, klar, gründlich beschäftigen konnten. Die Mitarbeit an den sozialen Kämpfen der Zeit, an der Erringung besserer Verhältnisse für den kleinen Mann lag diesen Vereinen gleich von vornherein mindestens ebenso sehr am Herzen, wie die Wahrung und Befrie-

digung ihrer religiösen Bedürfnisse. Auch dieses wurde von ihnen in den Vereinen ganz selbstverständlich gesucht. Aber es war nicht das allein Ausschlaggebende. Sie glaubten zugleich an das Ideal und an die Verpflichtung, das Christentum und seine Kräfte, vor allem seine Kraft der Nächstenliebe, zur entscheidenden Macht auch im Wirtschaftsleben zu machen, sie waren also gleich von Anfang an mehr eigentliche und bewußte Evangelisch-soziale als die Mitglieder der Vereine der ersten Zeit, die das anfangs nach den Verhältnissen, in denen sie waren, gar nicht sein konnten und es erst in der zweiten Zeit allmählig wurden. Die Ablehnung der Sozialdemokratie als unpatriotisch, unchristlich und unpraktisch teilten sie jedoch ganz und von vornherein mit den ältern Vereinen, freilich nicht auch die etwas große Hochschätzung der Hilfe von Freunden oder gar Ehrenmitgliedern aus den höhern Ständen, deren Mitarbeit sie nur unter Wahrung ihrer politischen Selbständigkeit und sozialen Unabhängigkeit dankend annahmen. Die Folge davon war, daß in diesen Vereinen das konservative Prinzip gar nicht oder nur schwach zur Geltung kam, dagegen die proletarischen Neigungen der christlich-sozialen Arbeiterpartei von 1878 ganz von selbst wieder aufwachten und, wenn auch nicht ausgesprochen, doch thatsächlich die letzte Triebkraft für die Arbeit und Weiterentwicklung der Vereine wurden. Das zweite Prinzip der evangelisch-sozialen Bewegung von Todt und Stöcker her, das proletarische steht hier, in diesen Vereinen, um das Jahr 1890 von neuem eigenkräftig, eigenartig, immer erstarkend, wieder auf.

Und wie die Mitgliederart, so war auch das Führermaterial dieser jungen Vereine der zweiten Zeit zu einem großen Teil anders geartet als in den älteren Vereinen. Es waren allerdings zumeist auch Geistliche. Aber sie gehörten fast durchweg einer jüngern Generation an als die Führer der ältern Vereine. Es waren meist Leute, die ihre Jugend- und Studienjahre nach dem großen Kriege, in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und Niedergangs der siebziger Jahre und der beginnenden kaiserlichen Sozialreform anfangs der achtziger Jahre gehabt, die als Studenten Stöcker jauchzend zu Füßen gesessen hatten, und in den Hörsälen nationalökonomischer Professoren, eines Wagner, Roscher u. a.,

regelmäßige Gäste gewesen waren, Leute, die auch die Litteratur der Sozialdemokraten nicht nur kennen gelernt, sondern mit unparteiischen Augen gelesen hatten, Leute vor allem, die sich nach ihrem ganzen Entwicklungsgange keiner der überlieferten Parteien, auch nicht der konservativen, anzuschließen vermochten, desto mehr aber die einzige glühende Sehnsucht hatten, mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft den Geist des Christentums, der Christenliebe zu Gunsten aller Gedrückten, ohne Rücksicht auf andre Größen, zur Geltung und zur Wirkung zu bringen. Auch in ihnen also gärte, glühte, flammte die proletarische Neigung, das proletarische evangelisch-soziale Prinzip aus der Tiefe ihres praktisch-religiösen Lebens ganz von selbst auf und begegnete sich vielfach auf halbem Wege mit denselben Neigungen und Tendenzen aus der Mitte der neuen Vereine selbst. So wurden sie ganz von selbst auch deren Führer, durch denselben Geist und dieselben Grundgesinnung mit der Mehrzahl ihrer Mitglieder verbunden.

Natürlich hüteten sich diese Führer, ihre Vereine irgend einer der politischen Parteien, auch nicht der konservativen oder sozialdemokratischen, zuzuführen. Vielmehr mühten sie sich ernstlich und ehrlich, ihnen eine selbständige, zunächst freilich völlig unpolitische, aber durch und durch sozialpolitische Stellung und Gedankenwelt zu schaffen. Bei der ziemlich lückenhaften sozialpolitischen Schulung aber, die sie als Theologen, mit einer oft sehr starken Last der üblichen Amtsgeschäfte überhäuft, natürlich nur haben konnten, gelang das freilich nicht in irgendwie vollendeter Weise, sondern sie verfolgten in ihren Vereinen an sozialen Bestrebungen außer den schon genannten praktisch-sozialen Arbeiten gerade die sozialpolitischen Einzelgedanken, auf die jeder einzelne von ihnen durch seine Entwicklung und Eigenart zufällig geführt worden war. So kam unter dieser Führerschaft ein buntes Gemisch sozialer und politischer Anschauungen zusammen und zum Ausdruck, das ebenfalls einem einheitlichen und vollständigen sozialpolitischen Programm auch noch nicht von ferne ähnlich sah, das aber doch wenigstens einige einheitliche Grundgedanken hatte. Und diese hießen: Neue, ebenso besonnene wie unbedingte und ausschließliche Vertretung der Interessen der Arbeiter, Anwendung der christlich-sittlichen Grund-

ideen der Nächstenliebe und Gerechtigkeit auf die verfahrenen wirtschaftlichen Einrichtungen der Gegenwart zwecks deren allmählicher Umbildung nach diesen Grundideen, und Unabhängigkeit der Vereine von allen überlieferten politischen Parteien, namentlich auch der konservativen Partei.

Es ist klar, daß diese jüngern Führer im Laufe der Jahre, bei den immer häufiger werdenden gegenseitigen Berührungen innerhalb des Gesamtverbandes, zu den ältern Führern aus der ersten Zeit der Vereine in ernsten Gegensatz treten mußten. Und obwohl sich beide Gruppen lange, ehrlich und aufrichtig bemühten, den Gegensatz zu ignorieren, zu überbrücken, auszugleichen, blieb er doch, wuchs er von Jahr zu Jahr nur größer. Es war eben kein persönlicher — dann wäre er in diesem Kreise sicher bald beseitigt gewesen —, sondern ein prinzipieller. Es standen sich das konservative evangelisch-soziale Prinzip und das proletarische evangelisch-soziale Prinzip scharf und mit dem beiderseitigen Anspruch auf alleinige Giltigkeit gegenüber. Das Unheil, das Todt und Stöcker einst über die christlich-soziale Partei heraufbeschworen hatten, nun brach es auch in das Gehege der evangelischen Arbeitervereine ein und zeitigte seine Früchte. Immer heftiger ward das Drängen der „Jungen" auf Schaffung eines einheitlichen arbeiterparteilichen sozialpolitischen Programms aller evangelischen Arbeitervereine, immer stärker die Forderung nach thatsächlicher Unabhängigkeit der Vereine von allen bestehenden Parteien, nach Entwicklung zu einer Art selbständiger Arbeiterpartei hin. Und dementsprechend immer argwöhnischer, ablehnender ward die Haltung der „Alten" gegen diese Forderungen der „Jungen", die sie ihrer ganzen Vergangenheit nach gar nicht aufnehmen und teilen konnten. Im Jahre 1892 erreichte dieser Gegensatz seine höchste Spannung. Die beiden Führergruppen standen sich, getragen von der Sympathie ihrer Vereine, schroff gegenüber, die „Alten" geführt vom Lic. Weber, die „Jungen" geführt von Pfarrer Naumann in Frankfurt a. M. Eine Spaltung schien unausbleiblich und ganz nahe bevorstehend. Da wurde sie noch einmal verhindert durch die Annahme eines Kompromißprogramms, das im Frühjahr 1893 in Berlin während des vierten evangelisch-sozialen Kongresses zu stande kam. Beide Gruppen hatten im Hinblick auf die gemein-

same Sache, auf die noch immer vorhandnen mächtigen gemeinsamen Berührungspunkte und auf die Unentbehrlichkeit des Gesamtverbandes große Opfer gebracht und sich auf dies Programm geeinigt. Es führt den etwas weitschweifigen Titel: Grundlinien für ein evangelisch-soziales Programm als Anhalt für Vorträge und Diskussionen in den evangelischen Arbeitervereinen, und lautet, mit einem Anhängsel, dem sogenannten Arbeitsprogramm, wörtlich wie folgt:

A. Grundlinien für ein evangelisch-soziales Programm als Anhalt für Vorträge und Diskussionen in den Evangelischen Arbeitervereinen

Wir stehen auf dem Grunde des evangelischen Christentums. Wir bekämpfen darum die materialistische Weltanschauung, wie sie sowohl zu den Ausgangspunkten als zu den Agitationsmitteln der Sozialdemokraten gehört, aber auch die Ansicht, daß das Christentum es ausschließlich mit dem Jenseits zu thun habe. Das Ziel unsrer Arbeit sehen wir vielmehr in der Entfaltung seiner welterneuernden Kräfte in dem Wirtschaftsleben der Gegenwart. Wir sind der Überzeugung, daß dieses Ziel nicht schon erreicht werden kann durch eine nur zufällige Verknüpfung von allerhand christlichen und sozialen Gedanken, sondern allein durch eine organische, geschichtlich vermittelte Umgestaltung unsrer Verhältnisse gemäß den im Evangelium enthaltnen und daraus zu entwickelnden sittlichen Ideen. In diesen finden wir auch den unverrückbaren Maßstab rückhaltloser Kritik an den heutigen Zuständen, wie kraftvolle Handhaben, um bestimmte Neuorganisationen im wirtschaftlichen Leben zu fördern. Wir werden darnach streben, daß die Organisationen bei ihrer Durchführung in gleichem Maße sittlich erzieherisch wirken, wie technisch leistungsfähig und für alle Beteiligten nach dem Maße ihrer Leistung wirtschaftlich rentabel sind. Wir vermeiden es, unsre Forderungen aus irgend einer einzelnen nationalökonomischen Theorie herzuleiten. Dagegen erkennen wir eine unsrer Hauptaufgaben darin, unsre Freunde vollständig und vorurteilslos über die schwebenden wirtschaftlichen Probleme aufzuklären. Wir erblicken in der wachsenden Konzentration des Kapitals in wenigen Händen einen schweren wirtschaftlichen Übelstand, wir fordern daher vom Staate, daß er dieselbe nicht befördere, sondern ihr auf alle gesetzliche Weise entgegenwirke, auch auf dem Wege der Steuergesetzgebung. Unsre Forderungen werden wir formulieren von Fall zu Fall, nach dem Maße der wachsenden wissenschaftlichen Erkenntnis des Wirtschaftslebens. Zur Zeit stellen wir im einzelnen folgende auf:

I. Für den Großbetrieb:

Wir erkennen die hauptsächlich durch die Fortschritte der Technik hervorgerufne Großindustrie als wirtschaftliche Notwendigkeit an, halten es aber für unsre Pflicht, die im Großbetrieb beschäftigten Arbeiter im Streben nach

Erhöhung und Veredelung ihrer Lebenshaltung, um größere ökonomische Sicherheit und den Schutz ihrer persönlichen Güter in Leben und Gesundheit, Sittlichkeit und Familienleben zu unterstützen.

Als Stärkungsmittel sehen wir an:

1. die bisherige staatliche Arbeiterversicherung, deren Vereinfachung und Ausdehnung wir wünschen;
2. die bisherige staatliche Arbeiterschutzgesetzgebung, deren Ausgestaltung wir fordern in Bezug auf:
   a) angemessene Kürzung der Arbeitszeit (Maximalarbeitstag),
   b) Einführung einer Sonntagsruhe von mindestens 36 Stunden,
   c) gesunde Arbeitsräume,
   d) Einschränkung aller dem Familienleben, der Gesundheit und Sittlichkeit schädlicher Frauen- und Kinderarbeit,
   e) Verbot der Nachtarbeit außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt einen fortlaufenden Betrieb nötig machen;
3. die Einführung obligatorischer Fachgenossenschaften, bezw. gesetzlich anerkannter Gewerkschaften;
4. die Sicherheit des vollen Koalitionsrechts der Arbeiter;
5. die Einführung von Arbeitervertretungen oder Ältestenkollegien in den einzelnen Fabriken;
6. die Umgestaltung der Staatsbetriebe in Musterbetriebe bei Gewährleistung der vollen persönlichen Freiheit der Arbeiter und Angestellten.

II. Für den Kleinbetrieb sowie Handel und Gewerbe:

Wir sind nicht der Meinung, daß der gesamte Kleinbetrieb dem Untergange verfallen ist. Wir treten daher für ihn ein, soweit er sich durch Ansätze energischer Selbsthilfe als lebensfähig erweist. Wir fordern:

1. für das Handwerk die Einführung einer korporativen Organisation und die Begründung und Förderung genossenschaftlicher Vereinigungen;
2. für den redlichen Handel und Gewerbebetrieb Schutz durch Beschränkung und Beaufsichtigung des Hausierhandels und der Abzahlungsgeschäfte, sowie durch Beseitigung der Wanderlager und Schleuderbazare;
3. eine Börsenordnung, durch die alle Börsengeschäfte soweit als möglich wirksamer staatlicher Aufsicht unterstellt werden, und durch die besonders dem Mißbrauch der Zeitgeschäfte als Spielgeschäfte, namentlich in den für die Volksernährung wichtigen Artikeln entgegengetreten wird.

B. Arbeitsprogramm für die Evangelischen Arbeitervereine

1. Die Vereine suchen die religiöse, geistige und sittliche Bildung ihrer Mitglieder zu heben.
2. Die Vereine fördern mit aller Kraft die Anhänglichkeit an Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland.

3. Die Vereine suchen mit allen Kräften das Familienleben zu fördern, an dessen gottgewollter Ordnung sie festhalten. Sie treten darum nachdrücklich für Schaffung ausreichend großer, freundlicher, gesunder und billiger Wohnungen ein. Sie hoffen insbesondre die Unterstützung von Arbeiterbaugenossenschaften durch die Mittel des Staats, der Kommunen und reicher Kirchengemeinden.
4. Die Vereine nehmen sich auch der zeitweiligen wirtschaftlichen Notstände ihrer Mitglieder an durch Einführung von Darlehnskassen, Unterstützungskassen in Krankheits- und Sterbefällen, Arbeitsnachweisung, Arbeitslosenversicherung u. s. w. Diese Einrichtungen werden möglichst von Arbeitern selbst geleitet und sollen zugleich als Mittel dienen, sie in ihrem wirtschaftlichen Urteil zu schulen.
5. Sie wollen eine edle Geselligkeit und treue Kameradschaft unter ihren Mitgliedern pflegen.

Das Ganze zerfällt also, wie man sieht, in drei Teile: in einen theoretischen Teil, der das allgemeine evangelisch-soziale Prinzip der Vereine festlegt, in einen sozialpolitischen Teil, dessen Inhalt nur durch Forderung an den Staat und Beteiligung am parlamentarischen Leben durchgesetzt werden kann, und einen sozialpraktischen Teil, das „Arbeitsprogramm," dessen Ziele allein schon durch praktisch-soziale Thätigkeit der Vereine selbst erreichbar sind.

Der prinzipielle Teil stellt zunächst den Ausgangspunkt aller evangelisch-sozialen Gedanken- und Liebesarbeit fest, das evangelische Christentum. Dieses ist Verteidigungsobjekt und Waffe zugleich im Kampfe gegen die christentumfeindliche, materialistisch gerichtete Sozialdemokratie, gegen die es die ganze Bewegung der evangelischen Arbeitervereine scharf und gründlich abgrenzt. Dann aber wird dasselbe evangelische Christentum auch als die rettende, ausschlaggebende Lebensmacht auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens proklamiert, die zu verwirklichen und zur ökonomischen Erscheinung zu bringen die Vereine berufen werden. Dies allein, nichts andres, soll von nun an für sie alle die eigentliche positive Arbeit sein. Konfessionelle oder gar erbauliche Bestrebungen sind damit für immer von ihnen abgewiesen. Sie gehören der Vergangenheit an. Christliche Gesinnung und persönliche Frömmigkeit ist und bleibt zwar die selbstverständliche Voraussetzung zum Eintritt in die Vereine, aber sie als Selbstzweck in ihnen besonders zu pflegen, ist nicht mehr die Aufgabe. Sodann wird der Versuch gemacht, auch den Weg zu zeigen, auf dem man sich ungefähr diese

„Entfaltung der welterneuernden Kräfte des Christentums im Wirtschaftsleben der Gegenwart" denkt. Mit Recht wird hier jeder religiös-soziale Dilettantismus, jeder Versuch, kleine, zufällig aufgelesene Mittelchen als das Evangelisch-Soziale hinzustellen, zurückgewiesen, eine organische Gestaltung des Wirtschaftslebens nach den Ideen der Nächstenliebe und Gerechtigkeit gefordert.

Mit dieser Forderung kommt ein neuer prinzipieller Gesichtspunkt in die evangelisch-soziale Bewegung, die weder Todt noch Stöcker vorher gehabt haben. Todt hatte bekanntlich, besonders durch die Fehler, die er sich dabei zu schulden kommen ließ, nachdrücklichst und unvergeßlich auf die heilige Schrift als das Ausgangsgebiet aller evangelisch-sozialen Arbeit hingewiesen, ohne freilich auch nur einen richtigen Weg von ihm aus in die Praxis zu zeigen. Erst Stöcker hatte ihn in diesem Punkte auf das glücklichste ergänzt: den Inbegriff aller sittlichen Kräfte des Evangeliums wollte er durch seine Bewegung zum Gemeingut aller im Wirtschaftsleben der Nation beteiligten machen und damit dieses selbst gewissermaßen in eine ethische Atmosphäre hineinstellen. Hier nun wird noch ein weiterer Schritt vorwärts gethan. Nicht nur für die Personen des wirtschaftlichen Getriebes, auch für dieses selbst sollen jene sittlichen Ideen direkt und ausschließlich maßgebend, bedingend, schöpferisch wirksam sein. Nicht bloß die Menschen sollen aus dem Geiste des Evangeliums heraus geboren werden, sondern auch die öffentlich-wirtschaftlichen Einrichtungen. Man glaubt an die Möglichkeit, allein aus den Sittenforderungen des Evangeliums heraus dauernd zu eigentümlichen, charakteristischen, von allen andern unterschiednen und mehr als alle andern segensreichen ökonomischen Organisationen gelangen, also eine Art evangelischer Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis schaffen zu können. Das liegt deutlich in den Worten: „In den sittlichen Ideen des Christentums finden wir . . . . kraftvolle Handhaben, um bestimmte Neuorganisationen im wirtschaftlichen Leben zu fordern, die . . . . in gleichem Maße sittlich erzieherisch wirken, technisch leistungsfähig und für alle Beteiligten nach dem Maße ihrer Leistungen wirtschaftlich rentabel sind." Aber so originell dieser Gedanke ist, so unmöglich, undurchführbar ist er. Das zeigt schon die Thatsache, daß dasselbe Programm, das ihn zum erstenmale fest formuliert ausspricht, nicht den geringsten

Versuch macht, ihn zur Anwendung und Durchführung zu bringen: keine der Einzelforderungen der nachfolgenden zwei Programmteile ist aus diesem neuen, angeblich alles bedingen sollenden Gesichtspunkt entwickelt und erwachsen; und niemals in den drei Jahren, seitdem der Gedanke neu proklamiert ist, ist auch nur ein ernstlicher Versuch gemacht worden, diese Lücke des Programms, wenn auch nur zunächst privatim auszufüllen. Einfach, weil sie nicht auszufüllen ist, weil es thatsächlich keine eigne besondre, direkte Brücke von der Sphäre des Sittlich-religiösen zu dem Gebiete des Wirtschaftlichen giebt, weil sich nie sittliche Gedanken unmittelbar in ihnen entsprechende eigentümliche wirtschaftliche Gebilde umsetzen lassen. So bedeutet dies neue Prinzip in Wirklichkeit keinen Fortschritt, sondern einen Fehler, einen Rückfall in die Zeit vor Stöcker, der allein die richtige Position in diesem Falle eingenommen hat, eine Reminiszenz an Todt, dem es zwar nicht entstammt, aber mit dessen Irrtum, daß die sozialdemokratischen Forderungen direkt göttliche Wahrheiten enthielten, es eng verwandt ist. Glücklicherweise wird dieser prinzipielle Fehler des Programms durch viele Vorzüge einigermaßen wieder ausgeglichen. So besonders durch die Freiheit der Kritik, die an den wirtschaftlichen Zuständen zu üben geradezu zur Pflicht gemacht wird, sowie durch die Aufgabe, die gestellt wird, vollste vorurteilsloseste Offenheit über das Wesen und die Zustände des heutigen Wirtschaftslebens gegenüber den „Freunden," also den Mitgliedern, nnd vor allen den Arbeitermitgliedern der Vereine walten zu lassen. Damit werden diese für vollbürtige, urteilsfähige Männer erklärt, vor denen keine Verschleierung der wirtschaftlichen Zustände erlaubt ist, selbst wenn die wahrheitsgemäße Behandlung der Dinge auf manchen ferne stehenden oder gegenteilig Interessierten den Eindruck der „Verhetzung" machen könnte. Endlich wird noch ein einzelner charakteristischer, wirtschaftlich-theoretischer Gedanke, Einschränkung der wachsenden Konzentration des Kapitals, genannt, und — der prinzipielle Teil ist zu Ende.

Der zweite, sozialpolitische enthält nun die Einzelforderungen, auf die man sich geeinigt hat. Liest man sie aufmerksam durch, so zeigt sich abermals die Wirkung des christlich-sozialen und staatssozialistischen Arbeiterprogramms Stöckers vom Jahre 1878. Fast alle Forderungen, soweit sie nicht erfüllt sind, kehren wieder, genau

wie auch in dem neuen Stöckerschen Programm von 1895. Nur der Abschnitt über die Judenfrage fehlt. Hierüber war eine Einigung unter den beiden Gruppen so wenig zu erzielen, wie über andre Fragen, z. B. die Agrar- und Landarbeiterfrage. So wurden sie einfach weggelassen, was um so leichter anging, als bei den meisten von ihnen die Evangelischen Arbeitervereine durch ihre Mitglieder nicht direkt interessiert waren. Das Ganze dieses zweiten Teils bestätigt übrigens die Richtigkeit der über den prinzipiellen Teil geäußerten Ausstellungen; es ist nicht möglich nachzuweisen, daß diese im zweiten Teil zusammengestellten Forderungen organisch aus dem evangelisch-sozialen Prinzip, wie es dort als Mutterboden für sozialpolitische Neuorganisationen aufgestellt ist, herauswachsen. Sie sind weder neu, wie doch das dort proklamierte Prinzip, noch spezifisch evangelisch, nur sozial.

Endlich der dritte Teil entpuppt sich sofort als eine neue Auflage des alten Anfangsstatuts der rheinisch-westfälischen Vereine. Es ist gut wie dieses, nur vergrößert durch Aufnahme einer Reihe praktischer Arbeitsziele, die von einzelnen Vereinen schon verwirklicht waren. Doch sind nicht alle solche Ziele, die viele Vereine thatsächlich verfolgen, darin aufgezählt.

Es ist nun noch ein Gesamturteil über das ganze Programm zu fällen. Unleugbar bedeutet es wieder einen Fortschritt in der geistig-sozialen Entwicklung der Vereine, und zugleich einen gewissen Sieg der „Jungen“ über die „Alten.“ Erst durch dieses Programm sind die Vereine recht eine öffentliche, zukunftsfähige und zukunftsfrohe Größe geworden. Durch seine Annahme haben namentlich auch die Vereine der ältern Zeit, wenigstens offiziell, eine nicht unbedeutende sozialpolitische Förderung erfahren. Aller konfessionell erbauliche Charakter ist seitdem abgethan, ein ernster, christlich-sozialpolitischer an seine Stelle getreten; ein zwar ungenügendes aber immerhin eigentümliches evangelisch-soziales Ideal ist nunmehr allen gesteckt und von allen angenommen; die Arbeiter sind endlich als gleichwertige geistige Größen in wirtschaftlichen Fragen anerkannt, die man nicht mehr patriarchalisch bevormunden, denen man nicht mehr wirtschaftliche Erkenntnisse vorenthalten will, selbst auf die Gefahr der Erregung größerer Leidenschaftlichkeit hin; und im Interesse des kleinen Mannes wird der Übermacht und den Übergriffen

des Kapitals der Krieg erklärt. Die Einzelforderungen namentlich für den Großbetrieb atmen bei aller Besonnenheit nicht zu leugnendes starkes Interesse für den Arbeiter und enthalten in den Punkten drei und vier heute vielfach als ultraradikal verschrieene Forderungen für sie. Auch was unter dem andern Abschnitte dieses zweiten Teils namentlich über das Handwerk gesagt ist, ist mehr der heutigen wirtschaftlichen Erkenntnis als der Rücksicht auf den Standpunkt mächtiger Parteien entsprungen und vermeidet wenigstens im Wortlaut die alten konservativen Handwerkerforderungen, während die moderne Forderung nach genossenschaftlicher Selbsthilfe offen und ausgesprochen daneben gestellt ist. Und auch das Zustandekommen des ganzen Programms selbst, der programmatischen Grundlinien sowohl wie des Arbeitsprogramms war eine Art Selbständigkeitserklärung der gesamten evangelischen Arbeitervereinsbewegung für die Zukunft. Also: ein Fortschritt der Vereine durch dieses Programm und auch verhältnismäßig ein Sieg der „Jungen" über die „Alten" in dieser Frage des Programms ist nicht zu leugnen, ebenso wie die bei dieser Angelegenheit von den „Alten" bewiesene Selbstbeschränkung und Einigungsbereitwilligkeit nicht genug hervorzuheben ist.

Gleichwohl ist eine eigentliche gründliche und befriedigende Klärung des im Hintergrunde liegenden Gegensatzes des konservativen und proletarischen Prinzips auch durch dies Programm nicht erreicht. Vielmehr wurde gerade durch das Programm die Klärung und endgiltige Beseitigung dieses unglückseligen innern Zwiespalts wieder vertuscht und auf spätere Zeiten vertagt.

Und heute schon zeigen sich die Folgen davon. Das Programm hat heute schon seine einigende Kraft wieder verloren; die Gegensätze zwischen den „Alten" und „Jungen" sind mindestens so stark wie vor dem Kompromiß von 1893. Äußerlich ist zwar noch alles ruhig und in Frieden; im Innern aber ist die Spannung nur desto größer. Ganz natürlich. Denn der doppelte Geist, der in den Vereinen geherrscht hat, war auch durch das Programm nicht überwunden, nicht gebannt. Und so ward das Programm selbst schließlich nur ein neuer Anlaß, ihn zu offenbaren. Jede der beiden Gruppen legte kraft der ihr eigentümlichen besondern, hier konserva-

tiven, da proletarischen Gesinnung die Programmpunkte in ihrem Geiste aus. Und so stärkte sich dieser nur desto mehr, je eindringlicher, aufrichtiger sich die ernstgesinnten, strebsamen, arbeitsfreudigen Naturen auf beiden Seiten in den Inhalt des Programms vertieften. So wurden aus dem einen Programm schließlich zwei, zwar mit genau demselben Wortlaut, genau denselben Forderungen, aber dem doppelten, dem entgegengesetzten Geiste, dem konservativen hier, dem proletarischen da. Nur der gleiche Wortlaut hält beide, die „Alten" unter Webers Leitung, die „Jungen" unter Naumanns Führung heute noch zusammen; das Programm selbst ist nichts weiter als ein schon etwas verblichenes Firmenschild, das jeder der beiden Geschäftsteilhaber noch benutzt, so oft es ihm paßt, sonst aber machen beide ihre Geschäfte in eigner Sache, auf eigne Faust und Rechnung.

So endet die hoffnungsreiche Bewegung der evangelischen Arbeitervereine in der Gegenwart mit einem klaffenden Riß. Das konservative und das proletarische Prinzip stehen sich auch in ihnen schroff und unversöhnbar gegenüber; der Gegensatz beider beginnt bereits die Ausbreitungskraft der Vereine zu lähmen. Ihre Zukunft fängt an, gefährdet zu werden. Es kommt jetzt alles darauf an, daß dieser Gegensatz schnell und gründlich überwunden wird.

Sechstes Kapitel

Der Evangelisch-soziale Kongreß

Eine Zusammenfassung aller bisher geschilderten evangelisch-sozialen Strömungen versucht der Evangelisch-soziale Kongreß darzustellen.

Der erste Gedanke des Kongresses stammt vom Hofprediger Stöcker. Als im Frühjahr 1890 die bekannten kaiserlichen Erlasse erschienen, das Arbeiterschutzgesetz in Aussicht gestellt, das Sozialisten-

gesetz mehr und mehr außer Wirksamkeit gesetzt, die internationale Arbeiterschutzkommission nach Berlin berufen wurde, und ein neuer frischer sozialer Luftzug auch durch weite Kreise der evangelischen Kirche ging, hielt Stöcker die Zeit für gekommen, von neuem seine christlich-sozial-konservative Thätigkeit in größtem Stile zu entfalten und seine seit 1887 mehr oder weniger ruhende gesamtpolitische Arbeit wieder aufzunehmen. Als ein solches Mittel erschien ihm die Einberufung eines allgemeinen christlich-sozialen Kongresses, auf dem er alle ihm irgendwie verwandten sozialen Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche sammeln und zu neuer verdoppelter Thätigkeit anspornen wollte. Er trug den Plan einigen seiner intimen Freunde, darunter auch dem Pfarrer Lic. Weber in M.-Gladbach vor. Alle, voran Weber, stimmten ihm sofort freudig zu. Nur machte Weber einen bedeutsamen Ergänzungsvorschlag. Er bat, nicht bloß die engern theologischen und politischen Gesinnungsgenossen, sondern alle einzuladen, die in der neuen Zeit auf evangelischem Boden soziale Arbeit mitleisten wollten. Er hatte durch seine Zugehörigkeit zum Evangelischen Bunde Fühlung mit den mittelparteilichen und theologisch liberaleren Kreisen der evangelischen Kirche und dadurch die Überzeugung gewonnen, daß ein guter Teil auch von diesen zur Mitarbeit ehrlich und gern bereit sei. Stöcker ging sofort auf den Vorschlag Webers ein. Verhandlungen mit den Führern aller kirchlichen Parteien wurden angeknüpft. Sie führten schnell zu einem überraschend günstigen Ergebnis. Eine große Zahl bedeutender Männer aus allen Teilen des Reichs und beinahe jeder kirchenpolitischen Färbung erklärten sich zu einem solchen Versuche bereit und unterzeichneten mit Stöcker und dessen Anhang die Einladungen zu einem nunmehr Evangelisch-sozialen Kongreß in der Pfingstwoche in Berlin. Die Einladungen waren in allen bedeutenderen Blättern fast aller politischen Richtungen veröffentlicht worden und führten am 27., 28. und 29. Mai 1890 ungefähr 800 evangelische Menschen in das Vereinshaus der Berliner christlich-sozialen Partei, in den Saal der Berliner Stadtmission am Johannistisch zusammen.

Diese Achthundert stellten freilich ein unendlich buntes Gemisch dar. Alle Stände, alle Parteischattierungen waren unter ihnen vertreten. Adliche Großgrundbesitzer und große Fabrikanten,

Handwerker und Fabrikarbeiter, Kaufleute und Beamte, Pastoren und Konsistorialräte, Professoren und Studenten waren in gleicher Weise anwesend. Manche Liberale und Konservative, die sich bisher gemieden, sahen sich hier zum erstenmal von Angesicht zu Angesicht. Ganz natürlich überwog in der Versammlung das theologische und pastorale Element. Und ebenso natürlich führte dieses dann auch in den Versammlungen vorwiegend das Wort.

Es waren sechs Vorträge mit anschließender Diskussion angekündigt. Deren Themata lauteten: Die Kirchengemeinde in ihrer sozialen Bedeutung; Die Arbeiterschutzgesetzgebung; Die Wohnungsnot der arbeitenden Klasse und ihre Abhilfe; Die Evangelischen Arbeitervereine, ihre Bedeutung und weitere Ausgestaltung; Die gegenwärtigen Bestrebungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik; Unsre Stellung zur Sozialdemokratie. Alle Referate wurden in anziehender Weise, einzelne mit geradezu glänzender, hinreißender Kraft, mit teilweise originellen Gedankengängen gehalten, und allen schloß sich eine Diskussion an. Aber merkwürdig, oder vielmehr ganz selbstverständlich, wich diese, wo es nur immer möglich war, von dem zu diskutierenden Stoffe ab und kehrte immer, immer wieder zu dem Gegenstande der Vorversammlung zurück, die am Vorabend des Kongresses in einem kleineren, vertraulichen Kreise abgehalten worden war, und in der man die Frage einer dauernden Zusammenarbeit aller kirchlichen und theologischen Richtungen auf sozialem Gebiete gründlich und offen erörtert hatte. Man hatte da in nicht genug zu rühmender Ehrlichkeit kaum ein Blatt vor den Mund genommen, alle Bedenken, die gegen ein solches Unternehmen vorzubringen waren, geäußert, alle Hindernisse, die man sich selber gegenseitig in den Weg zu legen in Gefahr war, besprochen, die gesamte damalige kirchenpolitische und theologische Situation innerhalb der deutschen evangelischen Kirchen in ernsteste Erwägung gezogen, und war doch oder gerade deshalb schließlich zu der freudigen Erkenntnis gelangt, daß ein dauerndes Zusammenarbeiten auf diesem Gebiete sehr wohl möglich, die ernsteste Bereitwilligkeit dazu allgemein vorhanden war. Und so sehr zitterten diese Erörterungen in den Herzen der meisten nach, so groß war die Freude über die neuerschlossene Aussicht, daß man in den Diskussionen der zwei Kongreßtage immer wieder auf sie zurückkam, den zur Besprechung

stehenden Stoff immer wieder beiseite schob, und die religiös-kirchlichen Gesichtspunkte immer wieder hervorholte zur Beleuchtung der von einander abweichenden religiös-sozialen Anschauungen, zur gegenseitigen ehrlichen Informierung über sich selbst, zur immer wiederholten Beteuerung der aufrichtigen Freude über die Aussicht auf die kommende gemeinschaftliche Arbeit und über den damit gewonnenen innerkirchlichen Fortschritt einer größern Annäherung der verschiednen kirchlichen Richtungen an einander. Darum war, als man am Ende des Kongresses das nur vorläufige Ergebnis der Vorversammlung zu einem endgiltigen machte, und beschloß, den Versuch zu wagen, zusammenzubleiben und übers Jahr wieder zusammenzukommen zu gemeinsamer evangelisch-sozialer Arbeit, schließlich auch nicht eine neue soziale Idee, waren nicht neue sozialpolitische Gesichtspunkte das Ergebnis der zweitägigen mühsamen Beratungen, sondern eben dieser innerkirchliche, kirchenpolitische Fortschritt, die bisher in diesem Umfange in der evangelischen Kirche kaum dagewesene Thatsache, daß sich alle Richtungen der Evangelischen zu einer gemeinsamen Arbeit freiwillig, rückhaltlos und dauernd verbanden.

Und der Evangelisch-soziale Kongreß hat sich diese hervorragende kirchenpolitische Bedeutung in allen den sechs Jahren seines Bestehens bewahrt. Noch heute ist es wie an seinem Beginn: Angehörige aller kirchenpolitischen und theologischen Richtungen sind seine treuen Freunde, seine Mitglieder und seine Führer. Die, die sich sonst scharf und unerbittlich bekämpfen, sitzen in seinem Bann friedlich bei einander, ohne sich dabei ihre Gegensätze zu vertuschen, ohne sich über die bestehenden Differenzen zwischen einander einer Täuschung oder auch nur einer Schönfärberei hinzugeben, aber auch ohne das Trennende hier zum Austrag zu bringen. Die kirchenpolitischen Zwiste werden, einer stillschweigenden Verabredung gemäß, auf anderm Plan, zu andern Zeiten ausgefochten. Und so oft das geschieht, zeigt sich auch da wieder die Wirkung der einigenden gemeinsamen Arbeit im Kongreß, darin, daß diese Kämpfe vielfach ihre scharfe persönliche Spitze verloren haben, sachlicher geworden und freier von allerhand fälschlichen Unterschiebungen und gehässigen Verdächtigungen der Gegner geblieben sind. Eben durch

die Beteiligung am Kongreß kennt man sich heute persönlich und hat sich ganz anders als früher achten und würdigen gelernt.

Dem Kongreß selber aber hat diese eigentümliche Thatsache so gut wie nicht geschadet, eher noch genützt. Er ist heute so fest gefügt wie zu Anfang, und gegenseitiges Vertrauen wie offne Ehrlichkeit verbindet seine Glieder, namentlich die jüngeren unter einander. So konnte es geschehen, daß, als im Jahre 1892 der bekannte leidige Apostolikumstreit ausbrach, in dem auf der einen Seite Professor Harnack, auf der andern Hofprediger Stöcker als die Führer standen und kämpften, diese zwei Männer doch im Vorstande des Kongresses friedlich und sachlich miteinander tagten und ratschlagten, der Kongreß aber nicht im geringsten in seinem Bestande, seiner Arbeit, seiner Popularität erschüttert wurde. Ein einziges Mitglied nur erklärte damals seinen Austritt, mit der Motivierung, daß es einer Organisation nicht weiter angehören könne, in der Männer als Führer stünden, die selbst vor dem Angriff auf die Symbole unsrer Kirche nicht zurückschreckten. Sonst ist auch dieser Streit, der soviel Staub aufwirbelte, soviel alte Gegensätze neu aufdeckte, so wenig gute Wirkungen hatte, an dem Kongreß spurlos vorübergegangen, ein schlagender Beweis ebensowohl für die Festigkeit seiner Organisation wie vor allem für seine kirchenpolitisch versöhnende Kraft, die ihm schon auf jenem ersten Kongreß geschenkt worden war.

Eine eigentlich soziale oder gar sozialpolitische Wirkung dagegen hatte dieser erste Kongreß, wie schon gesagt, nicht. Es war das auch gar nicht möglich. Erst mußte der Boden geschaffen sein, auf dem man gemeinsam arbeiten wollte, ehe diese Arbeit selber begann, ehe er bebaut werden und Früchte bringen konnte. Der erste Kongreß, wenn er nicht eine kirchlich-soziale Treibhauspflanze sein wollte, die nach einigen Jahren jämmerlich verdorrte, konnte gar nichts andres als nur eine Vorbereitung auf weitre folgende Kongresse sein. Das spricht auch die Resolution aus, mit der man am Schlusse des ersten Kongresses auseinanderging, und die folgendermaßen lautete:

Der Evangelisch-soziale Kongreß, in Erwägung, daß es eine Pflicht der evangelischen Christenheit ist, die in ihr lebendigen Kräfte des Glaubens und der Liebe für die Bekämpfung der sozialen Mißstände und Gefahren der Gegenwart fruchtbar zu machen, in Erwägung, daß es zur Erreichung dieses

Zweckes unerläßlich ist, für die Behandlung der einschlagenden Fragen, für die Verbreitung der wichtigen Kenntnisse und Maßnahmen und für die Einberufung allgemeiner evangelisch-sozialer Versammlungen einen festen Mittelpunkt zu schaffen, weist das von ihm zu wählende Komitee an, sich in weitestem Umfange an geeignete evangelische Männer aller Stände und Berufsarten im deutschen Vaterlande mit der Aufforderung zu wenden, daß sie einem Ausschuß beitreten, der die Verwirklichung dieser Ziele in die geeigneten Wege leitet.

Die Resolution ist übrigens in jeder Beziehung äußerst vorsichtig und zurückhaltend formuliert. Sie enthält nicht das geringste soziale Programm, proklamiert nur die Pflicht des evangelischen Christen zur Teilnahme an der allgemeinen sozialen Hilfsarbeit und den allgemeinen Grundsatz, unter dem es zu geschehen hat, also das oberste allerdings rein formale evangelisch-soziale Prinzip: die sittlichen Mächte des Glaubens und der Liebe für die sozialen Probleme fruchtbarer zu machen als bisher. Sonst aber überläßt sie alles der Zukunft, der Einzelarbeit aller und den vorbereitenden, aber auch nicht bindenden Schritten des unparteiischen Komitees, das noch auf dem Kongreß selbst aus Männern Berlins und der Umgegend gewählt wurde. Es waren folgende: Pastor Burckhardt, konservativ und christlich-sozial; Professor Dr. Hans Delbrück, freikonservativ; Professor D. Kaftan, politisch konservativ, kirchlich mittelparteilich; Professor Dr. Kropatschek, rechtskonservativ; Kommerzienrat Metzenthin, konservativ und christlich-sozial; Landesökonomierat Nobbe, freikonservativ und kirchlich mittelparteilich; Prediger Professor Dr. Freiherr v. Soden, desgleichen; und Stöcker. Im Laufe der seitdem verflossenen sechs Jahre ist einer dieser Männer aus dem Komitee wieder ausgeschieden, fünf andre sind dazu getreten, sodaß gegenwärtig das Aktionskomitee des Kongresses aus folgenden zwölf Herren besteht: Burckhardt, Delbrück, Kaftan, Metzenthin, Nobbe, Freiherr v. Soden, Stöcker, Prediger Dr. Arndt, liberal, kirchlich Protestantenvereinler; Geheimer Justizrat Professor Dr. Gierke, konservativ; Oberverwaltungsgerichtsrat Hahn, konservativ und kirchlich positiv; Professor Dr. Harnack, liberal; und endlich Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Adolf Wagner, konservativ und christlich-sozial. Das Ehrenpräsidium bei den jährlichen Kongressen ist regelmäßig Adolf Wagner übertragen worden, der auch schon die Verhandlungen des ersten Kongresses geleitet hatte.

Erster Vorsitzender ist seit der Konstituierung des Aktionskommitees bis heute Landesökonomierat Nobbe gewesen. Ihm vor allem verdankt der Kongreß seine heutige Leistungsfähigkeit und die Gewißheit seiner zukünftigen Dauerhaftigkeit. Mit weitem politischem Blick, mit Besonnenheit und Thatkraft hat er alle Unternehmungen des Kongresses seit seinem Bestehen geleitet, ist er den ihnen drohenden Gefahren geschickt begegnet, hat er die namentlich in den ersten Jahren noch vielfach auftauchenden innern Schwierigkeiten immer wieder und gründlich beseitigt, jede nicht zur Kompetenz des Kongresses gehörige Regung, wenn es sein mußte, rücksichtslos und energisch unterdrückt. Neben Nobbe steht, ebenfalls seit 1890, als zweiter Vorsitzender Adolf Stöcker, der eigentliche Vater des Kongresses, der darum stets besonders geehrt und berücksichtigt, dennoch diesen Vorzug nie zu Gunsten seiner eignen und natürlich auch im Kongreß vielfach nicht geteilten christlich-sozialen, antisemitischen und konservativen Anschauungen ausgenutzt hat, sondern in weiser Mäßigung die von ihm geschaffne Organisation sich selbständig und selbstthätig unter der Mitarbeit aller Andersdenkenden entwickeln und eigne Wege einschlagen ließ. Nobbe, Stöcker, Wagner, diese drei sind so die vornehmsten und charakteristischsten Repräsentanten des Evangelisch-sozialen Kongresses geworden.

Mit Eifer und Erfolg gingen die auf dem ersten Kongreß als Aktionskomitee gewählten acht Männer noch im Sommer 1890 an die ihnen gestellte Aufgabe. Sie sammelten zunächst einen großen, jetzt 71 Herren und zwei Damen zählenden Kreis von Evangelischen aller kirchlichen und theologischen Richtungen, der verschiedensten Stände und Berufskreise und der entgegengesetztesten evangelisch-sozialen Anschauungen aus allen Teilen des Reichs um sich und schufen daraus den sogenannten weitern Ausschuß des Evangelisch-sozialen Kongresses. Ihm wies man folgende fünf Aufgaben für die Zukunft zu:

a) Abhaltung von Sitzungen nach Bedürfnis, jedoch mindestens zweimal jährlich;

b) Feststellung des Ortes, der Zeit und der Tagesordnung für den alljährlich zu berufenden Evangelisch-sozialen Kongreß;

c) Gewinnung der Referenten für die auf den Kongressen zu haltenden Vorträge;

d) Besprechung sozialer Fragen sowie Beschlußfassung über Angelegenheiten der Organisation und Agitation;
e) Aufstellung des Jahresbudgets sowie Prüfung und Dechargierung der Rechnungen.

Das Aktionskomitee selbst setzte für sich folgende Geschäfte fest:

a) Abhaltung periodischer, der Regel nach monatlicher Sitzungen;
b) Anregung zur Abfassung evangelisch-sozialer Broschüren, Schriften und Flugblätter; Prüfung und Vertrieb dieser sowie andrer sozialer Drucksachen;
c) fortlaufende Leitung der Agitation für den Kongreß;
d) Vorbesprechung mit den für den Kongreß bestellten Referenten über die vorzuschlagenden Thesen;
e) Beschlußfassung über die zu leistenden budgetmäßigen Ausgaben;
f) Feststellung der Tagesordnung für die Sitzungen des Ausschusses;
g) Berichterstattung über die laufenden Arbeiten an die Mitglieder des Ausschusses.

Mit Hilfe des Ausschusses wurden dann zahlende Mitglieder des Kongresses geworben, um Geld zu schaffen für die laufenden Kosten des Unternehmens. Man hat sich dabei aber nie besonders weite Ziele gesteckt, und nie hat man es auf die Gewinnung von Massen als Mitglieder abgesehen. Man begnügte sich vielmehr, einen festen, sichern Stamm möglichst zahlungskräftiger und überzeugter Gesinnungsgenossen dauernd zu sammeln. Dementsprechend ward die Summe von fünf Mark als jährliche Mindestleistung festgesetzt. Thatsächlich aber wird sie nur von der Hälfte der Mitglieder gezahlt, die andre Hälfte hat sich zu jährlichen Beitragssummen verpflichtet, die zum Teil ganz bedeutend höher als die vorgeschriebne Summe sind. Mit Hilfe der so flüssig gemachten Gelder hat man bisher alle, zeitweise sogar ziemlich große laufende Ausgaben zu bestreiten vermocht. Ein einziges mal ist ein Extrabeitrag erbeten worden.

Noch in demselben Jahre 1890 wurde auch eine wissenschaftlich gebildete Hilfskraft vom Aktionskomitee als Generalsekretär des Evangelisch-sozialen Kongresses angestellt. Der Generalsekretär, der einzige besoldete Beamte des Kongresses, erhielt folgende Aufgaben als seine ständige Thätigkeit vom Aktionskomitee zugewiesen:

a) Abstattung des Jahresberichts auf den Kongressen;
b) Abstattung mündlicher Monatsberichte an das Aktionskomitee über wichtige theoretische und praktische Erscheinungen auf dem Gebiete der sozialen Bewegung, auf Grund persönlichen Studiums der jeweilig erscheinenden wissenschaftlichen und Broschürenlitteratur volkswirtschaftlichen Inhalts, sowie sozialdemokratischer und katholisch-sozialer Preßerzeugnisse;
c) Vertretung der Interessen und Bestrebungen des Kongresses in der Presse;
d) Fühlungnahme mit verwandten Bestrebungen, insbesondre mit den großen evangelisch-kirchlichen Vereinigungen;
e) Schaffung eines Mittelpunktes zur Auskunftserteilung, Belehrung und Unterweisung in evangelisch-sozialen Fragen und Angelegenheiten;
f) Besuch geistesverwandter und gegnerischer Versammlungen.

Mit dem mitgeteilten war die äußere Organisation des Kongresses vollendet. Nun aber erwuchs für das Aktionskomitee auch die Pflicht, die innern Bedingungen einer künftigen kräftigen Existenz des Kongresses festzulegen, womöglich Richtlinien zu schaffen, nach denen er sich ausleben, Ziele zu stecken, nach denen hin er sich entwickeln sollte, mit einem Worte, ihm das richtige innere Prinzip für seine Arbeit zu geben. Aber — wie sollte das geschehen? Hier stand das Komitee vor einer ungleich schwierigern Frage als der eben erörterten, der äußern Organisierung des neuen Unternehmens. Wohl war genug Gedankenmaterial da und wurde zum Teil sogar ziemlich aufdringlich als das richtige, wahre, rettende evangelisch-soziale Prinzip dem Komitee zur ausgiebigsten Benutzung angeboten, aber welches war darunter das richtige? Auf dem ersten Kongreß waren Männer der Innern Mission, christliche Politiker der verschiednen bestehenden politischen Parteien, Angehörige der Sulzeschen Gemeindeidee, Christlich-soziale Stöckerscher Richtung, Führer und Mitglieder der Evangelischen Arbeitervereine, Genossenschaftler nach Huberscher Manier, sowie allerhand sonstige Spezialisten, wie z. B. Bodenbesitzreformer und Anhänger des germanischen Rechtsideals vertreten gewesen, wohl alle in dem Bewußtsein, daß sie mit den Zielen, die sie verfolgten, mit der Arbeit, die gerade sie thaten, das echte evangelisch-soziale Ziele hätten, die einzig wahre evangelisch-soziale Arbeit schon leisteten, das wirklich evangelisch-soziale Gedankenmaterial bereits parat hätten. Und doch wurde fast jeder dieser Richtungen dieser Glaube von den andern bestritten, die ihrerseits dieselbe Überzeugung eben

von sich hatten und zum Ausdruck brachten. Wer hatte da Recht? Und hatte es wirklich eine dieser Gruppen, und wurde diese vom Aktionskomitee, wozu es sich bei seiner Zusammensetzung selbst gar nicht für kompetent hielt, durch einen Machtspruch für die Trägerin des wahren evangelisch-sozialen Prinzips erklärt, so war es sicher mit der eben gewonnenen Einigkeit aller Evangelischen, die auf sozialem Gebiete mitarbeiten und mithelfen wollten, wieder vorbei, und der Kongreß, der nur so vielseitig, wie er geworden war, auch bestehen konnte, ging für immer wieder in die Brüche. So blieb nichts übrig, als auch diese Frage der Entwicklung der Zukunft, der bevorstehenden Arbeit des Kongresses selber zu überlassen und, unter Anerkennung der Gleichberechtigung aller, auch der einseitigsten und kleinlichsten bisherigen sogenannten evangelisch-sozialen Strömungen, nur den bereits auf dem ersten Kongreß gewonnenen und in der Schlußresolution auch ausgesprochnen Gedanken aufzunehmen und als das allgemeinste evangelisch-soziale Prinzip für alle evangelisch-soziale Arbeit der Zukunft festzusetzen: „die Kräfte des Glaubens und der Liebe für die Bekämpfung der sozialen Mißstände der Gegenwart fruchtbar zu machen.“ Demgemäß wurde es für die künftige Aufgabe des Evangelisch-sozialen Kongresses erklärt, die sozialen Zustände unsers Volkes vorurteilslos zu untersuchen, sie an dem Maßstabe der sittlichen und religiösen Forderungen des Evangeliums zu messen und diese selbst für das heutige Wirtschaftsleben fruchtbarer und wirksamer zu machen als bisher. Wie das geschehen sollte, wurde mit keinem Worte auch nur angedeutet. Der Kongreß selbst sollte in seinen jährlichen Versammlungen den rechten Weg erst finden. Und alle die oben genannten Richtungen sollten dazu mithelfen. Alle sollten sich an den Verhandlungen beteiligen, sollten zum Worte kommen, sollten ihre Position auf das genauste darlegen, und in Rede und Gegenerde sollte dann jede einzelne geprüft, gegen die der andern genau abgewogen, und alle für recht befundnen dann womöglich in ein organisches, logisch notwendiges System, auf eine einheitliche Formel gebracht werden: so sollte der evangelisch-soziale Gedanke für alle Zeiten geklärt, ausgearbeitet und zur Verwirklichung gebracht werden.

Es ist heute keine Frage mehr, daß dies der einzig richtige Weg gewesen ist, um den Kongreß lebensfähig zu erhalten und zu der Bedeutung zu bringen, die er heute hat. Aber freilich, er bekam dadurch von vornherein auch einen weder von seinem Gründer noch von der Mehrzahl der Besucher des ersten Kongresses gewollten, rein akademischen, theoretischen Charakter. Auf dem ersten Kongreß war die Neigung und Absicht sehr stark vertreten gewesen, die neue Organisation womöglich sofort in politische Aktionen hineinzuführen, den geistigen Kampf gegen die vom Sozialistengesetz befreite Sozialdemokratie im ganzen Reiche zu organisieren, allerhand praktisch-soziale Arbeiten großen Stils sofort zu beginnen. Von alledem war aber schon im Laufe des ersten Jahres bald nicht mehr die Rede. Und heute denkt niemand mehr daran, dem Kongreß solche Ziele zu stecken, ihm einen direkt politischen Charakter zu geben, ihn als Macht in das verworrne Getriebe des wirtschaftlichen und politischen Lebens hineinzuwerfen, ihn an eine bestimmte sozialpolitische oder nationalökonomische Richtung anzuketten oder seine Kräfte gar in der Konzentrierung auf einzelne praktische Aufgaben, wie z. B. die Arbeiterwohnungsfrage aufzubrauchen. Der Evangelisch-soziale Kongreß ist vielmehr der Sammelpunkt für alle die verschiednen Strömungen der evangelisch-sozialen Bewegung geworden, wie sie bisher in der Hauptsache geschildert sind; er ist der Boden, auf dem sich alle berühren, austauschen, gegenseitig befruchten und annähern, die Bühne, auf der die führenden Geister der gesamten Bewegung auftreten, ihre Gedanken entwickeln und dem lauschenden Publikum, Anhängern, Nichtanhängern oder direkten Gegnern, wirkungsvoll vortragen, die Münze, in der immer neu auftauchendes evangelisch-soziales Gedankenmaterial zurechtgeschmolzen und geprägt wird, die weithin beachtete Stätte vornehmster Propaganda des evangelisch-sozialen Gedankens. Damit aber ist er zugleich auch die Verwirklichung des Ideals geworden, das Todt einst in seinem Zentralverein für Sozialreform auf monarchischer und christlicher Grundlage erstrebt hatte. Was damals, nach einigen ungenügenden, mehr oder weniger verunglückten Ansätzen schnell wieder in die Brüche ging, ist jetzt im Kongreß glänzend und dauernd verwirklicht.

Die gesamte Organisation des Kongresses und sein eben geschilderter prinzipieller Charakter erhielt vom Aktionskomitee auch

einen formellen und dauernden Ausdruck. Beides, Organisation wie Prinzip des Kongresses, wurde in den „Satzungen“ und in dem „Arbeitsprogramm“ niedergeschrieben, die dann auf dem zweiten Kongresse von der Versammlung angenommen wurden.

Diese Satzungen sind folgende:

1. Der Evangelisch-soziale Kongreß hat es sich zur Aufgabe gestellt, die sozialen Zustände unsers Volks vorurteilslos zu untersuchen, sie an dem Maßstabe der sittlichen und religiösen Forderungen des Evangeliums zu messen, und diese selbst für das heutige Wirtschaftsleben fruchtbarer und wirksamer zu machen als bisher.
2. Ständiges Mitglied des Kongresses ist jeder, der sich zu diesen Grundsätzen bekennt und zu einem Jahresbeitrag von 5 Mark verpflichtet. Dieser erhält die monatlichen Mitteilungen des Kongresses und hat bei den Verhandlungen freien Eintritt.
3. Mitgliedschaften können sich überall mit besondern Vorständen organisieren, jedoch ohne Verantwortlichkeit des Evangelisch-sozialen Kongresses.
4. Der Evangelisch-soziale Kongreß wird alljährlich einmal zu einer allgemeinen Versammlung berufen. Ort, Zeit und Tagesordnung dieser Versammlung werden von dem Ausschuß des Evangelisch-sozialen Kongresses bestimmt.
5. Die Angelegenheiten des Kongresses werden durch den Ausschuß geleitet. Dieser ist auf Grund der Beschlüsse des im Jahre 1890 abgehaltnen ersten Kongresses am 23. Oktober 1890 in Berlin in Wirksamkeit getreten. Er ist berechtigt, sich bis zur Zahl von 100 Mitgliedern durch Kooptation zu verstärken.
6. Der Ausschuß hat seinen Sitz in Berlin. Er erwählt auf die Dauer je eines Jahres seine Beamten.
7. Der Ausschuß hält seine Sitzungen nach Bedürfnis, mindestens jedoch zweimal im Jahr ab.
8. Der Ausschuß wählt auf die Dauer von je zwei Jahren ein ständiges Aktionskomitee. Insoweit der Ausschuß in dasselbe eine geringere Zahl als fünfzehn Mitglieder gewählt hat, oder im Falle des Ausscheidens von Mitgliedern ist das Aktionskomitee befugt, sich durch Kooptation bis auf die Zahl von fünfzehn Mitgliedern zu verstärken. Der Umfang der dem Aktionskomitee zu überweisenden Geschäfte und zu erteilenden Vollmachten hängt, soweit nicht in diesen Satzungen Bestimmung getroffen ist, von den Beschlüssen des Ausschusses ab.
9. Über Abänderungen der Satzungen sowie Auflösung des Kongresses kann nur die Versammlung der ständigen Mitglieder beschließen. Über Vorkommnisse, die in diesen Satzungen nicht vorgesehen sind, kann der Ausschuß oder das von diesem dazu ermächtigte Aktionskomitee entscheiden.

Und das Arbeitsprogramm hat folgenden Wortlaut:

Das Arbeitsprogramm des Kongresses und seiner Organe wird für die nächste Zeit auf folgende Punkte festgesetzt:

1. Bezüglich des Kongresses selbst. Es erscheint wünschenswert, daß in Zukunft auf jedem Kongreß womöglich je ein sozialkirchliches, ein sozialethisches und ein sozialpolitisches, namentlich auch sich auf die sozialdemokratische Bewegung beziehendes Referat gehalten wird. Die Themata sollen so früh als möglich vor dem Kongreß festgestellt werden.
2. Bezüglich eines Broschürenunternehmens. Die von Professor Baumgarten herausgegebnen Evangelisch-sozialen Zeitfragen sollen womöglich in noch engere Fühlung mit dem Kongreß und seinen Organen gesetzt werden. Das Aktionskomitee wird zu diesem Zwecke die auf den nächsten Kongressen zu verhandelnden Themata dem Professor Baumgarten immer möglichst bald mitteilen, damit diese auch in den „Zeitfragen" vorher behandelt werden.
3. Bezüglich einer Evangelisch-sozialen Korrespondenz. Die Gründung einer solchen ist möglichst zu beschleunigen, jedenfalls ihr Erscheinen zum Herbst 1891 in Aussicht zu nehmen. Der Generalsekretär wird als ihr verantwortlicher, selbständiger Redakteur bestimmt.
4. Es wird die Abhaltung öffentlicher Versammlungen mit Vorträgen über evangelisch-soziale Fragen und nachfolgende Diskussion empfohlen. Die Vorträge sollen einen objektiven, wissenschaftlichen Charakter tragen.
5. Es wird die Veranstaltung von Kursen mit Diskussionen über sozialkirchliche, sozialethische, sozialpolitische und sozialdemokratische Themata im evangelisch-sozialen Sinne empfohlen.
6. Es soll der Versuch gemacht werden, eine größere Anzahl gebildeter und reiferer junger Männer zu sammeln, die bereit sind, gruppenweise je einen bestimmten sozialdemokratischen Fachverein regelmäßig zu besuchen, mit dem einzigen Zweck, in gegenseitigem freundlichen Austausch der Meinungen mit den Gliedern dieser Vereine die persönliche Annäherung zwischen den jetzt getrennten Gesellschaftsklassen auf dem Boden der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung anzubahnen. Politische Proselytenmacherei als Ziel wird ausgeschlossen.
7. Die bereits in Bildung begriffne Auskunftsstelle in evangelisch-sozialen Fragen soll besonders sorgfältig ausgebaut werden.

Von diesen sieben Punkten ist nur der vierte und sechste niemals durchgeführt worden. Punkt vier hat man überhaupt nie zu verwirklichen gesucht, die Verwirklichung des sechsten schon nach den ersten kleinen Versuchen wieder aufgegeben, aus dem einfachen Grunde, weil sich damals solche junge Männer nicht zahlreich genug fanden. Die andern fünf Punkte dagegen sind zum Teil in viel

größerm Umfange, als es ursprünglich geplant war, und mit vielfach überraschendem Erfolge ausgeführt worden. Die Auskunftsstelle ist noch heute in vollster Thätigkeit. Der Generalsekretär des Kongresses verwaltet sie. Sie wird namentlich von Geistlichen zeitweise stark benutzt und ist jedermann unentgeltlich zugänglich. Die Kongresse selber sind fast stets nach der im Arbeitsprogramm geplanten Anlage abgehalten worden, stets sind Themata dieser drei Kategorien in gleichmäßiger Verteilung aufgestellt und erörtert worden. Das Broschürenunternehmen, die Evangelisch-sozialen Zeitfragen,*) haben es auf neunzehn Hefte gebracht und sind noch heute viel gelesen. Eine ganze Anzahl der bedeutendern Männer des Kongresses haben mit an ihnen gearbeitet. Leider sind sie nicht fortgesetzt worden. Auch das Evangelisch-soziale Korrespondenzblatt ist ins Leben getreten, als „Mitteilungen des Evangelisch-sozialen Kongresses." Diese bestehen seit Januar 1892, also bereits das fünfte Jahr. Zwar haben sie noch keine solche Ausdehnung gewonnen, wie das im Anfang geplant war. Sie erscheinen monatlich nur einmal, im Umfang von einem bis zwei Bogen. Sie sind nicht in der Postzeitungsliste eingetragen, sondern werden unter Kreuzband nur den Mitgliedern und Freunden des Kongresses zugesandt, um deren Interesse für die Sache wachzuhalten, um Verbindung mit ihnen zu halten, sie über die Thätigkeit des Aktionskomitees im Laufe des Jahres zu unterrichten und ihnen so zu zeigen, daß das Komitee immer an zwar meist stiller und unaufdringlicher, aber überlegter und fortschreitender Arbeit ist. Alle diese Absichten haben sie aber wirklich erfüllt und dadurch auch in ihrem bescheidnen Umfange mit dazu beigetragen, den von dem Aktionskomitee für die Arbeit und Entwicklung des Kongresses maßgebenden prinzipiellen Gesichtspunkt zur allgemeinen Billigung zu bringen und die Einheitlichkeit evangelisch-sozialer Anschauungen zu vergrößern.

Mit ganz besonderm Erfolge ist aber der in Punkt fünf ausgesprochne Plan ausgeführt worden. Im Herbst 1893 fand in Berlin der erste Evangelisch-soziale Kursus statt. Es war der erste große nationalökonomische Kursus dieser Art überhaupt. Er trug,

*) Leipzig, bei Fr. Wilh. Grunow.

wie der Kongreß selbst, einen vorwiegend wissenschaftlichen, bewußt akademischen Charakter. Man hatte im Aktionskomitee mit dem Kursus eine doppelte Absicht. Einmal wollte man durch ihn eine tiefere Kenntnis der nationalökonomischen Wissenschaft für alle die Gesinnungsgenossen ermöglichen, die ernstlich und gründlich an den gestellten eigentümlichen evangelisch-sozialen Problemen mitarbeiten möchten; andrerseits wollte man alle die, denen es vorwiegend um das Mitreden, ja Mitschwatzen, nicht aber um energische Förderung der Sache zu thun ist, durch eingehende Vorführung des ganzen großen sozialpolitischen Gebiets von ihrer oberflächlichen und schädlichen Mitarbeit für künftig abschrecken. Man muß sagen, beides ist erreicht worden. Der Besuch des Kursus war über Berechnung groß. Anstatt der erwarteten fünfzig kamen fünfhundert Hörer, darunter etwa dreihundertfünfzig Theologen, vom Studenten an bis zum Superintendenten, vierzig Herren aus Lehrerkreisen, fast ebensoviele Juristen; der Rest setzte sich aus den allerverschiedensten übrigen Berufen zusammen. Auch Damen haben als eifrige Schülerinnen von Anfang bis Ende dem Kursus beigewohnt. Der Kursus selbst dauerte elf Tage. Täglich vormittags waren vier Stunden Kolleg, nachmittags fast ebensoviele Diskussionsstunden über das Gehörte unter Leitung der betreffenden Dozenten; die Abende waren mit freien Versammlungen ausgefüllt. Alles fand im größten Hörsaal der Universität Berlin statt. Es wurde nach folgendem Plan vorgetragen, doch so, daß die einzelnen Dozenten nie länger als zwei Stunden an einem Tage zu lesen hatten:

1. Elemente der Nationalökonomie (8 Stunden) Dozent Geh. Regierungsrat Professor Dr. A. Wagner, Berlin;
2. Systeme der Volkswirtschaft (4 Stunden), Professor Dr. Elster, Breslau;
3. Agrarpolitik (8 Stunden), Professor Dr. Max Weber, Freiburg;
4. Gewerbepolitik (8 Stunden), Professor Dr. Stieda, Rostock;
5. Handel (4 Stunden), Professor Dr. Rathgen, Marburg;
6. Die deutsche Arbeiterbewegung (4 Stunden), Dr. Oldenberg, Berlin;
7. Die deutsche Sozialgesetzgebung (4 Stunden), Landgerichtsrat Kulemann, Braunschweig.

Dieser Kursus ist für eine Reihe ähnlicher gleich großer oder kürzerer Kurse im Reiche bahnbrechend und vorbildlich geworden. Seit ihm fanden solche statt in Halle a. S. (dreimal), im Rheinland (dreimal), in Limburg (zweimal), in Breslau (zweimal), in Karls-

ruhe (einmal), in Stuttgart (einmal). Im Anschluß an sie haben sich dann sogenannte Evangelisch-soziale Konferenzen gebildet, nach Art und Verfassung der in § 3 der Satzungen anerkannten Mitgliedschaften des Evangelisch-sozialen Kongresses, mit dem Zwecke, die evangelischen Gebildeten der betreffenden Landesteile in nähere Verbindung mit diesem, zur Anerkennung, Aneignung und Vertretung des evangelisch-sozialen Ideals zu bringen. Auch der bekannte Verein für Sozialpolitik hat das Beispiel des Kongresses nachgeahmt und im Vorjahre ebenfalls einen dreizehntägigen Kursus ganz gleicher Art in Berlin abgehalten. Da sich hierzu ein fast völlig andersartiges Publikum einfand als zu dem Kursus des Kongresses, so hat man zwischen dem Evangelisch-sozialen Kongreß und dem Verein für Sozialpolitik beschlossen, jährlich abwechselnd unter gegenseitiger Unterstützung solche Kurse in Berlin zu halten. Für den Herbst 1896 ist nunmehr wieder einer seitens des Kongresses in Vorbereitung.

Eine weitere, große, gleich erfolgreiche, aber im Arbeitsplan des Kongresses nicht vorgesehene Arbeit war die Veranstaltung einer Enquete über die Lage der ländlichen Arbeiter in Deutschland im Jahre 1893 und 1894. Auch mit ihr hatte man einen doppelten Zweck im Auge. Einen mehr nationalökonomischen, wissenschaftlichen und einen mehr evangelisch-sozialen, agitatorischen. Der Verein für Sozialpolitik hatte im Jahre 1892 eine ähnliche Enquete veranstaltet, die namentlich durch die geniale Bearbeitung des Professors Weber in Freiburg ganz neue und gründliche Aufschlüsse über die Situation der deutschen Landarbeiter und die augenblicklichen Entwicklungstendenzen der ländlichen Arbeitsverfassung besonders im deutschen Osten gebracht hatte. Aber diese Enquete drehte sich vor allem um die Feststellung der rein materiellen Lage der ländlichen Arbeiter, der Arbeitsbedingungen, des Lohns, des Jahresbudgets. Hier sollte die Enquete des Kongresses ergänzend eintreten. Sie sollte die rein wirtschaftlichen Resultate jener ersten durch allerhand sozialethische ergänzen und überhaupt einmal feststellen, welche Wechselwirkungen zwischen der wirtschaftlichen einerseits und der ganzen geistigen, sittlichen und religiösen Situation der verschiednen ländlichen Arbeiterschichten andrerseits bestehen. Zweitens aber sollten wie durch den Kursus, so durch die Beantwortung der ihnen zugestellten Fragebogen eine ganze Schicht selbstverständ-

licher Gesinnungsgenossen des Kongresses, die Geistlichen, zu möglichst intensivem Studium an einer ihnen täglich vor Augen stehenden, also durch und durch bekannten sozialen Bevölkerungsgruppe veranlaßt und so zu verstärktem evangelisch-sozialem Wollen, zu vertiefter volkswirtschaftlicher Erkenntnis und zu erhöhter Teilnahme an dem Kongreß und seiner Arbeit fortgerissen werden. Beide Ziele sind in weitem Maße erreicht worden. Von 15000 umfangreichen Fragebogen, die an sämtliche evangelische Geistliche Deutschlands verschickt wurden, kamen rund 1000 beantwortet zurück. Bedenkt man dabei, daß mindestens die größere Hälfte der Befragten überhaupt nicht zu antworten in der Lage war (als Geistliche in den Städten, in ländlichen Industriebezirken u. s. w.), so ergiebt sich ein für solche Umfragen ziemlich hoher Prozentsatz (15 Prozent) beantworteter Fragebogen. Und wieder die Mehrzahl von ihnen war beinahe mustergiltig beantwortet. Das kam denn auch zum Ausdruck und zur Anerkennung auf dem fünften Kongreß 1894 zu Frankfurt am Main, wo auf Grund des Enquetematerials die Lage der Landarbeiter in zwei Referaten und einer sehr angeregten Diskussion mit nachhaltigen Wirkungen erörtert wurde. Im Laufe dieses Sommers soll nun auch der Rest des noch nicht bearbeiteten Materials veröffentlicht werden. Durch diese so glücklich durchgeführte Enquete aber hat der Kongreß ebenso seine wissenschaftliche Befähigung wie seine Leistungsfähigkeit bei praktischen Unternehmungen erwiesen.

Die bedeutsamste Form der Thätigkeit des Kongresses sind aber stets noch seine jährlichen Zusammenkünfte gewesen. Es haben bis jetzt deren sechs stattgefunden, vier in Berlin, die fünfte in Frankfurt a. M., die sechste in Erfurt. Fast alle sind überraschend stark besucht gewesen. Mit einer einzigen Ausnahme betrug die Zahl der Teilnehmer stets zwischen fünfhundert und tausend. Von allen größern jährlichen kirchlichen Versammlungen sind heute die Evangelisch-sozialen Kongresse die beliebtesten und besuchtesten. Sie gelten auch als die arbeitsreichsten. Es ist allgemein anerkannt, daß auf keinem aller Kongresse so viel und intensiv geistig gearbeitet und so wenig gefeiert wird als auf den evangelisch-sozialen.

Das zeigt sich am deutlichsten an den Referaten, die gehalten worden sind. Die größere Mehrzahl von ihnen waren Glanz-

leistungen. Nicht bloß in dem Sinne, daß sie durch die Form hervorstachen oder augenblickliche Gefühlswirkungen hatten, sondern daß sie originelle geistige Schöpfungen mit dauernd wirkenden Ergebnissen waren. Ohne Rücksicht auf politische Parteien, mit wissenschaftlicher Umsicht und Besonnenheit, in unbedingter Selbständigkeit, nur von den gegebnen modernen Voraussetzungen aus setzte man die beiden weiten Gebiete der evangelischen Sittlichkeit und der Volkswirtschaft in ihre natürliche Verbindung, ließ sich beide Größen durch einander befruchten und schuf so Gedankengänge, evangelisch-soziale Grundsätze, die entweder das in der bisherigen evangelisch-sozialen Bewegung gewonnene Gedankenmaterial als richtig bestätigten oder aber es ergänzten, verbesserten und zu weiterer prinzipieller Klarheit entwickelten. Diese Kongreßreferate erst haben es der Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht, daß die Verbindung von Religiösem und Sozialem keine bloße künstliche Mache, keine dilettantische Liebhaberei einzelner sozialer Fexe, kein bloßes Versuchsobjekt einiger nach öffentlicher Macht lüsterner Ehrgeizigen ist, sondern eine durch die Not der Zeit erzwungne und durch die Verwandtschaft beider Gebiete von selbst gewordne innere Notwendigkeit.

Gemäß dem oben mitgeteilten Arbeitsplan des Kongresses zerfallen die Referate in drei Gruppen: in sozialkirchliche, sozialethische, sozialpolitische. Am wenigsten motiviert erscheint auf den ersten Blick die erste der Gruppen: die der sozialkirchlichen Referate. Für einen Evangelisch-sozialen Kongreß ist aber ihre Behandlung eine einfache Selbstverständlichkeit. Es leuchtet ein, daß auch die Kirche, und namentlich ihre einzelnen Glieder, die Gemeinden, soziale Gebilde sind. Sie sind die Organisation von Menschen einer bestimmten Glaubensrichtung zur gemeinsamen Befriedigung ihrer religiösen und sittlichen Bedürfnisse. Als solche sind sie aber ohne wirtschaftliche Grundlagen nicht denkbar. Sie haben ihren, wenn auch sehr einfachen, Verwaltungsorganismus, ihr Vermögen, ihr Steuerrecht, ihre sonstigen Einnahmequellen, ihre Zahlungsverpflichtungen, kurz Existenzbedingungen, die natürlich auch auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Diese werden also auch verändert, wenn die wirtschaftlichen Lebensbedingungen ihrer Gemeindeglieder, wenn das ganze wirtschaftliche Leben überhaupt Veränderungen erfährt. Diese Änderungen festzustellen, zu untersuchen und nötigen-

falls Reformvorschläge zu machen, war die eine Aufgabe dieser sozialkirchlichen Referate.

Wichtiger noch war die zweite, die man ihnen stellte. Unter den vielen verschiednen Gruppen, die sich am Kongreß beteiligten, und von denen jede nur eins der evangelisch-sozialen Einzelgebiete oder gar nur einen einzelnen untergeordneten Punkt aus ihnen als „das Evangelisch-soziale" vertraten, ragte neben der Stöckerschen konservativ-christlich-sozialen die der sogenannten Sulzianer besonders hervor. Ja man darf sagen, daß bei der Gründung des Kongresses diese beiden Gruppen recht eigentlich die zwei Säulen waren, die den neuen Bau hauptsächlich trugen. Aber wie verschieden waren sie! Wie gänzlich auseinander gehend ihre evangelisch-sozialen Ziele! Während, wie wir sahen, die Stöckerianer, um die sich zugleich die theologisch und kirchenpolitisch rechtsstehenden Elemente gruppierten, ein unmittelbares Eingreifen der Christen, der organisierten Kirche, der Pastoren in die sozialpolitischen Auseinandersetzungen der Gegenwart, ein Durchsetzen bestimmter wirtschaftlicher, politischer und sittlicher Einrichtungen und Rechte von Christentums und Kirche wegen mit allen erlaubten Mitteln der Presse, Agitation, Parteibildung u. s. w. als das evangelisch-soziale Arbeitsideal hinstellten, zogen sich die Sulzianer, Anhänger des Dresdener Pfarrers Dr. Sulze, alle mehr liberal gerichtet und vorzugsweise von der „Christlichen Welt" geführt, auf den Gemeindegedanken zurück. Sie erklärten es mit Sulze, der diesen Gedanken zuerst entwickelt hat, für die ausschließliche evangelisch-soziale Aufgabe, in der Zeit der Massenwanderung und Großstadtsbildung überall kleine lebendige christliche Gemeinden zu schaffen, die frei vom Ballast alter verstockter Einrichtungen und Sitten, wirtschaftlich wie liturgisch reformiert, mit den sozialen Anschauungen der Gegenwart erfüllt, nie mehr als 5000 Seelen umfassen und von einem einzigen selbständigen Geistlichen geleitet sein sollten. In ihnen, so meinte man, würde man den Quellort aller gesunden sozialen Lebenskräfte finden. Und in ihnen sollten dann die Gedanken der Gleichheit aller vor Gott, der Freiheit aller Christenmenschen, der Brüderlichkeit und Nächstenliebe, vor allem aber das Bewußtsein von der Größe, der Bedeutung und dem göttlichen Zweck des irdischen Berufs so gepflegt werden, daß womöglich alle Christen, wenn sie ins öffentliche wirtschaftliche

Leben hinaus träten, diese Tugenden dort bethätigten. Die sozialkirchlichen Referate, von denen namentlich zwei genannt zu werden verdienen, das des Professors von Soden über „die Kirchgemeinde in ihrer sozialen Bedeutung“ auf dem ersten Kongreß und das des Pastors Sulze über „die kirchliche und soziale Notwendigkeit der Beseitigung aller Gebühren und Honorare für kirchliche Handlungen“ auf dem zweiten Kongreß, brachten diese Anschauung zum umfassenden Ausdruck und auch zu Anerkennung. Denn auch die andre große Gruppe unter Stöckers Führung wies ihn nicht ab, sondern acceptierte ihn. Aber die eingehenden Erörterungen darüber führten schließlich auch die Sulzianer zu der Erkenntnis, daß er eigentlich als evangelisch-sozialer Standpunkt nicht gelten könne. Denn, durchgeführt, würde er nur die Menschen für ihre Arbeit und ihr Leben im wirtschaftlichen Gebiete geschickter machen. Dagegen eine direkte Verbindung des sittlichen Gehalts des Evangeliums mit den sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen, eine Befruchtung, Vertiefung, Veredlung und Umgestaltung der letztern durch die erstern wäre damit noch im geringsten nicht erreicht, nicht einmal angebahnt. Das heißt aber doch: dieser angeblich evangelisch-soziale Standpunkt schafft höchstens die Voraussetzung besserer Verhältnisse, nicht aber diese selbst — was doch die evangelisch-soziale Aufgabe sein soll. Und zwar schafft er solche Voraussetzungen in demselben Maße für das soziale Verhalten der Christen wie für ihr übriges persönliches, privates und öffentliches Verhalten auch. Er macht bessere Menschen, die sich überhaupt, dann aber auch im sozialen Getriebe der Gegenwart sittlich echt verhalten sollen. Der soziale Gesichtspunkt ist bei diesem Standpunkt nicht der einzige, sondern nur einer neben vielen, das soziale Ziel bei diesem Ideal nicht das ausschlaggebende, alles beherrschende und, soweit es soziales Ziel ist, dies nur im weitern, nicht im engern sozialpolitischen, volkswirtschaftlichen Sinne des Wortes.

Dieser schon im Jahre 1892 vollzogne Umschwung der Anschauung innerhalb der Kongreßkreise erhielt auf dem vierten Kongreß des Jahres 1893 auch noch seine offizielle Sanktion durch das Referat des Professors Kaftan in Berlin über „Christentum und Wirtschaftsordnung.“ Der selbst der Gruppe der Sulzianer

zugehörige Referent kam, wohl unter Zustimmung aller, zu folgendem Ergebnis:

1. Christliche Religion und wirtschaftliches Leben sind an und für sich getrennte Gebiete. Mit jener ist es auf das ewige Leben in Gott, mit diesem auf die zweckmäßige Befriedigung zeitlicher Bedürfnisse abgesehen.
2. Das Christentum ist unabhängig von der Wirtschaftsordnung und mit jeder Form des wirtschaftlichen Lebens verträglich. Wiederum trägt dieses seine eignen Gesetze in sich, durch die es dem Christentum selbständig gegenüber steht.
3. Christliche Religion und wirtschaftliche Arbeit treten auf dem Boden des sittlichen Lebens notwendig in innere Berührung und Wechselwirkung mit einander. Nach christlichem Verständnis giebt es kein ewiges Leben in Gott ohne sittliche Erziehung und sittliche Bethätigung, während die Ordnungen des wirtschaftlichen Lebens ihrerseits das sittliche Handeln sowohl bedingen als dadurch bedingt werden.
4. Es ist daher Christenpflicht, die Wirtschaftsordnung so zu gestalten, daß sie eine Grundlage für die Pflege der sittlichen Ideale des Christentums bietet.
5. Gegenüber der heute bestehenden Wirtschaftsordnung führt diese Pflicht sowohl zur Verteidigung ihrer wesentlichen Grundgedanken gegen Umsturzgelüste, als zu einschneidenden Forderungen mit Bezug auf ihre Umgestaltung.

Seit diesem Referat ist es gänzlich still geworden von dem Gemeindegedanken als ausschließlichem evangelisch-sozialem Ideal. Er wird gebilligt und man sucht ihn zu verwirklichen, aber doch nicht als den eigentlich evangelisch-sozialen. Stöckers Gruppe hat in diesem Fall den Sieg davon getragen, zwar nicht für ihre besondern Ziele, aber in dem Grundgedanken, der schon seit Todt Geltung hat, daß alles direkt Evangelisch-soziale die Richtung auf das Volkswirtschaftliche, auf die wirtschaftlichen *Verhältnisse*, nicht auf die in ihnen lebenden *Menschen* haben muß. Und indem diese Anschauung unter den nach Tausenden zählenden Anhängern des Kongresses Ausdehnung gewann, waren dem wirklichen evangelisch-sozialen Prinzip ebenso viele neue Gesinnungsgenossen gewonnen, die Stöcker auf anderm Wege, etwa mit Hilfe seiner engern Gesinnungsgenossen, seiner „christlich-sozialen Partei“ nie gewonnen haben würde. In diesem Punkte sind Stöckers und Webers Hoffnungen auf den Kongreß jedenfalls nicht getäuscht worden. Er ist wirklich ein nicht hoch genug zu schätzendes Mittel der Propaganda für ihre

evangelisch-sozialen Gedanken in Kreisen geworden, die ihnen bis dahin unzugänglich waren.

Um noch einmal den Kaftanschen Vortrag zu erwähnen, so gehörte er seinem Inhalt nach nicht eigentlich der Gruppe der sozialkirchlichen, sondern der sozialethischen Referate des Kongresses an. Diese Gruppe ist im Vergleich zu der erstgenannten viel zahlreicher auf den Kongreßversammlungen vertreten; sie ist überhaupt die an Zahl stärkste. Auf jedem der jährlichen Kongresse sind durchschnittlich zwei von ihnen gehalten worden. Mit vollster Absicht sind sie stets vom Ausschuß und Aktionskomitee in dieser Zahl in den Vordergrund der Kongreßthätigkeit gerückt worden. Mit diesen sozialethischen Referaten glaubte man sich auf dem dem Charakter des Kongresses entsprechendsten, ihm wirklich und ausschließlich zugehörigen Gebiete zu bewegen. Man sah es als seine eigentlichste Aufgabe an, alle ethischen Seiten des volkswirtschaftlichen Lebens zu beleuchten und Reformvorschläge für dort aufgedeckte wirkliche Mängel zu machen. Allerdings begab man sich auch damit nicht auf ein völlig neues Gebiet. Vielmehr hat auch dieses die neuere, namentlich die deutsche Nationalökonomie betreten und angebaut, jedoch von ganz andern Voraussetzungen aus und unter sehr anderm Gesichtspunkte, als der Evangelisch-soziale Kongreß. Für jene ist diese ethische Seite der volkswirtschaftlichen Zustände doch nur eine von vielen, für diesen aber die alles entscheidende Hauptsache. Jene beobachtet in erster Linie die volkswirtschaftlichen Dinge und deren Zusammenhänge als ökonomische Erscheinungen mit allerdings auch ethischen Bestandteilen, dieser ethische Erscheinungen im ökonomischen Gewande. Oder mit noch andern Worten: der Evangelisch-soziale Kongreß betrachtet die soziale Frage von den ihr innewohnenden ethischen Werten aus, die Nationalökonomie dagegen betrachtet die ethischen Mächte der sozialen Frage von den beherrschenden rein ökonomischen Zuständen aus. In diesem Sinne hat sich der Kongreß in der That ein eignes Arbeitsgebiet geschaffen, auf ihm auch schon nicht zu unterschätzende Leistungen aufzuweisen und damit der gesamten nationalökonomischen Wissenschaft einen Dienst gethan. Diese aber hat ihm dadurch gedankt, daß sich ihm die Mehrzahl ihrer Vertreter gern genähert, zum Teil sich in seine Reihen gestellt hat und in ihm, gemeinsam mit hervorragenden Vertretern der

theologischen Wissenschaft, mit Geistlichen und Laien, für seine wissenschaftlichen und praktischen Ziele arbeitet.

Unter den etwa fünfzehn Referaten sozialethischer Natur ragen als bedeutsamste Leistungen neben dem schon genannten Kaftanschen hervor das von Pastor von Bodelschwingh über „die Wohnungsnot der arbeitenden Klasse und ihre Abhilfe" (1890); von Professor Herrmann über „Religion und Sozialdemokratie" (1891); von Eisenbahndirektor Garbe über „die Erziehung der gewerblichen Jugend" (1891); von Regierungsrat Wolff über „die erziehliche Bedeutung des Arbeiterschutzgesetzes" (1892); von Professor Cremer über „die soziale Frage und die Predigt" (1894); von Professor Harnack über „die evangelisch-soziale Aufgabe im Lichte der Geschichte der Kirche" (1894); sowie das des Professors Furrer über „die moderne Naturwissenschaft und die soziale Bewegung der Gegenwart" (1895).

Diese starke und berechtigte Betonung des Sozialethischen und Praktischsozialen im Kongreß hat nun auch seine Wirkungen gehabt. Man kann sagen, daß wohl die Hälfte der Anhänger des Kongresses sich die durch die sozialethischen Referate gezeitigten Erkenntnisse zu eigen gemacht hat. Sie alle sehen in der Durcharbeitung der sozialethischen Probleme und der sich daraus ergebenden Aufgaben die besondre Aufgabe des Kongresses überhaupt, in der Gesamtheit der auf diesem Wege gewonnenen sozialen Anschauungen und Pflichten aber den wahren, eigentlichen evangelisch-sozialen Standpunkt, der allein die Zukunft hat; in der Vertretung und Bethätigung dieser Anschauungen durch Predigt, Seelsorge und lokaler Hilfeleistung die einzige rechte evangelisch-soziale Arbeit. Harnack hat das in einem Teil der Thesen zu seinem oben genannten Referat in folgender Weise ausgesprochen:

Die oberste soziale Aufgabe der Kirche der Gegenwart bleibt die Predigt des Evangeliums, d. h. die Botschaft von der Erlösung und vom ewigen Leben. . . .

Das Ziel alles praktischen Handelns der Kirche muß die Ausbildung der einzelnen Gemeinde zu einem thatkräftigen Bruderbunde und der Zusammenschluß solcher Gemeinden zu einem hilfreichen Verbande bleiben. . . . Darum sind auch alle die großen Arbeiten christlicher Liebesthätigkeit zu pflegen, zu erweitern, fester der Gemeinde einzugliedern und nach der Seite der Fürsorge und Vorbeugung auszubilden. . . .

Im übrigen hat die Kirche die große einflußreiche Stellung, die sie im Volksleben und im Staate noch besitzt, im evangelisch-sozialen Sinne zu gebrauchen, sowohl um den wachsenden Verdacht, daß sie ein gefügiges Werkzeug des „Klassenstaates" sei, abzuwehren, als um die sozialen Ordnungen des öffentlichen Lebens mit den christlichen Gesinnungen in Einklang zu setzen. Als Mittel hiefür kommen hauptsächlich in Betracht:

a) nachdrückliche und öffentliche Bekämpfung aller im Staat und Volksleben thatsächlich geduldeter sittlicher Schäden;
b) kräftiges Eintreten für eine solche Entwicklung der sozialen und der Rechtsordnungen, die Ehe und Familie, Sittlichkeit und Sitte erhalten, dem Schwachen und Gefährdeten es erleichtern, sich zu behaupten, und den ehrlichen Erwerb ermöglichen und schützen;
c) Einwirken auf die bürgerliche Gesellschaft, um das Ansehen der Handarbeit zu erhöhen, verderbliche Standesvorurteile zu brechen und die verschiednen Klassen sich näher zu bringen;
d) Befürwortung aller der Bestrebungen, die den Frieden bei den Parteien und Ständen erhalten.

Für die einzelnen sozialwirtschaftlichen Bestrebungen dagegen (z. B. Verstaatlichungen, Bodenbesitzreform, Arbeitstag, Preisregulierungen, Steuer- und Versicherungswesen, Berufsgenossenschaften u. s. w.) kann und soll die Kirche nicht Partei ergreifen und ihre Glieder nötigen, eine bestimmte Stellung zu ihnen zu nehmen; denn die Entscheidung in diesen Fragen fordert eine Sachkenntnis, die mit dem Christentum nichts zu thun hat, und ihre Durchführung verlangt die Kräfte des Staats.

Es ist nicht zu leugnen, daß das in ganz anderm Sinne evangelisch-soziale Arbeit und evangelisch-soziales Ziel ist, als sie das vorhin erörterte Gemeinde- und Berufsideal will. Zwar — namentlich aus Harnacks Thesen geht das deutlich hervor — leben auch in diesem Kreise die Erinnerungen an jenes Doppelideal weiter. Aber hier, bei diesem Standpunkt, ist nicht die Schaffung kleiner Gemeinden und die Pflege der sittlichen Tugenden, speziell der Berufstreue das Ziel evangelisch-sozialer Thätigkeit, sondern nur der selbstverständliche Ausgangspunkt. In den schon vorhandnen kleinen Gemeinden soll evangelisch-soziale Arbeit in Worten (Predigt und Seelsorge) und Werken (Liebesthätigkeit im engern Sinne der Innern Mission und praktisch-soziale Arbeit im weitern Sinne) kräftig getrieben werden. Gerechte, unanfechtbare Ideen sollen in sie hineingeworfen, offne Beurteilung der am Orte herrschenden — guten wie schlechten — Zustände soll gegeben, es soll geholfen werden nicht durch Almosen nur und für den Augenblick, sondern durch Förderung

der Selbsthilfe, gründlich und für immer. Mit einem Worte: eine Quelle sozialer Anregung, Kritik, Aussprache, Hilfe, Versöhnung soll in den Gemeinden damit erschlossen werden. Das aber ist wirklich evangelisch-soziales Thun und Denken, direkt evangelisch-soziale Arbeit. Und, wie gesagt, wohl fast die Hälfte derer, die sich zu den Kreisen des Kongresses zählen und geistige Gemeinschaft mit ihm halten, sind ausschließlich seine Anhänger.

Der andern, größern Hälfte genügt freilich dieser Standpunkt nicht. Und er ist in der That deutlich ein evangelisch-sozialer nur in dem Sinne, daß er die soziale Aufgabe der evangelischen Kirche, der evangelischen Gemeinde, der evangelischen Pastoren und der kleinern evangelischen Laienkreise zu bestimmen sucht, die, besonders religiös angeregt, zu einer Art von Gemeindearbeit in Verbindung mit Geistlichen bereit sind, und daß er als solche soziale Aufgaben nur eben rein ethische und unmittelbar praktische, nicht aber irgendwie ins Sozialpolitische oder gar Reinpolitische spielende zuläßt, ganz entsprechend dem notwendig unparteiischen Charakter der Kirche, von der auch Harnacks Thesen deshalb nur reden. Eben darum wird er auch von der größern Hälfte aller Kongreßteilnehmer heute noch als richtig bestritten. Diese halten ein Eingreifen auch der Laien in ihrer Eigenschaft als Christen, und zwar indem sie politisch dazu organisiert werden, in das gesamte Getriebe des volkswirtschaftlichen Lebens nicht nur für erlaubt, sondern für notwendig, und ebenso die Beteiligung der sich eignenden Geistlichen daran kraft ihres Rechts als Staatsbürger und öffentliche Persönlichkeiten. Sie gelangen also zu dem schon von Todt vorbereiteten, dann in der christlich-sozialen Partei Stöckers und in den Evangelischen Arbeitervereinen vertretenen Standpunkt, daß evangelisch-sozial auch ein politischer und sozialpolitischer Begriff ist, daß er Aufgaben einschließt, die nur durch Überführung des christlichen Geistes in das volkswirtschaftliche Leben auf dem Wege politischer Arbeit, durch Formulierung eigner sozialpolitischer und rein politischer Forderungen, durch Wahlbeteiligung, Fraktionspolitik und womöglich Bildung einer eignen christlich-sozialen Partei verwirklicht werden können.

Auch dieser großen Gruppe des Kongresses mußte gemäß seinem unparteiischen, umfassenden Charakter notwendig Rechnung

getragen werden. Auch ihre Anschauungen mußten zur Darlegung gebracht, zur Diskussion gestellt werden, damit die geistige Arbeit des Kongresses auch über sie wie über die bereits erörterten zwei Standpunkte allmählich das rechte Urteil ausbildete. Dementsprechend wurde die Behandlung und Besprechung auch sozialpolitischer Themata im Arbeitsplan des Kongresses von vornherein vorgesehen.

Und auch in diesem Punkte hat man seine Absicht durchgeführt, trotz vieler Bedenken, die sich immer wieder dagegen geltend gemacht, und trotz der Folgen, die sich daraus namentlich in den letzten Jahren entwickelt haben. Diese Folgen bestehen in nichts geringerm als in der Thatsache, daß sich jetzt auch innerhalb des Kongresses derselbe klaffende Riß zeigt, den wir innerhalb der Evangelischen Arbeitervereine feststellen mußten, dieser verhängnisvolle innere Gegensatz zwischen dem konservativ-patriarchalischen und proletarischen Grundgedanken, den Todt einst geboren und Stöcker großgezogen hat.

Es war gar nicht anders möglich, als daß es auch innerhalb des Kongresses so kam. Anfangs zwar herrschte bei den Anhängern des sozialpolitischen Prinzips in der evangelisch-sozialen Bewegung Übereinstimmung. Die Anschauungen Stöckers waren Gemeingut fast dieses ganzen Kreises. Und sie wurden aus Rücksicht auf die Anhänger des Gemeindegedankens und des rein ethisch gerichteten Prinzips in nur gemäßigter Fassung, ohne Aufdringlichkeit, in geschickter Formulierung, klug, verbindlich, aber nachdrücklich ausgesprochen; wozu man bei der Lage der Dinge nicht nur berechtigt, sondern um der Sache willen sogar verpflichtet war. Besonders war es Stöcker selber, der seinen Standpunkt fast auf jeder Jahresversammlung in einem eignen Referat, das man dem Gründer des Kongresses gern und freiwillig zuwies, geltend zu machen Gelegenheit hatte. Er hat auf dem ersten Kongreß über „unsre Stellung zur Sozialdemokratie," auf dem zweiten über „Individualismus und Sozialismus," auf dem dritten über „das Sonntagsgesetz und seine Konflikte im Volksleben" und auf dem sechsten über „die Frauenfrage," also zwar nie über die eigentlichen Ideen und den Inhalt seines Programms geredet, doch aber so, daß seine Ansichten, oft in hinreißendem Vortrag, ganz von selbst zur Geltung und zur ausführlichen, wenn auch stets be-

sonders vorsichtigen Diskussion gelangten. Auf dem vierten Kongreß stand Adolf Wagner an seiner Stelle, der damals das „neue sozialdemokratische Programm" behandelte und dabei die ganze Schärfe der Kritik, die diesem Gelehrten besonders zu Gebote steht, entfaltete, selbstverständlich im Geiste seines Gesinnungsgenossen Adolf Stöcker.

Bald aber begann sich eine Opposition gegen diese Richtung zu zeigen. Sie kam von den „Jungen," denselben, die sich in den Evangelischen Arbeitervereinen das hauptsächlichste Feld ihrer Wirksamkeit geschaffen hatten, nun aber, als der Kongreß entstand, sich selbstverständlich mit Begeisterung auch um ihn scharten, seine treuen Anhänger, regen Besucher und fleißigen Schüler wurden, bis sich aus den unselbständigen Schülern immer selbständigere Denker entwickelten, erzogen gerade durch die Schule des Kongresses, auf eigne Bahnen gedrängt gerade durch die Gedanken, die die ältern Christlich-sozialen im Kongreß vor ihnen entwickelten, und die im sozialpolitischen Grundgedanken wohl ihre volle Zustimmung, in ihrer konservativ-patriarchalischen Färbung aber und auch ihrem Einzelinhalte nach ihren Widerspruch hervorriefen. Zum erstenmal zeigte sich dieser Widerspruch schon auf dem zweiten Kongreß, im dem Referat von Professor Herrmann über „Religion und Sozialdemokratie", der zwar selbst weit entfernt davon ist, sich unter die „Jungen" zu rechnen, aber von rein wissenschaftlichen Voraussetzungen aus auf dem Wege vorurteilsloser Untersuchung doch zu einem Ergebnis gelangte, dem damals eigentlich wohl nur die „jüngern" Evangelisch-sozialen bedingungslos zustimmten. Es ist wert, um seiner selbst willen und zur Charakteristik der damaligen „Jungen" hierhergesetzt zu werden. Es besteht in folgenden, auf dem Kongreß aber nicht angenommnen Thesen:

1. Die Sozialdemokratie befindet sich durch ihre materialistische Geschichtsauffassung in einem sachlichen Gegensatz zur christlichen Religion.
2. Diese materialistische Deutung der Geschichte gehört nicht zu den Prinzipien, sondern zu den Agitationsmitteln der Sozialdemokratie.
3. Sie zu überwinden, ist gegenwärtig die wichtigste soziale Aufgabe der Kirche.
4. Die wirtschaftlichen Ziele, denen die Arbeiter unter Führung der Sozialdemokratie zustreben, im Namen der christlichen Kirche zu bekämpfen, ist unchristlich.

Der erste der „jungen" Evangelisch-sozialen, der auf den Kongressen in einem Referat zum Worte kam, war Naumann, ihr heutiger Führer. Er sprach auf dem dritten Kongreß (1892) über „Christentum und Familie" und gelangte, indem er das Problem der christlichen Familie an der materialistischen Anschauung der Sozialdemokraten, an der Umwälzung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Gegenwart und an den Bedürfnissen der proletarischen Bevölkerungsschichten orientierte, zu überraschend neuen, von durch und durch arbeiterfreundlichem Geiste erfüllten Grundsätzen, die aber auf dem Kongreß ebenfalls nicht allgemeine Billigung, geschweige Annahme fanden. Dann wurde der fünfte Kongreß zu Frankfurt a. M. besonders die Bühne, wo sich das proletarische Prinzip der „Jungen" im Gegensatz zu dem konservativ-patriarchalischen der „Alten" Gehör verschaffte, in den Referaten des Schreibers dieser Zeilen und des Professors Max Weber über die „Lage der Landarbeiter in Deutschland," in dem ohne Umschweife und Verhüllung, freilich unter starker Opposition der „Älteren," das Interesse der Landproletarier gegenüber dem großen Grundbesitz vertreten und deren Ansiedlung als kleine Bauern im großen Maßstabe auf dem Wege der Rentengutsbildung und auf Kosten des gegenwärtig nicht mehr haltbaren Teiles des großen Grundbesitzes gefordert wurde. Auf demselben Kongreß sprach dann Landgerichtsrat Kulemann noch über „die Gewerkschaftsbewegung," ebenfalls in so stark arbeiterfreundlichem Sinne, daß auch dieses Referat als ein Ergebnis des Geistes der „jungen" Evangelisch-sozialen erklärt werden kann. Und auf dem letzten Kongreß im vorigen Jahre wurde sogar eine Dame die Wortführerin der „Jungen," als Frau Gnauck-Kühne über „die Frauenfrage" referierte und sie zwar richtig nach ihren zwei Seiten, als Frauenfrage der sogenannten höhern und der sogenannten arbeitenden Stände erörterte, aber doch so, daß das Interesse für die letztern den Höhepunkt ihrer Darlegungen bildete. Da Stöcker das Korreferat zu diesem Vortrage hatte, so trat der Gegensatz der „Alten" und „Jungen" in besonders helle Beleuchtung. In diesem Falle wurde er daran deutlich, daß Stöcker die Frauenfrage der Arbeiterklasse nur mit wenigen Worten zu streifen für nötig hielt. Noch lebendiger, noch ausdrücklicher als bei den Referaten ist dieser Gegensatz in den den

Referaten immer folgenden Diskussionen gewesen, so wenig er auch da jemals persönlich verletzend und für das allgemeine Einvernehmen und den großen Zug der Verhandlungen verhängnisvoll geworden ist. Am schärfsten ausgeprägt ist er wohl in den beiden Persönlichkeiten Stöcker und Naumann. Sie zusammen sind geradezu seine leibhaftige Verkörperung.

So endet auch die kurze Geschichte des Evangelisch-sozialen Kongresses mit demselben innern Widerspruch, wie alle bisherigen bedeutenderen Erscheinungsformen der evangelisch-sozialen Bewegung, mit dem schweren, verhängnisvollen Gegensatz des konservativ-patriarchalischen Prinzips hier, des proletarischen Prinzips da. Nur daß beim Kongreß noch ein drittes großes, im Vergleich mit den beiden andern unparteiisches Prinzip, das sozialethische, wenn wir es so nennen dürfen, vorhanden ist und den Gegensatz hier nicht so schroff, so alles beherrschend erscheinen läßt wie bei den Evangelischen Arbeitervereinen. Während dort nur zwei, stehen sich hier drei Gruppen gegenüber. Aber es ist keine Frage für den aufmerksamen Beobachter: hier wie dort drängt alles immer ungestümer auf eine Klärung.

Siebentes Kapitel

Die gegenwärtige Lage

Die gegenwärtige Lage der evangelisch-sozialen Bewegung bedeutet eine Krisis, wie sie sie bisher noch nicht erlebt hat. Diese Krisis ist, was deutlich erkennbar ist, hervorgerufen worden einerseits durch die Entwicklung, die die Bewegung bisher durchgemacht hat, andrerseits durch die unzweideutig feindselige Haltung, die die politischen Parteien und kirchlichen Behörden neuerdings zu ihr einnehmen.

Die bisherige Entwicklung der Bewegung ist erschöpfend charakterisiert worden durch den Gegensatz des konservativ-patriarchalischen

und des proletarischen Prinzips, der in ihr lebt. Wir haben gesehn, daß er gegenwärtig eigentlich alles beherrscht, was lebendig ist in der Bewegung. Wir haben ihn soeben, im vorangegangnen Kapitel, auch im Evangelisch-sozialen Kongreß wiedergefunden, und wenn wir auch zugestehn müssen, daß dieser Gegensatz der innern Entwicklung des Kongresses, seiner Propagandakraft, seiner Arbeitsleistung bisher noch nichts geschadet, sondern eher genützt hat, indem durch das Aufeinanderplatzen der Gegensätze die Verhandlungen nur anziehender gemacht, die zu erörternden Probleme aber klarer ausgetragen wurden — für die Zukunft wagt wohl niemand mehr einen gleich günstigen Fortgang zu hoffen. Vielmehr lassen eine Menge gewichtiger Anzeichen darauf schließen, daß auch für den Kongreß und seine eigentlichen Ziele dieser Gegensatz, wenn er bestehen bleibt, verhängnisvoll werden muß. Er wird sich so groß auswachsen, daß er den ganzen dem Kongreß zur Verfügung stehenden geistigen Raum ausfüllen und den ursprünglich gänzlich unparteiischen, rein akademischen Charakter des Unternehmens einfach zerdrücken und zertrümmern wird. Nach außen hin ist dieser Gegensatz, verkörpert in Stöcker und Naumann, thatsächlich schon verhängnisvoll geworden. Unter Hinweis auf die immer mehr hervortretende Thätigkeit hauptsächlich dieser beiden Männer haben sich schon die zaghafteren der ehemaligen Freunde des Kongresses leise zurückgezogen, hat sich schon ein Teil der Presse, geführt von der edeln Kämpin „Konservative Korrespondenz“ die thörichtsten Behauptungen über den Kongreß und die schmählichsten Angriffe auf ihn geleistet, haben sich die kaiserlichen und königlichen Behörden, die bisher immer bis zum Reichskanzler aufwärts ihre Vertreter zu den Kongreßverhandlungen geschickt hatten oder gar in Person ihrer Chefs, der Minister selbst, erschienen waren, vorsichtig von ihnen zurückgehalten, haben endlich die Kongresse selbst in den letzten anderthalb Jahren in den Städten, wo sie stattfanden, nicht so glatte und unbedenkliche Aufnahme gefunden, wie es früher der Fall gewesen ist. Daß alle diese eben aufgezählten Schwierigkeiten auch an der zuständigen leitenden Stelle des Kongresses, im Aktionskomitee selbst, sehr wohl empfunden werden, beweisen zwei öffentliche Erklärungen, die im Laufe des letzten Jahres von ihm erlassen worden und bedeutungsvoll genug sind, in diesem Zusammenhange

aufbewahrt zu werden. Im Februar 1895 erschien, angeregt namentlich durch die famosen Angriffe des Freiherrn von Stumm gegen Adolf Wagner und Naumann, folgende Erklärung:

Das Aktionskomitee des Evangelisch-sozialen Kongresses verfolgt mit steigender Teilnahme den Gang der Bewegung, welche sich in fast allen Teilen Deutschlands an den Namen und die grundlegenden Arbeiten des Kongresses knüpft. Es erblickt darin den hocherfreulichen Thatbeweis dafür, daß unser evangelisches Volk Herz und Augen mehr und mehr den religiösen und sozialen Aufgaben unsrer Zeit zuwendet und zur Mitarbeit an deren Erfüllung entschlossen ist.

Im Hinblick auf die Angriffe und Mißdeutungen aber, denen in neuester Zeit die Bestrebungen des Kongresses ausgesetzt gewesen sind, hält es das Aktionskomitee für geboten, seine Stellung zu den schwebenden Streitfragen nachstehend in klarer und unzweideutiger Weise zum Ausdruck zu bringen.

Wir erkennen die auf persönliche und korporative Selbständigkeit, wie auf sittlich-religiöse, wirtschaftliche und soziale Hebung gerichteten Bestrebungen nicht nur der arbeitenden Klassen, sondern aller ehrlichen Berufsstände grundsätzlich als berechtigt an und erachten ihre vorurteilsfreie Förderung für eine unverbrüchliche Aufgabe unsers christlichen und nationalen Gemeinwesens. Deshalb erblicken wir auch in der hoffnungsreichen Bewegung der Evangelischen Arbeitervereine eine mit allem Eifer zu fördernde Vorarbeit für künftige, dem sozialen Frieden dienende Arbeiterorganisationen und erhoffen deren kräftige Ausbreitung zunächst in den industriellen Gebieten Deutschlands.

Dagegen machen wir unerbittlich Front gegen alle Bestrebungen und Parteien, welche den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß seiner christlichen Grundlage entkleiden und nicht im Rahmen unsrer geschichtlich-nationalen Entwicklung auf der Basis unsers volkstümlichen Königtums an der Besserung der gesellschaftlichen Zustände mitarbeiten wollen.

Wir erkennen daher innerhalb unsrer nicht in politische Parteiform auszuprägenden Bewegung zwar das Vorhandensein verschiedner sozialer Richtungen und Auffassungen als berechtigt, ja als notwendig an, erwarten aber zuversichtlich, daß alle an den Namen des Evangelisch-sozialen Kongresses sich anlehnenden Bestrebungen und Arbeiten die unverbrüchliche dreifache Grundlage: christliche Gesinnung, Vaterlandsliebe und Königstreue festhalten werden.

Wenn das uns nahestehende Blatt, „Die Hilfe," in den letzten Wochen Gegenstand maßloser Angriffe geworden ist, so erklären wir, daß wir von der darin enthaltnen Beurteilung der sozialen Verhältnisse, insbesondre der Sozialdemokratie, mannigfach, zum Teil erheblich abweichen, aber desungeachtet nicht gesonnen sind, die geistige Gemeinschaft mit dem Herausgeber und dessen Mitarbeitern aufzuheben.

Die in diesem Streit gegen unsre Thätigkeit laut gewordnen Anklagen auf pseudowissenschaftlichen und pseudochristlichen Sozialismus weisen wir als

unberechtigt zurück und erkennen gerade in ihnen eine der Anschauungen, zu deren Bekämpfung der Evangelisch-soziale Kongreß begründet worden ist.

Unser Bestreben wird darauf gerichtet sein, alle von evangelisch-sozialem Geist ergriffnen Kreise zu einer dem Wohl des Vaterlandes und dem Heil der Kirche förderlichen, gemeinsamen Arbeit zu verbinden, und so an unserm Teile mitzuwirken, daß die soziale Bewegung unsers Volkes in friedlichen Bahnen verlaufe und zu einem segensreichen Ziele komme.

Und schon sieben Monate darauf, zu Anfang Oktober desselben Jahres (1895) mußte nachstehende zweite folgen:

Um über den Charakter des Evangelisch-sozialen Kongresses und über dessen Stellung zu den verschiednen Richtungen und Gruppen der christlich-sozialen Bewegung keinen Zweifel zu lassen, halte ich es im Hinblick auf die wiederholt zu Tage getretnen irrtümlichen Auffassungen der öffentlichen Blätter für geboten, als Vorsitzender des Kongresses mit einstimmiger Billigung des weitern Ausschusses folgendes zu erklären:

1. Der Evangelisch-soziale Kongreß hält unentwegt an seinem wiederholt kundgegebnen Bestreben fest, die sozialen Zustände unsers Volks vorurteilsfrei zu untersuchen, sie an dem Maßstabe der sittlichen und religiösen Forderungen des Evangeliums zu messen und diese selbst für das heutige Wirtschaftsleben fruchtbarer und wirksamer zu machen als bisher.
2. Der Kongreß will seiner Organisation wie seinem Bestande nach weder eine Partei bilden noch einer solchen dienen, sondern nur eine Stätte freier Aussprache für alle sein, welche seine Ziele billigen und das treue Festhalten an den großen geschichtlichen Erbgütern unsers Volkes als notwendige Voraussetzung für jede soziale Reformarbeit ansehen.
3. Die litterarische und persönliche Thätigkeit der einzelnen Teilnehmer ist eine vom Kongreß schlechthin unabhängige, doch hält dieser zuversichtlich an der Erwartung fest, daß sich alle mit ihm zu gemeinsamem Streben verbundnen der oben bezeichneten Grenzen, innerhalb deren allein eine dauernde geistige Gemeinschaft möglich sein kann, bewußt bleiben.
4. Der Kongreß darf und wird daher auch in Zukunft seine Aufgabe nicht in einseitiger Vertretung der — wenn auch noch so berechtigten — Interessen einzelner Berufsklassen, sondern in der allseitigen Förderung des religiösen, sittlichen und sozialen Lebens des gesamten Volkes erblicken.

Diese zweite, kürzere ist für unsre Betrachtung noch charakteristischer als die erste. Beide zusammen aber beweisen, daß auch der Kongreß schon mit in die Krisis hineingezogen ist, in der die gesamte evangelisch-soziale Bewegung steht, daß auch seine Zukunft gefährdet ist, und daß auch von seiner Seite der Ruf immer deutlicher erklingt, den

unseligen innern Widerspruch aus der Bewegung zu beseitigen, der vor allem die Schuld an dieser schweren Krisis trägt.

Noch schlimmer liegen die Dinge, wie wir sahen, innerhalb der Evangelischen Arbeitervereine. Hier ist die Krisis noch akuter, hier haben die bösen Folgen, die sie ausübt, schon weiter gefressen und liegen offener zu Tage. Vor allem zeigt sich das an dem langsamern Tempo der Ausdehnung, das bei den Vereinen unter dem Drucke der Krisis eingetreten ist und eintreten mußte. Und auch innerhalb vieler einzelner Vereine wieder macht sich eine Art Erschöpfung und Hoffnungslosigkeit, ein Stillstand oder gar Rückgang bemerkbar. Die Mitgliederzahl hat sich nicht erheblich vergrößert, ist vielmehr in den meisten Fällen die alte geblieben und hat sich in einzelnen Vereinen sogar vermindert. Man ist unsicher geworden in den Zielen, in der Haltung, in der Arbeit. In nicht wenigen Vereinen bestehn sogar zwei sich prinzipiell gegenüberstehende Gruppen, die „Alten," Anhänger Webers und Stöckers, und die „Jungen," Anhänger Naumanns. Ja an einzelnen Orten hat dieser Gegensatz sogar zur Separation, zur Bildung eines zweiten selbständigen Vereins geführt, wie in Frankfurt a. d. Oder, wo es neben dem ältern evangelischen Arbeiterverein, der in den Händen der Konservativen ist, noch einen sogenannten Neuen evangelischen Arbeiterverein giebt, dessen Vereinsorgan die „Hilfe" ist. Ebenso lagen die Verhältnisse, vor einiger Zeit wenigstens, in Wiesbaden. Noch stärker ist der Gegensatz zwischen „Alten" und „Jungen," Konservativen und Proletarischen natürlich in den einzelnen Provinzialverbänden, und ein vor etwa zwei Jahren ausgefochtener Streit über die Abstimmungsrechte der einzelnen Verbände bei der Delegiertensitzung des Gesamtverbandes hatte seinen wahren Grund ebenfalls in diesem Doppelprinzip der Bewegung. Kurz, wohin man in den Vereinen blickt, sieht man die verhängnisvollen Spuren dieses Gespenstes. Überall liegt es wie eine Lähmung in ihren vielen Tausenden von Gliedern. Alle die früher so fröhlich und ungehemmt nebeneinander her laufenden Einzelströmungen sind jetzt in zwei große zusammengeflossen, die nun fast gegeneinander fluten wollen, die jedenfalls ihre Hauptkräfte gegen einander fest anspannen, fast bis zur Wirkungslosigkeit nach außen hin, nach vorwärts zu. So schreit auch in den Evangelischen Arbeitervereinen die durch jenen Gegensatz

hervorgerufne Not um Hilfe und bestätigt die ernste Besorgnis, daß die Vereine vergehn werden, wenn das Gespenst jenes widerspruchsvollen Doppelprinzips nicht für immer gebannt wird.

Und denselben Gegensatz von konservativen und proletarischen Evangelisch-sozialen, von „Alten“ und „Jungen,“ von Stöcker und Naumann finden wir neuerdings sogar schon in der eben selbständig gewordnen christlich-sozialen Partei Stöckers selbst. Man braucht, um das zu sehen, nicht zu den Ausführungen konservativer Parteiblätter seine Zuflucht zu nehmen, man kann es in dem sicher zuverlässigen Bericht nachlesen, den der Redakteur des „Volks,“ des Organs der neuen Partei, von Gerlach, in der Wochenschrift „Soziale Praxis“ im März dieses Jahres über den Parteitag dieser ältern Christlich-sozialen in Frankfurt a. M. gegeben hat. Auf diesem Parteitage spielte die Frage der Stellung der neuen Partei zu den „Jungen“ unter Naumanns Führung eine hervorragende Rolle. Eine Anzahl auch an Jahren älterer Anhänger Stöckers entpuppte sich dort als grundsätzlichste Gegner Naumanns und damit des proletarischen Prinzips. Stöcker selbst verhielt sich nicht so entschieden gegnerisch wie diese. Ihnen gegenüber aber stand auch eine ganze Anzahl, die von solcher grundsätzlichen Abweisung der „Jungen“ nicht das Geringste wissen wollten, die, obgleich selbst nicht etwa „unbedingte Anhänger Naumanns,“ doch immer wieder nachdrücklich das Gemeinsame der „ältern“ und der „jüngern“ Christlich-sozialen betonten, ihre Liebe und Achtung gegen Naumann offen aussprachen und unbedingt Verbindung und Freundschaft halten wollten auch mit ihm und seinen Getreuen. „Wir wollten,“ schreibt Gerlach, „die Thür offen halten, wenn auch vorläufig noch nicht zum Eintritt nötigen; wir wollten jedenfalls keine Kundgebung, die zu sofortigem Kampf und dauerndem Bruch mit der jüngern Richtung führen konnte.“ Aus alledem geht deutlich die Hinneigung zu den „Jungen“ hervor. Und diese Thatsache wird bestätigt durch die Reden, die manche der Parteigenossen Stöckers seitdem gehalten haben, durch Artikel, die seitdem im „Volk“ erschienen sind, durch den scharfen Gegensatz, den viele von diesen „ältern“ Christlich-sozialen noch neuerdings gegen die Konservativen eingenommen haben, und der fast um kein Haar abweicht von dem Naumanns gegen sie. Es ist eben so: auch die christlich-soziale

Partei Stöckers, des „Alten“ im besten Sinne des Wortes, des konservativsten aller Christlich-sozialen, auch sie ist nicht mehr ganz sicher vor der Gesinnung der „Jungen,“ auch sie ist thatsächlich durchsetzt von bewußten oder unbewußten Anhängern dieser Gesinnung, auch in ihr geht der Geist des „proletarischen“ Prinzips um, und über ein Kleines, so wird auch in ihr der Gegensatz zwischen diesem Proletarischen und dem Konservativ-patriarchalischen in hellen Flammen auflodern. Auch für sie wird dann die Krisis, die die ganze Bewegung beengt, dasein. Ja, morgen schon, das zeigt die gegenwärtige Lage, wird sie auch diese Gruppe bedrohen.

Auch von außen her drängt alles auf die eilige Lösung dieser Frage hin. Hier sind es zunächst politische Mächte, die diese Arbeit besorgen. Früher, als die Bewegung noch harmlos, rein akademisch, gänzlich unparteiisch war, hatte sie in allen politischen Parteien ihre Freunde und Anhänger. Auch das ist jetzt, nach der Entwicklung der Bewegung in den letzten drei, vier Jahren durchaus anders geworden. In allen politischen Parteien sind die Freunde zu Gegnern und Feinden geworden. Es bedarf für diese Behauptung heute eigentlich keiner Beweise mehr, so sehr liegt ihre Wahrheit auf der Hand. Es braucht nur an die Angriffe der „Konservativen Korrespondenz,“ der „Kreuzzeitung“ und des „Reichsboten“ auf Naumann und seine „Hilfe,“ auf den fünften Kongreß in Frankfurt am Main und die dort gehaltnen Landarbeitervorträge, auf die Ächtung der sieben „sozialistischen“ Pastoren, die von Thorheit und Frivolität strotzt, auf die Beseitigung Stöckers aus der konservativen Partei und die sich daran schließenden, noch jetzt nicht beendigten Kämpfe zwischen ihm und den offiziellen Repräsentanten der konservativen Partei hingewiesen zu werden. Bei der freikonservativen Partei liegt es ganz ebenso. Hier ist Herr von Stumm der Urheber der nie ruhenden Hetze gegen die Christlich-sozialen. Und König Stumm ist auch König in seiner Fraktion. Was er sagt, sagt sie auch. Und wer es in ihr nicht sagen will, muß hinaus! Das hat jüngst Professor Hans Delbrück erfahren, einst eine Zierde der freikonservativen Partei. Er mußte ausscheiden, obgleich er kein eigentlicher Evangelisch-sozialer, sondern nur Mitglied des völlig unparteiischen Aktionskomitees des Evangelisch-sozialen Kongresses ist. Und was Stumm in der frei-

konservativen Partei treibt, besorgt Herr Bueck, der Generalsekretär des allmächtigen Zentralvereins der deutschen Industriellen, bei der nationalliberalen Partei. Nicht mit dem mittelalterlich-massiven Zorn des Halberger Freiherrn, sondern kühler, mit Hilfe von Witzchen. Manchem sind noch seine Angriffe gegen die evangelisch-sozialen „Göhren" aus dem vorigen Jahre im Abgeordnetenhause bekannt. Und wie es Stöcker in der deutschkonservativen Partei und Delbrück bei den Freikonservativen, ist es dem Landgerichtsrat Kulemann, einem der besten Evangelisch-sozialen, bei den Nationalliberalen gegangen; einst Reichstagsabgeordneter in der nationalliberalen Fraktion, ist er jetzt ihr Gegner. Und bei alledem ist das Charakteristische: Manteuffel, Stumm und Bueck sind in diesem Falle Typen ihrer Parteigenossen. Ihre Anschauung ist die Anschauung der Partei, die mit ihrer Macht hinter ihnen steht. Fluchen sie den Evangelisch-sozialen, so thut es auch ihre Partei. Freilich ist es noch fraglich, ob ihr Fluch nicht Segen für die Evangelisch-sozialen und deren Sache bedeutet. Jedenfalls hat er das eine Gute: daß er sie alle mehr und mehr zusammendrängt. Denn sie alle sind in gleicher Verdammnis: Wagner und Stöcker, Lic. Weber und Max Weber, Naumann und Göhre, Kötzschke und Wenck, Rauh und Wittenberg, das „Volk" und die „Hilfe," der Evangelisch-soziale Kongreß, die Evangelischen Arbeitervereine und die christlich-soziale Partei. Und der Grund der Verdammnis? Sie alle haben einen gemeinsamen Fehler, sie sind zu „sozial," sie wollen zu viel soziale Reformen, wollen überhaupt soziale Reform. Die aber wollen die politischen Interessenvertretungen des Großgrundbesitzes, der großen Industrie und der Börse eben nicht, schlechterdings nicht, und darum sind die Evangelisch-sozialen ihre Feinde, sind sie „Sozialrevolutionäre," schlimmer und gefährlicher sogar als die Sozialdemokraten. Und Recht haben die Gegner in diesem Punkte: *das allen Evangelisch-sozialen wirklich gemeinsame Merkmal ist der Drang nach sozialer Reform im großen Stile zu Gunsten aller kleinen notleidenden Leute.* Das ist der Anstoß zur Entwicklung der Evangelischen Arbeitervereine gewesen, das ist der innerste Gedanke des Evangelisch-sozialen Kongresses, das ist der laute Grundton von Naumanns „Hilfe," das ist auch der letzte Anlaß zur Be-

seitigung Stöckers aus der konservativen Partei nach dessen eignen Aussagen gewesen. In diesem Drange sind „Alte“ wie „Junge,“ Stöcker und Naumann einig. Nur daß ein Unterschied im Grad besteht und in dem Wege, auf dem er verwirklicht werden soll. Aber vorhanden ist er auf beiden Seiten, hier nur bedingter, dort unbedingter. So bauen die Feinde selbst eine gemeinsame Brücke für alle Richtungen in der evangelisch-sozialen Bewegung. Soll sie nicht von ihnen betreten werden? Die Krisis, die Not, das Gewissen verlangt es.

Ganz ebenso steht es mit dem Verhältnis der Evangelisch-sozialen zu der Sozialdemokratie. So sehr und so häufig man sie schon als Sozialdemokraten denunziert hat, es besteht fast keine Gemeinschaft zwischen ihnen und jenen. Und jedenfalls weisen jene selbst sie energisch und weit von sich. In Bezug auf Stöcker wird das jedermann ohne weiteres zugeben. Stöcker ist neben Bismarck der Erbfeind der Sozialdemokraten; sie lassen kein gutes Haar an ihm. Aber auch den „Jungen“ gegenüber ist ihr Gegensatz und ihre Abneigung groß genug. Nur daß sie noch nicht so viel Gelegenheit gehabt haben, ihn zum Ausdruck zu bringen, wie Stöcker gegenüber. In den Fällen aber, wo sie ihnen bisher sogar eine Art Schutz angedeihen ließen, war das auch nicht auf besondre Achtung und Liebe gegen sie zurückzuführen, sondern sozialdemokratisch-agitatorische Interessen verlangten das dann so. Anerkennung für Nichtsozialdemokraten und solche, die nie Sozialdemokraten werden wollen, hat die sozialdemokratische Partei wohl nie gehabt. Übrigens hat auch die Sozialdemokratie völlig recht in ihrem Gegensatz gegen die Evangelisch-sozialen. Sie ist demokratisch und republikanisch, die Evangelisch-sozialen sind monarchisch und kaisertreu; sie ist international, diese sind national; sie will soziale Revolution, diese soziale Reform; sie ist materialistisch und atheistisch, diese sind christlich. Was für tiefere Gegensätze giebt es noch als diese? Und das gilt wieder von der ganzen Linie der Evangelisch-sozialen, von Stöcker bis Naumann. Hier giebts, trotz der häufigen gegenteiligen Behauptungen, keine Unterschiede zwischen diesen; in allen den angegebnen Punkten sind sie sich gleich. Und das ist abermals eine feste, vielpfeilerige Brücke zwischen ihnen, die ihnen diesmal die Sozialdemokratie baut. Soll sie nicht betreten werden? Die

Feinde, die politischen Gegner selbst laden dazu ein mitten in der großen innern Krisis, in der die Bewegung steht.

Noch durch einen letzten wichtigen Umstand wird die gegenwärtige Lage der evangelisch-sozialen Bewegung grell beleuchtet. Das ist die Stellung, die die kirchlichen Behörden und durch sie die offizielle evangelische Kirche zu ihr einnehmen. Diese Stellung ist seit geraumer Zeit in Ansprachen kirchlicher Oberer und Kundgebungen einzelner Konsistorien häufig, am schärfsten und deutlichsten aber in dem Erlaß des preußischen Evangelischen Oberkirchenrats vom 16. Dezember 1895 zum Ausdruck gekommen. Dieser verbietet unter Androhung von Disziplinarstrafen die Beteiligung der Pastoren an jeglicher „sozialpolitischen Agitation." Die Wirkung dieses Verbots zeigt sich schon jetzt. Sie besteht darin, daß sich eine große Anzahl namentlich preußischer Geistlicher erschreckt von der evangelisch-sozialen Bewegung zurückzieht. Am deutlichsten tritt diese Thatsache in Schlesien ans Licht. Dort ist der Reiseprediger für Innere Mission, Pastor Wittenberg, dem Erlaß zum Opfer gefallen und brotlos gemacht worden; dort hat man den an der christlich-sozialen Vereinigung Stöckerscher Farbe hervorragend beteiligten Geistlichen nahegelegt, sich von ihr zurückzuhalten; dort haben neuerdings die beiden höchsten Würdenträger der schlesischen Landeskirche, Konsistorialpräsident Stolzmann und Generalsuperintendent Erdmann, selbst ihren Untergebnen das beste Vorbild im Sinne des oberkirchenrätlichen Erlasses gegeben, indem sie aus dem seit 1892 bestehenden Evangelisch-sozialen Zentralausschuß für Schlesien ausgetreten sind, obgleich dieser bisher so vorsichtig organisiert und geleitet war, daß er nicht einmal mit dem unparteiischen Evangelisch-sozialen Kongreß Fühlung zu halten wagte, und daß seine Arbeiten kaum das Prädikat von Arbeiten der Innern Mission, geschweige denn von evangelisch-sozialen Leistungen verdienen. Ferner sind in Pommern einzelne Geistliche in eine straffe, allerdings erfolglose Untersuchung gezogen gewesen; im Königreich Sachsen hat das Konsistorium die Leipziger Geistlichen, die am dortigen Evangelischen Arbeiterverein als Vorstandsmitglieder beteiligt waren, veranlaßt, ihren Vorsitz niederzulegen; in der Provinz Sachsen steht der Pfarrer Kötzschke in Disziplinaruntersuchung; und noch anderswo ist die Existenz mancher Geistlichen — ihre

Namen hier zu nennen, verbietet die Rücksicht auf die Betroffnen — gefährdet. All das hat schon jetzt seine Wirkung gehabt: manche haben ihre evangelisch-soziale Neigung bereits zu bereuen begonnen.

Damit aber wird die Bewegung nicht bloß politisch, sondern auch kirchlich bekämpft. Es wird ihr geradezu der kirchliche Charakter abgesprochen, den sie doch bis jetzt in aller Augen widerspruchslos zu besitzen schien; und es wird ihr damit zugleich eine Anzahl wichtiger Führer geraubt, die ihre Sache bisher an vielen Orten angelegentlichst trieben. Geschieht das mit Recht oder Unrecht? Auch diese Frage erfüllt viele, verwirrt die einen, macht andre bang, fordert Antwort. Auch sie verschlimmert die Krisis, die an sich schon bedenklich genug ist.

Das ist die gegenwärtige Lage. Wie wird, wie kann nun die Zukunft sein?

Achtes Kapitel

Die Zukunft

Vorbemerkungen

Wenn die evangelisch-soziale Bewegung aus ihrer gegenwärtigen kritischen Lage zu Klarheit und zu einer Zukunft gelangen soll, so muß zunächst eine Thatsache vor allen andern scharf ins Auge gefaßt werden: der gänzliche Unterschied, der zwischen der sozialethischen und der sozialpolitischen Richtung der Gesamtbewegung besteht, und der uns bei der Besprechung des Evangelisch-sozialen Kongresses zum erstenmale deutlicher entgegentrat. Man kann ihn besser noch so bezeichnen: die eine, die sogenannte sozialethische, ist durchaus kirchlich, die andre, die sozialpolitische, durchaus politisch gerichtet.

Bis heute ist die gänzliche Verschiedenheit beider kaum jemals klar festgestellt, geschweige praktisch durchgeführt, von wenigen überhaupt erst recht erkannt, von noch wenigern aber anerkannt worden.

Heute fließen beide Strömungen in den Augen fast aller Evangelisch-sozialen noch ganz ineinander.

Freilich, einmal hat es schon eine Zeit gegeben, wo man beide Richtungen klarer auseinanderhielt, jeder ihre Selbständigkeit und eigne Berechtigung zuerkannte, jeder eine eigne große Zukunft wünschte. Das war zu Todts Zeiten, im Jahre 1877/78 gewesen und vor allem durch Todt selbst geschehen. Wir erinnern an die hierauf bezüglichen Ausführungen in dem ihm gewidmeten Kapitel. Aber bald war diese Scheidung wieder verschwunden, der klare Unterschied zwischen den beiden Richtungen, für die je eine besondre Organisation das natürliche gewesen wäre, gründlich wieder verwischt, dank Stöcker, der als Geistlicher eine sozialpolitische Partei ins Leben rief und in den öffentlichen politischen Kampf hineinführte. Ihm folgten andre seiner Amtsbrüder nach. Und bald war die von ihm eingenommene Position als die richtige, sachlich gebotne, biblisch erlaubte, auch kirchenbehördlich anerkannte angesehen. Die Verbindung beider Richtungen zu einem einzigen evangelisch-sozialen System, ihre Vertretung und Verkörperung durch dieselben Personen, ihre Bethätigung durch ein und dieselbe Organisation, ja selbst die Identifizierung ihrer Ziele galt als das wahre evangelisch-soziale Prinzip. Und so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag. In der christlich-sozialen Partei Stöckers herrscht diese Anschauung selbstverständlich noch gänzlich unangefochten; in den Evangelischen Arbeitervereinen wird sie bethätigt durch jeden Geistlichen, der an ihrer Bewegung teilnimmt; auch die „jungen“ Evangelisch-sozialen huldigen ihr noch ebenso gründlich durch Wort und That, obwohl es gerade bei ihnen, die am nachdrücklichsten nach der politischen Seite hindrängen, für den Sehenden am widerspruchsvollsten erscheint; und auch im Evangelisch-sozialen Kongreß ist derselbe Irrtum noch in voller Blüte. Denn so scharf, wie wir die beiden Richtungen in dem Abschnitt über den Kongreß geschieden haben, sind sie in Wirklichkeit dort nicht getrennt, vielmehr laufen in Wirklichkeit auch im Kongreß beide in einander über, und nur instinktiv neigen sich die einen mehr dieser, die andern mehr jener Richtung zu. Klarheit darüber herrscht auch hier bisher leider nicht.

Die aber muß geschaffen werden. Es sind wirklich zwei verschiedne Größen, Geschwistererscheinungen zwar, in vielem verwandt,

von ein und derselben Abstammung, in denselben Geist getaucht, von derselben Kraft gedrängt, aber doch zwei; jede für sich lebensfähig, lebensberechtigt, lebensnotwendig. Man sehe selbst zu und prüfe, und man wird finden: Ausgangspunkte wie eigentliche Ziele, Arbeitsart und Arbeitstendenz, Gedankenmaterial wie Anhängerschaft — alles ist bei beiden verschieden. Bei der sozialethischen Richtung ist die Kirche das Ausgangsgebiet, bei der sozialpolitischen mehr das bloße christliche Bewußtsein. Dort ist vorwiegend die evangelische Gemeinde der Boden, auf dem man sich bewegt, und für den man sich zu thun macht; hier der Staat, in dessen Rahmen man als christliche Korporation auftritt und schafft, wie jede andre im Staatsleben regsame Größe. Dort sind Geistliche die Hauptsache, hier Laien. Dort handelt es sich vor allem darum, das soziale Gewissen und die christliche Bruderliebe durch religiöse Impulse, durch die Berufung auf das Evangelium zu wecken, zu verbreiten, zu vertiefen; hier ist es hauptsächlich der Versuch, alle schon so Erweckten, alle bereits irgendwie evangelisch-sozial Gesinnten zu sammeln, nach politischen und sozialen, nicht kirchlich-religiösen Gesichtspunkten zu organisieren und die Organisierten in den öffentlichen politischen Kampf zu führen. Dort will man vor allem evangelisch-soziale Gesinnung, hier soziales Denken, sozialpolitisches Wissen schaffen. Dort ist die sonntägliche gottesdienstliche Versammlung, hier die wochentägliche öffentliche Volksversammlung eine der Hauptagitationsstätten. Dort hat man alle Stände und Bevölkerungsschichten im Auge, hier mehr die kleinen Leute, die Notleidenden jeder Art und Schicht. Dort will man, muß man wollen völlig unparteiische Vereinigungen, hier eine politische Partei. Dort will man einzelne, praktische, lokale Hilfsarbeit leisten, hier will man wirtschaftliche Neuorganisationen im großen Stil, von Grund aus, für Schichten des ganzen Volks, mit Hilfe des mobil gemachten Staatsorganismus durchsetzen. Dort will man im Frieden, durch versöhnliche Überredung und praktisches Vorbild sein Ziel erreichen, hier muß man es durch öffentlichen, nachdrücklichen Kampf, durch Rede und Gegenrede, Stoß und Gegenstoß, durch Presse, Agitation und Wahlbeteiligung. Dort sind vorwiegend sozialethische Gedanken, hier neben diesen vor allem volkswirtschaftliche Thatsachen, nationalökonomische Grundsätze, die Mei-

nungen und Handlungen der politischen Gegner, die Haltung des Staats das Material, mit dem man zu rechnen, zu bauen, zu kämpfen hat. Dort will man im letzten Grunde durch alle sozial-ethische Thätigkeit doch nichts wie lebendige Christen und der Seelen Seligkeit schaffen, hier will man im Staate dauernd Zustände erreichen, die dem Geiste des Evangeliums zwar soviel wie möglich entsprechen, gerecht wirken, die Menschen fördern, nicht ausbeuten, und ihnen ein menschenwürdiges Dasein verbürgen, aber doch im Grunde wirtschaftliche Ziele erfüllen, sozialpolitische Ideale verwirklichen, gesunde, harmonische, lebensfreudige Menschen und nicht Christen hervorbringen, äußern Wohlstand und irdisches Glück bereiten und sichern. Mit einem Worte: die eine Richtung thut eine rein kirchliche, die andre eine rein politische Arbeit, beide allerdings angesichts derselben sozialen Not. Deshalb werden sie auch bis zu einem gewissen Grade stets auf einander angewiesen bleiben, werden sie stets in ihren Gedankengängen von einander befruchtet werden, deshalb wird namentlich die politische Richtung stets der kirchlichen weiter bedürfen, weil sie der Christen bedarf, die im öffentlichen Staatsleben ihre wirtschaftlichen und politischen Ziele verfolgen, trotzdem aber bleiben beide Richtungen Größen für sich, durch und durch eigenartig, jede für eine besondere Entwicklung bestimmt.

Mit aller Macht ist darum zu fordern, daß die beiden aus ihrer unglücklichen Vermischung heraus kommen; ihr falsches, enges Verhältnis muß gelöst, jede von ihnen muß selbständig werden und für sich handeln. Aus der politischen evangelisch-sozialen Richtung muß über kurz oder lang eine christlich gerichtete Reformpartei aller kleinen Leute werden, die gründlich und besonnen, wahrheitsgemäß und sachlich, kampffroh und doch nicht in gemeiner Feindschaft gegen andre die Sache aller unverschuldet Notleidenden führt, besser, mächtiger und einst erfolgreicher als die Sozialdemokratie, die sie abzulösen berufen ist. Und aus der kirchlichen evangelisch-sozialen Richtung muß die freie aber zielbewußte Organisation aller evangelisch-sozialen Bestrebungen im engern und eigentlichen Sinne des Wortes werden, der Evangelisch-

soziale Kongreß der Zukunft, nicht so vielseitig wie der jetzige, sondern ausschließlich kirchlich, sozialethisch, sozialversöhnend gerichtet, vorwiegend für die Geistlichen und die evangelischen Gemeinden bestimmt, eine ähnliche Organisation wie der Evangelische Bund, der Gustav-Adolf-Verein, die Heidenmissionsgesellschaften und der Kongreß für Innere Mission, in ähnlichem Verhältnis zur offiziellen Kirche stehend wie diese alle.

Von beiden, der christlich-sozialen Reformpartei der Zukunft und dem Evangelisch-sozialen Kongreß der Zukunft, müssen wir nun noch im einzelnen handeln.

Die soziale Reformpartei aller kleinen Leute

Soll die bisherige politische Richtung der evangelisch-sozialen Bewegung nicht einfach verpuffen, soll all die mühsame, gewissenhafte, begeisterungsvolle Vorarbeit, die seit nunmehr zwanzig Jahren gethan worden ist, nicht vergeblich gewesen sein, so muß Ernst gemacht werden mit den politischen Neigungen und Strebungen, die in ihr mit Kraft großgezogen worden sind. Die politischen Absichten müssen zu politischen Thaten, die bloße politische Richtung muß zu einer politischen Partei werden.

Man kann nicht sagen, daß diese Forderung unangebracht, weil thatsächlich schon erfüllt sei. Die proletarisch gerichtete Gruppe der „Jungen“ ist noch nichts andres als eine kraftvolle „Bewegung.“ Sie hat ein Organ, die „Hilfe,“ sie hat ein paar fähige Köpfe als Führer, sie hat das Bewußtsein, im ganzen Reiche eine große Anzahl ihr ergebner oder doch gesinnungsverwandter Anhänger zu haben, sie macht neuerdings viel von sich reden, wird umjubelt, kritisiert, bekämpft, sie streut mutig neue, kräftige Gedanken aus — aber das ist auch alles. Sie besitzt erst die allerersten Ansätze zu vereinzelter, schüchterner Organisation in den hie und da gebildeten Versammlungen von Freunden der „Hilfe“ oder christlich-sozialen Vereine jüngerer Richtung. Sie hat sich noch nie an irgend einer Wahlbewegung beteiligt, weder für den Reichstag noch für die Landtage oder für kommunale oder gewerbliche Korporationen; sie hat für das alles nicht einmal ein Programm, höchstens eine Hand voll

programmatischer Gedanken und Gesichtspunkte. Sie hat viel politisches, noch mehr soziales Streben, aber sie ist selbst noch nichts weniger als sozialpolitisch, am allerwenigsten eine selbständige politische Partei. Und ganz ähnliches darf man über die Christlich-sozialen älterer Richtung sagen. Auch die christlich-soziale Partei Stöckers ist in Wahrheit heute noch keine eigentliche Partei. Sie hat bisher nicht viel mehr als nur den Namen davon gehabt. Früher, 1878, hätte man sie noch eher als solche anerkennen können. Da war sie wirklich ein Jahr lang selbständig, mit eignen Führern, eignem Programm, eignen Anhängern, eigner Wahl- und Preßarbeit. Das ging aber vorbei, als sie sich der antisemitischen Hochflut und dann der konservativen Partei auslieferte. Da hörte alle selbständige Organisation auf. Ein paar einzelne christlich-soziale Vereine blieben übrig, von denen der eine den Namen der Partei weiterführte. In Wahrheit waren die Vereine kaum eine Gruppe innerhalb der konservativen Partei. Das ist so geblieben bis zu ihrer Trennung von ihr in diesem Jahre. Erst jetzt beginnt das alte, selbständige Leben von 1878 wieder. Aber noch jetzt ist nichts als der Anfang da. Oder wo sind die vielen lokalen Organisationen, die das Knochengerüst jeder wirklichen Partei bilden? Sie sollen erst werden. Wo sind die Wahlerfolge, wo die Abgeordneten der Partei? Im Landtage sitzt einer, Stöcker, aber von Konservativen gewählt. Und im Reichstage sitzt auch einer, Hüpeden, ebenfalls von Konservativen und Antisemiten gewählt. Sind das alles mehr als Ansätze zu einer Partei? Ebenso wie die „Jungen" sind die „Alten" erst im Begriff, sich zu einer politischen Größe zu entwickeln. Beide bilden nur erst eine politische Richtung, noch lange keine politische Partei.

Das aber müssen sie werden. Sie müssen es, auch wenn sie nicht wollten. Zurück können sie nicht; das hieße Selbstvernichtung. Bleiben aber, was sie sind, können sie auch nicht; das hieße ein Durchgangsstadium, ein Unvollkommnes, eine Halbheit zum dauernden Zustand machen wollen. Niemand würde auf die Dauer damit zufrieden sein, die Tüchtigsten unter den schon gewonnenen Anhängern am allerwenigsten. Sie würden bald ihrer Wege gehen, müde, immer nur „Richtung" halten und „Bewegung" machen zu müssen, die zwar einige schnell wieder verschwindende Wellen schlägt,

aber keine dauernden Wirkungen hervorbringt. Die beiden Gruppen müssen also vorwärts, ganz in das sozialpolitische Getriebe hinein. Gewiß, diese Entwicklung kann auch schief gehen, kann schnell und unglücklich enden. Dann war die Bewegung wenigstens ein ehrlicher Versuch, wie es die Arbeiterpartei Stöckers von 1878 auch war. Tausendmal lieber dies, als Unklarheit, Halbheit, Stagnation in Permanenz.

Jedoch so düster liegen die Aussichten gar nicht. Alles spricht vielmehr für das Gegenteil, für eine durchaus glückliche Entwicklung zu einer großen, ruhmvollen Zukunft. Niemals war eine Zeit für die evangelisch-soziale Sache günstiger als die Jetztzeit. Die Gegenwart verlangt schon längst laut und dringlich eine sozialpolitische Partei, wie sie allein heute die evangelisch-soziale Bewegung werden kann und zu werden verspricht. Und zwar das aus folgenden Gründen.

Unser ganzes öffentliches sozialpolitisches Leben wird im Grunde durch zwei große wirtschaftlich mächtige Gruppen bestimmt, von denen jede Millionen von Stimmen und Gesinnungsgenossen hinter sich hat. Die eine ist die „staatserhaltende" Gruppe aller Besitzenden, im Sinne des Besitzes, der produziert und durch die von ihm geleitete Produktion die wirtschaftliche Macht im Staate für sich ausschließlich in Anspruch nimmt. Sie wird repräsentiert durch die großen Grundbesitzer, vorwiegend vertreten in der deutschkonservativen Partei, durch die großen Industriellen und Kaufleute, hauptsächlich vertreten in der freikonservativen und in der nationalliberalen Partei, und die großen Börsenleute, vertreten in der freisinnigen Partei. Jede der genannten Parteien ist die politische Verkörperung dieser mächtigen Interessentenschichten und wird von ihren zielbewußten, kaltrechnenden Vertretern geleitet, so viele andre ihnen aus den einstigen idealern Zeiten der Parteien auch noch in politischer Kurzsichtigkeit und Selbsttäuschung anhängen. Diese sind mehr oder weniger nur „Stimmvieh" in den Augen und Händen der heutigen Führer, die ihre Parteien rücksichtslos und allmächtig zu Vertreterinnen der Interessen allein ihrer in diesen Parteien herrschenden Schicht degradierten. Und so verschieden auch sonst die religiösen, politischen und geistigen Anschauungen dieser Parteien unter einander sind, so geradezu einander entgegengesetzt ihre ganze Vergangenheit ist, in

diesen ihren wirtschaftlichen Interessen — und das ist heute im Zeitalter der sozialen Frage das Entscheidende — sind sie sich alle gleich, in deren Vertretung ohne Unterschied einig. Sie alle werden von einem einzigen sozialen Ideal geleitet: der Erhaltung des Bestehenden, der Konservierung ihres wirtschaftlichen Glücks, der unbedingten Ausnutzung und Vergrößerung ihrer sozialpolitischen Macht. Darum findet man bei ihnen allen ohne Unterschied die Liebe zum „Staatserhaltenden," die Hoffnung auf das Heer als eine Polizeimacht gegen innere Feinde, der Eifer, von andern an der heutigen öffentlichen Ordnung in nichts zu ihren Ungunsten rütteln zu lassen, dagegen die starke Neigung auf ihrer Seite, zu ihren Gunsten diese „Ordnung" noch zu verbessern, das Wahlrecht zu verkümmern, das Koalitionsrecht einzuschränken, die Maschine des Staats ausschließlich zu ihrem Nutz und Frommen arbeiten, seine Leiter nach ihrer heimlichen Pfeife tanzen zu lassen. Darum sind sie auch zu Ende mit ihrer Bereitwilligkeit für soziale Reformen. Höchstens erkennen sie theoretisch deren entfernte Berechtigung für andre als die eignen wirtschaftlichen Gebiete an; für die eignen weisen sie sie als völlig unerträglich weit ab. Und da das eben alle thun mit mehr oder weniger Geschrei, so sind sie sich auch darin alle einig. Die unbedingte Abweisung jeder ernstlichen und gründlichen sozialen Reform ist ihr schärfstes gemeinsames Kennzeichen.

Dieser großen Macht gegenüber steht die andre, die „staatsfeindliche" Gruppe aller Nichtbesitzenden, die über nichts als ihre Arbeitskraft verfügen, durch ihre Lohnarbeit die Produktion erst ermöglichen und darum auch ihrerseits die wirtschaftliche Macht im Volksleben ausschließlich für sich in Anspruch nehmen. Sie schwört auf Marx und nennt sich Sozialdemokratie. Die Materie ist der Gott fast aller ihrer Führer. Die Vergangenheit gilt ihnen nichts oder fast nichts, die Zukunft alles; die Gegenwart aber ist wert, daß sie so schnell und so gründlich als möglich zu Grunde gehe. Denn sie sehen an der Gegenwart allein das Schlechte. Hinter der großen sozialen Zerklüftung und ihren schweren wirtschaftlichen Nöten geht ihnen gänzlich das Gute unter, was heute auch besteht, was das reiche Erbe einer großen Vergangenheit, die Zuflucht in der Gegenwart, der starke Keim und das sichere Unterpfand bessrer Zustände in der Zukunft ist, geht ihnen die Freude daran, die Hoffnung darauf ver-

loren. Sie sehen alles grau in grau und malen es dementsprechend so. Und diese Bilder, die sie malen, die Schriften der Verbitterung, der Verzerrung, der Übertreibung, die sie schreiben, sind Augenweide und geistige Nahrung, Offenbarung und Evangelium einem millionenköpfigen unkritischen Volke, in dem noch immer die alte Ehrfurcht vor jedem geschriebnen oder gedruckten Worte, der mystische Glaube an seine buchstäbliche Wahrheit weiter lebt. Dieses Volk glaubt alles, weil es die Hälfte davon als wahr am eignen Leibe erlebt. Und so zieht diese Masse hilflos, unberaten, irregeführt, wie sie ist, aus Wahrheit und Unwahrheit dieselben Schlüsse, mit denen ihre Führer sie blenden, teilt sie den Haß dieser Führer, ihre Verbitterung, ihre Verachtung des Vergangnen und Gegenwärtigen, ihren fanatischen Glauben an ein diesseitiges Paradies. Und während drüben der Ruf erklingt: Erhaltung alles Bestehenden, so hier der noch lautere, leidenschaftliche Schrei: Vernichtung alles Bestehenden, Verkehrung von allem in sein Gegenteil, Unterdrückung der Herrscher, Herrschaft der Beherrschten, Herrschaft der Arbeit und Arbeiter, Knechtschaft des Kapitals und der Kapitalisten. Dort Reaktion, hier Revolution; dort die eine große reaktionäre, hier die eine große revolutionäre Masse! Das ist die charakteristische Lage.

Und die gegenseitige Spannung beider Mächte droht immer mehr alle Kräfte des Vaterlands zu absorbieren, der Gegensatz beider alles zu beherrschen und alles zu lähmen. Deutschlands Zukunft ist durch sie längst schon in Gefahr. Bei keiner dieser beiden Mächte aber liegt die Rettung; eine jede für sich bedeutet erst recht Gefahr. Nur eine Partei der Reformen im großen Stil vermag diese drohende Gefahr noch zu bannen, die lähmende Übermacht jener beiden zu brechen. Sie allein vermag das edle Erbe der Vergangenheit und die Errungenschaften der Gegenwart zu wahren und in die Zukunft hinüber zu retten. Sie allein vermag auch die Schäden der Gegenwart ohne Gewalt oder Unterdrückung zu heilen und in allmählicher Entwicklung das Schlechte in unserm wirtschaftlichen und öffentlichen Leben durch Besseres zu ersetzen. Sie allein verbürgt gründliche Hilfe und ehrlichen Fortschritt in gleicher Weise. Darum weder soziale Reaktion, noch soziale Revolution, sondern soziale Reform! Nicht die eine große

reaktionäre Masse, nicht die andre große revolutionäre Masse, sondern eine große reformerische Masse — sie allein ist das Heil. Sie also muß geschaffen werden.

Niemand aber außer den Evangelisch-sozialen ist heute imstande, den schweren Versuch der Schöpfung dieser großen dritten reformatorischen Masse zu machen. Oder wer sonst käme im deutschen Vaterlande hierfür in Betracht? Höchstens wären die reinen Antisemiten hier zu nennen, die sich ja auch schon als eine deutsch-soziale Reformpartei aufgethan haben. Aber die werden keine Zukunft haben; denn die Instinkte, die sie zu ihrem öffentlichen Handeln treiben, sind vorwiegend die Instinkte des Hasses — die haben sie gemein mit der einen großen revolutionären Masse der Sozialdemokratie; und die politischen Ideale und Ideen, die sie haben und vertreten, sind vorwiegend Ideen aus einer Zeit, die vor der des allgemeinen gleichen Wahlrechts, der Maschinenära, des Weltverkehrs, des Internationalismus liegt — die haben sie gemein mit den reaktionärsten Teilen der großen reaktionären Masse. Also das Unvorteilhafte von beiden großen alles beherrschenden sozialpolitischen Richtungen unsers Vaterlands ist ihr Erb und Eigen: es verhindert sie gewiß, die große Aufgabe der Zukunft, die Bildung der sozialen Reformpartei in Angriff zu nehmen.

So sind in der That nur die politisch gerichteten Evangelisch-sozialen übrig. Die aber brauchen nur sich selber und ihrer Vergangenheit treu zu bleiben, nur die Wege, die sie bisher gegangen sind, kraftvoller und zielsicherer weiter zu verfolgen, so sind sie schon mitten drin, die Aufgabe zu lösen. Denn von Wichern an bis heute ist neben dem Christentum die Sozialreform der Gedanke gewesen, der alle Evangelisch-sozialen ohne Unterschied erfüllt, zusammengehalten, vorwärts getrieben hat. Huber, Todt und Stöcker, die christlich-soziale Partei, die Evangelischen Arbeitervereine und der Evangelisch-soziale Kongreß sind in gleicher Weise dafür lebendige Beweise. Niemals in der nun fast dreißigjährigen Entwicklung der Bewegung ist hierin auch nur auf kürzeste Zeit eine Schwankung oder gar Änderung zu bemerken. Kraftvolle Sozialreform war immer das Ziel, das alle, so verschieden auch im einzelnen ihre Ansichten darüber waren, konsequent erstrebten. Man darf wohl sagen, daß keine der bestehenden Parteien oder Richtungen dies

so lange, so ununterbrochen, so unvermindert treu gehalten hat als die der Evangelisch-sozialen. Sie haben darum ein Recht auf die Hoffnung, auch die Sozialreformpartei der Zukunft schaffen zu können.

Freilich, es müßte eine ernsthafte Reform sein, die sie dann auf ihre Fahne schreiben. Keine bloßen schönen Worte ohne Thaten; keine bloßen Thaten, die viel scheinen, aber nichts wert sind, und alles beim Alten lassen, die Not hier, den Überfluß da. Eine Reform, die der Wirklichkeit offen ins Gesicht sieht, mag diese Wirklichkeit noch so grausig und verworren sein; die diese Wirklichkeit schildert, wie sie ist; die alle Dinge bei ihrem Namen nennt, das Schlechte schlecht, das Gute gut, Ausbeutung Ausbeutung, Heuchelei Heuchelei, Gewaltthat Gewaltthat. Eine Reform, an deren Macht und sieghafte Kraft die Besten der Zeit glauben; für die sie all ihre Kräfte einzusetzen bereit sind; die sie verfolgen, auch wenn sie für sich selber Nachteile anstatt Vorteile, Kampf anstatt Frieden, Schmach anstatt Ehre ernten. Eine Reform, die ebenso vernünftig wie gerecht ist; die keinen der unschuldig Notleidenden vergißt, und die dem Ganzen hilft, indem sie diesen hilft. Eine Reform, die gründlich, ehrlich und dauernd hilft, ohne Nebenzwecke, unter Organisierung aller notleidenden kleinen Leute, deren Anhang, Treue und Begeisterung ihren Arbeiten den Nachdruck, ihren Leistungen den Segen giebt.

Und heute schon haben die Evangelisch-sozialen für solche Reformen auch die beste Helfershelferin in der neuern deutschen Nationalökonomie. Es ist deren größter Ruhm und Eigenart, daß sie nicht eine bestimmte volkswirtschaftliche Theorie aufgestellt hat und als alleinseligmachend vertritt, wie es beispielsweise die englische Nationalökonomie in der Manchestertheorie von Adam Smith gethan und die Sozialdemokraten mit den kommunistischen Theorien von Karl Marx heute noch thun. Die deutsche Nationalökonomie hat die überwiegend verhängnisvollen Wirkungen solcher Theorien, so oft sie schon im Volkswirtschaftsleben zur Anwendung kamen, klar erkannt. Sie stellt sich daher ausschließlich auf den Boden der wirtschaftlichen Wirklichkeit. Sie will eine Nationalökonomie der Thatsachen sein. Sie untersucht empirisch genau die Zustände auf den einzelnen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, sucht ihre innersten

treibenden Kräfte, das Maß dieser Kräfte und ihrer Zukunftsfähigkeit zu erkennen, die neu aufkeimenden Gebilde und Erscheinungen zu erschauen und darauf hin ihre Reformvorschläge zu machen, von Fall zu Fall. Und da sie — ein neuer ruhmvoller Charakterzug an ihr — durch und durch ethisch bestimmt ist, so zeigen diese ihre Vorschläge erst recht tiefste Verwandtschaft mit den Reformgedanken der evangelisch-sozialen Reformpartei, die erstehn soll. Ja, man darf wohl sagen: diese neuere deutsche ethische Nationalökonomie ist geradezu das wissenschaftliche Gegenstück zu der praktischen Organisation dieser. Sie liefert ihr das Gedankenmaterial, aus dem sie ihre Programme schmieden und ihre Ziele formulieren, die geistigen Waffen, mit denen sie ihre öffentlichen Kämpfe führen muß. Und darum muß die neue, die werdende Partei an ihre Seite treten und ihren Bund mit ihr machen. Nur im Verein mit ihr wird sie zukunftsfähig, wird sie die politische Trägerin einer wirklichen, gründlichen, segensreichen Sozialreform sein.

Neben dem Gedanken der sozialen Reform ist das Christentum der Kernpunkt, um den sich die evangelisch-soziale Bewegung seit je gedreht hat. Auch dieses muß sich die neue Reformpartei unbedingt wahren und lebendig erhalten. Sie muß durch und durch christlich sein. Christlich, nicht kirchlich. Das heißt, sie darf, wenn sie vernünftig und lebensfähig sein will, zugleich mit ihren sozialen und politischen nicht auch Zwecke der Kirche verfolgen. Auch nicht auf sozialem Gebiete. Sie würde dann Arbeiten leisten wollen, die abliegen von ihren eigentlichen Zielen, ihrem ihr bestimmten Gebiete. Sie würde Pflichten übernehmen wollen, die wohl vorhanden sind, die auch erfüllt werden müssen, aber von andern, als von ihr, von andern, die eben dazu da sind. Und uns scheint, wovon wir auch später noch ausführlicher reden wollen, eben der Evangelisch-soziale Kongreß ausschließlich dazu da zu sein.

Die Partei darf dies „christlich" aber auch nicht im kirchenpolitischen Sinne auslegen. Das wäre noch mehr ihr Unglück. Gerade hierfür haben wir in den Reihen der Evangelisch-sozialen in Stöckers Praxis ein nicht ermutigendes Beispiel. Stöcker hat immer seiner christlich-sozialen Partei zugleich kirchenpolitische Ziele zur Verfolgung gesteckt. Und zwar im Sinne der konservativen Partei. Er thut es noch heute; eben während diese Zeilen ge-

schrieben werden, ist er als Christlich-sozialer in Rheinland-Westfalen zugleich auch kirchenpolitisch für die Partei der positiven Union agitatorisch thätig. Er glaubt damit gewiß im Rechte zu sein und Gutes zu thun. Ihm ist christlich-sozial und kirchenpolitisch positiv dasselbe. Darum rühmte er noch in diesen Tagen als den schönsten und sichtbarsten Erfolg der christlich-sozialen und konservativen Berliner Bewegung in der Mitte der achtziger Jahre den Übergang der Majorität in der Berliner Stadtsynode aus den Händen der Liberalen in die der positiven Richtung. Mir scheinen diesen kirchenpolitischen Erfolgen viel größere und tiefere Nachteile gegenüberzustehen, Nachteile sowohl für das kirchliche Leben, das unverworren bleiben soll mit dem politischen Parteigetriebe, als für die evangelisch-soziale Bewegung überhaupt, und für die christlich-soziale Partei Stöckers insbesondre. Mancher ist wohl zur letztern übergegangen nur um deren kirchenpolitischen Ziele willen und ist auf sozialem Gebiete ein untüchtiges Glied, ein Ballast der Partei geworden; und manch andrer, den aufrichtige christliche Frömmigkeit und Liebe erfüllte und in die soziale Mitarbeit geradezu hineinzwang, hat sich dauernd von ihr ferngehalten, weil er durchaus nicht Stöckers kirchenpolitischen Standpunkt annehmen konnte. Diese kirchenpolitische Ader im Sinne der positiven Unionspartei, die auch heute noch in der nunmehr selbständigen christlich-sozialen Partei steckt, ist noch ein bedeutsamer Rest des Konservativen in ihr. In diesem Punkte darf die „jüngere" Richtung sagen, daß sie, in der Erkenntnis der Unmöglichkeit, christlich-soziale Politik und Kirchenpolitik zu vereinen, den Fortschritt zur Scheidung schon vollzogen hat. Unter ihren Führern ist auch ein guter Teil Theologen. Aber es ist charakteristisch, daß die Mehrzahl unter ihnen kaum weiß, welcher speziellen theologischen und kirchenpolitischen Richtung die andern angehören; so wenig spielt diese unter ihnen eine Rolle; so wenig glauben sich alle, um ihrer rein christlich-sozialen Ziele willen, an den rein kirchenpolitischen und theologisch-wissenschaftlichen Kämpfen beteiligen zu dürfen. Es genügt ihnen, vom andern zu wissen, daß er ein ehrlicher, zuverlässiger, aufrichtig frommer christlicher Charakter ist.

Und das, so glauben wir, muß allgemeiner Grundsatz auch in der kommenden Reformpartei werden. Sie darf weder kirchlich noch

kirchenpolitisch, aber sie muß dafür wahrhaft christlich sein. Und zwar in dem Sinne, daß sie den gesamten sittlichen und religiösen Inhalt des Evangeliums auch im wirtschaftlichen und sozialpolitischen Getriebe unsers Volkes mit rücksichtslosem Mut zur Geltung und Anwendung zu bringen sucht. Die Ideale der Nächstenliebe, der Gerechtigkeit, des Friedens und der Freiheit müssen durch sie selbstverständliche Grundsätze auch der Sozialpolitik werden. Damit in schrittweiser Entwicklung, aber so schnell als immer möglich, allen Menschen Anteil gegeben wird an allen Gütern der Kultur, nicht in schablonenhafter Gleichmäßigkeit, nicht damit sie bloß genießen und im Genuß verkommen, wie heute mancher, sondern damit sie im Besitz von alledem sich erst recht zu Menschen, zu geschlossenen Persönlichkeiten, zu sittlichen Charakteren, zu Frauen und Männern von großer und edler Gesinnung entwickeln. Dies, möchte ich meinen, ist das innerste evangelisch-soziale Prinzip, das höchste evangelisch-soziale Ziel, die Konsequenz des Vorsatzes, die Liebe Jesu auf unser Wirtschaftsleben zur Anwendung zu bringen; es muß das Erbteil der neuen Partei werden, ihr letztes gewaltiges Ideal, das all ihr Handeln bestimmt.

Nur vor einem Fehler muß sich die neue Partei dabei hüten, einem Fehler, den wir durch die Geschichte der gesamten evangelisch-sozialen Bewegung hindurchgehen sahen, der sich schon bei Todt findet, den auch noch das Programm der Evangelischen Arbeitervereine vom Jahre 1893 begeht, und von dem sich bisher nur ein einziger, Stöcker, freigehalten hat. Es ist der Versuch, von den religiösen und sittlichen Kerngedanken des Evangeliums zu einer evangelisch-sozialen Theorie, einer evangelischen Wirtschaftslehre und evangelischen Wirtschaftspolitik zu gelangen. Wir fanden schon früher, daß das ein unmöglicher Versuch ist. Stöcker allein hat Recht; es ist nicht möglich, zwischen beiden Gebieten, Christentum hier, Nationalökonomie dort, eine direkte Brücke zu schaffen. Schreiber dieser Zeilen hat sich im stillen jahrelang an diesem Problem gemüht; heute ist es ihm klar: es wird ewig ein Problem bleiben. Mit demselben Rechte, demselben Beweismaterial, derselben Beweiskraft kann ein Christlich-sozialer dem Handwerk helfen wollen durch Innungszwang und Befähigungsnachweis oder durch Genossen-

schaften und Fachschulen. Dieselben sittlichen Motive können für beiderlei Handlungsweise geltend gemacht werden. Darum hat Professor Sohm und in diesem Falle auch einmal Freiherr von Stumm recht, wenn sie sagen, das Wort evangelisch-sozial sei eigentlich ein Unsinn, ein innerer Widerspruch. Darum wird sich auch die künftige Reformpartei am richtigsten überhaupt von der Bezeichnung christlich-sozial oder evangelisch-sozial freihalten. Christlich und sozial, ja; aber nicht beides in einem Atemzug, in einem Wort, als ein Begriff, wenigstens nicht unter den eben erörterten Gesichtspunkten. Das Christentum muß zwar der künftigen Reformpartei Begeisterung und Mut, ihren Mitgliedern edle Gesinnung, Charakterfestigkeit und Opferfreudigkeit, ihrem sozialpolitischen Handeln das letzte Ideal geben; aber es kann ihm nicht auch ihr Programm, ihr politisches Urteil, ihre volkswirtschaftlichen Ideen, ihre parlamentarische Taktik geben. Das vermag allein die Erfahrung der praktischen Politik und die Wissenschaft der Nationalökonomie.

Damit sei es genug der Zukunftsmusik über Charakter und Programm der ersehnten Partei. Daß sie auch monarchisch, kaisertreu und national sein muß und wird, soll als selbstverständlich hier nur im Vorübergehen erwähnt werden. Freilich wird sie auch diesen Grundsatz ihrem sozialreformatorischen Ziel gemäß mit neuem Geist und neuer Kraft erfüllen und ihn damit auch in denen wieder lebendig machen, wo er jetzt als etwas Nebensächliches beinahe schlummert. Doch mehr darüber zu sagen, verbietet der Zweck dieser Schrift. Dagegen darf an einer andern Frage, die noch auftaucht, nicht ebenso schweigend vorüber gegangen werden. Es ist die Frage nach den Anhängern der neuen Partei. Wird sie überhaupt welche finden? Wir glauben bejahen zu dürfen.

Der Stamm dazu ist heute schon da. Es sind die Tausende, die heute als deren lebendigste und überzeugteste Mitglieder der christlich-sozialen Partei, den Evangelischen Arbeitervereinen und dem Evangelisch-sozialen Kongresse angehören, Leser vom „Volk," der „Hilfe" und den andern christlich-sozialen Blättern. Sie werden mit Freuden die letzten Konsequenzen ihrer bisherigen Gesinnung ziehn und das werden, worauf schon längst ihr Sinnen und Drängen stand. Und zu ihnen werden sich die Überläufer aus jenen beiden

großen sozialpolitischen Heerlagern gesellen, gegen die die neue dritte Masse den Kampf mit zwei Fronten einst wird eröffnen müssen. Je länger dieser währen wird, desto mehr solcher Überläufer wird es geben, bis sie in Scharen übergehen werden. Von der reaktionären Masse her wird der Haufe der Gebildeten kommen, die, ihrerseits nicht im Geringsten an der absoluten Erhaltung der heutigen Besitzverteilung interessiert, es überdrüssig sind, mehr oder weniger nur als Stimmvieh und Mittel zu bloß konservierenden Zwecken verwendet zu werden, die noch ihr ganzes Vaterland und Volk lieb haben, dem Ganzen helfen wollen, und deren Christentum noch ein Christentum der That sein möchte. Sie alle werden kommen. Aber sie alle müssen dann ein Versprechen ablegen: sich ganz auf die Seite der kleinen Leute zu stellen in wahrer christlicher Bruderliebe und Selbstverleugnung; ihre Bildung und Begeisterung zu deren Diensten hinzugeben; nur deren Ziele, deren Wohl und wirtschaftliche Besserung zu erstreben; von deren Standpunkt, Gesinnung und Lebensanschauung aus an die Bearbeitung der wirtschaftlichen Fragen, von deren Interessen aus an die Aufstellung sozialpolitischer Forderungen zu gehen; mit einem Worte, sich gänzlich mit ihnen zu identifizieren, sich selber zu vergessen, für sie, mit ihnen zu denken, zu handeln und zu kämpfen. Und im Kampfe festzustehn, selbst unter Drangabe von hunderterlei von Beziehungen, die sie ehemals mit vielen von ihresgleichen verbanden. Dann werden sie auch die rechten Führer der neuen Partei stellen, die das unbegrenzte Vertrauen aller kleinen Leute haben.

Auch aus dem Lager der andern, der revolutionären Masse werden sie kommen, vorwiegend städtische Industriearbeiter. Gerade die Tüchtigsten von ihnen werden darunter sein. Alle die, die jene materialistische Weltanschauung da drüben schließlich doch anwidert; die den Haß nicht mehr mitmachen mögen, in den dort alles, was nicht zur Partei gehört, getaucht wird; die der Schlagworte müde sind, die man ihnen immer wiederholt und die doch nur halbwahr sind; die sich den eintönigen geistigen Drill nicht mehr gefallen lassen können, in den da drüben jedermann nach Marxistischem Reglement genommen wird; die schon bald, schon jetzt gründliche Hilfe gegen die soziale Not und Unsicherheit verlangen und thatkräftig selber daran mitarbeiten möchten.

Dann wird die neue Partei auch an den Landarbeitern nicht achtlos vorüber können. Ja, diese aufzurufen, zu organisieren und zu schulen, wird eine ihrer größten Aufgaben sein. Was noch niemand fertig bekam, soll sie zu erreichen versuchen. Hier wird sie ihr agitatorisches Meisterstück zu machen haben. Massen von Landarbeitern müssen ihr anheimfallen. Und mit den Landarbeitern die kleinen Bauern, die der konservativen Partei gegenüber in ganz ähnlicher Lage sind wie die Gebildeten; die kleinen Handwerker, die zu scharfblickend sind, um die Heilkraft von Hilfsmitteln wie Innungszwang und Befähigungsnachweis zu überschätzen, und selbstbewußt genug, auch durch eigne oder vereinte Kraft sich noch in die Höhe zu bringen; endlich alle die kleinen, subalternen Beamten in Staat, Gemeinde und Privatstellung, die heutzutage entweder überhaupt keine sozialpolitische Vertretung haben oder sich ein unpassendes Unterkommen bei den Antisemiten zu suchen pflegen. Sie alle werden, müssen kommen und müssen die Massen der neuen Partei stellen, die dann notwendig eine Partei der kleinen Leute, zu deren Heil und Hilfe, in deren Kraft und Namen sein wird. Das proletarische Prinzip der „Jungen" wird dann geläutert, geklärt, ausgestaltet, in ihr auferstanden sein.

Da erhebt sich ein neuer Einwand, ein neues Bedenken. Mag sein, sagt man, daß es so kommen kann. Aber sahen wir nicht, wie unheilbar der Riß zwischen dem proletarischen und konservativen Prinzip der sozialpolitischen evangelisch-sozialen Richtung klafft? Wie vermöchte sie, die so gespaltene, solch ein Werk zu thun, solch eine Partei zu schaffen? Allerdings, dieser Einwand ist von Gewicht; gleichwohl macht er nicht bange. Denn es ist alle Aussicht vorhanden, daß er in Bälde entkräftet ist, daß die beiden Teile der Bewegung, der proletarische wie der konservative, zu einem Ganzen verschmelzen im Feuer der Kritik, die an ihnen geübt wird, des Kampfes, den sie gegen gemeinsame Feinde zu bestehen haben, der Liebe und der Begeisterung, die sie beide gleicherweise besitzen für alles, was Hilfe der Notleidenden und soziale Reformen heißt.

Oder deuten nicht vielerlei Anzeichen in diesen Tagen auf eine solche Entwicklung hin? Ich erinnere an das im vorhergehenden Kapitel Gesagte — ist das nicht schon schlagend und hoffnungerweckend? Die gleiche Not schon bringt die beiden Richtungen

einander näher. Aber auch die innere Entwicklung beider. Es ist kein Zweifel: in der allerjüngsten Zeit beginnt sich die Partei der ältern Christlich-sozialen in der Gesinnung einer großen Anzahl ihrer Anhänger vom konservativen zu einem immer proletarischeren Standpunkte, und die Gruppe der jüngern Christlich-sozialen von extrem proletarischen Gesichtspunkten zu immer allgemeineren, umfassenderen, gesamtreformerischen Grundsätzen und Forderungen zu entwickeln. An der Stöckerschen Partei läßt sich diese Entwicklung gegenwärtig fast von Tag zu Tag verfolgen. Die Scheidung von den Deutschkonservativen hat ihr doch schon im Grunde ihr konservatives Rückgrat gebrochen; man hat es zu fühlbar erlebt, wie wenig das taugt, wie alt, morsch, unzuverlässig es geworden ist. Und auch das Konservative im Sinne des sozialethischen, sozialversöhnenden Ideals ist immer mehr bei ihnen im Schwinden. Sie werden gezwungen, zu kämpfen für ihre sozialreformerischen, christlich-sozialen Ziele. Weder beim Freisinn noch beim Nationalliberalismus, noch auch neuerdings beim freien wie deutschen Konservativismus will man etwas wissen von ihren Vorschlägen, von ihren herzlichen Bitten um sozialen Ausgleich, von ihrem warmen Appell an das soziale Gewissen, von ihren im Namen des Christentums proklamierten Grundsätzen der Nächstenliebe und Nächstenhilfe. Sie merken, es bleibt nur ein Weg, diesen Grundsätzen Geltung und Gestalt zu verschaffen, der Weg des harten, wenn auch sittlich geführten und geheiligten sozialen Kampfes. Weiter: ganz neuerdings haben sie beschlossen, mit völlig selbständiger Agitation in die Städte und auf das Land hinauszugehen — mit welchen Zielen? Doch nur, um die notleidenden kleinen Leute, die kleinen Bauern und kleinen Handwerker, die kleinen Kaufleute und kleinen Beamten, und womöglich natürlich auch Land- und Industriearbeiter für sich zu gewinnen. Oder wollten sie große Grundbesitzer, große Fabrikanten, große Kauf- und Geldleute durch ihre Agitation gewinnen? Sie denken wohl nicht daran — und darum, je energischer sie diese neubeschlossene Agitation treiben werden, desto rascher und gründlicher werden sie sich von dem Konservativen weg nach dem Proletarischen hin entwickeln. Sie sind jedenfalls jetzt schon auf dem besten Wege dahin. Bei der Gruppe der „Jungen" aber ist, wie gesagt, eine entgegengesetzte Entwicklungstendenz nicht zu verkennen. Nicht freilich, als ob sie, durch die An-

griffe eingeschüchtert, begonnen hätten, feige zurückzuzucken, ihre Überzeugungen zu verleugnen und den Mächtigen nach dem Munde zu reden. Ihre soziale Begeisterung, Ehrlichkeit und Thatkraft hat sich wahrhaftig nicht gemindert, ihre sozialpolitischen Überzeugungen aber haben sich vertieft, vervielseitigt, ergänzt. Aber die zu starke Sympathie mit der Sozialdemokratie, die in der That zu Zeiten vorhanden gewesen ist, ist geschwunden, geblieben ist nur die Sympathie für die ungezählten nicht klarbewußten Arbeiter in deren Reihen. Die Gewohnheit, alle Entwicklung des deutschen Volks bloß vom Standpunkte des großstädtischen Industriearbeiters anzusehen und beeinflussen zu wollen, die in der That zu Zeiten herrschte, ist erweitert zu dem Grundsatz, allen kleinen Leuten, Land- wie Industriearbeitern, kleinen Bauern wie kleinen Handwerkern, kleinen Beamten wie kleinen Handelsleuten zu helfen, doch so, daß das nationale Interesse und die Rücksicht auf das Volksganze wohl beachtet und berücksichtigt bleibt. Am deutlichsten spiegelt sich diese Entwicklung der „Jungen" in der Entwicklung ihres Organs, der „Hilfe," ab. Sie, die zu Anfang wohl ausschließlich für die untersten Schichten der großstädtischen Arbeiter schrieb, ist heute zur Forderung eines Programms für alle Gebiete des Wirtschaftslebens zum Wohle aller kleinen Leute angelangt. Es ist also kein Zweifel: die Entwicklung der beiden Gruppen aufeinander zu ist im Gange, ein Ausgleich der beiden Prinzipe, des alten Gegensatzes in Aussicht. Es muß alles gethan werden, diese Entwicklung zu begünstigen, den Ausgleich wirklich endgiltig herbeizuführen, nicht bloß so, wie es vor drei Jahren innerhalb der Evangelischen Arbeitervereine geschehen ist.

Aber wie, wenn es trotzdem anders kommt? Wenn die ältern konservativen Elemente in der Partei Stöckers von neuem die Oberhand gewinnen und die Partei zu der alten reinkonservativen Haltung zurückzwingen? Dann bleibt nur ein Weg. Dann muß die Gruppe der „Jungen" allein das thun, was nach vorstehendem die beiden vereinigten Gruppen zu thun berufen sind. Es giebt erst recht für die „Jungen" keine andre Zukunft und Entwicklung als diese: Schaffung einer sozialen Reformpartei aller kleinen Leute!

Der Evangelisch-soziale Kongreß

Im Vorstehenden ist kaum mit einem Worte von den Geistlichen, genauer den Geistlichen im Gemeindeamte, die Rede gewesen. Mit voller Absicht. Nach unsrer Meinung gehören sie nicht mehr in den Rahmen der kommenden Partei, die eben geschildert worden ist, wenigstens nicht in der Weise und in dem Umfang, in dem sie bisher an der sozialpolitischen Richtung der Evangelisch-sozialen beteiligt waren. Geschähe es doch, es wäre ein Unglück für sie wie für die Partei.

Die Partei wird, wie wir sahen, eine Partei der kleinen Leute sein, oder sie wird nicht sein. Sie muß allein deren Interessen verfolgen und verfechten. Sie wird also auch gegen entgegenstehende Interessengruppen energisch kämpfen müssen. In diesem Kampfe aber wäre sie einfach gelähmt, ja vielleicht ganz dazu untauglich gemacht, wenn Geistliche im Amte ihre Führer oder auch nur zum Teil ausschlaggebend für ihre Haltung wären. Diese sind durch zu viele allerdings berechtigte Rücksichten gebunden, um so mitkämpfen zu können, wie es die Sache solcher Partei erheischt.

Andrerseits würde auch der Geistliche durch die Führung einer solchen stets irgendwie im Kampf befindlichen Klassenpartei stark kompromittiert und geschädigt. Er würde sich dadurch wohl beinahe jeden Einfluß auf die Glieder seiner Gemeinde zerstören, die — und das würde fast überall die Mehrzahl sein — nicht zugleich seine Parteigenossen sind. Er würde damit die erste und höchste Pflicht seines Amtes auf das Gröblichste verletzen. Der Geistliche gehört seiner ganzen Gemeinde. Er hat auf jeden in ihr Rücksicht zu nehmen, mag er einem Stande angehören, welcher es sei. Denn jeder, auch er selbst, hat seinen Stand nicht frei gewählt, sondern ist in ihn hineingeboren und hinein erzogen worden. Und jeder hat zunächst ein von Gott gegebnes Anrecht darauf, in diesem Stande zu leben und zu wirken. Daß das in christlichem Sinn und Geist geschieht, dafür eben hat der Geistliche zu sorgen, nicht aber dafür, daß ganze Stände sich selbst aufgeben oder sich in andre verwandeln. Das ist Aufgabe des Sozialpolitikers, nicht des Geistlichen. Und deshalb muß dieser sich die Möglichkeit des Ein-

flusses auf die Angehörigen aller Stände in seiner Gemeinde wahren, um diesen Einfluß in ausschließlich sittlich religiösem Sinne zu üben. Wiederum hat auch jedes Gemeindeglied Anspruch und Anrecht auf die religiöse Persönlichkeit seines Geistlichen, auf seine Beratung, seine Unterstützung und Förderung. Jeder Großgrundbesitzer, jede Frau eines Großindustriellen, jedes Kind eines Großkaufmanns hat dasselbe Recht wie das Arbeiterkind und der kleine Mann, bei dem Geistlichen religiöse Förderung, Aussprache und Aufklärung, sowie Teilnahme an ihren Wohlthätigkeitsbemühungen, ja Ansporn dazu und Rat dabei zu finden. Das aber ist nur möglich, wenn allseitiges Vertrauen zu ihm vorhanden ist. Und das ist nur vorhanden, wenn er eine im politischen und auch sozialpolitischen Sinne durchaus unparteiische Persönlichkeit ist und bleibt. Wer aber Führer einer sozialpolitisch kämpfenden Partei sein will, der bleibt das eben nicht und stößt damit viele seiner Gemeindeglieder einfach vor den Kopf. Man wende nicht etwa ein, daß sich die politische und die amtliche Thätigkeit eines Geistlichen sehr wohl auseinander halten lasse. Das ist nicht möglich, denn sie sind an ein und dieselbe Person geheftet. Und je glühender, ehrlicher und mutiger diese Person an Amt und Politik hängt, desto unmöglicher ist diese Trennung für sie selbst. Sie wird es einfach vergessen, stets nur das eine von beiden, was gerade am Platze ist, zu thun, das andre zu lassen. Und thäte sie es auch — für die andern ist es unmöglich. Der Großindustrielle kann in dem Manne, den er auf der Arena der öffentlichen Versammlungen, in Zeitung und Gesellschaftsgespräch als seinen grimmen Gegner bekämpft, nicht zugleich auch den Seelsorger, die kirchliche Autorität, den Theologen verehren, mit dem er gern allerhand fördernde, religiös aufklärende und vertiefende Auseinandersetzungen hat. Man kann noch so viel behaupten, daß das möglich sei; es geht doch nicht, dazu ist die Macht der materiellen Interessen unter den Menschen viel zu groß. Das wird auch durch die Wirklichkeit des Lebens bestätigt. Es ist nicht Zufall, daß gerade die beiden hervorragendsten Führer der sozialpolitischen Richtung der evangelisch-sozialen Bewegung, Stöcker und Naumann, nicht mehr im geistlichen Amte sind, und zwar nicht aus freiem Willen, sondern durch den Zwang der Verhältnisse, die ihnen ihre sozialpolitische Thätigkeit geschaffen hat. Es ist eben auf die

Dauer eine Unmöglichkeit, zugleich praktischer Geistlicher und Parteiführer in den nicht zu umgehenden Klassenkämpfen der Gegenwart zu sein.

Gegen diese Thatsache hilft auch der Hinweis auf die staatsbürgerlichen Rechte des Geistlichen nichts. Es giebt manche z. B. unter den Beamten, die heutzutage auf deren Ausübung verzichten müssen. Warum soll es der Geistliche nicht auch thun, wenigstens zum Teil, da, wo es sich bei ihm um eine Kollision der Pflichten zu handeln beginnt? Das ist aber der Fall, wenn er als sozialpolitischer Parteiführer und Wahlkandidat auftritt. Und da muß er seine Bürgerpflicht der Amtspflicht, nicht aber umgekehrt, die Amtspflicht der Bürgerpflicht zum Opfer bringen. Das Recht z. B. zu wählen und in die Kasse einer bestimmten, ihm sympathischen Partei seinen Beitrag zu steuern, auch sonst deren Sache thunlichst zu fördern, bleibt ihm dabei gänzlich unbeschnitten und unverwehrt.

Mit dem eben Gesagten hängt ein weiterer Gesichtspunkt zusammen, der, früher auch schon in anderm Zusammenhang erörtert, für den Geistlichen im Amt eine neue Unmöglichkeit, Führer einer kämpfenden sozialpolitischen Partei zu sein, schafft. Der Geistliche soll es bei allen seinen Arbeiten eigentlich stets nur mit Menschen, mit Persönlichkeiten zu thun haben; die rechte Sozialpolitik und jede Sozialpolitik treibende Partei dagegen hat sich ausschließlich mit den wirtschaftlichen Zuständen der Menschen zu befassen. Der Geistliche soll womöglich Menschen, die Sozialpolitik die wirtschaftlichen Verhältnisse besser machen. Es leuchtet ein: auch dieses grundverschiedne Arbeitsziel trennt den Geistlichen von jeder ernsthaft arbeitenden sozialpolitischen Partei. Zwar hängen natürlich die Arbeiten beider auch vielfach mit einander zusammen und berühren sich gegenseitig, weil eben die einzelnen Persönlichkeiten stets unter wirtschaftlichen Verhältnissen leben, von denen ihr Wohl und Wehe, ihr Denken, Fühlen und Wollen mit abhängig ist, und weil andrerseits die Menschen die wirtschaftlichen Zustände machen und gestalten. Darum kann eben keine rechte sozialpolitische Partei, die wahrhaft Segensreiches schaffen will, ohne sozialethische und sozialreligiöse Grundsätze sein, und darum muß auch jeder Geistliche die wirtschaftlichen Zustände seiner Zeit und Umgebung kennen und stets bei der Beurteilung und Beeinflussung seiner Mitmenschen mit

in Rechnung ziehn. Aber diese Beschäftigung mit den sozialen Zuständen und ihre Berücksichtigung heißt noch lange nicht Sozialpolitik treiben, so wenig wie der Besitz sozialethischer und sozialreligiöser Grundsätze und Ideale eine sozialpolitische Partei schon zu einer kirchlichen und kirchenpolitischen macht. Und darum, so sehr der Geistliche auch verpflichtet ist, sich in bestimmtem Umfange in der That mit volkswirtschaftlichen Dingen zu befassen, so sehr trennt ihn die speziell ihm gestellte Berufsaufgabe, Menschen, nicht Zustände zu ändern, von der Pflicht, Führer einer sozialpolitischen Partei zu sein.

Noch ein drittes kommt hinzu. Der Geistliche hat heutzutage — mit wenigen Ausnahmen — auch gar nicht Zeit, es zu werden, wenn er seine eigentlichen Berufsaufgaben auch nur einigermaßen ernst nimmt. Denn sie zu erfüllen, dazu gehört nicht nur das Produzieren der allsonntäglichen Predigt, das Beerdigen, Taufen und Trauen, die Erledigung der laufenden amtlichen Geschäfte, und eine Seelsorge im gewöhnlichen, simpeln Sinne der Armenpflege; dazu gehört auch, den Geisteskampf mit dem Materialismus unentwegt zu kämpfen, der modernen realistischen Bildung sittliche Ideen einzuimpfen und religiöse Ideale zu stecken. Dazu gehört es auch, die Ungezählten, die heutzutage vom Zweifel heimgesucht hin und her schwanken zwischen Sehnsucht nach religiösem Frieden und Unterdrückung aller ihrer religiösen Bedürfnisse, zu fassen und mit der Lebenskraft wirklichen Christentums zu erfüllen. Zu dem allen bedarf er der Hilfe seiner Wissenschaft, der Theologie und Philosophie. Sie muß er gründlich und geschickt zu benutzen verstehn. Und dafür genügt es nicht, daß er bloß verstandesmäßig, kalt und nüchtern in ihr einigen Bescheid weiß, dazu gehört, daß er darin lebt und webt, daß er mit Begeisterung an ihr hängt, daß er selbstthätig ihre immer neuen Erfolge und Fortschritte mitmacht, daß er sie vor allem in die Sprache des praktischen Lebens umsetzt und er den Gedankengängen und Erfahrungen der im Leben unter tausenderlei Einflüssen stehenden Menschen anpaßt. Um das alles thun zu können, bedarf es der Einsetzung der ganzen Persönlichkeit und des ganzen Lebens. Er kann sich unmöglich noch teilen; er kann unmöglich zweien Herrinnen dienen, der Theologie und der Nationalökonomie; und so gewiß die

religiöse Frage mit der sozialen unsrer Tage in vielfacher und wohl zu berücksichtigender Beziehung steht, so gewiß ist sie doch eine große Frage für sich, die nicht zugleich durch dieselben Personen und dieselben Parteien gelöst werden kann.

So bleibt es dabei und steht fest: *Geistliche im Amte können nicht zugleich sozialpolitische Parteiführer sein.*

Dieser Satz wird auch durch die Haltung der kirchlichen Behörden bestätigt. Der jüngste Erlaß des preußischen Evangelischen Oberkirchenrats kommt in seinem Verbot jeder sozialpolitischen Agitation durch Geistliche im Amt zu ganz denselben Ergebnissen wie die vorstehenden Ausführungen. Nun hat das ja freilich zunächst nur ein relatives Gewicht. Der protestantische Geistliche steht seiner obersten Behörde anders gegenüber als der katholische Kleriker seinem Papste. Er hat ebenso das Recht wie die Pflicht, auch an dem energischst gehaltenen Erlaß seiner Vorgesetzten, unter Wahrung natürlich der nötigen Formen, Kritik zu üben und um des Gewissens, der Wahrheit und des Fortschritts seiner Sache willen seine gewonnene abweichende Überzeugung auch zu äußern und zu bethätigen. Das könnte also auch sehr wohl gegenüber dem genannten Erlaß geschehen. Aber es würde in diesem Falle auf Irrtum und Täuschung beruhen. So wenig glücklich und unanfechtbar auch die Ausführungen, Behauptungen und Begründungen des Erlasses im einzelnen erscheinen, der Grundgedanke, von dem er ausgeht, das Verbot, das er ausspricht, ist nach unsrer Meinung richtig und berechtigt: Geistliche im Amt können und dürfen nicht zugleich sozialpolitische Parteiführer sein. Und jedenfalls wird er, mag man noch so sehr gegen ihn eifern, gerade die Wirkung haben, von der eben in diesem Zusammenhange ausschließlich die Rede ist: er wird die Geistlichen wirklich abhalten, sich als Führer an die Spitze der neuen Partei zu stellen.

Aber, so fragt man mit Recht, was bleibt dann dem Geistlichen an sozialer Mitarbeit? Ist er dann nicht zur Unthätigkeit auf diesem wichtigsten aller Gebiete der Gegenwart verurteilt, einfach in den Winkel des öffentlichen Lebens gestellt? Nimmermehr. Es bleibt ihm eine andre, nur um so größere und dornenvollere soziale Aufgabe. *Anstatt eine sozialagitatorische, soll er eine ausschließlich sozialversöhnende Arbeit thun.* Er soll

also durchaus nicht die Augen verschließen vor dem, was alle übrige Welt unausgesetzt beschäftigt. Auch er soll sich damit beschäftigen. Er soll darüber hören und lesen, nachdenken, reden und schreiben. Aber er soll es stets in dem eben angegebnen, sozialversöhnenden Sinne thun. In dieser Zeit der Klassenkämpfe, des wirtschaftlichen Egoismus, der politischen Brutalität soll er und der Gemeindeorganismus, dem er dient, ein Mittelpunkt des Friedens, der sozialen Versöhnung sein. Nichts ist notwendiger als dies für die Menschen unsrer Tage. Es muß wenigstens einen Ort der Ruhe und des Friedens, Männer der Ruhe und des Friedens geben. Nichts ist notwendiger als dies auch für die soziale Reform selbst. Nicht *nur* durch die sozialpolitische Agitation und den wirtschaftlichen Klassenkampf wird die bessere soziale Zukunft unsers Volks erreicht, sondern zugleich durch liebreiche Thaten, die heute den in den sozialen Kämpfen Verwundeten helfen und in den Kämpfenden den Geist der Liebe nicht ersterben lassen, sondern nur immer lebendiger entfachen. Sozialer Kampf und soziale Versöhnung sind beide nötig. Aber beide können nicht von denselben Menschen gethan werden. So sollen die Geistlichen die Aufgabe der sozialen Versöhnung für sich wählen — es ist wahrlich auch nicht das bequemere. Verkennung und Verdächtigung, als wären sie Schleppenträger der heutigen Gesellschaft, ist für sie der sichere Lohn. Dennoch dürfen sie sich nicht abschrecken lassen; sie müssen auch diese Last auf sich nehmen und erst recht ihre Anstrengungen verdoppeln, um endlich doch den Beweis zu erbringen, daß sie gerade dadurch soziale Thaten ersten Ranges thun.

Worin aber sollen, können diese nun bestehn? *Einfach in der Verfolgung aller sozialethischen Aufgaben, wie sie heute schon der Evangelisch-soziale Kongreß entwickelt hat.* Das heißt: in der kräftigen Durchführung aller Unternehmungen der Innern Mission, in der Schöpfung dauernd und allgemein wirkender praktisch-sozialer Unternehmungen, in der rechten sozialen Predigt und in kraftvollem vermittelndem Einfluß bei wirtschaftlichen Kämpfen. Über die zwei ersten dieser vier Punkte ist an dieser Stelle nicht mehr viel zu sagen. Jedermann besinnt sich auf den Inhalt des ersten Kapitels dieser Schrift, kennt selbst die Einzelunternehmungen der praktischen Liebesthätigkeit. Sie wirken, wenn

sie auch der großen sozialen Not nicht abhelfen können, doch immer versöhnend. Unter den praktisch-sozialen Arbeiten aber ist die Schaffung von Arbeiterwohnungen, Konsum- und andern Genossenschaften und deren Beratung und Förderung vor allem zu verstehn. Auf diesem Gebiete, wo nie politischer Kampf, sondern immer nur versöhnliche Zusammenarbeit selbst solcher, die sich sonst in ihren sozialpolitischen Anschauungen und Bestrebungen geradezu feindlich gegenüberstehn, möglich ist, ist noch unendlich vieles zu leisten, ist nur das wenigste gethan. Und alle Arbeiten dieses Gebietes bringen nicht nur einzelne in bessere materielle Verhältnisse, sie wirken stets zugleich sittlich erzieherisch und sozial versöhnend. Sie stärken die Thatkraft, den Lebensmut, die Zukunftshoffnung; sie fördern das Gefühl der Gemeinschaft, der Gleichheit und des brüderlichen Eintretens für einander; sie wecken und stählen edeln Ehrgeiz; sie sichern das Familienleben, diese Stätte alles Ausruhens von den sozialen Kämpfen — sie machen durch das alles wirklich bessere, glücklichere, zufriedenere Menschen. Eine schwierigere Aufgabe schon ist es, zu Zeiten wirtschaftlicher Kämpfe versöhnend und ausgleichend einzutreten. Sie zu lösen, dazu gehört ebensoviel Takt als Menschenkenntnis, wirtschaftlicher Überblick und unbestechlicher Gerechtigkeitssinn. Aber ist das alles vorhanden, dann ist auch diese Thätigkeit von Erfolg. Sie wird sozialen Frieden im unmittelbarsten Sinne des Wortes stiften. Seine beste und wirksamste sozialversöhnende Aufgabe wartet des Geistlichen aber auch heute noch auf der Kanzel. So gewiß die evangelische Predigt Jesus Christus treiben soll und muß von der Einleitung an bis zum Schluß, so soll sie doch eben Jesus Christus, diese verkörperte Liebe Gottes auf Erden, mitten in die Menschenherzen und Menschenscharen und Menschenverhältnisse hineinstellen und ihn und sie mit einander in Verbindung bringen. Da muß denn der Geistliche auch diese Verhältnisse messen an dem Geiste und den Idealen dieses Jesus, muß, was schlecht ist, schlecht, was gut ist, gut nennen; muß, von Jesu Stellung aus, um Jesu selber willen Befreiung aller Gedrückten aus ihrem Druck und ihrer Abhängigkeit, Vernichtung aller schädlichen Einrichtungen, Hilfe für alle Notleidenden fordern. Aber er muß das fordern für jeden Stand und für jede Schicht in gleicher Weise, in dem Umfange, wie sie dessen bedürfen. Und er muß die Schäden geißeln auf jeder Seite,

das Unsittliche, Gehässige, Selbstsüchtige treffen in jeder Partei und für keine, gegen keine ausschließlich treten. Er muß auch das allen Gemeinsame in unserm sittlichen, sozialen und vaterländischen Leben aufweisen, die Unerläßlichkeit sittlicher Grundsätze auch für alle wirtschaftliche Fortentwicklung darlegen und diese Grundsätze deutlich, kraftvoll, ungeschminkt und rücksichtslos entwickeln. Ja, er muß das gottgewollte Recht des Kampfes und Wettstreits wie im natürlichen Leben überhaupt, so auch im wirtschaftlichen und sozialen anerkennen, aber mit immer neuem Nachdruck und Ernst auf seine Heiligung, seine „Legalisierung" drängen. Über dem allen aber muß er auch immer wieder die Ziele des Friedens, die Schätze des gegenwärtig möglichen äußern und innern Glücks zeigen. Er muß die Menschen lehren, glücklich und gut zu sein auch unter den gegenwärtigen vielfach unzulänglichen sozialen Verhältnissen, indem er ihnen gewandt und kundig selbst den Weg dazu weist. Und endlich muß er durch die Kunde von Jesu Liebe immer neue Scharen begeistern, daß sie sich geloben, auch mitten unter den notwendigen sozialen und politischen Kämpfen, in der Arbeit, im Getriebe des wirtschaftlichen Lebens, Jesu Geist und Sittlichkeit durch Wort und Werk zu beweisen. Dann werden sich die besten unter diesen auch ganz von selbst der neuen, aus der politischen evangelisch-sozialen Richtung heraus erwarteten Partei anschließen, und ganz von selbst, dabei doch ganz unparteiisch, arbeitet der Geistliche auch für diese, während er seine sozialversöhnende Aufgabe erfüllt.

Auch dazu aber bedarf der Geistliche der Schulung und Vorbildung, der Übersicht über das wirtschaftliche Gebiet, der Richtlinien, es zu beurteilen, sozialethischer Grundsätze, Vorbilder und Beispiele. Das alles soll ihm der Evangelisch-soziale Kongreß bieten, ganz in ähnlicher Weise, wie er es bisher schon gethan hat, nur unter noch stärkerer Betonung des Sozialethischen, noch mehr nur ökonomisch aufklärend, noch weniger der sozialpolitischen Richtung Raum gebend, und dabei theologisch, kirchlich und kirchenpolitisch unparteiisch wie bisher. Dann erfüllt er die ihm von Natur gewordne Aufgabe. Es ist dann freilich eine mehr oder weniger kirchliche Arbeit, die er leistet, aber darum eben die einzige eigentlich evangelisch-soziale Arbeit, die mit Recht diesen Namen trägt. Dann ist er,

und nur er der wirkliche und berechtigte Repräsentant des Evangelisch-sozialen.

Schluß

Damit stehen wir am Ende unsrer Ausführungen. Sehen wir noch einmal auf alles zurück, so wächst der Wunsch und die Hoffnung in uns, daß die evangelisch-soziale Bewegung die Doppelentwicklung nehmen möge, wie sie dies letzte Kapitel zu zeichnen versuchte. Nur wenn diese, das geht aus allem Dargelegten hervor, zur Wirklichkeit wird, hat die Bewegung überhaupt eine Zukunft. Sonst nie. Sonst wird sie nur noch zerfahrener, zersplitterter, unschlüssiger werden als bisher, immer mehr nur eine große Kraftvergeudung und schließlich nichts als eine einzige Diskreditierung des evangelischen Christentums.

Druck von Carl Marquart in Leipzig

87-B12273

GETTY RESEARCH INSTITUTE
3 3125 01421 2209